

**Verleumdungen und Erdichtungen  
haben kurze Beine**

**VERLEUMDUNGEN UND ERDICHTUNGEN  
HABEN KURZE BEINE**

Die in der letzten Zeit, besonders seit dem XXII. Parteitag, durch die sowjetische Presse und den Rundfunk eröffnete Propaganda, um die angeblich feindliche Haltung der Partei der Arbeit Albaniens, der albanischen Regierung und des albanischen Volkes gegenüber der Sowjetunion zu beweisen, macht große Anstrengungen, durch Verleumdungen und Erdichtungen die Wahrheit über eine Reihe von Fragen zu verdrehen und zu fälschen. Von diesen Fragen erwähnen wir hier nur drei: Die Frage der sowjetischen Spezialisten, die in Albanien arbeiteten, die Frage des Kulturpalastes und die Studentenfrage. Um die Wahrheit an den Tag zu legen, bringen wir nachstehend einige Tatsachen und Dokumente, welche über diese drei Fragen Aufklärung geben.

**1. Die Wahrheit über die Frage der Spezialisten**

(Aus der Zeitung „Zëri i Popullit“ vom 19. Dezember 1961)

Zu den antimarxistischen und antialbanischen Angriffen, die N. Chruschtschow und seine Gruppe von der Tribüne des XXII. Parteitags aus gegen die Partei der Arbeit Albaniens, die Volksrepublik Albanien und das albanische Volk richteten, gehören auch die Verleum-

dungen und Erdichtungen über die Frage der sowjetischen Spezialisten, die in Albanien arbeiteten.

So log O. Kuusinen, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, daß die von der albanischen Regierung selbst eingeladenen sowjetischen Spezialisten angeblich von ihr aus Albanien ausgewiesen wurden. P. Pospjellow, ehemaliger Kandidat des Präsidiums des ZK der KPdSU, ging noch weiter. Er log, daß während des IV. Parteitags der Partei der Arbeit Albanien die albanischen Persönlichkeiten unerlaubte Angriffe gegen die Sowjetunion unternommen und gegenüber den sowjetischen Spezialisten, Geologen und Matrosen eine feindliche und spöttische Haltung eingenommen hätten. Auch die Propagandisten N. Chruschtschows erklären jetzt, daß die albanischen Führer die sowjetischen Spezialisten vertrieben haben sollen, in der Meinung, daß von diesen Verleumdungen doch etwas übrigbleiben wird. Um die Wahrheit zu enthüllen, werden wir hier unten einige Tatsachen anführen:

Am 21. Dezember 1960 sandte der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, Genosse Abdyl Kellezi, dem Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland beim Ministerrat der Sowjetunion, S. A. Skatschkow, folgenden Brief:

„Sehr geehrter Genosse Vorsitzender!

Am 14. Dezember 1960 wurde dem Wirtschaftsrat der sowjetischen Botschaft in Tirana, Genossen K. W. Artemiew, eine Liste der Angelegenheiten überreicht, in denen die Regierung der Volksrepublik Albanien die technische Hilfe der Regierung der UdSSR für 1961 nachsucht. Wir bitten, dieses Ansuchen der

albanischen Regierung zu prüfen, damit es die Institutionen der Sowjetunion in der geeignetsten Zeit durchführen.“

Diese Liste umfaßte die Sektoren des Ministeriums für Industrie, des Ministeriums für Bergbau und Geologie, des Ministeriums für Aufbau usw. In dieser Liste waren die verschiedenen technischen Spezialitäten, die Zahl der Spezialisten und die Dauer ihres Aufenthaltes in Albanien angeführt. Außerdem wurde in dieser Liste die Verlängerung des Aufenthalts einiger Spezialisten verlangt.

Während die albanische Regierung eine positive Antwort erwartete, traf der Stellvertreter des Wirtschaftsrats bei der sowjetischen Botschaft in Tirana A. Pikalow auf sein Ansuchen mit dem Minister für Bergbau und Geologie der Volksrepublik Albanien, Genossen Adil Tschartschani, am 20. Januar 1961 zusammen und teilte ihm offiziell mit, daß das Staatliche Komitee für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland beim Ministerrat der Sowjetunion beschlossen habe, innerhalb von 7—10 Tagen die sowjetischen Erdölspezialisten aus Albanien abzubrufen, weil das Abkommen vom 22. November 1957 abgelaufen sei.

Natürlich hat die Sowjetführung das Recht, die Verlängerung der Aufenthaltsdauer der sowjetischen Spezialisten in Albanien, die die albanische Regierung verlangte, nicht zu gewähren, aber sie hat kein Recht, die Tatsachen zu verdrehen und die Schuld der albanischen Regierung in die Schuhe zu schieben.

Am 24. Februar 1961 sandte das Außenministerium der Volksrepublik Albanien nachstehende Note an die Sowjetregierung:

„Wie die Sowjetregierung informiert ist, sandte der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, Abdyl Kellezi, dem Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland beim Ministerrat der Sowjetunion, S. A. Skatschkow, am 21. Dezember 1960 das Ansuchen der albanischen Regierung um technische Hilfe für das Jahr 1961, einschließlich der Verlängerung der Aufenthaltsdauer der sowjetischen Erdölspezialisten.

Während unsere Regierung eine positive Antwort erwartete, verlangte am 20. Januar 1961 der Stellvertreter des Wirtschaftsrats der Sowjetbotschaft in Tirana, A. Pikalow, eine Zusammenkunft mit dem Minister für Bergbau und Geologie der Volksrepublik Albanien, Adil Tschartschani und teilte ihm offiziell mit, daß das Staatliche Komitee für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland beschlossen habe, die sowjetischen Erdölspezialisten innerhalb von 7—10 Tagen aus Albanien zurückzuziehen. Und tatsächlich verließen diese Albanien.

Die Zurückziehung der sowjetischen Erdölspezialisten trotz des offiziellen Ansuchens der albanischen Regierung um Verlängerung des Aufenthaltstermins schädigte diesen wichtigen Sektor der albanischen Wirtschaft.

Die albanische Regierung bringt ihr tiefstes Bedauern über diese einseitige Maßnahme der Sowjetregierung zum Ausdruck.“

Um die Öffentlichkeit zu betrügen, die Wahrheit zu verdrehen und jede Verantwortung auf die albanische Seite zu wälzen, erinnerten sich die sowjetischen Führer

durch ihre Vertreter in Tirana nach zwei Monaten, daß die albanischen, und nicht die sowjetischen Behörden an der Abreise der sowjetischen Spezialisten schuld waren! Im Zusammenhang damit unterstrich die Sowjetbotschaft in Tirana in ihrer Note vom 24. April 1961:

„Die Behauptung, welche die Note des Außenministeriums der Volksrepublik Albanien enthält, daß die Abreise der 26 sowjetischen Erdölspezialisten aus Albanien das Ergebnis der einseitigen Handlungen der Sowjetregierung sei, ist ganz und gar erfunden. Die Regierung der Volksrepublik Albanien ist rechtzeitig benachrichtigt worden, daß die Sowjetregierung, trotz des Ablaufs der Aufenthaltsdauer der sowjetischen Erdölspezialisten in Albanien, die zuständigen sowjetischen Organe anwies, das Ansuchen der albanischen Seite zu berücksichtigen und die Spezialisten weiter in Albanien zu belassen. Aber die albanische Verwaltung des Erdölkombinats entließ auf Anordnung des Ministeriums für Bergbau und Geologie die obenerwähnten sowjetischen Spezialisten, indem sie diese aufforderte, binnen drei Tagen das Kombinat zu verlassen.“

Wie man sieht, wird alles in schamloser Weise verkehrt dargestellt. Aber das Ansuchen der albanischen Regierung um Verlängerung der Aufenthaltsdauer der sowjetischen Erdölspezialisten, gerichtet an S. A. Skatschkow, und die offizielle Erklärung A. Pikalows, die er dem Genossen Adil Tschartschani am 20. Januar 1961 über die Abberufung der sowjetischen Erdölspezialisten machte, weisen die „Argumente“, welche die verspätete Note der Sowjetbotschaft in Tirana enthält, zurück.

Es ist offensichtlich, daß die Note der sowjetischen Botschaft auch einen anderen Zweck verfolgte. Sie sollte

das Terrain für die spätere Abberufung aller sowjetischen Spezialisten aus Albanien vorbereiten. In der Tat wird in der Note vom 24. April 1961 die Sachlage so dargestellt, als ob sich die albanischen Autoritäten der Zentraldirektion für Geologie gegenüber den sowjetischen Spezialisten schlecht benommen und sie bei der Arbeit gehindert hätten. Um dies zu „bestätigen“, wird gesagt, daß die Büros, wo die sowjetischen Spezialisten arbeiteten, geöffnet und die Dokumente auf den Tischen oder in den Schränken kontrolliert worden seien. Schließlich habe angeblich die albanische Verwaltung der Geologie die Arbeit der sowjetischen Spezialisten, die sich mit der Anfertigung der allgemeinen geologischen Karte Albaniens befaßten, eine Zeitlang gehindert. Diese „Argumente“ sind ganz und gar erfunden. Um der Wahrheit gerecht zu werden, muß man feststellen, daß nach den in unserer Verwaltung üblichen Regeln-zwecks Wahrung der Staatsgeheimnisse, wie bei jeder anderen Institution, auch bei der Direktion für Geologie eine gewöhnliche Kontrolle zum Schutz der Geheimdokumente ausgeübt worden ist, sowohl in den Büroräumen der albanischen Mitarbeiter, als auch in den Büroräumen der sowjetischen Spezialisten. Zu der Kommission, die die Kontrolle durchführte, gehörten außer den albanischen Behörden auch drei sowjetische Spezialisten, und zwar Konstantin Brianzew, Semion Pogrebinski und Wladimir Kurotschkin.

Was das zweite „Argument“ betrifft, daß man die sowjetischen Spezialisten, die sich mit der Anfertigung der geologischen Karte befaßten, angeblich für längere Zeit ohne Arbeit gelassen hätte, ist dies ganz absurd und braucht kein Dementi. Es braucht nur erwähnt zu wer-

den, daß die albanischen Stellen an der möglichst baldigen Anfertigung der Karte interessiert waren, zu diesem Zweck auch die sowjetischen Spezialisten bezahlten und deswegen keinen Grund hatten, ihnen Hindernisse in den Weg zu legen, wie in der Note der sowjetischen Botschaft erklärt wird.

Den wahren Zweck der sowjetischen Seite hinsichtlich der obenerwähnten fabrizierten „Argumente“ zeigt deutlich die Note vom 24. April 1961, in der es im letzten Absatz heißt:

„Mit Rücksicht auf das Obenerwähnte kann man sich nicht der Schlußfolgerung entziehen, daß in der Denkschrift des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Albanien absichtlich Anstrengungen gemacht werden, die unwiderlegbare Tatsache der unfreundlichen Behandlung der sowjetischen Spezialisten zu verleugnen, und daß die albanischen Behörden keine Maßnahme ergreifen wollen, um normale Arbeitsbedingungen für unsere Spezialisten zu schaffen. Das kann nur durch die Tatsache erklärt werden, daß die albanische Seite offenbar nicht nur nicht an der Hilfe der sowjetischen Spezialisten interessiert ist, sondern auch durch ihre unfreundlichen Handlungen gegen die sowjetischen Spezialisten in indirekter Weise einen Druck auf die sowjetische Seite ausüben will, damit wir die sowjetischen Spezialisten zurückziehen müssen.

Unter diesen Bedingungen hält es die sowjetische Seite nicht für möglich, neue Spezialisten nach Albanien zu schicken und die Aufenthaltsdauer der dort arbeitenden Spezialisten zu verlängern.

Die Botschaft der Sowjetunion in der Volksrepublik Albanien benützt diese Gelegenheit, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Albanien erneut seine Hochachtung zu versichern.“

Und ohne auf die Antwort unserer Regierung auf diese Note, die am 25. April 1961 in unserem Ministerium abgegeben wurde, zu warten, legten schon am 25. April 1961, auf Anweisung der sowjetischen Botschaft in Tirana, gegen 50 sowjetische Spezialisten ihre Arbeit nieder und erhielten Befehl, Albanien sofort zu verlassen. Einige von diesen Spezialisten hatten nur Zeit, zwei Stunden vor ihrer Abreise ihren Arbeitsplatz zu benachrichtigen. Somit wurden innerhalb eines Tages fast alle sowjetischen Spezialisten, sogar auch jene, deren Arbeitsvertrag noch nicht abgelaufen war, zurückgezogen. Nach einigen Tagen entfernten sich auch jene Spezialisten aus Albanien, die noch in der Volksrepublik Albanien zurückgeblieben waren.

So sieht die Wahrheit über die Zurückziehung der sowjetischen Spezialisten aus Albanien aus. Sie wurden von der sowjetischen Führung abberufen, um einerseits unsere Volkswirtschaft zu schädigen und andererseits die albanisch-sowjetische Freundschaft zu untergraben. Die Erdichtungen über die angeblich „unerträgliche Atmosphäre“ und darüber, daß angeblich „die albanische Seite den Aufenthalt der sowjetischen Spezialisten als eine Last empfunden“ habe, erfolgten in der Absicht, die Verantwortung für die von der sowjetischen Führung gegen unser Land begangene häßliche Handlung unserer Regierung in die Schuhe zu schieben, und sind in der Tat ekelierend. Das sind Erdichtungen und schwere Beleidigungen, die die Gefühle der brüderlichen Liebe, der

hohen Achtung und der herzlichen Haltung des albanischen Volkes gegenüber den sowjetischen Menschen, die in Albanien gearbeitet haben, verletzen.

Wer solche tendenziösen Erdichtungen fabriziert, der kennt nicht die Realität der unverbrüchlichen Verbindungen, die das albanische Volk mit dem sowjetischen Volk vereint. So wie sich im Kampf um die Befreiung Albaniens von der faschistischen Okkupation das Blut der albanischen Partisanen mit dem Blut der glorreichen Roten Armee vermischte, so rann und vermischte sich auch der Schweiß der albanischen Arbeiter und Spezialisten mit dem Schweiß der sowjetischen Arbeiter und Spezialisten im Kampf für den Aufbau des Sozialismus in Albanien.

Wenn noch so viele Bemühungen gemacht, noch so viele „Argumente“ erfunden werden, sie können doch nicht den ungerechten Beschluß der sowjetischen Regierung über die Zurückziehung der sowjetischen Spezialisten aus Albanien rechtfertigen. Die besten Zeugen für die Gefühle, für das Benehmen den sowjetischen Menschen gegenüber und für ihre Behandlung seitens des albanischen Volkes, seiner Partei und seiner Regierung, die besten Zeugen unserer gerechten Behauptung sind die sowjetischen Bürger, Spezialisten und Militärpersonen selbst, die in unserem Land waren, ist jeder Sowjetbürger, der mit einem Bürger unserer Volksrepublik in Berührung kam, wo es auch immer war, in Albanien, in der Sowjetunion oder in einem anderen Land.

Die Sowjetregierung beschloß die Zurückziehung der sowjetischen Spezialisten aus Albanien aus ganz bestimmten Gründen, die dem Charakter der Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern fremd und für die alba-

nisch-sowjetische Freundschaft schädlich sind und sich im Widerspruch zu den Prinzipien der Moskauer Erklärung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien vom Jahre 1960 befinden; gleichzeitig fabrizierte sie phantastische Erdichtungen, bar jeder Grundlage, gegen die albanische Regierung.

Unsere Partei hat dauernd unser Volk in dem Gefühl der Liebe und hohen Achtung für die sowjetischen Menschen erzogen; unser Volk hat sie als Freunde und Brüder betrachtet. Jeder Mensch in unserem Land empfindet es als eine persönliche Beleidigung, wenn er erfährt, wie die sowjetische Führung mit der sogenannten „unerträglichen Atmosphäre“ für die sowjetischen Menschen in Albanien lügt und spekuliert. Es mögen gegen unser Land Dokumente gefälscht und Reden gehalten werden. Solche Verleumdungen und Anklagen haben wir bis heute viel gesehen und gehört, und oft hatten wir keine Zeit, auf alles zu hören. Aber dem Albanier sagen, daß er den sowjetischen Menschen nicht respektiert oder gar beleidigt, das wird er nie verzeihen und nur als eine sehr ordinäre und unverschämte Herausforderung betrachten.

## **2. Die Wahrheit über die Frage des Kulturpalastes**

(Aus der Zeitung „Zëri i Popullit“ vom 20. Dezember 1961)

...

### 3. Die Wahrheit über die Studentenfrage

(Aus der Zeitung „Zëri i Popullit“ vom 30. Dezember 1961)

Die Aufgabe Mikojans war, in seiner Rede auf dem XXII. Parteitag, entsprechend der ihm zgedachten Rolle, „theoretische Argumente“ zu erbringen, um den Aufruf Chruschtschows zur Konterrevolution in Albanien zu unterstützen. Sein Hauptargument war die Frage der Studenten und der anderen albanischen Staatsbürger, die in der Sowjetunion studierten. Er stellte die Sache folgendermaßen dar:

„Vor einiger Zeit kehrten die Studenten der Marine, die in der Sowjetunion lernten, nach Albanien zurück. In Gesprächen drückten sie ihr Erstaunen über die plötzliche Verschlechterung der sowjetisch-albanischen Beziehungen aus. Aus diesem Grunde wurden viele von ihnen eingesperrt.

Die albanischen Studenten, die bei uns studierten, fuhren in den Ferien nach Hause, hierauf gestatteten die albanischen Behörden vielen von ihnen nicht, das Studium in der Sowjetunion fortzusetzen. Natürlich entstand deshalb bei ihnen Unzufriedenheit und viele von ihnen litten unter Repressalien.

Die albanischen Führer verfolgen jene, welche die Freundschaft zwischen unseren beiden Parteien und Völkern erhalten wollen, andererseits organisieren sie,

um das Volk zu betrügen, im September den Monat der sowjetisch-albanischen Freundschaft.

Man kann sagen: Das sind ihre inneren Angelegenheiten, in die man sich nicht einmischen darf. Aber es handelt sich hier um Verfolgungen und Vergeltungsmaßnahmen gegen jene Albaner, die die traditionelle Freundschaft mit der Sowjetunion schützen. Da dies uns direkt angeht, können wir uns nicht indifferent verhalten und müssen unseren Standpunkt vertreten.“

Auch nach dem XXII. Parteitag setzten einige sowjetische Propagandisten und ihre Anhänger die Verleumdungen in der Frage der albanischen Studenten, die in der Sowjetunion studierten, fort.

Wie man sieht, ist A. Mikojan also über die „Verhaftung“ vieler Marine-Studenten besorgt, ist sehr betrübt, daß die albanischen Behörden den Studenten nicht gestatteten, das Studium in der Sowjetunion fortzusetzen, ist entsetzt über die Vergeltungsmaßnahmen gegen die unzufriedenen albanischen Studenten und ist empört über die Verfolgung der „Freunde“ der Sowjetunion in Albanien, denn diese Fragen seien keine innere Angelegenheit der Partei der Arbeit Albaniens, der Volksrepublik Albanien und des albanischen Volkes, sondern gehen die Chruschtschow-Gruppe unmittelbar, wir wiederholen unmittelbar, an. Wir können nicht sagen, daß diese Haltung, dieser Standpunkt erstaunlich sind, weil es in der Logik der Anhänger N. Chruschtschows nichts Erstaunliches, Unerwartetes gibt. Zu sagen, daß diese Haltung, dieser Standpunkt abscheulich sind, auf Verleumdungen beruhen, ist auch nichts Neues, denn die Verleumdung war und ist ein gewöhnliches Mittel ihrer Tätigkeit. Aber lassen wir statt schöner Worte die Tat-

sachen und Dokumente sprechen, denn diese werfen ein volles Licht auf die Wahrheit in der Frage der albanischen Studenten, die in der Sowjetunion studierten. Diese berichten, wer sie auswies und provozierte, ihnen drohte und die Tore der Universitäten gerade am Vorabend des neuen Schuljahres verschloß.

Auf Grund des bestehenden Abkommens zwischen der Regierung der Volksrepublik Albanien und der Sowjetunion vom 5. Juli 1952 bezahlte die Sowjetunion 60% und die Volksrepublik Albanien 40% der Stipendien, und so studierten im Schuljahr 1960—1961 1 212 Staatsbürger der Volksrepublik Albanien in der Sowjetunion.

Auf Grund des Programms der kulturellen Zusammenarbeit, unterzeichnet in Moskau am 8. Februar 1961, sollten weitere 100 Studenten an den Hochschulen der Sowjetunion studieren. Im August 1961 kehrten die alten Studenten nach der Sowjetunion zurück, nachdem sie die Sommerferien in Albanien verbracht hatten, und die neuen Studenten bereiteten sich auf die Abreise vor.

Aber am 26. August, also nur 4—5 Tage vor Beginn des Schuljahres 1961—1962, ging die Sowjetregierung auf Anregung Chruschtschows so weit, daß sie, entsprechend ihrer Politik des Drucks und der Drohungen, der Blockade und Isolierung gegenüber der Partei der Arbeit Albaniens, der Volksrepublik Albanien und dem albanischen Volke, den albanischen Staatsbürgern die Erlaubnis entzog, an den Universitäten und Hochschulen der Sowjetunion zu studieren. In einer Note des Außenministeriums teilte die Sowjetregierung der albanischen Regierung mit:

„Ab 1. September 1961 tritt die für alle sozialistischen Länder Europas gemeinsame Regulierung hin-

sichtlich der Rechnungen, die aus dem Studium der Studenten und Aspiranten in der Sowjetunion erwachsen, auch für Albanien in Kraft, wonach das Land, welches Studenten zu Studienzwecken nach der Sowjetunion schickt, die Stipendien bezahlt.“

Das war eine einseitige Annullierung des Abkommens zwischen den beiden Regierungen vom 5. Juli 1952 und verfolgte das Ziel, die Ausbildung der Kader der Volksrepublik Albanien zu hindern, also den sozialistischen Aufbau Albaniens zu schädigen. Es war dies ein ungerichteter Beschluß N. Chruschtschows und ein Racheakt gegen die Partei der Arbeit Albaniens, welche ihren richtigen marxistisch-leninistischen Standpunkt gegenüber vielen Fragen der heutigen ideologischen und politischen Weltentwicklung, besonders der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, auf dem Parteibege darlegte, da dieser Standpunkt mit den antimarxistischen und opportunistischen Thesen Chruschtschows im Widerspruch stand.

Da nun die Sowjetregierung die Studienbedingungen der albanischen Staatsbürger in der Sowjetunion unerwartet, willkürlich und nur 4—5 Tage vor Schulbeginn, wie obenerwähnt, änderte und dadurch große Schwierigkeiten für unser Land schuf, mußten die albanischen Studenten in die Heimat zurückkehren.

Welche Gründe oder, besser gesagt, welchen Vorwand erfand die Sowjetregierung unter dem Diktat N. Chruschtschows, um den albanischen Studenten die Erlaubnis zu entziehen, das Studium an den Schulen der Sowjetunion fortzusetzen? Bekanntlich schlossen die Regierung der Volksrepublik Albanien und die der Sowjetunion im Juli 1952 ein Abkommen „über die Ausbildung der albanischen



schen Staatsbürger an den Zivilhochschulen der Sowjetunion“ ab. Der Artikel 5 dieses Abkommens lautet:

„Die Regierung der Sowjetunion bezahlt die Ausgaben für den Unterhalt und das Studium der Staatsbürger der Volksrepublik Albanien an den Hochschulen der Sowjetunion.“

Und

„Die Regierung der Volksrepublik Albanien bezahlt der Sowjetregierung 40% der im Artikel 5 dieses Abkommens erwähnten Ausgaben.“

Dieses Abkommen war ein Ausdruck der brüderlichen internationalistischen Hilfe der Sowjetunion für die Volksrepublik Albanien zur Ausbildung der für die Entwicklung unserer Wirtschaft und nationalen Kultur notwendigen Kader.

Am 16. März 1960 verlangte die Sowjetregierung die Änderung des Abkommens vom Jahre 1952 und den Abschluß eines neuen Abkommens unter anderen Bedingungen.

Mit Rücksicht auf die brüderlichen Beziehungen und die enge Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern, die konkreten Bedingungen unseres Landes, die dringende Notwendigkeit der Ausbildung der Kader und die finanzielle Belastung infolge der Änderung der Studienbedingungen beauftragte die Regierung der Volksrepublik Albanien den albanischen Botschafter in Moskau, Nesti Nase, über das Außenministerium der Sowjetunion das Ansuchen zu stellen, die Studienbedingungen für die albanischen Staatsbürger nicht zu ändern. Als Antwort darauf teilte der stellvertretende Außenminister

der Sowjetunion N. P. Firjubin unserem Botschafter am 6. Juni mündlich mit:

„Die Sowjetregierung überprüfte ihren Vorschlag zur Änderung des Abkommens über die Bedingungen des gegenseitigen Studiums der Studenten und Aspiranten an den Zivilhochschulen und an den Instituten für wissenschaftliche Forschungen, berücksichtigte das Ansuchen des albanischen Partners und beschloß, die Bedingungen des Abkommens vom Jahre 1952 weiter in Kraft zu lassen.“

Auf diese Weise wurde diese Frage als erledigt angesehen.

Die albanische Regierung würdigte, wie immer, diesen gerechten Beschluß der Sowjetregierung als einen freundschaftlichen Akt und sandte aus diesem Grunde wie bisher im akademischen Jahr 1960—1961 eine beträchtliche Anzahl von Studenten und Aspiranten in die sowjetischen Hochschulen, und diese absolvierten bis August 1961 ihre Studien nach den früheren Bedingungen.

Aber auf Anregung N. Chruschtschows hielt die Sowjetregierung, im Zuge der Vergeltungsmaßnahmen gegen die Volksrepublik Albanien und um unserem Lande auch bei der Ausbildung der Kader Schwierigkeiten zu bereiten, das offizielle Versprechen vom 6. Juni 1960 nicht ein. Das ersieht man deutlich aus der Sowjetnote vom 26. August 1961, in der die Frage des Studiums der albanischen Staatsbürger an den Schulen der Sowjetunion wieder erhoben wird; unter Übergehung der offiziellen Mitteilung vom 6. Juni 1960 heißt es in dieser:

„Im Ergebnis der Besprechungen zwischen den Regierungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder Europas wurden, mit Ausnahme Albaniens, neue Abkommen auf der Basis der Note des Außenministeriums der Sowjetunion vom 16. März 1960 getroffen.

Obwohl seit der Überreichung der Note des Außenministeriums der Sowjetunion an die albanische Botschaft in Moskau 1 1/2 Jahre verstrichen sind, hat die albanische Regierung die Sowjetnote noch nicht schriftlich beantwortet.“

Man beachte genau: Die ganze Schuld der albanischen Regierung liegt also darin, daß sie die sowjetische Note nicht schriftlich beantwortet hat! Sind denn die mündliche Mitteilung, die unser Botschafter dem Außenministerium der Sowjetunion machte, und die mündliche Mitteilung des stellvertretenden Außenministers der Sowjetunion vom 6. Juni 1960 keine offiziellen Akte? N. Chruschtschows Ansicht über den Wert der schriftlichen und mündlichen Mitteilungen ist interessant. N. Chruschtschow verlangt mit Nachdruck eine „schriftliche Antwort“ von unserer Regierung auf seine Note vom 16. März 1960, während er unserer Regierung die Schließung der sowjetischen Botschaft in Tirana und die Forderung nach Schließung der albanischen Botschaft in Moskau, eine Sache, deren Bedeutung man nicht zu betonen braucht, mündlich mitteilt. Als der Geschäftsträger der Volksrepublik Albanien in Moskau von N. P. Firjubin die Mitteilung über die Zurückziehung des Personals der sowjetischen Botschaft aus Tirana und die Abberufung des Personals der albanischen Botschaft aus Moskau schriftlich verlangte, antwortete er im Namen der Sowjet-

regierung, daß jede Mitteilung eines offiziellen Vertreters, ob mündlich oder schriftlich, als ein offizieller Akt zu betrachten sei. Deshalb sei es nicht notwendig, diese schriftlich zu machen. Das heißt also: „Tut nicht, was ich tue, sondern tut, was ich sage!“

Also ist die Falschheit des Vorwandes, unter dem die Sowjetregierung einen Eingriff in das Abkommen zwischen unseren beiden Regierungen vom Jahre 1952 über das Studium der albanischen Staatsbürger in der Sowjetunion unternahm, leicht zu erkennen.

Bezeichnend ist die Tatsache, daß am 26. August 1961, also an jenem Tage, an dem die Sowjetregierung ihren Beschluß über die Entziehung der Stipendien den albanischen Studenten, die in der Sowjetunion studierten, mitteilte (es handelt sich um 60% des Stipendiums), das Außenministerium der Sowjetunion gerade eine Note an die Botschaft der Volksrepublik Albanien in Moskau sandte, in der es hieß:

„Das Außenministerium der Sowjetunion erhält dauernd Informationen, daß einige albanische Studenten und Gasthörer, die an den sowjetischen Hochschulen studieren, verschiedene Erdichtungen und Verleumdungen über die sowjetisch-albanischen Beziehungen verbreiten und Anstrengungen machen, provokatorische Gespräche mit sowjetischen und ausländischen Studenten zu führen.“

Weiter unten hieß es:

„Indem das Außenministerium der Sowjetunion von der Tatsache des ungebührlichen Benehmens der albanischen Studenten, die in der Sowjetunion studieren, Mitteilung macht, weist es darauf hin, daß ihre anti-

sowjetischen Auffassungen zweifellos vorgefaßten Charakter haben.“

Abschließend hieß es in der Note:

„Das Ministerium ist ermächtigt zu erklären, daß im Falle von antisowjetischen Angriffen die Studenten aufgefordert werden, die Sowjetunion zu verlassen.“

Diese Verleumdungen und erfundenen Tatsachen brauchen die Urheber der Note, die Chruschtschow-Gruppe, um ihre böse Absicht zu realisieren, unserem Lande die Möglichkeit zu nehmen, Kader an den Schulen der Sowjetunion auszubilden. Wie tief sind jene gesunken, die auf eine solche Weise die albanischen Studenten verleumden! Denn es ist wohlbekannt, daß ihre Liebe und Achtung für die Sowjetunion und die KPdSU eine der höchsten Eigenschaften des Charakters der Staatsbürger des neuen Albaniens ist, und die sowjetischen Pädagogen und Studenten sind Zeugen der edlen Gefühle der albanischen Genossen und Studenten. Deshalb ist die Behauptung, daß die albanischen Studenten sowjetfeindliche Ausdrücke gebraucht haben, eine Verleumdung und Erdichtung der sowjetischen Seite, um die albanischen Studenten zu diskreditieren und ihre ungerechten Maßnahmen zu stützen.

Angesichts der Sowjetnote erhebt sich die Frage: Wem soll man glauben? Der Note des Außenministeriums der UdSSR, welche die albanischen Studenten als Feinde der Sowjetunion bezeichnet oder A. Mikojan, der auf dem XXII. Parteitag der KPdSU die albanischen Studenten „Freunde der Sowjetunion, gegen die in Albanien Vergeltungsmaßnahmen ergriffen wurden“, nannte? Es ist klar, daß es sich in beiden Fällen um Verleumdungen

handelt, um zwei böse Absichten gegen die Volksrepublik Albanien und die Partei der Arbeit Albaniens zu rechtfertigen. Im ersten Fall brauchte man die Verleumdung in der Note des Außenministeriums der Sowjetunion, um die Verweisung der albanischen Studenten von den sowjetischen Schulen zu rechtfertigen. Im zweiten Fall brauchte man die Verleumdung in der Erklärung Mikojans, um den „Terror und die Unsicherheit“, die angeblich in Albanien existieren, zu „begründen“; um den Aufruf N. Chruschtschows zur Konterrevolution zu erlassen, andererseits um die Weltöffentlichkeit über die wahre Lage in unserem Lande zu täuschen.

Also herrschen in Albanien nach der Meinung A. Mikojans und einiger anderen sowjetischen Propagandisten angeblich „Terror“ und „Einkerkerungen“, „Mord“ und „Totschlag“; die Matrosen, Studenten und alle ehrlichen Menschen, die für die Freundschaft mit der Sowjetunion eintreten, werden angeblich eingesperrt. Mit einem Wort, die gesamte Bevölkerung wird eingesperrt! Diese ungeheuerlichen Verleumdungen, die einen empörten und eine berechtigte Abscheu gegen ihre Urheber erregen, haben unser Volk erzürnt. Die Verleumder haben sich blamiert und sitzen auf der Bank der Angeklagten als Feinde, zusammen mit den Imperialisten und jugoslawischen Revisionisten, weil sie uns nicht weniger Schlechtes wünschen, weil sie mit ihren konterrevolutionären Aufrufen nicht weniger gefährlich sind.

Sie mögen ihr Ziel, schwierige Situationen zu schaffen und Tumulte zu erregen, mit dem Deckmantel des „schöpferischen Marxismus“, der ein purer Revisionismus ist, tarnen. Das albanische Volk hat unter der Führung seiner Partei viele Stürme und Orkane erlebt und ist vielen

Fallen und Intrigen entgangen, es ist gestählt und stärker denn je, um die Pläne seiner Feinde, unter welcher Lösung sie auch handeln, zum Scheitern zu bringen.

Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albanien, die Regierung der Volksrepublik Albanien und das gesamte albanische Volk haben die große internationalistische Hilfe, welche die Sowjetunion, die KPdSU und die Sowjetregierung der Volksrepublik Albanien bei der Ausbildung der albanischen Kader in der Sowjetunion erteilt haben, gewürdigt und würdigen sie. Die Söhne und Töchter unseres Volkes, die an den sowjetischen Hochschulen studiert und die sowjetische Wissenschaft und Kultur, die die fortschrittlichsten in der Welt sind, kennengelernt haben, brachten die Wissenschaft und die sehr wertvollen Erfahrungen der KPdSU mit nach Albanien zurück. Erzogen von der Partei der Arbeit Albanien, haben sie einen großen Beitrag zur Festigung der albanisch-sowjetischen Freundschaft geleistet und leisten ihn weiter.

Was die „Verhaftungen vieler Studenten“ anbelangt, die dem besorgten N. Chruschtschow und seinen Anhängern schlaflose Nächte bereitet, so befinden sich diese wohl auf und gesund auf den Bänken der Staatsuniversität Tirana und anderen Hochschulen unseres Landes oder in den Universitäten anderer Bruderländer.

## **Immer tiefer hinein in den Schlamm des Antimarxismus**

*(Aus der Zeitung „Zëri i Popullit“  
vom 9. Januar 1962)*

Nach dem 22. Parteitag der KP der Sowjetunion setzt die Chruschtschow-Gruppe in wütender Weise die Angriffskampagne gegen die PAA und die VRA fort. Bezeichnend ist die Tatsache, daß sich diese Kampagne immer mehr verschärft und immer beleidigender wird zu einer Zeit, in der die Sowjetpresse nicht nur das zutiefst reaktionäre und kriegshetzerische Interview Kennedys in großer Aufmachung veröffentlicht, sondern auch merkwürdigerweise Raum findet, um ihn in einer Zeit zu loben, in der N. Chruschtschow und seine Gruppe dauernd Schritte unternehmen, um sich der revisionistischen Verräterclique Belgrads soviel als möglich zu nähern.

Es fällt einem auf, daß die Urheber dieser Kampagne sich vor den Tatsachen wie vor dem Feuer fürchten, deshalb gehen sie um jene herum und ersetzen sie durch allgemeine bombastische und oft im Widerspruch zueinander stehende Phrasen, die N. Chruschtschow und seine Genossen nicht einmal gegen die wildesten Imperialisten und Kolonialisten gebraucht haben.

Ferner ist es auffallend, daß N. Chruschtschow und seine Anhänger Anstrengungen machen, jede gründliche Diskussion über die grundsätzlichen ideologischen Divergenzen, welche die Basis der Meinungsverschiedenheiten zwischen unserer Partei und der Chruschtschow-Gruppe bilden, zu vermeiden. Sie verlegen die Frage auf ein anderes Terrain und erniedrigen sich bis zu den gemeinsten

und banalsten Verleumdungen gegen unsere Partei und unser Land. Wenn sie jedoch gezwungen sind, unsere ideologischen Meinungsverschiedenheiten zu berühren, dann verdrehen sie die Position unserer Partei, lügen, unterschieben ihr fremde Auffassungen, und dann beginnen die Urheber dieser Erfindungen letztere „mit einer unversöhnlichen Grundsätzlichkeit“ zu bekämpfen und zu verwerfen.

Warum schlägt man einen so großen Lärm über den sogenannten „albanischen Dogmatismus“? Warum bemüht sich die Chruschtschow-Gruppe mit unbändigem Eifer, die Position der PAA zu verdrehen und sie vor der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren? Für jeden vernünftigen Menschen ist es klar, daß es hier keineswegs darum geht, um den sogenannten „albanischen Dogmatismus“ zu enthüllen, noch, um vor seiner „großen Gefahr“ für die internationale kommunistische Bewegung zu warnen. In Wirklichkeit benötigen N. Chruschtschow und seine Gruppe den betäubenden Lärm gegen die PAA, für etwas anderes. Sie benötigen ihn, erstens um einige Grundthesen der revolutionären Doktrin des Marxismus-Leninismus, welche die PAA und die wahren Marxisten-Leninisten aller Länder in Schutz nehmen, anzugreifen und zweitens, um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den albanischen „Dogmatismus“ zu lenken, um unter diesem Deckmantel leichter und schneller ihre revisionistischen Auffassungen in die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung hineinzutragen.

Die Urheber der antimarxistischen Artikel und Reden gegen unsere Partei behaupten, um ihre Abweichung von den Positionen des Marxismus-Leninismus zu tarnen,

daß die Führung der PAA ihre politische Linie in bezug auf die Hauptfragen der heutigen internationalen Entwicklung und ihre Haltung gegenüber der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern geändert, oder wie einer gesagt hat, einen politischen „Salto mortale“ gemacht habe. Es ist wirklich erstaunlich, daß sich die politische Linie unserer Partei „gründlich geändert“ habe, wenn jene, die das behaupten, uns „Dogmatiker“ nennen, also Menschen, die sich von den früheren Auffassungen nicht trennen. Aber diese Menschen begrüßten bis vor kurzem diese politische Linie unserer Partei und nannten sie marxistisch-leninistisch, während sie jetzt diese Linie „dogmatisch“ nennen und behaupten, daß sie sich „gründlich geändert“ habe. Nein, die Politik der PAA und der Regierung der VRA hat sich nicht geändert. Unsere Haltung hat sich weder gegenüber dem Imperialismus und Revisionismus, noch gegenüber der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern, noch gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung, der Sache des Friedens, der friedlichen Koexistenz usw. geändert. Im Gegenteil, N. Chruschtschow und seine Anhänger haben ihre Haltung gegenüber unserer Partei, unserem Land und den Grundlehren des Marxismus-Leninismus geändert. Sie revidierten die Grundlehren des Marxismus-Leninismus über die reaktionäre und aggressive Natur des Imperialismus und behandeln auf dieser Basis in opportunistischer Weise die Fragen des Friedens, der friedlichen Koexistenz, des nationalen Befreiungskampfes der versklavten Völker sowie die Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die Frage der Diktatur des Proletariats usw. Sie verletzten in ernster Weise die

Prinzipien des proletarischen Internationalismus in den Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien und den sozialistischen Ländern.

### **Die kommunistische Bewegung und der 20. Parteitag der KP der Sowjetunion**

N. Chruschtschow unterbreitete dem 20. und 22. Parteitag der KP der Sowjetunion seine opportunistischen Auffassungen über diese Fragen; einige Thesen dieser Parteitage bilden die ideologische Plattform seiner gesamten antimarxistischen Tätigkeit. Deshalb bemüht er sich, diese Thesen allen Bruderparteien aufzuzwingen, sie zu obligatorischen Normen für die gesamte internationale kommunistische Bewegung zu machen. Indem N. Chruschtschow die Beschlüsse des 20. und 22. Parteitages als die Quintessenz des Marxismus-Leninismus und die Haltung zu diesen Beschlüssen als das Hauptkriterium für die Beurteilung der marxistisch-leninistischen Position einer Partei hinstellt, erklärte N. Chruschtschow jede Partei und jede Person, die gegen seine opportunistischen Thesen auftritt, welche in den Beschlüssen dieser Parteitage enthalten sind, für „antimarxistisch“, „nationalistisch“, „dogmatisch“ usw. So handelte er z. B. der PAA gegenüber, die bekanntlich mit **einigen** opportunistischen Thesen und mit **einigen antimarxistischen** Auffassungen des 20. und 22. Parteitages der KP der Sowjetunion nicht einverstanden war und ist. Sind denn etwa die kommunistischen und die marxistisch-leninistischen Arbeiterparteien aller Länder verpflichtet, die Wahrheit des Marxismus-Leninismus durch das Prisma der revi-

sionistischen Rezepte N. Chruschtschows zu sehen? Zum Glück existieren die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, klar begründet in den Werken der Klassiker, die durch das Leben und die Erfahrungen der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung bestätigt sind. Diese Prinzipien können weder durch die Beschlüsse des 20. und 22. Parteitages noch durch die Referate und Reden N. Chruschtschows ersetzt werden. Diese Prinzipien, und nicht der 20. oder der 22. Parteitag der KP der Sowjetunion sind das sichere Kriterium, um über diese oder jene Bruderpartei ein Urteil zu fällen, ob sie auf den revolutionären Positionen des Marxismus-Leninismus steht oder nicht. N. Chruschtschow jedoch will die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus und die marxistischen Prinzipien, die in den beiden Deklarationen der kommunistischen und Arbeiterparteien vom Jahr 1957 und 1960 formuliert sind, durch seine revisionistische Plattform, und den revolutionären Marxismus-Leninismus durch den Opportunismus und Revisionismus ersetzen. Das ersieht man deutlich auch aus dem Artikel der „Prawda“ vom 14. 12. 1961 unter dem Titel „Auf gefährlichem Weg“, in dem es u. a. heißt: „Wenn man über die Linie des 20. Parteitages der KP der Sowjetunion spricht, handelt es sich nicht einfach um die Beschlüsse einer Partei, sondern um eine neue Etappe der internationalen kommunistischen Bewegung“. Auf diese Weise sucht N. Chruschtschow die Beschlüsse einer Partei für alle Bruderparteien obligatorisch und die internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien und ihre gemeinsamen Dokumente wertlos und formal zu machen. Eine solche Haltung befindet sich im offenen Widerspruch zur bekannten

These der Erklärung vom Jahr 1960, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien „unabhängig und gleichberechtigt sind und ihre Politik ausarbeiten, indem sie von den konkreten Bedingungen ihrer Länder ausgehen und sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten lassen“.

Die Urheber des Artikels der „Prawda“ bemühen sich, ihre Position zu rechtfertigen, indem sie sich auf die internationale Bedeutung des 20. Parteitages berufen, die in der Erklärung vom Jahr 1960 formuliert ist. Aber es ist bekannt, wie diese These in die Erklärung aufgenommen wurde. Im Widerspruch zum Geist der Erklärung über die Unabhängigkeit und Gleichheit der Bruderparteien benützen die sowjetischen Führer diese These, um ihnen die Beschlüsse des 20. Parteitages aufzuzwingen, obwohl sie auf der Moskauer Beratung vom November 1960 feierlich erklärten, daß sie diese These niemals für solche Zwecke auslegen und benützen würden. Jetzt werden die wahren Absichten N. Chruschtschows und seiner Genossen immer offensichtlicher.

Nach alledem sieht man klar, wie heuchlerisch und formal der Vorschlag N. Chruschtschows war, in die Erklärung vom Jahr 1960 die These „das sozialistische Lager mit der Sowjetunion an der Spitze“ nicht aufzunehmen. Auch die Autoren des erwähnten Prawda-Artikels heben diesen Vorschlag voll Stolz hervor.

Die PAA war und ist der Meinung, was man auch aus den Protokollen der Moskauer Beratung vom November 1960 ersehen kann, daß die These „mit der Sowjetunion an der Spitze“ eine richtige und nützliche These ist. Wenn wir sagen, daß an der Spitze des sozialistischen Lagers die Sowjetunion steht, verstehen wir darunter

keineswegs, daß die Sowjetunion und die KP der Sowjetunion die „höchste Instanz“ sind, die führt und leitet, während die anderen sozialistischen Länder und die anderen kommunistischen und Arbeiterparteien „niedrige Instanzen“ sind, die ihnen gehorchen und sich unterwerfen müssen. Auf keinen Fall. Unter dieser These verstehen wir, daß die Sowjetunion, das erste Land, welches den Weg zum Sozialismus und Kommunismus bahnte und bahnt, und die KP der Sowjetunion, die große Partei Lenins und Stalins, die Partei mit den größten Erfahrungen in der internationalen kommunistischen Bewegung, durch ihre historischen Erfahrungen den anderen sozialistischen Ländern und den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien den marxistisch-leninistischen Generalweg zum Sieg der sozialistischen Revolution und zum Aufbau der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft beleuchten (diese ruhmreichen Erfahrungen begannen keineswegs mit dem 20. Parteitag, sondern sind ein Spiegel des Kampfes und der mehr als 50jährigen Anstrengungen der KP der Sowjetunion. Überdies befinden sich die opportunistischen Thesen, die N. Chruschtschow dem 20. und 22. Parteitag unterbreitete, im Widerspruch zu dem gesamten Weg und den historischen Erfahrungen der KP der Sowjetunion sowie zu den Tatsachen des heutigen internationalen Lebens). Deshalb sind die Erfahrungen der Sowjetunion und ihrer KP von weltgeschichtlicher Bedeutung, einschließlich vieler Thesen des 20., 21. und 22. Parteitages und des neuen Programmes der KP der Sowjetunion. Mit dem Vorschlag zur Aufhebung der These „mit der Sowjetunion an der Spitze“ machte N. Chruschtschow in Wirklichkeit den revisionistischen Elementen eine unerlaubte



Konzession und ermutigte sie in ihren Anstrengungen, die internationale kommunistische Bewegung zu spalten, ihre antimarxistischen Auffassungen zu verbreiten und die kommunistischen und Arbeiterparteien von den historischen Erfahrungen der Sowjetunion und ihrer KP zu entfernen. So wird in einigen kommunistischen Parteien, wie z. B. in der KP Italiens, eine große Propaganda für den „Polyzentrismus“ getrieben, der in Wirklichkeit ein Verzicht auf die internationale Solidarität der kommunistischen und Arbeiterparteien, und auf die allgemeinen Gesetze der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus ist, die vom Marxismus-Leninismus entdeckt und durch die Praxis, vor allem die historische Erfahrung der KP der Sowjetunion, bestätigt wurde, und ein Hinübergleiten in die Positionen des Revisionismus (Predigt von dem sogenannten „nationalen, spezifischen Weg“ zum Sozialismus usw.) bedeutet. Es ist ein wirklich interessantes Bild entstanden: Als wir die These „mit der Sowjetunion an der Spitze“ verteidigten, griffen uns N. Chruschtschow und einige andere an und bekämpften heftig diese These. Und jetzt greifen diese Menschen unsere Partei an, weil sie angeblich eine „antisowjetische Linie“ verfolge, weil sie die „kommunistische Bewegung spalte und sich von dem Marxismus-Leninismus entfernt habe“, einzig und allein aus dem Grund, weil sie mit einigen Thesen des 20. und 22. Parteitages der KP der Sowjetunion nicht einverstanden ist!

Neben den Anstrengungen, den anderen Parteien die Beschlüsse des 20. Parteitages zu oktroyieren, organisierte N. Chruschtschow eine ganze Kampagne, um ihnen auch das neue Programm der KP der Sowjetunion aufzuzwingen. Dieses Programm ist, ohne die historische Bedeu-

tung dieses Dokumentes als Programm für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft in der Sowjetunion zu bestreiten, doch das Programm einer einzigen Partei, deshalb kann man es den anderen Parteien nicht aufzwingen und durch dieses Programm die gemeinsamen Dokumente der kommunistischen Bewegung — die Deklarationen der Jahre 1957 und 1960 — ersetzen. Unsere Partei ist mit einigen opportunistischen Thesen des neuen Programmes der KP der Sowjetunion, vor allem über die Fragen der heutigen Weltentwicklung, die sich im Widerspruch zu den beiden Deklarationen der kommunistischen und Arbeiterparteien befinden, nicht einverstanden. Aber sie schätzt sehr hoch jene Teile des Programmes ein, in denen die wertvollen historischen Erfahrungen der KP der Sowjetunion in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus niedergelegt sind. Diese Erfahrungen wird unsere Partei, wie bisher, mit großer Sorgfalt studieren und im Kampf für den Aufbau der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft in unserem Vaterland auswerten. Das ist die unveränderliche Linie unserer Partei. Es ist unnütz, uns zu beschuldigen, daß wir irgendeine Wendung gemacht haben.

Die Beschuldigung, die N. Chruschtschow und seine Anhänger dauernd wiederholen, daß die PAA den Programmentwurf der KP der Sowjetunion nicht voll veröffentlichte, ist absurd und entbehrt jeder Grundlage. In dem Artikel des „Kommunist“ Nr. 17, 1961, gegen unsere Partei wird unterstrichen, daß sogar auch einige bürgerliche Zeitungen sich genötigt sahen, den vollen Text des Programmes zu veröffentlichen. Uns interessiert nicht, was die bürgerlichen Zeitungen getan haben; wenn sie

jedoch das Programm veröffentlicht haben, dann haben sie auch ihre Gründe gehabt. Was aber unsere Partei betrifft, so veröffentlichte sie bekanntlich in ihrer Presse eine Zusammenfassung des **Entwurfs** zum Programm der KP der Sowjetunion, und als er samt den dazu gehörigen Änderungen vom 22. Parteitag angenommen und zum Programm der KPdSU wurde, druckte sie das ganze Programm, zusammen mit dem neuen Statut der KP der Sowjetunion, in Form einer besonderen Broschüre, damit es jeder Werktätige unseres Landes kaufen und lesen kann. Die verleumderischen Beschuldigungen, daß sich die PAA angeblich vor dem albanischen Volk fürchtet, diese Dokumente zu veröffentlichen, und die Auffassungen und Positionen der KP der Sowjetunion verdreht und sie verleumdet, können sich nicht halten. Alle wissen, daß unsere Presse alle Beschuldigungen, die N. Chruschtschow auf dem 22. Parteitag gegen die PAA richtete, vollständig veröffentlichte. Aber warum veröffentlichten N. Chruschtschow und seine Gruppe nicht die Materialien unserer Partei in ihrer Presse, wenn sie keine Angst vor der Wahrheit haben?

Die Autoren der Artikel der „Prawda“, des „Kommunist“ und der anderen Organe, die gegen unsere Partei und unser Land schreiben, verdrehen in unverschämter Weise die Positionen unserer Partei zu einer Reihe von grundsätzlichen Fragen der heutigen Weltentwicklung, indem sie die angeblich „antimarxistischen“, „dogmatischen“ Thesen der PAA bekämpfen (die sie selbst auf diese Weise verdreht haben), um die opportunistischen Thesen N. Chruschtschows zu rechtfertigen und zu verbreiten. Es dreht sich alles darum, die revisionistische Pille akzeptabler zu machen, indem man sie mit dem

Firnis des Kampfes gegen „den albanischen Antimarxismus“ überzieht.

### Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz

Betrachten wir einmal die Frage der friedlichen Koexistenz, die in den Artikeln der „Prawda“ und des „Kommunist“ lang und breit behandelt wird. Die PAA, treu den Lehren des Marxismus-Leninismus und den Moskauer Deklarationen der kommunistischen und Arbeiterparteien, hat in den außenpolitischen Fragen dauernd und unbeirrt nach der Leninschen These gehandelt und handelt weiter so. Unter den Bedingungen der Teilung der Welt in zwei Systeme ist die einzig richtige und vernünftige Politik in den Beziehungen **zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen** die Politik der friedlichen Koexistenz, auf der Basis der bekannten Grundsätze der vollständigen Gleichberechtigung, der Achtung der territorialen Integrität, der Achtung der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes und der Zusammenarbeit zum beiderseitigen Vorteil.

Aber in der Welt existiert nicht allein die Frage der Beziehungen zwischen den Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Systemen, denn es existiert auch die Frage der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten sowie die Frage des Kampfes der Völker gegen den Imperialismus und Kolonialismus und des Kampfes der Werktätigen, um die kapitalistische

Sklaverei abzuschütteln. Infolgedessen hat die Außenpolitik der sozialistischen Länder, **außer der friedlichen Koexistenz zwischen Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen**, die eine ihrer wichtigsten Fronten ist, auch zwei andere Aspekte: Die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, die auf den Prinzipien der Freundschaft, Zusammenarbeit, der brüderlichen Hilfe und Unterstützung beruhen, und die Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes, den die von dem Imperialismus unterdrückten Völker führen, und des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, um das Kapital zu stürzen und das Volk an die Macht zu bringen.

Das ist die klare marxistisch-leninistische Position, die auch in den Moskauer Deklarationen festgelegt ist, auf der auch die PAA in den Fragen der Außenpolitik unerschütterlich steht. Aber trotzdem heißt es in dem oben genannten Artikel der „Prawda“, daß die PAA angeblich gegen das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz ist, weil sie die antimarxistische These N. Chruschtschows bekämpft, nach der die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Systemen die Generallinie der Außenpolitik der sozialistischen Länder ist. Das ist wirklich eine erstaunliche und unlogische Schlußfolgerung, welche die Urheber selbst in eine schwierige Lage bringt.

Bekanntlich erklärte N. Chruschtschow wiederholt öffentlich, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz für die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern nicht genügen, daß das Wesen ihrer beiderseitigen Beziehungen die Prinzipien der Zusammenarbeit der beider-

seitigen brüderlichen Hilfe und Unterstützung im Geist des sozialistischen Internationalismus bilden. Das wird auch in der Deklaration der kommunistischen und Arbeiterparteien vom Jahr 1957 deutlich unterstrichen. Und wie steht dies im Einklang mit der These, daß die friedliche Koexistenz die Generallinie der Außenpolitik der sozialistischen Länder ist? Wollen etwa N. Chruschtschow und seine Anhänger damit sagen, daß man, der friedlichen Koexistenz mit diesen oder jenen kapitalistischen Ländern zuliebe, diese gegen die sozialistischen Bruderländer unterstützen soll?

Die Artikelschreiber N. Chruschtschows berufen sich auf W. I. Lenin, um Argumente zugunsten ihrer falschen These ausfindig zu machen. Aber bekanntlich hat W. I. Lenin die Außenpolitik des Sowjetstaates niemals nur auf die Fragen des Kampfes um die friedliche Koexistenz beschränkt, trotzdem die Sowjetunion damals das einzige sozialistische und auf allen Seiten von den unbarmherzigen Wellen der kapitalistischen Welt umringte Land war. Die Autoren des Artikels in der „Prawda“ haben offenbar vergessen, daß der große Lenin wiederholt mit Nachdruck unterstrichen hat, daß der sozialistische Sowjetstaat, parallel mit seinen Anstrengungen für die friedliche Koexistenz mit den kapitalistischen Ländern, auch den Befreiungskampf der vom Imperialismus versklavten Völker und den revolutionären Kampf der Werktätigen gegen die kapitalistische Ordnung unterstützen muß. Das ist die hohe internationalistische Pflicht eines jeden sozialistischen Landes. Denken sie vielleicht, daß die sozialistischen Länder der friedlichen Koexistenz mit diesen oder jenen Staaten zuliebe auf diese Unterstüt-

zung verzichten sollen? Die Absurdität der Stellung der Urheber der Angriffe auf die PAA kommt noch deutlicher zum Vorschein, wenn sie, in recht grober Weise einen Leitartikel der „Zëri i Popullit“ fälschend, unsere Partei beschuldigen, für Beziehungen der friedlichen Koexistenz mit der Sowjetunion zu sein(!). Soll man der Beschuldigung glauben, daß die PAA gegen das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz ist, oder der Beschuldigung, daß die PAA für Beziehungen der friedlichen Koexistenz sogar mit der Sowjetunion ist?

Es ist wirklich lächerlich zu denken, daß die PAA, die Partei eines kleinen sozialistischen Landes, welches auf allen Seiten von kapitalistischen Ländern umringt ist, angeblich gegen den Frieden und die friedliche Koexistenz ist. Bis gestern begrüßten und unterstützten N. Chruschtschow und seine Anhänger, die ihm heute bei seinen Angriffen gegen die PAA sekundieren, voll und ganz die Außenpolitik unserer Regierung, die, wie alle wissen, auch in bezug auf die Beziehungen zu den Nachbarländern gar keine Änderung erfahren hat. Jetzt behaupten aber die Autoren des Artikels der „Prawda“, daß die Verantwortung für die gespannten griechisch-albanischen Beziehungen auf unsere Partei und Regierung fällt, weil sie angeblich gegen die friedliche Koexistenz mit Griechenland sind. Das ist eine gemeine Fälschung der Position unserer Partei und eine Unterstützung der reaktionären Kreise Griechenlands, welches bekanntlich Mitglied des aggressiven NATO-Blockes ist. Die PAA hat nie erklärt, daß sie gegen die friedliche Koexistenz mit Griechenland ist, hat jedoch unterstrichen und unterstreicht, daß der Normalisierung der Beziehungen zwi-

schen Griechenland und der VRA die absurde Behauptung der griechischen Regierung, sie befände sich im Kriegszustand mit Albanien, sowie ihre territorialen Ansprüche auf die südlichen Gebiete Albaniens im Weg stehen. Diese Haltung steht im offenen Widerspruch zu den bekannten Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Sollen wir etwa der „friedlichen Koexistenz“ zuliebe den griechischen Chauvinisten bei ihren territorialen Ansprüchen auf Südalbanien Konzessionen machen, wie N. Chruschtschow in seiner Unterredung mit Wenizelos gehandelt hat? Die PAA und die Regierung der VRA waren und sind, treu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, bereit, die diplomatischen Beziehungen zu Griechenland aufzunehmen, wenn die griechische Regierung auf ihre, jeder Grundlage entbehrenden Ansprüche, welche die Beziehungen der guten Nachbarschaft zwischen unseren beiden Ländern behindern, verzichtet. Wir wünschen diplomatische Beziehungen und gute kulturelle und Handelsbeziehungen usw. mit allen kapitalistischen Ländern, die dies wünschen, vor allem mit den Nachbarn auf der Basis der strengen Respektierung der bekannten Grundsätze der friedlichen Koexistenz. Umsonst versucht N. Chruschtschow im Zug seiner antimarxistischen Ziele, in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht die VRA zu isolieren und unsere Partei und die Regierung der VRA zu beschuldigen, daß sie gegen die friedliche Koexistenz sind; umsonst bemüht er sich, unsere Partei zu beflecken und sie zu verleumden, daß sie sich dem „Imperialismus nähere“, weil die Regierung der VRA Anstrengungen macht, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in ihren Beziehungen zu den Nachbarn in die Tat umzusetzen.

## Die Abrüstung und der Kampf gegen den Imperialismus

Oder betrachten wir die Abrüstungsfrage. Der Kampf für die Sicherung der Beziehungen der friedlichen Koexistenz und für die Abrüstung, der Kampf, um diese dem Imperialismus aufzuzwingen, ist eine der größten Fragen der Gegenwart. Die PAA und die Regierung der VRA haben die Anstrengungen der Sowjetunion in dieser Richtung, einschließlich des bekannten Vorschlages der Sowjetregierung zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung, unterstützt und unterstützen sie weiter.

Die Haltung unserer Partei und Regierung zu dieser Frage ist ganz klar und läßt keinen Zweifel darüber. Trotzdem machen N. Chruschtschow und seine Gruppe einen großen Lärm und beschuldigen die PAA, daß sie angeblich gegen die allgemeine und vollständige Abrüstung ist. Das ist nichts anders als eine Rauchbombe; um die bürgerlichen pazifistischen Auffassungen N. Chruschtschows über die allgemeine und vollständige Abrüstung zu verstecken.

Was sind nun tatsächlich die gefährlichen Auffassungen N. Chruschtschows über die allgemeine und vollständige Abrüstung, die er der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung aufzwingen möchte?

Erstens ist die allgemeine und vollständige Abrüstung der einzige reale Weg, um den Frieden zu sichern, die dringendste Hauptaufgabe der Gegenwart, der man alle Aufgaben und Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung und der heutigen Weltentwicklung unterstellen muß.

Nach N. Chruschtschow und seinen Anhängern können alle Grundprobleme, welche heute die Völker in erster Linie beschäftigen, wie die nationale Befreiung usw., nur durch die allgemeine und vollständige Abrüstung, durch eine Welt ohne Waffen, ohne Armeen und Kriege gelöst werden. Die versklavten Völker werden ihre Freiheit automatisch vom Imperialismus erhalten, weil die Imperialisten keine Waffen mehr haben werden, um sie zu unterdrücken, während die Werktätigen der kapitalistischen Länder die Macht auf friedlichem Wege erlangen können, weil das Bürgertum keine Waffen haben wird, um seine Herrschaft zu verteidigen. Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß der nationale Befreiungskampf der versklavten Völker, der Kampf gegen die verschiedenen Formen des Kolonialismus und Neokolonialismus sowie der revolutionäre Kampf der Werktätigen zur Beseitigung der kapitalistischen Sklaverei Fragen zweiten Grades sind, die keine besondere Aufmerksamkeit verdienen und vor allem von der allgemeinen und vollständigen Abrüstung abhängen. Und diese logische Schlußfolgerung bestätigen immer mehr die praktischen verräterischen Handlungen N. Chruschtschows und seiner Gruppe. Aber für die Marxisten-Leninisten ist es klar, daß, wie die Moskauer Erklärung vom Jahr 1960 unterstreicht, die allgemeine und vollständige Abrüstung eine schwierige Frage ist, deren Realisierung längere Zeit erfordert, weil ihr die imperialistischen Mächte mit den USA an der Spitze einen wütenden Widerstand entgegenzusetzen. Deshalb ist es ganz falsch und sehr gefährlich, den Kampf der versklavten Völker und der Werktätigen der kapitalistischen Länder zu behindern, sie dazu zu verurteilen, unzählige Leiden und Elend in Erwartung

der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu erdulden. Die Kolonialvölker wollen nicht warten, bis die allgemeine und vollständige Abrüstung durchgeführt ist, sie wollen so bald als möglich ihre Befreiung erlangen, und der sichere Weg zu ihrer Befreiung ist der entschlossene Kampf gegen den Imperialismus. Die vor kurzem befreiten Völker, welche täglich von imperialistischer Aggression bedroht werden, können, zu einer Zeit, da die Imperialisten jeden Augenblick bereit sind, diese Völker zu verschlingen, die gewonnene Freiheit und Unabhängigkeit nicht durch Aufrufe zur Abrüstung sichern, sondern müssen ihre Wachsamkeit und Verteidigungskraft erhöhen. Die Werktätigen der kapitalistischen Länder möchten das schwere Joch des Kapitals so bald als möglich abschütteln, sie brauchen nicht darauf zu warten, bis die allgemeine und vollständige Abrüstung erfolgt, weil der Weg zu ihrer Befreiung der Weg zur sozialistischen Revolution und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats mit friedlichen oder nichtfriedlichen Mitteln ist. Die historischen Erfahrungen zeigen, daß die bisher vom Kolonialjoch befreiten Völker und die Werktätigen, die bisher die kapitalistische Ordnung gestürzt und den sozialistischen Weg betreten haben, dieses Ziel nicht durch die allgemeine und vollständige Abrüstung, sondern dank ihrem entschlossenen Kampf erreicht haben.

Zweitens will N. Chruschtschow die allgemeine und vollständige Abrüstung erreichen, indem er allgemeine Aufrufe zur Abrüstung erläßt, jedoch die Notwendigkeit des Kampfes für die Enthüllung der kriegshetzerischen Tätigkeit des Imperialismus, besonders des amerikanischen Imperialismus, der nicht nur die Abrüstung mit

allen Mitteln und auf jede Art behindert, sondern auch das tolle Wettrüsten immer mehr forciert, absichtlich übergeht. Aber die Erfahrung hat gezeigt, daß die schönen Worte Kennedys und der anderen Häupter des Imperialismus von „Frieden“ und „Verhandlungswillen“ ganz falsch und demagogisch sind, deshalb ist es ganz unstatthaft und sehr gefährlich, sich selbst und die anderen zu betrügen, die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern mit der Behauptung, daß die Imperialisten gute Absichten und Wünsche haben, wie N. Chruschtschow und seine Anhänger es tun. Die Abrüstung, sei sie allgemein und vollständig, sei sie örtlich und teilweise, kann nur erreicht werden, wenn die sozialistischen Länder und alle Völker und alle Friedenskämpfer einen entschlossenen Kampf führen, um sie den imperialistischen Kräften der Aggression und des Krieges, vor allem den USA-Imperialisten, aufzuzwingen. Es ist klar, daß aus den pazifistischen bürgerlichen Konzepten N. Chruschtschows nicht die Völker, sondern der Imperialismus und Kolonialismus Gewinn ziehen. Das kommt auch in der Tatsache zum Ausdruck, daß, während N. Chruschtschow und seine Gruppe kein einziges Wort gegen den amerikanischen Imperialismus sagen und ihn mit allen Mitteln zu verteidigen versuchen, sie auch die banalsten und reaktionärsten Verleumdungen gebrauchen, um unsere Partei zu beschuldigen, daß sie angeblich gegen den Frieden, die friedliche Koexistenz und die allgemeine und vollständige Abrüstung ist. Welchen Zweck verfolgt diese Verleumdung eines sozialistischen Landes? Will man damit sagen, daß die Kriegsgefahr von einigen sozialistischen Ländern, im konkreten Fall von Albanien, ausgeht?(!) Wenn dem so ist, dann stellen wir fest, daß

dies nicht originell ist, weil die bürgerliche reaktionäre Presse und der revisionistische Renegat Kardelj schon lange diese These propagieren, um dem amerikanischen Imperialismus zu Hilfe zu kommen.

In keinem einzigen Dokument und Material unserer Partei, in keiner Rede und in keinem Artikel unserer Partei kann man auch den kleinsten Anlaß finden, um die PAA und die Regierung der VRA zu beschuldigen, daß sie gegen den sowjetischen Vorschlag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung sind. Es handelt sich hier nur um eine plumpe Fälschung, die in böser Absicht erfolgt, um unsere Partei mit Schmutz zu bewerfen und sie vor der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren. Wahr ist, daß unsere Partei die einseitigen und zutiefst antimarxistischen Handlungen N. Chruschtschows und seiner Anhänger zum Schaden der Verteidigungskraft der VRA und des gesamten sozialistischen Lagers in der Mittelmeerzone mit allem Nachdruck verurteilt und verurteilt. Aber in welchem Zusammenhang steht das mit den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion? Will man uns etwa einreden, daß N. Chruschtschow diese feindlichen Handlungen, welche die Verteidigungskraft unseres sozialistischen Vaterlandes schwächen, im Rahmen der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unternahm? (!)

Eine böswillige Verleumdung ist ferner die Beschuldigung, daß jetzt die PAA gegen den Vorschlag zur Umwandlung des Balkans und der Adria in eine Friedenszone ohne Atomwaffen und Raketen sei, gegen einen Vorschlag, den die Regierungen der Sowjetunion und der VRA im Jahre 1959 gemeinsam gemacht haben. In dieser Frage hat sich die Stellung unserer Partei und Regierung

gar nicht geändert. Aber Partei und Volk sind nicht einverstanden und können mit einigen anderen Vorschlägen nicht einverstanden sein, die im Jahr 1960 gemacht wurden, um eine atomwaffen- und raketenfreie Zone, ausgenommen die Grenzeinheiten, auf dem Balkan zu schaffen. Wissen diese Leute denn nicht, daß die 6. amerikanische Flotte, bis an die Zähne bewaffnet, seit längerer Zeit im Mittelmeer kreuzt? Daß sie dort keine Touristenfahrten unternimmt, sondern eine gefährliche Waffe der Aggression gegen die sozialistischen Länder ist? Haben sie vielleicht vergessen, daß der italienische Imperialismus, der jetzt mit amerikanischen Waffen und Raketen ausgerüstet und Mitglied des aggressiven NATO-Blockes ist, innerhalb weniger Jahrzehnte einige Male unser Vaterland und die anderen Balkanländer angegriffen hat? Wir sehen uns genötigt, das Gedächtnis einiger Leute aufzufrischen, weil gerade N. Chruschtschow und kein anderer es war, der während seines Aufenthaltes in Albanien im Frühjahr 1959 vor aller Welt die italienische Regierung wiederholt und ernstlich auf die Gefährlichkeit ihrer Handlungsweise aufmerksam machte, als sie das Territorium Italiens für die Errichtung von amerikanischen Raketenabschußrampen, die sich in erster Linie gegen die sozialistischen Länder des Balkans richten, zur Verfügung stellte. Wir haben unsere Meinung keineswegs geändert. Möglicherweise hat N. Chruschtschow seine Meinung geändert und auf seinen Vorschlag vom Jahre 1959 verzichtet. Wenn dem so ist, dann soll er es offen sagen. Wir möchten nur darauf hinweisen, daß diese Politik den aggressiven Plänen und Handlungen des amerikanischen Imperialismus und der anderen Imperialisten gegenüber kurzsichtig ist.

## Kampf gegen die revisionistischen Verdrehungen der marxistisch-leninistischen Theorie über die Revolution

Der Autor des in „Kommunist“, Nr. 17, 1961, veröffentlichten Artikels, F. Konstantinow, beklagt sich, daß die PAA die Thesen des 20. Parteitages angeblich verdreht habe, indem sie die Führung der KP der Sowjetunion beschuldigte, daß sie nur für die friedliche Form des Übergangs zum Sozialismus sei. Wir müssen darauf hinweisen, daß F. Konstantinow diese Frage gänzlich vereinfacht und vulgarisiert hat (vielleicht tat er dies aus „Denkfaulheit!“). Unsere Partei hat ihre kritische Meinung über die Art und Weise, wie die Frage des Übergangs zum Sozialismus auf dem 20. Parteitage der KP der Sowjetunion behandelt wurde, gesagt.

Erstens wurde sowohl auf dem 20. Parteitag als auch in der gesamten Propaganda der Sowjetführung nach diesem Parteitag hauptsächlich der friedliche Weg unterstrichen, wurden die heutigen Möglichkeiten eines solchen Weges äußerst stark aufgebläht, was der Wirklichkeit durchaus nicht entspricht. F. Konstantinow zitiert die Entschliebung des 20. Parteitages (den dazugehörigen Teil veröffentlichen wir hier), wo es u. a. heißt: „Es gibt keinen Zweifel darüber, daß in einer Reihe von kapitalistischen Ländern, wo der Kapitalismus noch immer stark ist, **wo er über einen kolossalen militärischen und Polizeiapparat verfügt**, die große Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist.“ Wir stellen die Frage: In welchen kapitalistischen Ländern werden immer günstigere Bedingungen geschaffen, um die Staatsgewalt auf friedlichem Wege zu erlangen, wo doch das wahnsinnige Wettrüsten weitergeht fieberhafte An-

strengungen zur Errichtung der faschistischen Diktatur gemacht werden und der militärische und Polizeiapparat in noch nie gesehendem Maß verstärkt wird? Etwa in den USA, Frankreich, Spanien, Westdeutschland oder Griechenland? Zweitens orientierte N. Chruschtschow auf dem 4. Parteitag die kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder, sich **entweder** auf den friedlichen **oder** nichtfriedlichen Weg vorzubereiten, aber er orientierte sie nicht, sich auf beide Möglichkeiten vorzubereiten, damit sie in jedem Moment bereit sind, alle Möglichkeiten auszunützen, um die Staatsgewalt auf friedlichem oder nichtfriedlichem Weg zu erlangen. Unsere Partei ist der Meinung, daß, wenn man sich auf einen bewaffneten Aufstand gut vorbereitet, günstige Möglichkeiten auch für die Machtergreifung auf friedlichem Weg geschaffen werden. Um die These zu begründen, daß der 20. Parteitag (1956) in dieser Frage angeblich auf richtigen Positionen stand, zitiert F. Konstantinow die Materialien des 22. Parteitages (1961), wo die Worte Lenins: „die Arbeiterklasse müsse sich ohne Ausnahme alle Formen oder Seiten der gesellschaftlichen Tätigkeit aneignen . . .“, „müsse bereit sein, um eine Form durch die andere schnell und unerwartet zu ersetzen“, angeführt werden. Wir freuen uns über eine solche Auslegung und halten sie für einen Schritt nach vorne. Aber warum wartete man fünf Jahre, um diese Lehren des großen Lenin in Erinnerung zu bringen, und warum wird die PAA angegriffen, welche diesen Lehren treu war und ist?

Drittens identifizierte N. Chruschtschow auf dem 20. Parteitag die Machtergreifung auf friedlichem Weg seitens der Arbeiterklasse mit der Sicherung der meisten



Sitze im bürgerlichen Parlament und ließ dabei die Grundlehren des Marxismus-Leninismus über die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und seine Ersetzung durch den Staat der Diktatur des Proletariats gänzlich beiseite (Mögen sie wenigstens das klassische Werk W. I. Lenins „Staat und Revolution“ lesen!).

Weiter unten schreibt F. Konstantinow, daß die PAA die sozialistischen Revolutionen angeblich nicht als Ergebnis der inneren Entwicklung der kapitalistischen Länder, sondern als etwas, das von außen her eingeführt wird, betrachtet. Mit anderen Worten, er beschuldigt unsere Partei, daß sie zur antimarxistischen Auffassung über den Export der Revolution halte, und eröffnet den Angriff, um diese falsche Theorie zu liquidieren. Aber wir möchten ihm sagen, daß er vielleicht infolge einer philosophischen Zerstretheit die Adresse verfehlt hat und unnützerweise ein offenes Tor aufbricht. In keinem Material unserer Presse kann F. Konstantinow oder irgend ein anderer ein Wort finden, das den leisesten Zweifel über die klare Stellung unserer Partei in dieser Frage erregen könnte (in Wirklichkeit begnügt sich F. Konstantinow mit einer allgemeinen Phrase und sagt nichts konkretes). Die PAA hat verurteilt und verurteilt ohne Schwanken sowohl die antimarxistische Theorie der Ausfuhr der Revolution als auch die Anstrengungen der Imperialisten und ihrer revisionistischen Handlanger, die Konterrevolution zu exportieren. Sie hat die sozialistischen Revolutionen immer als das Ergebnis der inneren Widersprüche der kapitalistischen Länder, des Kampfes der Arbeiterklasse in diesen Ländern betrachtet. Geleitet in konsequenter Weise von den Lehren Lenins

unterstreicht die PAA mit Nachdruck die Notwendigkeit einer entschlossenen Unterstützung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der kapitalistischen Länder seitens der sozialistischen Länder, um die kapitalistische Sklaverei zu brechen und dem Sozialismus zum Sieg zu verhelfen. Hält etwa F. Konstantinow diese Lehren Lenins für eine „Ausfuhr der Revolution“?

Die Stellung N. Chruschtschows und seiner Gruppe in dieser Frage ist unklar und voller Widersprüche. Indem N. Chruschtschow und sein Propagandaapparat die friedliche Koexistenz als die Generallinie der Außenpolitik der sozialistischen Länder betrachten, machen sie einen Strich durch die Unterstützung der Revolution seitens der sozialistischen Länder und **überschätzen andererseits die Rolle des äußeren Faktors**, haben seine Bedeutung beinahe absolut gemacht und die Sache so dargestellt, als ob der Sieg des Sozialismus auf weltweiter Ebene beinahe nur als Ergebnis der Politik der friedlichen Koexistenz der sozialistischen Länder, des wirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen System und der Erfolge der Länder des sozialistischen Lagers beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus kommen wird.

Bekanntlich hat unsere Partei die große internationalistische Hilfe, welche die Sowjetunion unserem Volk gegeben hat, dauernd hervorgehoben und hebt sie weiter hervor; unsere Partei hat diese Hilfe als den bedeutendsten äußeren Faktor für die Befreiung unseres Vaterlandes vom faschistischen Joch und für den Aufbau des Sozialismus in Albanien betrachtet und betrachtet sie weiter so. Aber die sowjetischen Führer mit N. Chru-

schtschow an der Spitze erwähnen in der letzten Zeit in ihren Materialien über Albanien mit keinem Wort die Rolle, welche das albanische Volk unter der Leitung der PAA im Kampf für die Befreiung des Landes und den Sieg der Volksrevolution in Albanien sowie beim sozialistischen Aufbau unseres Landes gespielt hat, und unterstreichen in einseitiger Weise nur **den äußeren Faktor** — nur die Hilfe der Sowjetunion. Wie soll man eine solche Haltung nennen? Führt sie nicht zu den Positionen der antimarxistischen Theorie über den Export der Revolution? Das soll uns der „Theoretiker“ F. Konstantinow erklären?

#### **N. Chruschtschow — Beschützer der Tito-Verräterclique**

Um aus der schwierigen Lage, in die N. Chruschtschow und seine Anhänger infolge der Versöhnungspolitik und der Zusammenarbeit mit der Tito-Clique selbst geraten sind, herauszukommen, verdrehen sie in schamloser Weise die Haltung unserer Partei gegenüber der Einschätzung der konterrevolutionären Ereignisse des Jahres 1956 in Ungarn

Die PAA hat ihre Haltung gegenüber der Konterrevolution des Jahres 1956 in Ungarn deutlich zum Ausdruck gebracht. Sie hat unterstrichen und unterstreicht, daß die Konterrevolution von den Imperialisten, insbesondere den amerikanischen, in enger Zusammenarbeit mit den reaktionären inneren Kräften und mit der revisionistischen Tito-Clique sowie mit den revisionistischen verräterischen Elementen Ungarns vom Schlag Imre Nagys und Komplizen im Rahmen des frontalen Angriffs der Imperialisten

und Revisionisten gegen das sozialistische Lager und die internationale kommunistische Bewegung nach dem 20. Parteitag der KP der Sowjetunion organisiert wurde. Sie nützten auch einige Fehler der früheren Führung Ungarns für ihre Zwecke aus. Das ist ganz klar und verständlich, deshalb werden wir uns darüber nicht verbreitern.

Zugleich hat unsere Partei ihre kritische Haltung gegenüber N. Chruschtschow und seiner Gruppe im Zusammenhang mit ihrer Einschätzung der konterrevolutionären Ereignisse in Ungarn zum Ausdruck gebracht. Unsere Kritik, die wir an dieser Frage üben, beruht auf diesen Hauptmomenten:

Erstens wurde die Konterrevolution in Ungarn von den Imperialisten und den anderen konterrevolutionären Elementen unter den Losungen des „Antistalinismus“, entnommen dem „geheimen“ Referat, das N. Chruschtschow auf dem 20. Parteitag der KP der Sowjetunion hielt, organisiert und erregt. In der Tat ermutigten seine prinzipienlosen Angriffe gegen Stalin auf dem 20. Parteitag und seine Linie der „Entstalinisierung“ die reaktionären und revisionistischen Elemente und erleichterten ihnen die Arbeit, eine feindliche Tätigkeit zu entfalten. Die sogenannten „stalinistischen“ Fehler der früheren Führer Ungarns wurden sehr stark übertrieben, was den verräterischen und revisionistischen Elementen, wie Imre Nagy und Genossen, die Möglichkeit gab, frei ihre konterrevolutionäre Tätigkeit zu entfalten und sie mit dem Deckmantel der „Volksrevolution“ zu tarnen.

Zweitens, als die Tito-Gruppe und Imre Nagy, zusammen mit den Imperialisten, den konterrevolutionären Putsch in Ungarn in fieberhafter Weise vorbereiteten,

verschlossen N. Chruschtschow, A. Mikojan, M. Suslow und andere sowjetische Führer ihre Augen vor der feindlichen Tätigkeit dieser Verräter, hatten Vertrauen zu ihnen und unterstützten sie. Man kann keineswegs die Tatsache rechtfertigen, daß die sowjetischen Führer einer heuchlerischen „Selbstkritik“ Imre Nagys Glauben schenkten und sie in den Schubladen ihrer Schreibtische aufbewahrten, um den anderen einzureden, sie zu überzeugen, daß Imre Nagy ein guter Mensch wäre (!). Ferner ist es durchaus nicht zu rechtfertigen, daß N. Chruschtschow der revisionistischen Clique der jugoslawischen Renegaten soviel Glauben schenkte, wiederholt nach Brioni fuhr und insgeheim mit Tito zusammentraf und gemeinsam mit ihm die Entscheidung über die Ernennung des 1. Sekretärs des ZK der Arbeiterpartei Ungarns traf (!) (Das war u. a. auch eine unerlaubte Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer Bruderpartei.) Diese, gelinde gesagt, verwunderliche Tätigkeit des 1. Sekretärs des ZK der KP der Sowjetunion beweisen viele Dokumente, die unsere Partei besitzt, wie z. B. der Brief, den N. Chruschtschow am 9. November 1956 J. B. Tito sandte und der in der Rede des Genossen Enver Hoxha am 7. 11. 1961 erwähnt wird. Um jeden Zweifel auszuschließen, zitieren wir aus dem Brief die Stelle, in der N. Chruschtschow sich an Tito mit nachstehenden Worten wendet: „Sie waren vollkommen zufrieden mit der Tatsache, daß das ZK der KP der Sowjetunion seit dem Sommer d. J. im Zusammenhang mit der Entfernung Rakosis Anstrengungen machte, damit der Genosse Kádár 1. Sekretär des ZK der Arbeiterpartei Ungarns würde“. Hier ist jeder Kommentar überflüssig. Dritten's „hielt es N. Chruschtschow für möglich“, nach dem Scheitern des konterrevolu-

tionären Putsches, in dem Tausende von heldenmütigen sowjetischen Soldaten und ungarischen Kommunisten und Patrioten in den Straßen Budapests ihr Blut in Strömen vergossen, anstatt neben den Imperialisten auch die Tito-Verräterclique als einen der Hauptorganisatoren der ungarischen Konterrevolution zu enthüllen, deren Tätigkeit zu vertuschen. In dem obenerwähnten Brief vom 9. 11. 1956 schrieb N. Chruschtschow an Tito: „Wir halten es für möglich, Ihrem Standpunkt beizupflichten, daß man der Frage, ob die jugoslawische Botschaft in Budapest richtig oder nicht richtig handelte, als sie Imre Nagy und seine Genossen aufnahm, keine besondere Bedeutung beimißt“

Jetzt drücken sich N. Chruschtschow und seine Leute um diese Tatsachen herum, übergehen sie mit Schweigen, und um die Aufmerksamkeit von ihnen abzulenken, verdrehen sie die Position unserer Partei, indem sie behaupten, daß sie die imperialistische Reaktion in Schutz nimmt, ihre Verantwortung für den konterrevolutionären Putsch in Ungarn zu vermindern versucht und diesen einfach als die Folge der Kritik an Stalin auf dem 20. Parteitage der KP der Sowjetunion hinstellt. Wir denken nicht daran, uns in eine Polemik mit einem gewissen I. Andropow, der gerade zur Zeit der Konterrevolution im Jahre 1956 sowjetischer Botschafter in Ungarn war, einzulassen. Aber wir möchten unterstreichen, daß es schwer ist, die Menschen durch solche plumpe und banale Beschuldigungen zu überzeugen. Es ist nicht die PAA, sondern N. Chruschtschow und seine Gruppe, die, indem sie die Rolle, welche die „Stalinschen“ Fehler der früheren ungarischen Führer spielten, äußerst stark übertrieben und sie als die Hauptursache der konterrevolu-

tionären Ereignisse in Ungarn bezeichneten, in Wirklichkeit die Rolle der Imperialisten in diesen Ereignissen unterschätzen und die feindliche Tätigkeit und die Verantwortung des Agenten des Imperialismus, der revisionistischen Tito-Clique, verheimlichen. Und wenn die antistalinsche Kampagne N. Chruschtschows und seine opportunistische Haltung gegenüber der Tito-Clique und Imre Nagy und Komplizen den Imperialisten, Revisionisten und den reaktionären Kräften die Arbeit erleichterte, um den konterrevolutionären Putsch in Ungarn zu organisieren, so fällt die Verantwortung keineswegs auf die PAA und ihre Leitung

#### **Die prinzipienlosen Angriffe gegen J. V. Stalin dienen nur den Imperialisten**

N. Chruschtschow und seine Anhänger greifen die PAA und ihre Leitung wütend an und beschuldigen sie, gegen die Lehren des Marxismus zu sein, nach denen man jede Erscheinung des Personenkults bekämpfen muß. Um diese Erfindungen glaubhafter zu machen, schlagen sie großen Lärm über die „häßlichsten Erscheinungen des Personenkultes“, der angeblich in Albanien blüht.

Die PAA und ihre Leitung waren und sind den Lehren des Marxismus-Leninismus über Masse und Klasse, Partei und Führer treu, sie waren und sind nie gegen den Kampf für die Liquidierung jeder Erscheinung des Personenkultes und haben nicht gezögert, solche Erscheinungen in ihren Reihen rechtzeitig zu kritisieren. Aber unsere Partei war und ist nicht einverstanden mit der Art und Weise der Kritik, die die Chruschtschow-Gruppe

seit dem 20. Parteitag der KP der Sowjetunion an der Person J. Stalins geübt hat und weiter übt, sie war und ist nicht einverstanden mit den antimarxistischen Zielen, für die diese die Kritik an Stalin benützt, um den kommunistischen und Arbeiterparteien der anderen Länder ihre revisionistischen Auffassungen aufzuzwingen.

Für unsere Partei und für alle Marxisten-Leninisten sind die prinzipienlosen Angriffe N. Chruschtschows gegen J. V. Stalin und die Darstellung der gesamten Periode seiner Führung als eine Periode, in der angeblich Morde, Terror, Verfolgungen und Ungerechtigkeit in der Sowjetunion herrschten, unannehmbar. Diese prinzipienlose „Kritik“ hat den imperialistischen und revisionistischen Gegnern eine maßlose Freude bereitet und ihnen gedient, um das sozialistische Sowjetsystem und den Kommunismus mit Schmutz zu bewerfen. Zugleich hatte diese „Kritik“ die kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder in eine schwierige Lage gegenüber den wütenden Angriffen der reaktionären bürgerlichen Propaganda gebracht, die, um ihre Verleumdungen zu verbreiten, sich gerade auf die Angriffe N. Chruschtschows gegen J. V. Stalin auf dem 20. und 22. Parteitag der KP der Sowjetunion beruft. Umsonst bemühen sich heute N. Chruschtschow und seine Propagandisten mit einer ganz nebelhaften Logik unsere Partei zu beschuldigen, daß sie angeblich den Personenkult mit dem sowjetischen System verbunden habe. Alle Welt weiß, daß die PAA zusammen mit den anderen marxistisch-leninistischen Parteien einen entschlossenen grundsätzlichen Kampf gegen die bürgerliche Propaganda und die modernen Revisionisten, welche Anstrengungen machen, um die sowjetische Ordnung und den Kommu-

nismus zu diskreditieren, geführt hat und führt. Nicht unsere Partei drückte den Imperialisten und Revisionisten diese vergiftete Waffe in die Hand, sondern N. Chruschtschow und seine Gruppe; nun sollen sie auch die Verantwortung vor der KP der Sowjetunion für diese schändlichen Handlungen tragen. Ferner verwirft unsere Partei mit Nachdruck die Anstrengungen der Chruschtschow-Gruppe, Stalin zu stürzen und seine großen Verdienste als hervorragender Theoretiker des Marxismus-Leninismus in Abrede zu stellen. Stalin hat den Leninismus vor den Angriffen und Verdrehungen der Trozisten, Bucharin-Leute und der anderen Gegner mit Nachdruck verteidigt und ihn unter den neuen historischen Bedingungen weiterentwickelt. Indem N. Chruschtschow und seine Anhänger J. V. Stalin als einen lebensfremden „Dogmatiker“ darstellen, versuchen sie ihre revisionistischen Auffassungen zu maskieren und sie als die Creme der „schöpferischen Entwicklung“ des Marxismus aufzutischen.

Wer heute mit einer solchen Haltung J. V. Stalin und seinem Werke gegenüber nicht einverstanden ist, den erklären N. Chruschtschow und seine Gruppe für einen „Dogmatiker“, „Gegner des Marxismus-Leninismus“, „Terroristen“, „Agenten des Imperialismus“ (!) usw

Unsere Partei zweifelt gar nicht daran, daß N. Chruschtschow und seine Gruppe die Kritik an Stalin in böswilliger Absicht und keineswegs von einer grundsätzlichen Position aus, zum Zweck der Bekämpfung der Erscheinungen des Personenkultes, übten. Denn anders kann man sich die Tatsache nicht erklären, daß die jetzige Sowjetführung den Personenkult N. Chruschtschows in zügelloser Weise kultiviert, wovon sich ein jeder überzeugen

kann, da eine übertriebene Propaganda für ihn entfaltet wird. Ja, die Sache ist so weit gediehen, daß einige Dummheiten, die sich N. Chruschtschow erlaubte, und die das Ansehen der Sowjetunion schädigen, wie z. B. das Ausziehen eines Schuhs in der UNO-Vollversammlung, mit Servilität zur Theorie erhoben und als „glänzendes Modell einer marxistischen Haltung“ präsentiert werden. (Es ist unglaublich, wie A. Adschubei diese Geste in seiner Diskussion auf dem 22. Parteitage, welche die Sowjetpresse veröffentlichte, als „etwas wirklich Wunderbares“ bezeichnete!) Geschieht dies vielleicht auch im Rahmen des Kampfes gegen den Personenkult?

#### **N. Chruschtschow — Feind der PAA und des albanischen Volkes**

Nachdem sie versucht hatten, mit Hilfe von antimarxistischen Methoden J. V. Stalin und sein Werk zu stürzen, unternahmen N. Chruschtschow und seine Anhänger verleumderische Angriffe gegen die PAA und ihre Leitung und beschuldigen sie, die Leninschen Normen des Parteilebens und der sozialistischen Gesetzmäßigkeit verletzt und ein Terrorregime errichtet zu haben usw. Aber was für „Tatsachen“ und „Argumente“ haben sie dafür?

Im Artikel der „Prawda“ vom 14. 12. 1961 heißt es u. a.: „Schon im Jahre 1948 übte der 1. Parteitag eine scharfe Kritik an den ernstesten Fehlern in der politischen Tätigkeit der PAA, indem er darauf hinwies, daß vier Jahre nach der Befreiung des Landes und Errichtung der Volksmacht die Partei kein Statut, Programm oder ein eigenes Presseorgan hatte, daß in der Partei „militärische und Polizei-

methoden' herrschten . . . Die häßlichste Erscheinung des militärischen und Polizeiregimes in der Partei war, daß sie unter der Kontrolle der Organe der Staatssicherheit stand und in ihr die ‚polizeiliche Information‘ blühte“.

Ja, der 1. Parteitag verurteilte mit Nachdruck diese negativen Erscheinungen im Parteileben, die eine Folge der groben Einmischung der Tito-Clique in die inneren Angelegenheiten unserer Partei und der gefährlichen und feindlichen Tätigkeit des Agenten dieser Clique, Kotschi Dsodse, waren. Kotschi Dsodse und seine Komplizen wurden von der Partei auf dem 1. Parteitag schwer verurteilt wegen betonter feindlicher Tätigkeit im Dienst der Tito-Clique, der Verletzung der Parteidemokratie, der Unterstellung der Partei unter die Kontrolle der Staatssicherheit (Kotschi Dsodse war Innenminister und zugleich Parteisekretär für Kaderarbeit), wegen schwerer Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit, der Vorbereitung der physischen Liquidierung des Generalsekretärs der Partei, Genossen Enver Hoxha, des Genossen Mehmet Shehu, und anderer tüchtiger Kader der Partei, die auf eine oder die andere Weise tatsächlich isoliert oder aus der Leitung der Partei entfernt worden waren. Und wenn die Partei aus dieser schweren Situation erfolgreich hervorging und binnen kurzer Zeit die fremden Erscheinungen liquidierte und die Leninschen Normen des Parteilebens herstellte, so hatte dabei gerade der Generalsekretär der Partei, Genosse Enver Hoxha, ein besonderes Verdienst. All das ist in den Beschlüssen unserer Partei dokumentiert.

Das sind die Tatsachen, während die Autoren des Artikels der „Prawda“ anders schreiben. Sie sagen: „Wir beabsichtigen nicht, die Urheber dieses Terrors gegen die

ehrlichen albanischen Kommunisten aufzuzählen. Wir möchten nur erwähnen, daß damals Enver Hoxha ‚der Generalsekretär der Partei war‘.“ Warum wollen die Artikelschreiber N. Chruschtschows die Urheber dieses Terrors nicht aufzählen, sondern greifen den Genossen Enver Hoxha in verleumderischer Weise an? Warum machen sie so große Anstrengungen, um die feindliche Tätigkeit der Tito-Verräterclique und ihrer Agenten Kotschi Dsodse und Komplizen zu verheimlichen? Warum nehmen sie Kotschi Dsodse, diesen Verräter und wütenden Gegner der Partei und des Volkes in Schutz? Um jeden Zweifel auszuschließen, wollen wir erwähnen, daß N. Chruschtschow schon 1956 einen Druck ausübte, um Kotschi Dsodse zu rehabilitieren, aber unsere Partei verwarf dies mit Nachdruck. Weiter heißt es in der „Prawda“, daß auf den Parteikonferenzen vor dem 3. Parteitag der PAA „eine scharfe grundsätzliche Kritik an der albanischen Führung wegen der Verletzung der Leninschen Normen des inneren Parteilebens“, wegen „Vergeltungsmaßnahmen gegen die Kader der Partei“ usw. geübt wurde. Hier handelt es sich um die Versuche der revisionistischen Elemente der Tito-Clique, die, ermutigt durch die revisionistischen Thesen des 20. Parteitages der KP der Sowjetunion, sich auf der Parteikonferenz der Stadt Tirana im April 1956 umsonst bemühten, die Partei zu spalten, ihre Leitung zu stürzen und in Albanien eine Lage wie später in Ungarn zu schaffen, was auch nachher der stellvertretende Außenminister Widitsch, der ehemalige jugoslawische Botschafter in der Sowjetunion, zugab. Allen albanischen Kommunisten ist es klar, daß die Organisatoren des revisionistischen Angriffes gegen unsere Partei und ihre Leitung auf der Parteikonferenz der Stadt

Tirana Verräter wie Panajot Paku, Tuk Jakowa, Bedri Spahiu, Liri Gega, Pajo Islami, Wehip Demi, Dhora Leka und andere verkommene Elemente, die als Agenten der jugoslawischen Staatssicherheit enthüllt wurden, waren (Das ZK unserer Partei besitzt Dokumente, die auf Grund von unwiderlegbaren Tatsachen zeigen, daß diese Verräter mit der Tito-Clique verbunden waren und auf ihre Anweisung Komplote schmiedeten, um in Albanien die Volksmacht zu stürzen.) Warum sprechen die Propagandisten N. Chruschtschows mit so viel Eifer und Sicherheit von der Tätigkeit dieser parteifeindlichen Elemente? Hier ist deutlich die Verbindung der Chruschtschow-Gruppe mit der Tito-Clique und ihrer Agenten auf der Parteikonferenz der Stadt Tirana zu erkennen.

Der Gerichtsprozeß in Tirana gegen die Agenten des griechischen und amerikanischen Geheimdienstes Teme Sejko, Tahir Demi und Komplizen, welche die verdiente Strafe als Vaterlandsverräter erhielten, bewies auf Grund von Tatsachen, daß auch diese Organisatoren der parteifeindlichen Tätigkeit der Parteikonferenz der Stadt Tirana waren. Und gerade diesen ekligen Schmutz nehmen N. Chruschtschow und seine Anhänger in Schutz. Die gerechten Handlungen unserer Partei und Gerichte gegen die Spione und Agenten der Imperialisten jedoch bezeichnen N. Chruschtschow und seine Gruppe als Terror, Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit und die Folge des Personenkultes usw. „Die Führer der PAA verhaften und verfolgen die albanischen Zivil- und Militärspezialisten, die in der Sowjetunion studiert haben.“ Wir wollen die Tatsache übergehen, daß dies eine gemeine Verleumdung ist, welche jeden Staatsbürger der VRA mit Recht empört. Wir sagen nur, daß diese Beschuldigung äußerst

absurd ist, weil nach ihr die Mehrheit der albanischen Intelligenz (die größtenteils aus Personen besteht, welche in der Sowjetunion studiert haben) eingesperrt und interniert ist (!). Hierauf schreibt F. Konstantinow mit einer erstaunlichen Akrobatik: „Hoxha und Shehu verletzen die Gesetzlichkeit und vollführen willkürliche Akte sehr geheim“ (?), während in dem Artikel, den die „Prawda“ in dieser Zeit veröffentlichte, das Gegenteil behauptet wird: „Jetzt werden in Albanien die Polizeimethoden der Gewalt gegen jene, welche die Freundschaft zu der Sowjetunion in Schutz nehmen, offen angewendet!“ (Offensichtlich haben sie vergessen, sich zu verständigen!)

Nach den Autoren der Artikel und Reden gegen die PAA werden in Albanien seit langem die Leninschen Normen des Parteilebens und die sozialistische Gesetzlichkeit verletzt und die ehrlichen Kommunisten verfolgt. Es ist wirklich erstaunlich, daß N. Chruschtschow und seine Genossen, die einen großen Lärm über die „hohe Leninsche Grundsätzlichkeit“ schlagen, diese Dinge nicht schon früher gesagt haben, sondern im Gegenteil bis 1960 unsere Partei und ihre Leitung in den Himmel hoben. Wir wollen hier nicht diese Verleumdungen und Erfindungen eine nach der anderen verwerfen, weil sie so niedrig und banal sind, daß es nicht der Mühe wert ist. Wir wundern uns nur über die Tatsache, daß ein Mensch wie F. Konstantinow, Philosoph und ehemaliges Mitglied des ZK der KP der Sowjetunion, als er dieser Funktion auf dem 22. Parteitag enthoben wurde, seinen Beruf änderte und sich von den philosophischen Studien auf das Gebiet der niedrigen Verleumdungen geworfen hat. Glaubt er etwa, dadurch seine Stellung zu festigen und Karriere zu machen?

Unserer Partei, jedem albanischen Kommunisten und jedem Staatsbürger der VRA ist eines durchaus klar: Die plumpen Erfindungen über den „Stalinschen Terror“ in Albanien brauchen N. Chruschtschow und seine Propagandisten nicht so sehr für die albanischen Kommunisten und das albanische Volk als vielmehr, um unsere Partei und ihre Leitung vor der Öffentlichkeit der anderen Länder zu diskreditieren. Aber unser Volk kann man durch solche Lügen nicht betrügen. Albanien ist ein kleines Land, wo man nicht einmal eine Nadel verstecken kann, bei uns gibt es keine entlegenen Gebiete wie das Neuland und Sibirien, deshalb wird jede Verhaftung sogleich bekannt. N. Chruschtschow irrt sich sehr, wenn er glaubt, daß er durch die Inschutznahme von einigen verhassten Verrätern, Gegnern der Partei und des Volkes und Agenten der Tito-Clique und des imperialistischen Geheimdienstes unsere Partei und unser Volk desorientieren und schwankend machen kann. Die Inschutznahme der Tito-Clique und der albanischen Verräter zeigt nur noch offener das Gesicht N. Chruschtschows als Verräter des Marxismus-Leninismus, Gegner der Partei und unseres Volkes, der verleumdet und sich in grober Weise in unsere inneren Angelegenheiten einmischt, enthüllt ihn als einen Menschen, der die Prinzipien der Deklarationen der kommunistischen und Arbeiterparteien mit beiden Füßen tritt.

Für Argumente, um ihre absurden Angriffe gegen die PAA und die VRA glaubhafter zu machen, fanden N. Chruschtschow und seine Anhänger keinen anderen besseren Weg, als sich an die reaktionären bürgerlichen Zeitungen um Hilfe zu wenden und betrachten, wie es scheint, ihre Artikel als das höchste Kriterium der Wahrheit! Wir

möchten nicht mit gleicher Münze bezahlen und Artikel der bürgerlichen Zeitungen zitieren, welche die Tatsache, daß N. Chruschtschow auf dem 22. Parteitag unsere Meinungsverschiedenheiten veröffentlichte, auswerteten, um letztere aufzublähen und für die Spaltung der kommunistischen Bewegung und des sozialistischen Lagers auszunützen (obwohl viele reaktionäre Zeitungen die Chruschtschow-Linie unterstützten). Unsere Partei denkt nicht daran, sich den bürgerlichen reaktionären Zeitungen anzuschließen und ihr Spiel zu treiben, um die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, wie N. Chruschtschow und seine Anhänger in Wirklichkeit tun, zu spalten. Aber wir möchten unterstreichen, daß die Chruschtschow-Gruppe die Werkstatt der Verarbeitung der Nachrichten zugunsten der imperialistischen Reaktion gegen die VRA geworden ist. Die Sache geht bis zur Anwendung der niedrigsten Methoden der Provokation. Die Chruschtschow-Gruppe bereitet Artikel voller Verleumdungen gegen die PAA und ihre Führer vor, veröffentlicht sie in den bürgerlichen Zeitungen und druckt sie hierauf in der offiziellen Presse nach, in der tendenziösen Absicht, die albanischen Führer mit Hilfe von „Tatsachen aus glaubwürdigen Quellen“ zu diskreditieren (!) Die Leser können selbst beurteilen, wie „marxistisch“ diese Handlungen sind. So stehen die Dinge. Die wütenden Angriffe N. Chruschtschows und seiner Anhänger gegen die PAA und die VRA sind ein weiterer Beweis, der zeigt, daß die Chruschtschow-Gruppe immer tiefer im Schlamm der antimarxistischen Kampagne versinkt. Das Ansehen der Sowjetunion und der KP der Sowjetunion in skrupelloser Weise ausnützend, vermochte N. Chruschtschow einige Persönlichkeiten der interna-



tionalen kommunistischen Bewegung zu beeinflussen, um ihm im prinzipienlosen Kampf gegen die PAA Gefolgschaft zu leisten. Er will den Eindruck erwecken, daß die gesamte internationale kommunistische Bewegung ihn bei der „Bestrafung“ unserer Partei und ihrer Leitung unterstützt, andererseits versucht er, zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien der anderen Länder und unserer Partei Feindschaft zu stiften. Aber es wird ihm nie gelingen, unsere Partei und unser Volk mit Hilfe von solchen Provokationen in die Falle zu locken. Unsere Partei wird ohne Schwanken ihren grundsätzlichen Kampf gegen die Chruschtschow-Gruppe fortsetzen, weil sie zutiefst überzeugt ist, daß auch die autorisier testen Persönlichkeiten der kommunistischen und Arbeiterparteien der anderen Länder, die uns heute angreifen, früher oder später erkennen werden, in welche gefährliche Sackgasse sie Chruschtschow durch seine antimarxistischen Handlungen führt. Wie sollen wir z. B. den Generalsekretär der KP Martiniques, Genossen K. Silvestri, nicht für schuldig erklären, der in der „Prawda“ vom 17. 12. 1961 einen Artikel über die „grobe Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit und die schonungslosen verbrecherischen Vergeltungsmaßnahmen gegen die albanischen Arbeiter und Aktivisten“ schrieb? Natürlich kennt er die Lage in Albanien nicht, da er sich in Martinique auf der anderen Seite des Ozeans befindet, aber er schrieb, weil er den Verleumdungen Chruschtschows glaubte, oder er schrieb dem Ansehen der Sowjetunion zuliebe, ohne von der Richtigkeit seiner Handlung überzeugt zu sein. Es klingt zwar unglaublich, aber es ist eine Tatsache, daß jemand erklärt hat: „Wir sind mit N. Chruschtschow, auch wenn er fehlt“ (!).

Unsere Partei und unser Volk zweifeln nicht daran, daß auch die engen Freunde N. Chruschtschows in den kommunistischen und Arbeiterparteien der anderen Länder die jüngste feindliche und antimarxistische Handlung N. Chruschtschows unserem Land gegenüber — die Schließung der sowjetischen Botschaft in Albanien und die Ausweisung des Personals der albanischen Botschaft aus der Sowjetunion — nicht gebilligt haben. Und das nicht, weil sie eine besondere Sympathie für die PAA und ihre Leitung haben, sondern weil es einen in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern unerhörten Akt, eine offene Verletzung der Prinzipien der Moskauer Deklarationen der Jahre 1957 und 1960 darstellt, die Sowjetunion vor der Weltöffentlichkeit diskreditiert, die kommunistischen und Arbeiterparteien, vor allem der kapitalistischen Länder, in eine schwierige Lage bringt, der imperialistischen Reaktion die Waffen liefert, um uns zu bekämpfen, und unsere gemeinsame Sache des Sozialismus und Kommunismus schwer schädigt.

Durch seine wilden Angriffe gegen die PAA und die VRA bereitet N. Chruschtschow noch häßlichere Handlungen und Pläne zum Schaden der Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung, zum Schaden unserer großen Sache vor. Aber er kann sicher sein, daß eine solche Handlung für ihn selbst fatal sein wird. Die starke Organisation der kommunistischen Weltbewegung wird die revisionistischen Wunden, die ihr N. Chruschtschow schlug, heilen. Die revisionistischen Elemente in den Reihen der kommunistischen und Arbeiterparteien, die infolge der antimarxistischen Tätigkeit N. Chruschtschows und seiner Gruppe aktiviert

wurden, werden isoliert und mit Hilfe des entschlossenen Kampfes der wahren Kommunisten, die der großen revolutionären Doktrin des Marxismus-Leninismus treu sind, vernichtet werden. Das ist ein klarer unvermeidlicher Prozeß. Die Wahrheit des Marxismus wird siegen.

## **Wem dienen Chruschtschows Auffassungen und Handlungen?**

(Aus der Zeitung „Zëri i Popullit“  
vom 2. März 1962)

„... in der Politik“, sagte W. I. Lenin, „ist es nicht so wichtig, *wer* unmittelbar bestimmte Anschauungen vertritt. Wichtig ist, *wem* diese Anschauungen, diese Vorschläge, diese Maßnahmen *nützen*.“ (Lenin, Werke, Band 19, S. 33, russische Ausgabe) Mit jedem Tag zeigt sich immer deutlicher und durch viele Tatsachen, wem in Wirklichkeit die Auffassungen und Handlungen N. Chruschtschows und seiner Gruppe dienen, zeigt sich die ernste Gefahr, welche sie bilden, und der große Schaden, den sie der revolutionären Weltbewegung und der Sache des Sozialismus, der Völkerfreiheit und des Weltfriedens zufügen.

Jeder, der die Tätigkeit N. Chruschtschows aufmerksam verfolgt, hat es nicht schwer, sich davon zu überzeugen, daß diese Auffassungen und Handlungen nicht vereinzelte, isolierte und zufällige Fehler sind. Im Gegenteil, sie sind ein Beweis für eine ganze, opportunistische und konsequente Linie, sie zeigen, daß sich N. Chruschtschow immer mehr von den revolutionären Positionen des Marxismus-Leninismus entfernt und immer tiefer in den Schmutz des Antimarxismus hineingerät.

### **Die Verbreitung der pazifistischen Illusionen über den USA-Imperialismus schädigt schwer die Sache des Friedens**

Das Grundkriterium, um festzustellen, ob eine Partei oder ein Führer eine revolutionäre marxistische Stellung

einnimmt, ist die Haltung gegenüber dem Klassenfeind, deshalb ist die einzige richtige Politik nur jene Politik, die vom Standpunkt der Klasse ausgeht. In unserer Zeit ist der Imperialismus, vor allem sein Haupt, das Zentrum der Weltreaktion — der USA-Imperialismus —, der Hauptgegner der internationalen Arbeiterklasse und aller Völker. Aber welche Haltung nehmen N. Chruschtschow und seine Anhänger dieser Grundfrage gegenüber ein? Die Tatsachen zeigen, daß Chruschtschows Haltung keineswegs eine entschlossene und grundsätzliche, sondern eine ganz widerspruchsvolle, schwankende und opportunistische Haltung ist.

Jetzt ist es für niemanden mehr ein Geheimnis, daß N. Chruschtschow und seine Anhänger es sich zur Gewohnheit gemacht haben, schädliche Illusionen über die Häupter des Imperialismus, besonders des USA-Imperialismus, zu verbreiten. Anfangs wurden solche Illusionen über den Expräsidenten der USA Eisenhower verbreitet, indem man ihn als einen Mann beschrieb, der „das absolute Vertrauen seines Volkes genieße und den Frieden aufrichtig liebe“. Aber es verging nicht viel Zeit, und N. Chruschtschow machte nach der Provokation mit dem Spionageflugzeug „U-2“ eine Wendung um 180 Grad und nannte Eisenhower beim richtigen Namen — einen Kriegshetzer. Nach dieser großen Wendung folgten Illusionen über den Nachfolger Eisenhowers, John Kennedy. Als Kennedy die Zügel der Regierung ergriff, wurde dies von N. Chruschtschow und seinen Propagandisten als ein Ereignis von großer Bedeutung, das wesentliche Änderungen in der USA-Politik in Richtung der Festigung des Friedens zur Folge haben würde, ausposaunt. Aber auch diese Legende über den Präsidenten Kennedy wurde durch das

Krachen der Gewehre auf dem Strand von Giron in Kuba und den Kanonendonner in den Dschungeln von Laos zerstört; sie ging im Waffenlärm in Westberlin und in den astronomischen Zahlen des USA-Militäretats unter. Auf Grund dieser und vieler anderer Tatsachen rügte N. Chruschtschow in seiner Rede am 6. 5. 1961 in Eriwan jene, die sich über die Regierung Kennedys Illusionen hingegeben hatten. Das war nichts anderes als ein demagogisches Manöver, um die Spuren zu verwischen. Aber was N. Chruschtschow zu verheimlichen versuchte, enthüllte sein autorisierter Sprecher, der diplomatische Korrespondent, A. Adschubei, welcher während des Interviews, das ihm der Präsident Kennedy am 25. 11. 1961 gewährte, ihm „in sehr aufrichtiger Weise“ sagte: „... Ihre Wahl auf den hohen Posten des Präsidenten der USA ist von der Öffentlichkeit unseres Landes (lies: von der Chruschtschow-Gruppe — die Red.) mit großen Hoffnungen aufgenommen worden.“ Und gleich nach diesem Interview erklärte er den USA-Journalisten darüberhinaus, daß die Amerikaner auf ihren Präsidenten stolz sein können (!). Das sagte er nur wenige Tage, nachdem die Regierung Kennedys die Verfolgung der KP der USA eingeleitet hatte.

Die beiden historischen Dokumente der heutigen internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung — die Moskauer Deklarationen der Jahre 1957 und 1960 — weisen darauf hin, daß der USA-Imperialismus die Hauptkraft der Aggression und des Krieges, ein internationaler Gendarm und der grimmigste Feind der Völker der ganzen Welt ist. Aber offensichtlich ist der Sprecher N. Chruschtschows, A. Adschubei, mit einer solchen Einschätzung nicht einverstanden. Nach seiner zweiten

„herzlichen“ Zusammenkunft mit dem Präsidenten Kennedy erklärte Adschubei am 31. Januar 1962 den USA-Journalisten: „Wir glauben nicht, daß die USA den Krieg wollen.“ Wir möchten N. Chruschtschow und seinen Sprecher fragen: Seit wann hat der USA-Imperialismus auf die Kriegspolitik verzichtet und ist friedliebend geworden? Ist etwa Lenins These, daß der Imperialismus eine Quelle von Kriegen und Aggression ist, veraltet, nicht mehr zeitgemäß? Wenn dem so ist, woher kommt dann die Kriegsgefahr; wer bedroht den Frieden? Existiert vielleicht heute nicht mehr eine solche Gefahr und können die Völker ohne Sorge schlafen?

N. Chruschtschow und die Propagandisten seiner Thesen, die den Besprechungen oder irgend einer politischen Kombination zuliebe eine „elastische Politik“ betreiben, hüten sich sehr davor, den USA-Imperialismus mit Nachdruck zu enthüllen. In vielen wichtigen Artikeln der Sowjetpresse über internationale Fragen wird der USA-Imperialismus nicht einmal irgendwo erwähnt. Sogar in den Artikeln anläßlich des Kongresses des sozialistischen Weltgewerkschaftsbundes, der internationalen Organisation der Arbeiterklasse, oder der Tagung des Weltfriedensrates, der ein Organ für die Organisation und Mobilisierung der Völker zum Schutz des Friedens vor den Kriegshetzern ist, hielt man es nicht für opportun, den Namen des Hauptbollwerkes der Aggression und des Krieges in der Welt, des Imperialismus der USA-Monopole, zu erwähnen. Von welchen Vorstellungen lassen sich N. Chruschtschow und seine Anhänger in ihrer Haltung dem USA-Imperialismus gegenüber leiten? Wird der Imperialismus etwa besser, vernünftiger, friedliebender, wenn man ihn nicht erwähnt, nicht entlarvt?

Was hat das gemeinsam mit dem marxistisch-leninistischen Klassenbegriff vom Imperialismus? Wie reimt sich die Haltung N. Chruschtschows mit der Aufgabe, welche die Moskauer Deklarationen der kommunistischen und Arbeiterparteien in bezug auf die Notwendigkeit der Enthüllung der Politik des Kriegs und der Aggression des USA-Imperialismus und der Erhöhung der Wachsamkeit der Völker gegenüber den Plänen und gefährlichen Handlungen der imperialistischen Kriegshetzer stellten?

Jetzt machen N. Chruschtschow und seine Propagandisten Anstrengungen, den Eindruck zu erwecken, als ob heute nicht mehr der USA-Imperialismus, sondern die westdeutschen Revanchisten die Hauptgefahr für den Frieden bilden. Das heißt den Wagen vor das Pferd spannen. Ohne Zweifel bildet der revanchistische Militarismus Westdeutschlands eine große Gefahr für den Frieden, ist ein gefährlicher Brandherd im Zentrum Europas und der Hauptstoßtrupp des aggressiven NATO-Blocks gegen die sozialistischen Länder. Aber ist das vielleicht ein Grund, um die Gefährlichkeit des USA-Imperialismus, des Hauptes und der größten Macht der Weltreaktion und des größten und grimmigsten Feindes des Friedens und der Völker aller Länder, zu verheimlichen oder zu verkleinern? Alle wissen, daß die USA-Imperialisten die Hauptstütze der westdeutschen Revanchisten sind, daß der westdeutsche Militarismus durch ihre Anregung und ihre direkte Unterstützung wieder belebt wurde, die Wehrmacht mit Massenvernichtungswaffen und Raketen ausgerüstet und gegen die DDR, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder aufgehetzt wird.

Sie wollen uns einreden, daß all das für die Festigung der friedlichen Koexistenz, die Entspannung der internationalen Lage und die Erhaltung des Friedens geschieht, daß diese Haltung und diese Handlungen angeblich den Interessen aller friedliebenden Völker entsprechen. Vergebliches Bemühen! Es ist schwierig, den Menschen einzureden, daß man den Frieden erhalten und festigen kann, indem man den Völkern die wahren Kriegshetzer verheimlicht, umso mehr, wenn man pazifistische Illusionen über den Imperialismus und seine Häupter verbreitet. Im Gegenteil, die Verbreitung solcher Illusionen ist für die Sache des Friedens sehr gefährlich, weil sie die Wachsamkeit der Völker einschläfert und den Imperialisten, vor allem den amerikanischen, die Hände frei gibt, um das Wettrüsten und die Vorbereitungen für einen neuen Weltkrieg fieberhaft fortzusetzen.

Nach der Logik N. Chruschtschows und seiner Anhänger liegt darin nichts Schlimmes, weil sie, wenn wir ihre formalen Deklarationen beiseite lassen und uns auf die Tatsachen ihrer praktischen Tätigkeit stützen, in Wirklichkeit kein großes Gewicht auf den Kampf der Völker für den Frieden legen und die Besprechungen und Zusammenkünfte (besonders die persönlichen, oft sogar „familiären“) mit den Regierungen der imperialistischen Mächte und ihren Chefs für das wichtigste Mittel halten, um den Frieden zu sichern. Jawohl, die Zusammenkünfte und Besprechungen sind notwendig. Aber sie können nur dann positive Ergebnisse haben, wenn sie sich auf den entschlossenen Kampf der Völker für die Lösung der internationalen Fragen stützen, um den kriegshetzerischen Imperialisten in den Arm zu fallen und sie zu zwingen, ernste Verhandlungen zu führen.

Heute hat das Kräfteverhältnis in der Welt große Veränderungen erfahren. Die Positionen des Imperialismus sind sehr stark eingeengt und geschwächt. Das sozialistische Weltsystem wird immer mehr zur entscheidenden Kraft für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Im Ergebnis dieser Veränderungen wurden günstigere Voraussetzungen für den Kampf gegen den Imperialismus geschaffen, entstand die reale Möglichkeit, den neuen Weltkrieg und die anderen aggressiven Kriege, die der Imperialismus plant, zu verhindern. Das Leben hat die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung, die auch in der Moskauer Erklärung enthalten ist, bestätigt. Aber die Marxisten-Leninisten zweifeln nicht daran, daß, solange der Imperialismus existiert, auch die Basis für aggressive Kriege existiert. Wenn man das unterstreicht, so bedeutet es durchaus nicht, daß man die Möglichkeit der Verhinderung des Krieges verneint und den Völkern mit dem Krieg Angst macht. Im Gegenteil, wenn man dies verneint oder ganz vergißt, wenn man einseitig und antidialektisch nur über die Möglichkeit der Verhinderung des Krieges spricht, wie N. Chruschtschow und die Propagandisten seiner Thesen es tun, so ist das gefährlich, weil es die Wachsamkeit der Völker einschläfert und ihren aktiven Kampf gegen die kriegshetzerischen Imperialisten schwächt, wodurch die Kriegsgefahr wächst. Die Erklärung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien unterstreicht mit vollem Recht, daß die Kommunisten weder die Unterschätzung der Möglichkeit der Verhinderung des Weltkrieges noch die Unterschätzung der Kriegsgefahr gestatten dürfen. Nur der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt wird die sozialen und na-

tionalen Ursachen der verschiedenen Kriege endgültig beseitigen.

Aber das Mitglied des ZK der KP der Sowjetunion, A. Rumjantsew, hat, die Moskauer Erklärung vom Jahr 1960 fälschend, in einem seiner letzten Artikel die Meinung geäußert, daß es, um die **Kriege\*** zumindest (d. h. **alle Arten der Kriege**, weil er gar keinen Unterschied zwischen ihnen macht) aus dem Leben der Gesellschaft zu bannen, durchaus unnötig sei, den Kapitalismus ein für allemal zu liquidieren, zumindest in den größten kapitalistischen Ländern (er sagt darüber kein Wort), und dem Sozialismus auf weltweiter Ebene zum Sieg zu verhelfen, sondern daß es genüge: „erstens das Potential des sozialistischen Lagers in allen Richtungen zu erhöhen, . . . zweitens die Unabhängigkeit der vom Kolonialjoch befreiten Länder weiter zu festigen und drittens die Geschlossenheit der friedliebenden Kräfte weiter zu stärken.“ Auch in dem Artikel „Friedliche Koexistenz und Revolution“, veröffentlicht in der Zeitschrift „Kommunist“ Nr. 2, 1962, wird die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß unter den heutigen Bedingungen die Möglichkeit bestehe, **Kriege** aus dem Leben der Gesellschaft zu bannen und daß die wahre Methode dazu die Durchführung des Prinzips der friedlichen Koexistenz sei. In demselben Artikel wird hierauf eine der Botschaften der Sowjetregierung, gerichtet an die USA-Regierung, zitiert; in dieser wird unterstrichen, daß die friedliche Koexistenz „nur dann möglich ist, wenn die Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen sich den internationalen Gesetzen unterwerfen und als **ihr höchstes Ziel die Sicherung des**

\* Unterstrichen von der Red.

**Weltfriedens betrachten“.\*** Was folgt aus alledem? Entweder hat der Imperialismus seine Natur geändert und ist nicht mehr aggressiv und kriegshetzerisch, hat auf seine Kriegspläne verzichtet und ist bereit, die Sicherung des Weltfriedens als sein höchstes Ziel zu akzeptieren, oder er ist so geschwächt, daß er nicht mehr imstande ist, irgendeine aggressive Aktion zu unternehmen. Weder das eine noch das andere entspricht der Wirklichkeit; Beweis dafür sind unwiderlegbare Tatsachen der gesamten Entwicklung des gegenwärtigen internationalen Lebens. Aber das größere Übel ist, daß diese Auffassungen dem Kampf der Völker gegen den Imperialismus und für die Erhaltung des Friedens ernstlich schaden.

#### **Gegen das revisionistische Konzept der friedlichen Koexistenz als „Zauberstab“ für die Lösung aller Probleme der Gesellschaft**

In seinem Artikel sagt A. Rumjantsew ferner, daß, wie auf dem 22. Parteitag der KP der Sowjetunion unterstrichen wurde, „die friedliche Koexistenz — und nur diese — der beste und einzige annehmbare Weg zur Lösung der Lebensfragen **der Gesellschaft\*** sei“. Wie soll man das verstehen? Betrachten wir einmal solche Grund- und Lebensfragen der heutigen Gesellschaft, wie die Befreiung der versklavten Völker vom imperialistischen Joch oder die Befreiung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen von der kapitalistischen Ausbeutung. Welcher ist schließlich der wahre Weg zur Lösung dieser Lebensfragen?

\* Unterstrichen von der Red.

Selbstverständlich steht die friedliche Koexistenz, wenn man sie im Geiste der Moskauer Erklärung vom Jahr 1960 richtig auslegt und durchführt, keineswegs im Widerspruch zur nationalen Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker und zum revolutionären Kampf der Arbeiterklasse. Im Gegenteil, unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz werden, wie auch die Erklärung unterstreicht, günstige Möglichkeiten für die Entwicklung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung der Kolonialvölker und der abhängigen Völker geschaffen, während die Erfolge der letzteren zur Festigung der friedlichen Koexistenz beitragen. Die Kommunisten sind nicht und können niemals der Meinung sein, daß für die nationale Befreiung der versklavten Völker und für den Sieg des Sozialismus in allen Ländern ein dritter Weltkrieg unbedingt notwendig ist. Sie sind die größten Gegner des Weltkrieges und die entschlossensten Kämpfer für die Erhaltung und Festigung des Weltfriedens.

Aber soll das vielleicht heißen, daß die friedliche Koexistenz die Frage der Befreiung der unterdrückten Völker und des Sieges des Sozialismus in der ganzen Welt automatisch lösen wird? Der Marxismus-Leninismus lehrt, wie es das Leben und die Tatsachen bestätigt haben und täglich bestätigen und wie es die beiden Deklarationen der kommunistischen und Arbeiterparteien vom Jahre 1957 und 1960 unterstreichen, daß der einzige richtige und mögliche Weg zur Befreiung der versklavten Völker ihr entschlossener nationaler Befreiungskampf gegen die imperialistischen Kolonialisten ist, während der Weg zum Sturz der kapitalistischen Ordnung und des Übergangs zum Sozialismus der Klassenkampf und

die Durchführung der sozialistischen Revolution in dieser oder jener Form sind. Aber nach A. Rumjantsew ist der einzige richtige und für die Lösung dieser Lebensfragen der Gesellschaft annehmbare Weg die friedliche Koexistenz. Wenn dem so ist, sollen dann vielleicht die versklavten Völker auf ihren nationalen Befreiungskampf, die Arbeiterklasse und alle Werktätigen der kapitalistischen Länder auf ihren Klassenkampf und die Revolution verzichten und ihre Befreiung als Geschenk der friedlichen Koexistenz erwarten?

Hier haben wir es keineswegs mit einer falschen Formulierung zu tun, die A. Rumjantsew zufällig entschlüpft ist, sondern mit einem klaren Ausdruck der opportunistischen Linie, welche N. Chruschtschow und seine Gruppe in der Frage der friedlichen Koexistenz mit Nachdruck verfolgen. Was N. Chruschtschow nicht laut zu sagen wagt, sagen seine eifrigen Propagandisten offen. In der Tat bildet die Formulierung A. Rumjantsews den Kern der bekannten revisionistischen Anschauung N. Chruschtschows über die friedliche Koexistenz als Generallinie der Außenpolitik der sozialistischen Länder, welche unsere Partei auch früher kritisiert hat.

Die revisionistische Anschauung N. Chruschtschows über die friedliche Koexistenz als Zauberstab zur Lösung aller aktuellen Fragen in der Welt ist in vielen Fällen hervorgetreten und hat ihre Verkörperung in der praktischen Tätigkeit und in der Haltung N. Chruschtschows bei einer Reihe von wichtigen Fragen und Ereignissen des internationalen Lebens gefunden.

Betrachten wir z. B. einmal die Haltung der Sowjetdelegation auf der Tagung des Weltfriedensrats in Stockholm. In einem Artikel, den die Zeitschrift „Sa rube-



schom“ über diese Tagung veröffentlichte, wurden die Delegierten, welche verlangten, daß der kommende Weltfriedenskongreß ein „Kongreß des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit und der Abrüstung“ sein sollte, heftig angegriffen. In diesem Artikel heißt es: „Diese Redner wandten gemeine Methoden an und behaupteten, daß es einige Menschen gibt, welche die allgemeine und vollständige Abrüstung als die einzige Aufgabe der Friedensbewegung betrachten und angeblich Neigung zeigen, die Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der Völker zu verringern.“ Aber welche Anstrengungen auch immer die Propagandisten N. Chruschtschows machen, mit Hilfe der Redaktion der Zeitschrift „Sa rubeschom“ die antimarxistische Haltung der Sowjetdelegation in Stockholm zu rechtfertigen, Tatsachen bleiben Tatsachen: es war gerade die Sowjetdelegation, die sich mit großem Nachdruck gegen die Aufnahme der Frage des Kampfes der versklavten Völker gegen den Kolonialismus und für die nationale Unabhängigkeit in die Tagesordnung des kommenden Friedenskongresses aussprach und darauf bestand, daß auf die Tagesordnung nur die Frage der Abrüstung und des Friedens gesetzt würde. Was nennt also die Zeitschrift „Sa rubeschom“ „gemeine Methoden“? Ist es etwa gemein, auf dem Friedenskongreß die Diskussion der Frage des Kampfes der Völker für ihre nationale Befreiung zu verlangen? Oder ist es gemein, wenn man verlangt, daß der Kampf für die Erhaltung des Friedens nicht von dem Kampf der Völker für ihre Freiheit und nationale Unabhängigkeit getrennt werden soll? Das ist eine vollkommen richtige und berechtigte Forderung, die alle wahren Marxisten-Leninisten vorbehaltlos unterstützen müssen. Über die Haltung der Sowjetdelegation zu

dieser Frage empörten sich mit Recht nicht nur die kommunistischen Revolutionäre, sondern auch viele nicht-kommunistische Delegierte der Völker der afro-asiatischen Länder und Lateinamerikas, die einen opfervollen Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung und für ihre Freiheit und Unabhängigkeit führen.

Wie soll man sich die Haltung der Chruschtschow-Gruppe zu dieser so bedeutenden Lebensfrage, zu der Frage der nationalen Befreiung der versklavten Völker erklären? Glaubt sie etwa, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung auch die Frage der nationalen Befreiung automatisch lösen wird, daß die versklavten Völker mit verschränkten Armen warten sollen, bis die Abrüstung erreicht wird? Oder ist sie der Meinung, daß die nationale Befreiungsbewegung der Völker eine Gefahr für den Frieden darstellt und zu einem Weltkrieg führen kann, weshalb die versklavten Völker sich ruhig verhalten sollen und den Imperialismus nicht „provokieren“ dürfen? Oder vielleicht beides zusammen? In der Tat kennt die kommunistische Bewegung die falsche Auffassung N. Chruschtschows, wonach jeder „kleine Krieg“ eine Gefahr für den Weltfrieden darstellt und jeder „Funke“ sich zu einem Weltbrand verwandeln kann. Aus dieser Logik ergibt sich, daß auch jeder nationale Befreiungskampf unerwünscht ist, weil er einen dritten Weltkrieg auslösen kann. Die Haltung der Sowjetdelegation auf der Tagung des Weltfriedensrats in Stockholm war denn auch nichts anderes als die praktische Anwendung dieser antimarxistischen These N. Chruschtschows.

Es sei dem, wie es will, aber eine solche Haltung bringt den imperialistischen Kolonialisten Nutzen und schadet den vom Imperialismus unterdrückten und versklavten

Völkern sowie der Sache des Friedens und des Sozialismus. Eine solche Haltung steht im offenen Widerspruch zur Erklärung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien, in der unterstrichen wird, daß die nationale Befreiungsbewegung der Völker eine der großen Kräfte der Gegenwart für die Erhaltung des Friedens ist und daß ihre Erfolge die Sache des Friedens und der friedlichen Koexistenz festigen. Zwar akzeptieren N. Chruschtschow und seine Anhänger mit Worten die beiden Wege des Übergangs zum Sozialismus: mit und ohne Waffen, friedlich und nichtfriedlich, jedoch in Wirklichkeit überschätzen sie und erheben den friedlichen Weg beinahe zum alleinigen Weg, legen ihn in reformistischer und opportunistischer Weise aus und setzen alle Hoffnungen des Übergangs zum Sozialismus auf die allgemeine und vollständige Abrüstung und den wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen den beiden Systemen. Das zeigen viele Tatsachen, das zeigt auch der Artikel A. Rumjantsews. In diesem heißt es, daß die friedliche Koexistenz der einzige richtige und annehmbare Weg zur Lösung aller Lebensfragen der Gesellschaft ist.

Die Chruschtschow-Gruppe hat auch die Frage der Revolution und Konterrevolution heillos verwirrt. Auf einer Pressekonferenz in Brasilien am 8. 2. 1962 erklärte A. Adschubei, daß „heute Revolution und Konterrevolution **keine Exportartikel mehr sind**“.\* Man sieht deutlich, daß Adschubei Revolution und Konterrevolution in einen Topf zusammen wirft: einerseits sagt er, daß die Revolution nur **in der Jetztzeit** kein Exportartikel ist, während sie offenbar bis gestern ein solcher war, und daß

---

\* Unterstrichen von der Red.

andererseits die Konterrevolution **nur bis gestern** ein Exportartikel war, während sie heute nicht mehr ein solcher Artikel ist. Es besteht also keine Gefahr mehr, daß der Imperialismus die Konterrevolution ausführt. Das dient der imperialistischen Reaktion als Waffe, um das sozialistische Lager und die kommunistische Bewegung zu diskreditieren und die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern. Was waren aber die Ereignisse in Ungarn im Jahre 1956, die Einmischung der USA-Imperialisten und ihrer Söldlinge in Kuba im Jahre 1961 oder das Komplott der jugoslawischen Revisionisten und griechischen Monarchiefaschisten in Zusammenarbeit mit den USA-Imperialisten gegen die Volksrepublik Albanien? In der Moskauer Erklärung vom Jahr 1960 steht in vollem Gegensatz zu den Behauptungen Adschubeis ganz deutlich: „Im Sinne der marxistisch-leninistischen Lehre waren die kommunistischen Parteien **von jeher gegen** einen Export der Revolution. **Zugleich kämpfen sie entschieden** gegen den imperialistischen Export der Konterrevolution. Sie halten es für ihre internationalistische Pflicht, die Völker aller Länder zum Zusammenschluß, zur Mobilisierung all ihrer inneren Kräfte und **zu aktivem Handeln** aufzurufen, um, auf die Macht des sozialistischen Weltsystems gestützt, eine Einmischung der Imperialisten in die Angelegenheiten des Volkes eines beliebigen Landes, das sich zur Revolution erhoben hat, **zu verhüten oder dieser Einmischung eine entschiedene Abfuhr zu erteilen**.“\*

Bekanntlich ist eine der Grundthesen des Marxismus-Leninismus, die auch die beiden Deklarationen der kom-

---

\* Unterstrichen von der Red.

munistischen und Arbeiterparteien vom Jahre 1957 und 1960 unterstreichen, der Grundsatz, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nur unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei mit Hilfe der Diktatur des Proletariats bewerkstelligt werden kann. Aber die Propaganda der Chruschtschow-Gruppe, die Sowjetpresse und die Dokumente der KP der Sowjetunion erwähnen in der letzten Zeit diese Grundthese nicht und umgehen sie sehr sorgfältig, besonders, wenn es sich um die Perspektiven der Entwicklung der Länder handelt, die ihre nationale Unabhängigkeit erlangt und sich vom Kolonialjoch des Imperialismus befreit haben. So wird in dem neuen, vom 22. Parteitag angenommenen Programm der KP der Sowjetunion, wenn von dem nichtkapitalistischen Weg der Entwicklung der ehemaligen Kolonialländer die Rede ist, an keiner Stelle unterstrichen, daß für die Entwicklung dieser Länder auf diesem Weg die Führung der Arbeiterklasse mit ihrer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in dieser oder jener Form unerläßlich sind. Im Gegenteil, man gibt zu verstehen, daß die Entwicklung dieser Länder auf dem nichtkapitalistischen Wege auch unter der Führung anderer Klassen und Parteien erfolgen kann, daß es möglich ist, in diesen Ländern auch ohne den Sturz des kapitalistischen Staates und ohne die Diktatur des Proletariats zum Sozialismus überzugehen.

Die zutiefst opportunistischen Auffassungen N. Chruschtschows und seiner Gruppe über die Frage der Revolution sowie ihre Handlungen und ihre Haltung gegenüber dem Imperialismus und der Frage von Krieg und Frieden, der friedlichen Koexistenz und der Abrü-

stung leisten der Arbeiterklasse, den werktätigen Massen und den Völkern gar keinen Dienst, im Gegenteil, sie fügen der Sache des Sieges des Sozialismus einen großen Schaden zu. Sie lähmen tatsächlich die revolutionäre Energie der Werktätigen, rücken den Sieg der sozialistischen Revolution in die Ferne, verlängern dem Kapitalismus das Leben und verurteilen die Werktätigen der kapitalistischen Länder dazu, noch lange Zeit unter dem schweren kapitalistischen Joch weiterzuleiden. Das heroische kubanische Volk hat tausendmal Recht, wenn es in der zweiten Deklaration von Havanna unterstreicht: „Wenn man die Befreiung Lateinamerikas beschleunigt, sei es nur um ein Jahr, so bedeutet das, Millionen Kindern das Leben retten, Millionen Köpfe für die Entwicklung der Kultur retten, die Völker von unzähligen, schweren Leiden befreien.“ So schätzen die Völker und die wahren Revolutionäre diese Frage.

#### **N. Chruschtschow — Verleumder der sozialistischen Ordnung und Zersetzer der Einheit des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Bewegung**

Durch seine prinzipienlosen Angriffe gegen J. V. Stalin und sein Werk, durch seine Annäherungs- und Versöhnungspolitik gegenüber der revisionistischen Tito-Clique und durch seine feindlichen Handlungen gegen die PAA und das albanische Volk hat N. Chruschtschow die Sache des Sozialismus, die Einheit des sozialistischen Lagers und die internationale kommunistische Bewegung schwer geschädigt und schädigt sie weiter.

N. Chruschtschow und seine Gruppe spekulieren in demagogischer Weise mit der Kampflösung „gegen den

Personenkult und seine Folgen“, um Stalins Ideen, den Leninismus, zu entthronen, einige Grundlehren des Marxismus-Leninismus zu revidieren, ihre opportunistischen Auffassungen zu verbreiten und die gesunden marxistisch-leninistischen Elemente in der Leitung der kommunistischen und Arbeiterparteien der verschiedenen Länder anzugreifen und zu liquidieren, indem sie zu diesem Zweck ihre Vertrauensleute in diesen Parteien aktivieren und unterstützen, sowie um die Verräter, die lebenden und toten Gegner des Marxismus-Leninismus und des Sozialismus, zu rehabilitieren. N. Chruschtschow und seine Anhänger eröffneten, besonders auf dem 22. Parteitag und nach ihm, öffentlich eine wahre Kampagne voll von Verleumdungen und Angriffen gegen Stalin, indem sie ihn als einen wilden Diktator, Terroristen, Mörder und Verbrecher hinstellten und die Periode unter der Führung Stalins als eine Periode großer Fehler, Verbrechen und schwerer Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit charakterisierten. Dadurch lieferten sie der imperialistischen Reaktion die Waffen und schlossen sich ihren Bemühungen an, die Sowjetunion, die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Ordnung überhaupt zu diskreditieren und die Ideen des Sozialismus und Kommunismus zu beflecken.

Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den „Dogmatismus“ und das „Sektierertum“ und unter dem Vorwand, daß der Revisionismus schon enthüllt und vernichtet sei, verzichteten N. Chruschtschow und seine Gruppe auf den Kampf gegen den Revisionismus, der die Hauptgefahr für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung ist, und nähern sich immer mehr der revisionistischen Verräterclique Jugoslawiens. Es ist nicht

nötig, uns hier wieder bei der skandalösen Haltung N. Chruschtschows gegenüber der Tito-Verrätergruppe im Zusammenhang mit dem konterrevolutionären Putsch in Ungarn im Jahre 1956 sowie bei den anderen früheren Tatsachen der Annäherung an die jugoslawischen Revisionisten aufzuhalten. Es genügt zu erwähnen, daß nach dem 22. Parteitag die Zusammenkünfte, die Besprechungen, der Delegationsaustausch und die allseitigen Verbindungen mit Jugoslawien dauernd erweitert worden sind. Immer häufiger erklären N. Chruschtschow und seine Anhänger, daß Jugoslawien ein sozialistisches Land ist, daß seine Außenpolitik mit jener der Sowjetunion übereinstimmt usw. Im Geiste dieser Versöhnung und Annäherung wurde in der letzten Zeit sogar eine Delegation des Komsomols nach Jugoslawien geschickt, um „Erfahrungen auszutauschen“(!) Die Tatsachen zeigen, daß eine solche Versöhnungspolitik den Revisionisten gegenüber die revisionistischen Elemente und Auffassungen in den Reihen der kommunistischen und Arbeiterparteien aktiviert, den jugoslawischen Revisionisten die Hände frei gibt und sie ermutigt, den Marxismus-Leninismus und die Einheit der kommunistischen Bewegung anzugreifen und eine feindliche Wühltätigkeit gegen die sozialistischen Länder zu entfalten.

Aber haben vielleicht die feindlichen Handlungen und die Haltung N. Chruschtschows der PAA und der VRA gegenüber der kommunistischen Bewegung und der Sache des Sozialismus einen Dienst geleistet, wie er und seine Sprecher behaupten? Nein, denn diese antimarxistischen Handlungen N. Chruschtschows und seiner Gruppe, wie die Ausdehnung der ideologischen Meinungsverschiedenheiten auf das Gebiet der staatlichen Beziehungen, die

Organisierung von Druckmaßnahmen und der politischen und wirtschaftlichen Blockade bis zum tatsächlichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur VRA, die einseitige öffentliche Enthüllung unserer Meinungsverschiedenheiten auf dem 22. Parteitag der KP der Sowjetunion, die grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Partei und unseres Landes, die Verleumdungen, daß bei uns angeblich der Personenkult blüht und der Terror herrscht, die Verteidigung der Verräter und Gegner der Partei und des Volkes und die offenen Aufrufe zur Konterrevolution, zum Sturz der Parteileitung und unserer Volksmacht — all das leistet unserer Sache des Sozialismus und Kommunismus keinen Dienst, sondern schädigt sie schwer. Jedem ehrlichen und logisch denkenden Menschen ist ganz klar, daß obengenannte Handlungen die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung schwer geschädigt haben und weiter schädigen, das Ansehen der Sowjetunion herabsetzen, ihre Außenpolitik sowie die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den kommunistischen und Arbeiterparteien diskreditieren und den Imperialisten Waffen liefern, um uns zu bekämpfen.

Was für Anstrengungen auch immer N. Chruschtschow und seine Leute machen, diese antimarxistischen und feindlichen Handlungen gegen unsere Partei und unser Volk zu rechtfertigen und die Öffentlichkeit mit der Behauptung irreführen, daß sie angeblich alles getan hätten, um die Beziehungen zur PAA und zur VRA zu normalisieren, so bleiben die Tatsachen doch Tatsachen. Wir wenden uns jetzt dieser Frage zu, um auf Grund von Dokumenten zu beweisen, daß N. Chruschtschow nichts

unternommen hat, um die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien und Ländern zu verbessern. Im Gegenteil, er hat alles getan, um sie zu verschärfen. Nicht N. Chruschtschow, sondern die PAA hat sich tatsächlich aufrichtig darum bemüht, die Meinungsverschiedenheiten zu schlichten und die sowjetisch-albanischen Beziehungen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zu verbessern.

### **Die Verleumdungen N. Chruschtschows und die Wahrheit über die Friedenspolitik der PAA**

Um ihre Entfernung von der Linie des Marxismus-Leninismus und die Verletzung der Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 zu tarnen, ihre opportunistische Stellungnahme und ihre Kapitulation zu rechtfertigen, greift die Chruschtschow-Gruppe die korrekte und grundsätzliche Haltung der PAA hinsichtlich der Auslegung und Durchführung der Politik der friedlichen Koexistenz sowie auch gegenüber der Abrüstung und anderen Fragen des Krieges und Friedens und der Wege des Überganges zum Sozialismus usw. in wütender Weise an. Aber in Wirklichkeit ist die Wahrheit ganz anders. Die PAA setzt die Lehren des Marxismus-Leninismus und die Moskauer Deklarationen über die obigen Fragen getreu in die Tat um. Und das kann man sogar feststellen, wenn man, sei es nur flüchtig, die Verleumdungen der Chruschtschow-Gruppe mit den offiziellen Erklärungen, der Haltung und Tätigkeit unserer Partei vergleicht.

Betrachten wir einmal die Frage der friedlichen Koexistenz. Die Propagandisten der Chruschtschow-Gruppe verleumdete die PAA und schreiben: „Die

Führung der PAA, vor allem Enver Hoxha und Mehmet Shehu, erklärt, daß die Politik der friedlichen Koexistenz nicht die politische Generallinie der sozialistischen Länder sein kann. Im Zusammenhang damit behaupten sie, daß der Grundsatz der friedlichen Koexistenz die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung ausschließe. Von außen betrachtet, erweckt das den Anschein, als ob sie um das Schicksal der Kolonialvölker besorgt seien, aber in Wirklichkeit ignorieren sie die Tatsache, daß die Kolonialvölker die Freiheit auf friedlichem Weg und ohne Blutvergießen zu erlangen wünschen. Diesen Bestrebungen entspricht ja die Politik der friedlichen Koexistenz, die besonders die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder und das Recht eines jeden Volkes, seine Lebensfragen selbst zu lösen, zur Voraussetzung hat.“ (Radio Moskau, 15. 2. 1962) Nun wollen wir das kurz analysieren.

1) Nach den Propagandisten N. Chruschtschows soll die PAA, da sie sich gegen die friedliche Koexistenz als politische Generallinie der sozialistischen Länder ausgesprochen hat, auch gegen die friedliche Koexistenz überhaupt sein. Aber Chruschtschows Propagandisten vergessen dabei, daß in der Moskauer Erklärung der Grundsatz der friedlichen Koexistenz weder als die politische Generallinie der sozialistischen Länder bezeichnet noch als Zauberstab betrachtet wird, mit dessen Hilfe „jedes Volk seine Lebensfragen selbst löst“, sondern als der einzige, richtige und vernünftige Grundsatz für die Beziehungen zwischen Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen. Aus der Moskauer Erklärung ergibt sich außerdem, daß die Außenpolitik der sozialistischen Länder sich auch von einigen anderen Grundsätzen leiten läßt u. zw.:

in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern vom Grundsatz des proletarischen Internationalismus und der gegenseitigen brüderlichen Unterstützung, in der nationalen Befreiungsbewegung und im revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen vom Grundsatz der Solidarität mit ihnen und der Hilfe und Unterstützung der Bestrebungen der Völker nach Freiheit, Unabhängigkeit und nationaler und sozialer Befreiung.

Die Verleumdung der Propagandisten Chruschtschows, daß die PAA angeblich gegen die friedliche Koexistenz ist, wird durch die amtlichen Dokumente unserer Partei und Regierung sowie durch ihre gesamte praktische Tätigkeit verworfen. In der Rede des Genossen Enver Hoxha, gehalten auf der Sitzung anläßlich des 20. Jahrestages der Gründung der PAA und des 44. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, heißt es: „Die Basis der Außenpolitik der PAA war und ist die dauernde Festigung der freundschaftlichen Beziehungen, der brüderlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung mit den Ländern des sozialistischen Lagers mit der Sowjetunion an der Spitze, die Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der unterdrückten Völker und Nationen gegen den Kolonialismus und Imperialismus und des revolutionären Kampfes der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern sowie der Anstrengungen der VRA, Beziehungen der friedlichen Koexistenz mit den kapitalistischen Ländern, besonders mit den Nachbarländern, herzustellen.“

Unsere Partei und Regierung haben die Grundsätze der friedlichen Koexistenz konsequent in die Tat umgesetzt. Es ist nicht nötig, daß wir uns über die diplomatischen

Beziehungen, die unser Land mit 17 kapitalistischen und unabhängigen Staaten unterhält, oder über die Anstrengungen der Regierung der VRA und über ihre Bereitschaft zur Verbesserung der Beziehungen mit den Nachbarstaaten verbreiten. Wir werden nur die Handelsbeziehungen unseres Landes mit den kapitalistischen Ländern erwähnen, weil jetzt die Chruschtschow-Gruppe, im Widerspruch zu ihrem revisionistischen Konzept von der friedlichen Koexistenz, begonnen hat, unsere Partei in dieser Richtung zu verleumden. Die VRA unterhielt auch früher Handelsbeziehungen mit 12 nichtsozialistischen Ländern. Bis vor kurzem beschuldigte uns Chruschtschow, daß wir keine Anstrengungen machten, auf der Basis des gegenseitigen Vorteils und der Grundsätze der friedlichen Koexistenz mit den kapitalistischen Ländern Handel zu treiben. Getreu ihrer richtigen Politik unterhält die VRA, wie früher so auch in diesem Jahre, Handelsbeziehungen mit nichtsozialistischen Ländern, wie z. B. mit Italien, Ghana, Ägypten, Irak usw. Aber jetzt beginnt N. Chruschtschow mit der Verleumdung, daß sich die albanischen Führer angeblich „nach dem Westen orientieren“ und „eifrig politische, wirtschaftliche und andere Beziehungen mit einigen NATO-Staaten herstellen“. Mit einem Wort, jetzt bestätige sich seine „geniale“ Erfindung, wonach sich die PAA und VRA dem Imperialismus für 30 Silberlinge verkaufen. Das sind Träume mit offenen Augen und bei hellem Tage. N. Chruschtschow ist wütend, weil die PAA und die albanische Regierung in ihren Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern konsequent und entschlossen eine Politik im Geiste des Marxismus-Leninismus und der Moskauer Deklarationen betreiben und somit seine Anstrengungen,

die VRA zu isolieren und über sie die Blockade zu verhängen, zum Scheitern bringen.

2) Die Propagandisten der Chruschtschow-Gruppe beschuldigen die PAA, daß sie, weil sie angeblich gegen die These der friedlichen Koexistenz ist, welche die Generallinie der Außenpolitik der sozialistischen Länder sein soll, auch gegen den Wunsch der unterdrückten Völker, die Freiheit auf friedlichem Weg und ohne Blutvergißen zu erlangen, also gegen die Lebensinteressen dieser Völker, sei.

Hier stehen wir vor einer offenen Verdrehung der Haltung unserer Partei und Regierung, die in ihrer gesamten Politik und Tätigkeit den gerechten Kampf der Völker für die Erringung und Festigung der Freiheit und nationalen Unabhängigkeit unterstützt haben. So heißt es in dem Bericht des ZK auf dem 4. Parteitag: „Unsere Partei und unser Volk, das unter der Ausbeutung und kolonialen Unterdrückung selbst gelitten hat, haben den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker dauernd und vorbehaltlos unterstützt und werden ihn unterstützen. Das ist unsere internationalistische Pflicht.“

In ihrem Übereifer, die PAA zu verleumden, enthüllen die Propagandisten der Thesen N. Chruschtschows, ohne zu wollen, seine ganz antimarxistische und opportunistische Stellung im Zusammenhang mit den Wegen zur Befreiung der versklavten Völker. Aus ihrer Logik ergibt sich, daß der einzige richtige Weg zur Befreiung der Völker vom Kolonialjoch der friedliche Weg ist, denn wer außer diesem auch den Weg des bewaffneten nationalen Befreiungskampfes unterstützt, der ist gegen die friedliche Koexistenz. Nach dieser Logik sollen also die Völker Algeriens, Angolas, Omans, Kongos, Laos usw.

auf ihren bewaffneten Kampf verzichten und den friedlichen Weg betreten, weil nur dieser Weg der Politik der friedlichen Koexistenz entspricht. Auf diese Weise kann man alle Völker, die mit den Waffen in der Hand für ihre nationale Befreiung kämpfen, als Kriegshetzer und Friedensgegner beschuldigen. Und so gelangen wir noch einmal zu der bekannten These Chruschtschows, daß man, um den Frieden und die friedliche Koexistenz zu erhalten, alle Kriege ohne Ausnahme verbieten müsse, weil jeder Funke einen Weltbrand entfachen kann. Jedem ist es klar, wem diese Auffassungen N. Chruschtschows nützen und dienen.

In diesem Geist behandeln die Propagandisten N. Chruschtschows auch die Frage der Wege des Übergangs zum Sozialismus. Die Sprecher N. Chruschtschows machen Anstrengungen, die opportunistischen Auffassungen N. Chruschtschows und seiner Gruppe über diese Frage auf diese oder jene Weise zu rechtfertigen, indem sie die Haltung der PAA verdrehen und sie verleumdern. In einem ihrer Kommentare der letzten Zeit hieß es: „Indem die albanischen Führer die friedlichen Formen des Sieges der Arbeiterklasse verneinen, schließen sie sich auf diese Weise der bürgerlichen Propaganda an, die behauptet, daß der Krieg angeblich das Mittel ist, den Sieg des Sozialismus in der Welt zu erlangen.“ Das ist natürlich nur eine Verleumdung, die nicht der Widerlegung wert ist. Unsere Partei hat die Möglichkeit des friedlichen Übergangs zum Sozialismus nie verneint und war auch nie der Meinung, daß zum Sieg des Sozialismus in allen Ländern ein Weltkrieg unbedingt notwendig ist. In seiner Rede am 7. 11. 1961 unterstrich Genosse Enver Hoxha ganz deutlich: „Die albanischen Kommunisten waren und

sind nie a priori gegen den friedlichen Weg, aber der Marxismus-Leninismus, die historische Erfahrung und die Realität unserer Tage lehren uns, daß sich, um den Sieg des Sozialismus zu erlangen, die Arbeiterklasse und ihre Partei für beide Möglichkeiten, sowohl für den friedlichen als auch für den nichtfriedlichen Weg, vorbereiten müssen. Wer sich nur nach einer Möglichkeit orientiert, der betritt einen falschen Weg. Nur wenn man sich gut vorbereitet, besonders für den nichtfriedlichen Weg, steigen auch die Chancen des friedlichen Weges.“

Die „Logik“ der Sprecher N. Chruschtschows ist interessant. Wer — nach ihrer Logik gesprochen — außer dem friedlichen Weg auch den nichtfriedlichen Weg der Revolution, wie Lenin lehrt und die marxistische Dialektik verlangt, akzeptiert, der ist für den Weltkrieg. Also wer für den Frieden ist, der muß auf den nichtfriedlichen Weg verzichten und nur den friedlichen Weg für den Sieg des Sozialismus(!) akzeptieren. Auf dieser Basis können das Bürgertum und seine Handlanger auch die Arbeiterklasse und die kommunistischen Parteien aller Länder als Kriegshetzer und Friedensgegner beschuldigen, wenn sie den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auch mit Hilfe von nichtfriedlichen Mitteln vorsehen. Mögen die Leser selbst beurteilen, wer sich in dieser Frage der bürgerlichen Propaganda anschließt.

Genau so absurd wie obige Beschuldigungen und Erfindungen gegen die Politik der PAA und VRA sind auch die Beschuldigungen und Verleumdungen N. Chruschtschows gegen die Politik unserer Partei und Regierung zur Frage von Krieg und Frieden. Die Propagandisten N. Chruschtschows stellen die Tatsachen auf den Kopf und verleumdern ohne jede Verantwortung, daß



„. . . die albanischen Führer angeblich kein Vertrauen zum Potential des sozialistischen Lagers haben, die Möglichkeiten des Imperialismus überschätzen und vor ihm aus Angst kapitulieren, indem sie ihm die Lösung der Frage, ob es einen Krieg oder keinen Krieg geben soll, überlassen. Eine solche Position führt in Wirklichkeit zum Mangel an Vertrauen und Zuversicht, nimmt den Völkern das Vertrauen zur Festigung des Friedens. Durch solche Behauptungen überlassen die albanischen Führer die Frage des Kampfes für den Frieden der spontanen Entwicklung, entwaffnen die Völker und hemmen dadurch ihre Anstrengungen im Kampf für die Erhaltung des Friedens“. (Radio Moskau, am 7. 2. 1962)

Die Linie unserer Partei bezüglich der Frage von Krieg und Frieden war und ist sonnenklar. Deshalb halten wir es für ganz überflüssig, uns weiter mit dieser Frage zu beschäftigen, um auf Grund von vielen Dokumenten und Tatsachen diese plumpe Erfindung der Chruschtschow-Gruppe zu verwerfen. Wir führen nur einige Stellen aus dem Bericht des ZK der PAA an den 4. Parteitag an. In diesem kommt, im Geist der Moskauer Erklärung vom Jahre 1960, die richtige Haltung unserer Partei zum Ausdruck: „. . . Die dialektische, marxistisch-leninistische Methode und die materialistische Geschichtsauffassung geben uns die richtige Antwort, daß die Überschätzung unserer Kräfte und die Unterschätzung der Kräfte der Feinde einerseits, und die Unterschätzung unserer Kräfte und die Überschätzung der Kräfte der Feinde andererseits zu schweren Fehlern führen. Der erste Fall hat die Schwächung der Wachsamkeit zur Folge und führt zu Abenteuern, während der zweite Fall zu Fehlern und zu einer opportunistischen Haltung führt. Deshalb hat

unsere Partei dauernd unterstrichen, daß das Kräfteverhältnis in der Welt sich zugunsten des Sozialismus gewandelt hat, daß die Kräfte des Sozialismus stärker als jene des Krieges sind, aber zugleich auch die Kräfte des Imperialismus nicht unterschätzt . . . Unsere Partei kämpft dauernd für die Verhinderung des Weltkrieges, sie ist der Meinung, daß heute ein Weltkrieg keineswegs unvermeidlich ist, daß aber, solange der Imperialismus existiert, auch die Basis für aggressive Kriege existiert.“

Welchen Fehler hat also die PAA begangen und welche Schuld trifft sie? Begeht sie vielleicht einen Fehler, weil sie neben der richtigen Einschätzung der Kräfte des Sozialismus in der Welt auch die Kräfte des Imperialismus und des Krieges nicht unterschätzt? Oder weil sie die Möglichkeit der Verhinderung des Weltkrieges und der anderen aggressiven imperialistischen Kriege nicht ausschließt und gleichzeitig die Kriegsgefahr und die Möglichkeit der aggressiven imperialistischen Kriege unterstreicht? Was will denn die Chruschtschow-Gruppe? Will sie vielleicht, daß wir den Spuren ihrer Illusionen über die Änderung der Natur des Imperialismus folgen und glauben, daß der Imperialismus keine ernste Gefahr mehr für den Frieden bildet, an Händen und Füßen gebunden ist und nichts mehr unternehmen kann?

Was könnten sich die Imperialisten besseres als die Verbreitung von solchen Illusionen wünschen?

Das Leben selbst hat diese Illusionen N. Chruschtschows widerlegt, die imperialistischen Aggressionen gegen Korea, Vietnam, Ägypten, Kongo, Kuba und andere Länder haben sie vernichtet. Daß diese Brandherde ausgelöscht wurden und sich nicht in Weltkonflikte verwandelten, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß heute die reale

Möglichkeit zur Verhinderung der aggressiven imperialistischen Kriege besteht. Andererseits aber zeigt dies, daß der Imperialismus keineswegs auf seine aggressiven Handlungen verzichtet hat und noch immer in der Lage ist, solche Aktionen zu unternehmen, umso mehr, weil man sich über ihn allerlei pazifistischen Illusionen hingibt, die Wachsamkeit der Völker schwächt und sie nicht mit der nötigen Kraft und Entschlossenheit mobilisiert, um den imperialistischen Aggressoren in den Arm zu fallen.

Wer, wie die Chruschtschow-Gruppe es tut, nur die Möglichkeit der Verhinderung des Krieges unterstreicht, wer über die Kriegsgefahr nicht spricht und die der Kriegs- und Aggressionspolitik des Imperialismus nicht enthüllt, der tritt die Moskauer Erklärung mit beiden Füßen, schläfert die Wachsamkeit der Völker ein, schwächt ihren Kampf für die Erhaltung des Friedens, entwaffnet die Völker und läßt den Imperialisten freie Hand, ihre aggressiven Pläne zu realisieren.

### **Die Tatsachen und Dokumente widerlegen die Lügen über die Haltung der PAA zur Abrüstungsfrage**

Ein anderes Feld der verleumderischen Tätigkeit N. Chruschtschows und seiner Gruppe gegen unser Land sind auch die fabrizierten Beschuldigungen über die Politik und Haltung der PAA und VRA zur Abrüstungsfrage. Sie stellen die Sache so dar, als ob die PAA und VRA „gar nicht glauben, daß es möglich ist, in unserer Epoche zu einer Abrüstung zu gelangen, und in niedriger Weise die sowjetischen Vorschläge fälschen“. Um diese Ver-

leumdung zu beweisen, bringt die Chruschtschow-Gruppe als einziges Argument die „Tatsachen“, daß die Führer der PAA kein einziges Beispiel gegeben und keinen praktischen Beitrag zur Durchführung des Abrüstungsprogrammes geliefert haben, daß sie „gegen den Vorschlag zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan und im Gebiet der Adria sind, daß sie gegen den Vorschlag der rumänischen Regierung zur Entspannung auf dem Balkan und zur Schaffung der Voraussetzungen für die friedliche Koexistenz in diesem Gebiet sind“.

Unsere Partei und Regierung haben die Abrüstungsfrage dauernd als eine der größten aktuellen Fragen für die Sicherung des Friedens betrachtet und waren und sind der Meinung, daß man durch gemeinsame Anstrengungen der sozialistischen Länder und der friedliebenden Kräfte der Welt dem Imperialismus die Abrüstung aufzwingen und konkrete Ergebnisse in dieser Richtung erzielen kann. Die Regierung der VRA hat während ihres ganzen Bestands Seite an Seite mit den anderen sozialistischen und friedliebenden Ländern für die Lösung der Abrüstungsfrage gekämpft und ihren Beitrag zu dieser Frage geleistet. Sie hat die vielen Vorschläge vor allem der Sowjetunion sowie der anderen sozialistischen Länder zur Lösung von Teilfragen und zur Lösung der Frage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung mit Nachdruck unterstützt. Beweis dafür sind die vielen Dokumente unserer Partei und Regierung sowie ihre gesamte praktische Tätigkeit auf der Bühne des internationalen Geschehens.

N. Chruschtschow beschuldigt uns, daß die PAA und VRA sich gegen den Vorschlag zur Umwandlung des

Balkans und der Adria in eine atomwaffen- und raketenfreie Zone ausgesprochen haben. Diesen Vorschlag machten zum ersten Mal die Sowjetregierung und die albanische Regierung in ihrer gemeinsamen Erklärung am 30. 5. 1959. Es heißt darin: „Die albanische Regierung und die Sowjetregierung denken, daß die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone den Interessen der Völker der Balkanhalbinsel und der Adria entsprechen würde. Wenn die Länder dieses Gebiets auf die Errichtung von Atomstützpunkten und Raketenabschußrampen verzichten, würden sie einen großen Beitrag zur Umwandlung des Balkans in eine Zone des Friedens und der Ruhe leisten.“

Die Jagd nach Verleumdungen und Fälschungen führte N. Chruschtschow zu solchen Absurditäten, wie die PAA und VRA zu beschuldigen, daß sie gegen ihren eigenen Vorschlag sind. Haben vielleicht die PAA und VRA ihre Haltung zu diesem Vorschlag geändert? Nein. Sie waren und sind entschlossen, diesen Vorschlag zu verwirklichen. N. Chruschtschow und seine Gruppe können keine einzige Tatsache anführen, um ihre Verleumdungen zu beweisen, weil es solche Tatsachen nicht gibt.

Wenn vielleicht der bekannte Vorschlag T. Schiwkows vom Jahre 1960 gemeint ist, daß die Balkanländer (ohne Italien, wo es Raketenabschußrampen der NATO gibt) bis auf die Grenzwachen abrüsten sollen, so haben unsere Partei und Regierung diesen Vorschlag als einen wertlosen, gefährlichen diplomatischen Schritt verworfen und verwerfen ihn.

Was die Haltung der PAA und der Regierung der VRA gegenüber dem Vorschlag der rumänischen Regierung zur Abhaltung einer Versammlung der Regierungschefs der Balkanländer für die Verbesserung und Entwicklung der

Beziehungen zwischen ihnen betrifft, so straft die Wahrheit auch in dieser Sache die Verleumdungen der Propagandisten Chruschtschows, welche die Führung der PAA und der VRA beschuldigen, daß sie gegen diesen Vorschlag waren, Lügen:

Schon am 19. 9. 1957, also nur eine Woche nach dem rumänischen Vorschlag, veröffentlichte die Zeitung „Zëri i Popullit“ die Antwort des Vorsitzenden des Ministerrats der VRA, Genossen Mehmet Shehu, an den damaligen Vorsitzenden des Ministerrats der Volksrepublik Rumänien, Kiwu Stojka, in der die albanische Regierung sich bereit erklärt, zur Verbesserung und Entwicklung der Beziehungen zwischen den Balkanstaaten beizutragen. In diesem Brief heißt es: „In Würdigung der Schlußfolgerung der rumänischen Regierung, wonach die Lebensinteressen der Balkanvölker eine breite kollektive Zusammenarbeit zwischen den Balkanländern erfordern, billigt die albanische Regierung, mit Rücksicht auf die aktuelle Bedeutung dieser Frage, den Vorschlag der rumänischen Regierung zur Abhaltung einer Beratung der Regierungschefs Albaniens, Bulgariens, Griechenlands, der Türkei, Jugoslawiens und Rumäniens in der rumänischen Hauptstadt oder in einer der Hauptstädte der Teilnehmerstaaten im Laufe des Jahres 1957.“ Dieselbe Haltung zeigte die Regierung der VRA auch später. Am 16. 6. 1959 veröffentlichte die „Zëri i Popullit“ die Erklärung der Regierung der VRA, in der sie den Vorschlag der rumänischen Regierung zur Abhaltung einer Versammlung der Regierungschefs der Balkanstaaten für die Sicherung des Friedens auf dem Balkan unterstützt. „Die Regierung der VRA“, heißt es in dieser Erklärung, „unterstützt vorbehaltlos diesen Vorschlag der Regierung der Volksrepub-

blik Rumänien und ist bereit, an einer solchen Versammlung teilzunehmen.“

Man sieht also klar, daß wir es hier mit einer plumpen Lüge zu tun haben. Aber wir wundern uns gar nicht darüber, weil Fälschungen und Verleumdungen die Hauptmethode der Chruschtschow-Gruppe in ihrem prinzipienlosen Kampf gegen die PAA und die VRA sind.

Wem dienen all diese Verleumdungen und erfundenen Beschuldigungen, die sich gegen die Politik der PAA und VRA, gegen ein sozialistisches Land, wie die VRA und das albanische Volk, das mit Heroismus für die Sache des Sozialismus und Friedens kämpft, richten? Sie können nur den Feinden des albanischen Volkes und den gemeinsamen Gegnern aller sozialistischen Länder Nutzen bringen. Mit diesen Verleumdungen und Angriffen gegen die PAA und die VRA dient N. Chruschtschow eifrig den Imperialisten und den reaktionären Kräften in der Welt und schädigt schwer die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung und die Sache des Sozialismus und Friedens.

Das ist das wahre Gesicht N. Chruschtschows und seiner Gruppe. Die Auffassungen, die Haltung und die konsequenten antimarxistischen Handlungen N. Chruschtschows kann man nicht anders als einen Verrat am sozialistischen Lager und an der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, an der großen Sache des Sozialismus und Kommunismus, der Befreiung der Völker und des Weltfriedens bezeichnen. Vor 42 Jahren schrieb der große Lenin: „Ein Mensch, der sich ‚aufrichtig‘ zum Kommunismus bekannt hat, aber in Wirklichkeit anstatt einer schonungslos harten, unbeugsam entschlossenen, hingebungsvoll kühnen und helden-

mütigen Politik (und nur eine solche Politik steht im Einklang mit der Anerkennung der proletarischen Diktatur) eine schwankende und kleinmütige Haltung einnimmt, ein solcher Mensch begeht durch seine Charakterlosigkeit, seine Schwankungen und seine Unentschlossenheit den gleichen Verrat wie ein direkter Verräter. Persönlich ist der Unterschied zwischen einem Verräter aus Schwäche und einem Verräter aus Absicht und Berechnung sehr beträchtlich; in politischer Hinsicht gibt es einen solchen Unterschied **nicht**, denn von der Politik hängt faktisch das Schicksal von Millionen Menschen ab, und dieses Schicksal ändert sich nicht, ob nun Millionen Arbeiter und armer Bauern von Verrätern aus Schwäche oder von Verrätern aus Eigennutz verraten werden.“ (Lenin, Werke, Band 30, S. 329, russische Ausgabe)

Treu den Lebensinteressen unseres Volkes und der ganzen Welt, dem Marxismus-Leninismus und der Sache des Sozialismus und Kommunismus wird unsere Partei ihren gerechten und grundsätzlichen Kampf gegen die antimarxistischen, revisionistischen und verräterischen Auffassungen und Handlungen N. Chruschtschows und seiner Gruppe entschlossen fortsetzen in der festen Überzeugung, daß die Wahrheit siegen wird.

**N. Chruschtschow hat nicht Anstrengungen zur  
Lösung sondern zur Verschärfung der  
Meinungsverschiedenheiten mit unserer  
Partei und unserem Staat gemacht**

*(Aus der Zeitung „Zëri i Popullit“  
vom 25. März 1962)*

**E**S sind beinahe 6 Monate vergangen, seit N. Chruschtschow die Partei der Arbeit Albaniens öffentlich angriff. Jetzt sieht man deutlich, daß sich dieser Angriff in Wirklichkeit gegen den Marxismus-Leninismus und gegen die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung richtete. Ebendeshalb stellten die Kommunisten und Völker der verschiedenen Länder und das Sowjetvolk seit dem XXII. Parteitag der KPdSU die Frage: Warum wurde die Partei der Arbeit Albaniens angegriffen, warum wurden die Meinungsverschiedenheiten, die innerhalb der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung existierten, öffentlich bekannt gemacht und warum wurden sie nicht mit Geduld auf marxistisch-leninistischem Wege geschlichtet? Wer hatte ein Interesse daran? Aber weder auf dem XXII. Parteitag noch nachher vermochte die Chruschtschow-Gruppe trotz der Entschließungen, Reden und vielen Artikel, die sie schrieb und schreibt, um die Haltung der Sowjetführung gegenüber der Partei der Arbeit Albaniens zu rechtfertigen, sich rein zu waschen und auf diese berechtigte Frage, die heute die ganze Welt dauernd stellt, eine Antwort zu geben.

N. Chruschtschow und seine Anhänger haben dennoch Anstrengungen gemacht, einen Ausweg zu finden, um ihre antimarxistische Haltung gegenüber der Partei der Arbeit Albaniens zu rechtfertigen. Zu diesem Zweck erfanden sie die Version, daß die Sowjetführer angeblich

gezwungen waren, dies zu tun (öffentlich gegen die Partei der Arbeit Albaniens aufzutreten — die Red.), weil alle ihre Anstrengungen für die Normalisierung der Beziehungen zu der Partei der Arbeit Albaniens gar kein Ergebnis zeitigten und in einem solchen Fall der offene Kampf, der einzig mögliche Weg sei. Es wurden also alle Anstrengungen gemacht, jedoch erfolglos, und dann ging man zum offenen Kampf über, weil das der einzige Weg war. Mit diesen zwei „Beweisgründen“ (die, wie wir unten sehen werden, ganz und gar falsch sind und jeder Grundlage entbehren) suchen sie die Welt zu überzeugen, daß ihr grundsatzloser Kampf, der sich auf die niedrigsten Verleumdungen stützt, die verschiedenen Blockaden und der wilde Druck der Führer eines großen Staates gegen die marxistische Partei eines kleinen Volkes durchaus am Platze waren. Mit diesen erfundenen „Beweisgründen“ versuchen sie auch solche Akte, wie die Aufrufe zur Konterrevolution oder den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Volksrepublik Albanien, einem sozialistischen Land, zu rechtfertigen.

Ohne Zweifel haben N. Chruschtschow und seine Gruppe erwartet, daß die Menschen ihren fabrizierten „Beweisgründen“, die sie rechtfertigen sollten, Glauben schenken würden, weil das Recht der Partei der Arbeit Albaniens vor der undiskutierbaren Autorität der ruhmreichen Sowjetunion und der großen Partei Lenins den Kürzeren ziehen würde. Ein solches Konzept ist natürlich antimarxistisch, aber von einem Revisionisten des Marxismus-Leninismus kann man nichts anderes erwarten. N. Chruschtschow spielt sich auf und spekuliert mit der Autorität und dem Prestige der Sowjetunion. Die Völker und die Kommunisten der Welt erkennen jetzt immer

besser das wahre Gesicht N. Chruschtschows und seiner Gruppe, sie überzeugen sich immer mehr, daß der Angriff N. Chruschtschows gegen die Partei der Arbeit Albaniens, seine Aufrufe zur Konterrevolution in Albanien und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu der Volksrepublik Albanien Handlungen sind, die man durch keinen erfundenen „Beweisgrund“ rechtfertigen, die man nicht einmal mit der Autorität der Sowjetunion und ihrer kommunistischen Partei decken kann. Diese antimarxistischen Handlungen passen nur zu jenen, die die Sache des Sozialismus und Kommunismus verraten haben. Die Völker und Kommunisten der Welt erkennen jetzt und werden mit der Zeit noch besser erkennen, daß N. Chruschtschow und seine Gruppe als Spalter der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, als unverbesserliche Opportunisten und Revisionisten handeln und mit ihren Handlungen nur den Gegnern des Sozialismus und Kommunismus dienen.

**Unsere Meinungsverschiedenheiten über manche  
ideologische Fragen haben die brüderlichen  
Beziehungen zwischen unseren beiden  
Parteien bis vor der Bukarester  
Beratung niemals gestört**

Da nun die Chruschtschow-Gruppe mit ihren angeblichen „Anstrengungen“ für die Normalisierung der Beziehungen zu der Partei der Arbeit Albaniens viel spekuliert, werden wir uns in diesem Artikel mit dieser Frage beschäftigen. Die „Anstrengungen“ N. Chruschtschows, die Beziehungen zu der Partei der Arbeit

Albaniens zu normalisieren, oder besser gesagt, die Methode N. Chruschtschows für die Schlichtung der ideologischen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei der Arbeit Albanien und den Sowjetführern, die Methode der Ausdehnung dieser Meinungsverschiedenheiten auch auf das Gebiet der staatlichen Beziehungen mittels wirtschaftlichen, politischen und militärischen Drucks, mittels Drohungen, Blockaden und seine Auffassungen der Partei der Arbeit Albanien und dem albanischen Staat aufzuzwingen, führten zur Verschlechterung, zur Verschärfung der Beziehungen, welche mit dem öffentlichen Angriff gegen die Partei der Arbeit Albanien von der Tribüne des XXII. Parteitags aus und mit dem tatsächlichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Sowjetregierung zur Volksrepublik Albanien ihre Höhe erreichte.

Der Wendepunkt in der Haltung der Chruschtschow-Gruppe gegenüber der Partei der Arbeit Albanien und der Volksrepublik Albanien, der zur Verschärfung der sowjetisch-albanischen Beziehungen führte, war die Bukarester Beratung vom Juni 1960. Vor der Bukarester Beratung bestanden zwischen unseren beiden Parteien und Ländern brüderliche und herzliche Beziehungen, die man mit Recht als vorbildlich für die Beziehungen des proletarischen Internationalismus bezeichnen konnte. Bis zu dieser Zeit war die Haltung der Führung der KPdSU und der Sowjetregierung unserem Land gegenüber freundschaftlich und internationalistisch. Sie haben Albanien große Hilfe auf allen Gebieten des sozialistischen Aufbaus geleistet, wofür die Partei und das Volk der ruhmreichen KPdSU und dem sowjetischen Bruder-volk ewig dankbar sein werden. Unsere Partei hat die

Bedeutung dieser internationalistischen Hilfe richtig eingeschätzt und schätzt sie weiter. „Die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion“, sagte Genosse Enver Hoxha in seiner Rede in der feierlichen Sitzung anlässlich des 15. Jahrestages der Befreiung des Vaterlandes am 28. November 1959, „sowie die außerordentlich große Hilfe waren und sind zwei bedeutende Faktoren, die uns halfen, die bisherigen Aufgaben der großen sozialistischen Umwandlungen auf dem Gebiet der Wirtschaft und Kultur erfolgreich zu realisieren...“ Deshalb hat unser Volk seine Liebe und die enge aufrichtige Freundschaft zum großen Vaterland der Oktoberrevolution, zum Land der Sowjetmenschen gefestigt und wird sie weiter festigen. Unsere Freundschaft ist eine Völkerfreundschaft, eine Freundschaft, die sich auf die unsterblichen Lehren des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, sowie auf die hohen und edlen Ideale des Sieges des Sozialismus und der Erhaltung des Weltfriedens stützt, deshalb wird diese Freundschaft jahrhundertlang leben.

Es muß noch unterstrichen werden, daß unsere brüderlichen Verbindungen nie gestört worden waren, obwohl zwischen unserer Partei und der Sowjetführung mit N. Chruschtschow an der Spitze seit langem Meinungsverschiedenheiten über einige wichtige Fragen existierten. Es ist z. B. bekannt, daß unsere Partei mit der Kritik an Stalin, mit der Art wie sie geübt wurde, sowie mit den Zielen, die N. Chruschtschow und seine Gruppe mit dieser Kritik auf dem XX. Parteitag und später verfolgten, nicht einverstanden war. Unsere Partei war mit der versöhnlichen und opportunistischen Haltung N. Chruschtschows und seiner Gruppe gegenüber der revisionistischen Tito-

Clique, sowie mit dem Kurs und den opportunistischen Zielen N. Chruschtschows in der Frage von Krieg und Frieden und mit seiner revisionistischen Anschauung über den friedlichen und nichtfriedlichen Übergang zum Sozialismus usw. nicht einverstanden. Andererseits ist bekannt, daß N. Chruschtschow bei verschiedenen Anlässen die Linie unserer Partei wegen ihrer grundsätzlichen Haltung gegenüber den jugoslawischen Revisionisten und gegenüber anderen Fragen wiederholt direkt oder indirekt angegriffen und Anstrengungen gemacht hat, einen Druck auf unsere Partei auszuüben, damit sie ihre grundsätzliche Kritik an den Belgrader Revisionisten einstellt und solche Verräter und Gegner der Partei und des Volkes Albaniens wie Kotschi Dsodse und Panajot Plaku und Komplizen rehabilitiert. All das ist dokumentarisch belegt. Trotzdem hat unsere Partei dauernd Anstrengungen gemacht, diese Meinungsverschiedenheiten auf richtigem marxistisch-leninistischem Wege, durch kameradschaftliche Besprechungen und Kritik zu schlichten. Gleichzeitig verwarf sie das Ansinnen N. Chruschtschows, die Kritik an den jugoslawischen Revisionisten einzustellen und die albanischen Verräter im Dienst der Tito-Clique zu rehabilitieren. Tatsache ist, daß sich trotz der obenerwähnten Meinungsverschiedenheiten die Beziehungen unserer Partei zur Sowjetführung und noch mehr die staatlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern *bis Mitte 1960* nicht verschlechterten, sondern auf dem normalen Weg der Freundschaft und brüderlichen internationalistischen Zusammenarbeit weiterliefen.

Als aber N. Chruschtschow sah, daß die Partei der Arbeit Albaniens auf ihren grundsätzlichen Positionen

unerschütterlich verharrte, keine Konzessionen machte und nicht geneigt war, seinem revisionistischen Kurs zu folgen, wovon er sich auf der Bukarester Beratung noch mehr überzeugte, weil dort unsere Partei seine antimarxistische Methode, die marxistisch-leninistischen Parteien unerwartet anzugreifen, entschieden ablehnte, da griff er auf dieser Beratung als erster die Partei der Arbeit Albaniens und ihre Führung heftig an.

Bekanntlich äußerte unsere Partei auf der Bukarester Beratung im Juni 1960 und später auf der Moskauer Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 ihre Meinung über gewisse Fragen der heutigen Weltentwicklung sowie der Taktik und Strategie der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und kritisierte gewisse opportunistische Auffassungen und antimarxistische Haltungen N. Chruschtschows zu den Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien. Diese Kritik übte sie auf richtigem Parteiweg aus, in einer Versammlung der Parteien und in vollem Einklang mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, welcher verlangt, daß alle kommunistischen und Arbeiterparteien die Beziehungen der Gleichberechtigung aufrechterhalten und die Einmütigkeit der Auffassungen und des Handelns durch kameradschaftliche Kritik und durch Beratungen auf marxistisch-leninistischem Weg und im Geist des proletarischen Internationalismus erreichen. Während nun die Partei der Arbeit Albaniens auf der Bukarester Beratung Ruhe bewahrte und den richtigen Weg wies, um die Meinungsverschiedenheiten, die, wie in Bukarest zutage trat, nicht nur mit der Partei der Arbeit Albaniens, sondern auch mit anderen Parteien existierten, zu schlich-



ten, schlug N. Chruschtschow im Gegensatz dazu schon damals den falschen antimarxistischen Weg ein. Der gerechten Kritik der Partei der Arbeit Albanien setzte er die für die Kommunisten und die marxistisch-leninistischen Parteien fremde Methode des Gegenangriffs entgegen, indem er die kameradschaftliche Kritik durch grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder ersetzte und die Prinzipien der Beratung, der Gleichberechtigung und des proletarischen Internationalismus, welche die Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder regeln sollten, offen verletzte.

Kurz nach der Bukarester Konferenz, insbesondere aber nach der Moskauer Beratung im November 1960 wurden die „Anstrengungen“ N. Chruschtschows für die Normalisierung der Beziehungen zur Partei der Arbeit Albanien noch mehr konkretisiert: Die an die Volksrepublik Albanien für den 3. Fünfjahrplan gewährten Kredite wurden eingestellt, die sowjetischen Spezialisten aus Albanien zurückgezogen, alle albanischen Studenten aus der Sowjetunion ausgewiesen usw. Die „Anstrengungen“ N. Chruschtschows, welche seine Propagandisten stark popularisieren, gleichen denen eines „Gastgebers“, der, nachdem er dem Gastfreund die Tür vor der Nase schließt, die Hunde losläßt und zu ihm spricht: „Bitte, einzutreten“. Diese „Anstrengungen“ und diesen „aufrichtigen Wunsch“ kann man aus dem redaktionellen Artikel der „Prawda“ vom 21. Februar 1962, betitelt „Das Banner unserer Epoche“, klar ersehen. In diesem heißt es u. a.: „Diese Kritik (nämlich der Angriff N. Chruschtschows gegen die Partei der Arbeit Albanien von der Tribüne des XXII. Parteitags aus — die Red.)

appellierte an die Vernunft der albanischen Führer, wollte sie auf die Positionen des proletarischen Internationalismus zurückführen“. Wie heuchlerisch ist diese Phrase! Nach der „Prawda“ ist der Angriff N. Chruschtschows eine kameradschaftliche „Kritik“, welche an die Vernunft der albanischen Führer „appellierte“. Ja, hatten denn die Aufrufe zur Konterrevolution und zum Sturze der Führung der marxistischen Partei eines sozialistischen Landes den Zweck, die albanischen Führer auf die Positionen des proletarischen Internationalismus zurückzuführen? (Chruschtschow sagte auf dem XXII. Parteitag: „Wir sind überzeugt, daß der Tag kommen wird, wo die albanischen Kommunisten und das albanische Volk zu Wort kommen werden, und dann werden die albanischen Führer über den Schaden, den sie ihrem Land, ihrem Volk und der Sache des sozialistischen Aufbaus in Albanien zufügten, Rechenschaft ablegen müssen“.) So weit geht der Zynismus der Chruschtschow-Gruppe! Mit ihren Krokodilstränen über das „Schicksal“ des albanischen Volkes gleicht sie jenem Menschen, der einen in der Nacht umbringt und am Tage beweint!

Um jede Illusion über die angeblichen „Anstrengungen“ N. Chruschtschows für die Normalisierung der Beziehungen zur Partei der Arbeit Albanien zu beseitigen; berufen wir uns auf die Korrespondenz zwischen unseren beiden Parteien und auf die wichtigsten Ereignisse nach der Bukarester Beratung. Die vielen Tatsachen und die zahlreichen Dokumente, die unsere Partei besitzt, und deren einen Teil wir für diesen Artikel verwerten werden, zeigen in überzeugender Weise, daß N. Chruschtschows „Anstrengungen“, die Meinungsverschiedenheiten mit der Partei der Arbeit Albanien angeblich beizulegen, nur

das Ziel verfolgten, die Partei der Arbeit Albaniens zu unterwerfen, ihr unannehmbare antimarxistische Bedingungen zu diktieren und sie in eine ungleiche und diskriminierende Stellung zu bringen.

Bekanntlich griff N. Chruschtschow auf der Bukarester Beratung unerwartet, jedoch mit Vorbedacht die Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung an. Er verletzte die leninistischen Prinzipien der Beratung, der Gleichberechtigung und des proletarischen Internationalismus in den Beziehungen zwischen den Bruderparteien durch arrogante Methoden und durch eine patriarchalische Haltung und machte Anstrengungen, die verschiedenen Parteien zur Billigung seiner falschen antimarxistischen Auffassungen und Handlungen zu zwingen. N. Chruschtschow tat bei der Bukarester Beratung alles, um auch die Delegation der Partei der Arbeit Albaniens zur Billigung seiner Handlungen und opportunistischen und spaltenden Auffassungen zu bewegen. Aber unsere Partei bewahrte eine unerschütterliche grundsätzliche Haltung. Sie verurteilte die antimarxistischen Erklärungen und die Haltung N. Chruschtschows und wies den richtigen Weg, den man zur Schlichtung der innerhalb des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung existierenden Meinungsverschiedenheiten hätte einschlagen sollen. Bei dieser Beratung erklärte der Leiter der Delegation der Partei der Arbeit Albaniens, Genosse Hysni Kapo:

„ . . . Diese so wichtige Frage, die uns Genosse N. Chruschtschow unerwartet und ohne sie zu prüfen vorlegt, muß gut, gründlich, sehr sorgfältig und ruhig im kameradschaftlichen Geist gemäß den leninisti-

schen Normen und auf marxistisch-leninistischem Wege, wie es der Brauch unserer Parteien ist, studiert und diskutiert werden.“

Das war die Haltung unserer Delegation in Bukarest. Das Zentralkomitee unserer Partei verurteilte durch seinen Vertreter Chruschtschows Putschmethode und verteidigte auf der Beratung im November 1960 die Ansicht, Meinungsverschiedenheiten auf der Basis der leninistischen Normen zu schlichten. Aber N. Chruschtschow mißfiel die grundsätzliche Haltung unserer Parteidelegation, weil sie sich im Gegensatz zu seinen antimarxistischen Auffassungen und seinem Kurs der Unterminierung der Einheit des sozialistischen Lagers befand. Er war von der gerechten, auf dem Parteiwege geübten Kritik unserer kleinen Partei so erzürnt, daß er sie als „Beleidigung“ für die Führung der KPdSU auffaßte und deshalb eine Kampagne von Rachehandlungen gegen unser Land und unsere Partei begann, weil sie die marxistische Kühnheit hatte, der Spaltung des sozialistischen Lagers, die N. Chruschtschow mit voller Bewußtheit unternahm, entgegenzutreten.

**Druck und Anstrengungen, die Partei der Arbeit Albaniens in das Komplott N. Chruschtschows gegen die Einheit des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Bewegung einzubeziehen**

Nach der Bukarester Beratung konnte man sogleich feststellen, daß sich die Haltung der Sowjetführung mit N. Chruschtschow an der Spitze gegenüber der Partei der

Arbeit Albaniens und unserem Land gründlich geändert hatte. Ihre Politik und Haltung gegenüber der Partei der Arbeit Albaniens verfolgten nicht das Ziel, die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, sondern das Ziel, die Partei der Arbeit Albaniens unter allen Umständen zu unterwerfen und an ihr wegen ihrer entschlossenen Haltung Rache zu nehmen. Und von den Worten ging man zu Taten über. Als die albanische Regierung dringend um Lieferung von Brotgetreide ersuchte, weil unser Land infolge der großen Sommerdürre von 1960 an Brot knapp war, gab N. Chruschtschow lange Zeit keine Antwort und schlug schließlich das Ansuchen ab, so daß unsere Partei und Regierung gezwungen waren, sich das Getreide aus anderen sozialistischen Ländern zu verschaffen. Das war ein offener Druck gegen unsere Partei.

Nun begannen die Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Tirana, gemäß den Anweisungen N. Chruschtschows, nach der gründlichen Änderung seiner Haltung gegenüber der Volksrepublik Albanien, die marxistisch-leninistische Linie der Partei der Arbeit Albaniens heftig anzugreifen, bemühten sich, unsere Partei zu spalten, in ihren Reihen Konfusion und Panik zu erregen, die Führung von der Partei zu trennen und die Kader der Armee und jene, die in der Sowjetunion studiert hatten, gegen die Parteiführung aufzuhetzen. Alle diese „Anstrengungen“, dieser Druck und diese grobe Einmischung hatten den Zweck, die Partei der Arbeit Albaniens zu nötigen, ihre bei der Bukarester Beratung bewahrte grundsätzliche Haltung aufzugeben und auf der Beratung im November die opportunistischen und spaltenden Auffassungen N. Chruschtschows zu unterstützen und sich seinem

Angriff auf die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und auf die revolutionäre Lehre des Marxismus-Leninismus anzuschließen.

Zu diesem Zweck sandte N. Chruschtschow am 13. August 1960 einen Brief an das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens und verlangte Besprechungen, nicht etwa, um die zwischen der Partei der Arbeit Albaniens und der Sowjetführung bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu schlichten, sondern um auch die Partei der Arbeit Albaniens auf eine Linie mit der Chruschtschow-Gruppe gegen eine dritte Partei zu stellen, also um das sozialistische Lager zu spalten. In diesem Brief hieß es:

„Wir halten es für wichtig, daß bei der bevorstehenden Beratung im November zwischen der Partei der Arbeit Albaniens und der KP der Sowjetunion volle Einmütigkeit der Auffassungen herrscht.

Das ZK der KP der Sowjetunion ist der Meinung, daß es ratsam ist, deshalb vor der Beratung eine Zusammenkunft der Vertreter unserer Parteien einzuberufen.“

Gleichzeitig wurde durch die Blume die drohende Warnung ausgesprochen:

„Den Funken des Mißverständnisses muß man rechtzeitig auslöschen, damit er sich nicht entzündet.“

Also ging es darum, die Partei der Arbeit Albaniens zu nötigen, sich bei der Moskauer Beratung im November 1960 den antimarxistischen Auffassungen N. Chruschtschows anzuschließen und ihre richtige und grundsätzliche Einstellung, die sie auf der Bukarester Beratung

verteidigt hatte und die N. Chruschtschow mißfallen hatte, aufzugeben. Die vorgeschlagene Zusammenkunft sollte diesem Zweck dienen. Es war sozusagen die „erste ernsthafte Anstrengung“ N. Chruschtschows, die Meinungsverschiedenheiten mit der Partei der Arbeit Albaniens zu schlichten und die Beziehungen zu ihr zu normalisieren. Sollte aber die Partei der Arbeit Albaniens diese Lösung nicht annehmen, d. h., wenn sie sich nicht unterwerfen wollte, dann würde sich der Bukarester „Funke“ in ein „Feuer“ verwandeln. Ist es daher nicht offensichtlich, daß die Chruschtschow-Gruppe das „Feuer“, welches sie auf dem XXII. Parteitag entfachte, schon seit August 1960 bewußt vorbereitet hatte? Folgt daraus nicht, was die Chruschtschow-Gruppe unter dem Worte „Anstrengungen“ für die Schlichtung der Meinungsverschiedenheiten mit der Partei der Arbeit Albaniens verstand? Nämlich entweder Unterwerfung oder „Feuer“.

In seinem Brief vom 27. August 1960 gab das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens die gebührende Antwort auf diesen schändlichen Versuch. Nachdem es darauf hinweist, daß die Bukarester Meinungsverschiedenheiten eine Folge der ungerechten Angriffe N. Chruschtschows gegen eine dritte Partei waren, infolgedessen die Phrase „in die bevorstehende Beratung in voller Einmütigkeit der Auffassungen zu gehen“, nichts anderes bedeute, als daß unsere beiden Parteien ihre Haltung gegenüber einer dritten marxistisch-leninistischen Partei gemeinsam festlegen sollten, unterstreicht der Brief:

„Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß es eine grobe Verletzung der elementaren marxistisch-lenin-

nistischen Normen, welche die Beziehungen der kommunistischen und Arbeiterparteien regeln, sein würde, wenn zwei Parteien Besprechungen abhielten, um die Generallinie einer dritten marxistischen Partei zu kritisieren . . . Es versteht sich von selbst, daß eine solche Handlungsweise nicht richtig wäre und der Sache keinen Dienst leisten, sondern ihr schaden würde.“

Es war ganz logisch und natürlich, daß die Partei der Arbeit Albaniens trotz der Drohungen N. Chruschtschows diese Zusammenkunft, die sich im Widerspruch zu den elementarsten Regeln des Marxismus-Leninismus befand und gar kein positives Ergebnis zeitigen konnte, ablehnte.

Wir beschäftigen uns jetzt weiter mit den „Anstrengungen“ N. Chruschtschows, wonach mit Hilfe von Besprechungen mit der Führung der Partei der Arbeit Albaniens die Meinungsverschiedenheiten geschlichtet und die sowjetisch-albanischen Beziehungen normalisiert werden sollten. Am 9. November 1960, also zur Zeit der Moskauer Beratung der 81 Parteien, machte die Sowjetführung den Vorschlag, daß der 1. Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, Genosse Enver Hoxha, der die Delegation der Partei der Arbeit Albaniens führte, mit dem 1. Sekretär der KPdSU N. Chruschtschow zusammen treffen sollte, um Besprechungen über die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien zu führen. Genosse Enver Hoxha nahm diese Einladung erfreut an und bereitete sich darauf vor, N. Chruschtschow zu treffen. Aber kurz vor der Zusammenkunft erhielt unsere Delegation von sowjetischer Seite ein wichtiges offizielles Dokument des ZK der KPdSU, welches das Zentralkomitee allen an der Moskauer Beratung teilnehmenden Dele-

gationen geschickt hatte. In diesem Dokument wurde die Existenz der Volksrepublik Albanien als sozialistisches Land völlig ignoriert, die Partei der Arbeit Albanien verleumdet, die parteifeindlichen Elemente unseres Landes wurden in Schutz genommen; auch wurde darin die Führung der Partei der Arbeit Albanien beschuldigt, daß sie Parteifragen im Widerspruch zu den Regeln des demokratischen Zentralismus löse und eine antisowjetische Politik und Tätigkeit entfalte. Diese niedrigen Verleumdungen machte die Sowjetführung der gesamten kommunistischen Weltbewegung bekannt, ohne daß unsere Partei vorher etwas davon wußte. Also ist es zweifellos klar: Die Sowjetführung verlangte einerseits Besprechungen mit dem 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albanien, andererseits verteilte sie gleichzeitig Materialien voll von Verleumdungen gegen unsere Partei mit dem offensichtlichen Zweck, unsere Partei zu diskreditieren. Kann man da von einem „Wunsch“ der Sowjetführung, die Meinungsverschiedenheiten zu schlichten, sprechen? Kann man da von einem „Wunsch“ N. Chruschtschows nach Besprechungen reden? N. Chruschtschow verlangte nur dem Schein nach Besprechungen, während er sie in Wirklichkeit sabotierte, indem er sie von Bedingungen abhängig machte: „Akzeptiere meine Verleumdungen, die ich der gesamten kommunistischen Bewegung bekannt gemacht habe, und komm dann, damit wir uns verständigen!“ Das sind die ernsthaften „Anstrengungen“ N. Chruschtschows und seiner Gruppe, zu einer Verständigung mit der Partei der Arbeit Albanien zu gelangen. Ist das nicht eine hinterhältige, anmaßende, unwürdige und herabsetzende Haltung? Ist das nicht ein Ultimatum: Entweder unterwirf dich oder

das „Feuer“ erwartet dich? Eine solche Haltung hat mit den marxistisch-leninistischen Methoden von Besprechungen, mit Beziehungen der Gleichberechtigung, Brüderlichkeit und internationalen Solidarität, die zwischen den Bruderparteien existieren müssen, gar nichts gemein. Das ist die tollkühne Haltung eines Bosses, eines Chauvinisten, eines großen Staates gegenüber einer kleinen Partei. Es ist logisch, daß wir unter diesen erniedrigenden Umständen diesen Vorschlag zu einer Zusammenkunft mit berechtigter Verachtung ablehnten.

Die Delegation der Partei der Arbeit Albanien, geleitet von dem Wunsch, die Meinungsverschiedenheiten zu schlichten und die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien und Ländern zu normalisieren, akzeptierte aber trotz allem im Interesse des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung den neuen Vorschlag der Sowjetführung und hatte am 10. und 11. November 1960 Besprechungen mit Führern der KPdSU. Am 12. November traf unsere gesamte Delegation unter Leitung des Genossen Enver Hoxha mit N. Chruschtschow und einer Gruppe von Sowjetführern zusammen. Bei diesen Zusammenkünften trat von vorn herein deutlich zutage, daß die Sowjetführung nicht den Weg zur Schlichtung der Meinungsverschiedenheiten suchten, sondern die Partei der Arbeit Albanien unterwerfen, ihr die Auffassungen der Chruschtschow-Gruppe aufzwingen und sie nötigen wollten, auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu verzichten. Die Sowjetführung hielt das Dokument voller Verleumdungen gegen die Partei der Arbeit Albanien, welches sie den Vertretern der 81 Parteien in Moskau am 8. und 9.

November übersandte, nicht für einen Fehler; den Druck gegen unsere Partei und die Störungsversuche der Mitarbeiter der Sowjetbotschaft in Tirana nannte sie Dinge ohne Bedeutung, und schließlich ging N. Chruschtschow so weit zu erklären, daß er sich leichter mit Macmillan als mit den Führern der Partei der Arbeit Albaniens verständigen könne. Daß er sich mit Hilfe von Kompromissen, Konzessionen und Schmeicheleien mit Macmillan, Eisenhower, Kennedy und mit ihrem Lakaien Tito verständigen kann, ist sein persönliches Verdienst, um das ihn niemand beneidet. Aber die Partei der Arbeit Albaniens zu zwingen, seinen revisionistischen Kurs einzuschlagen, das gelang N. Chruschtschow nicht und wird ihm auch nicht gelingen. Deshalb verliefen die „Besprechungen“ ergebnislos, woran N. Chruschtschow und seine Genossen die Schuld trugen. Das war die „zweite ernsthafte Anstrengung“ N. Chruschtschows, die Meinungsverschiedenheiten beizulegen und die Beziehungen zu unserer Partei zu normalisieren. In Wirklichkeit war es seine zweite ernsthafte Anstrengung, unsere Partei dem Marxismus-Leninismus zu entfremden und sie seinem chauvinistischen Diktat zu unterwerfen.

Nach dem Scheitern dieses Versuches folgten, wie vorauszusehen war, Drohungen N. Chruschtschows. Zynisch erklärte er, daß er von nun an seine Beziehungen zu Albanien auf anderer Grundlage errichten würde. Von den Worten ging er zu Taten über. Die ideologischen Meinungsverschiedenheiten wurden rasch auf das Gebiet der staatlichen Beziehungen verlegt. Es wurden alle Kredite eingestellt, die sowjetischen Spezialisten, welche in Albanien arbeiteten, unerwartet und einseitig zurück-

gerufen, die Handels- und Militärabkommen für ungültig erklärt.

Mit großer Geduld bemühte sich das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens, die guten staatlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu erhalten, aber N. Chruschtschow und seine Gruppe wollten in ihrem unglaublichen Starrsinn alles zerstören. Es fehlt nicht an Tatsachen und Dokumenten, das zu beweisen. Unsere Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Ministers für Industrie, Djafer Spahiu, die sich nach Moskau begeben hatte, um ein Clearingabkommen für die Zeit von 1961—1965 abzuschließen und das Abkommen über den von der Sowjetunion an Albanien für die Mechanisierung der Landwirtschaft gewährten Kredit zu unterzeichnen, mußte 64 Tage umsonst warten. Während der November-Beratung der 81 Parteien und der Zusammenkünfte unserer beiden Parteien bereiteten auf Anordnung N. Chruschtschows die Organe des sowjetischen Handelsministeriums und des staatlichen Komitees für ökonomische Verbindungen unserer Handelsdelegation allerlei Schwierigkeiten, verschoben die Zusammenkünfte in Erwartung der „Anweisungen von oben“ usw., bis am 21. Dezember 1960 der stellvertretende Handelsminister der UdSSR, I. Semitschastnij, unserer Delegation schließlich mitteilte:

„Das Ministerium für Außenhandel ist beauftragt, der albanischen Delegation zu erklären, daß es besser ist, zu der Frage der Unterzeichnung des langfristigen Handelsabkommens für die Jahre 1961—1965 und des Abkommens über die Gewährung von Krediten an Albanien später zurückzukehren, weil diese Frage auf einer höheren Ebene diskutiert werden muß.“

Und als die Regierung der Volksrepublik Albanien vorschlug, den Genossen Kotscho Theodosi, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albanians an der Spitze der Wirtschaftsdelegation nach Moskau zu schicken, ließ ihr die Sowjetregierung durch die Botschaft in Tirana am 6. Januar 1961 mitteilen, daß sie diesen Vorschlag ablehne, weil die wirtschaftlichen Fragen nur „auf höchster Partei- und Regierungsebene diskutiert werden könnten“. Das bedeutete in Wirklichkeit, daß die Sowjetregierung die Besprechungen über wirtschaftliche Fragen mit dem Abschluß der Abkommen direkt verband, mit dem Versuch, unserer Partei die Auffassungen der Chruschtschow-Gruppe aufzuzwingen.

Das wird noch deutlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß diese Frage durch die Moskauer Verhandlungen zwischen den Vertretern der Parteien und Regierungen unserer beiden Länder im Dezember 1958, also auf höchster Ebene, erledigt und die betreffenden Abkommen am 3. April und 3. Juli 1959 unterzeichnet worden waren. Es ist also ganz klar, daß die Sowjetführung die wirtschaftliche Hilfe benutzen wollte, um auf die Partei der Arbeit Albanians am Vorabend ihres IV. Parteitags, der im Februar 1961 stattfand, einen Druck auszuüben, um sie zu zwingen, ihre marxistisch-leninistischen Auffassungen aufzugeben. Offenbar war das die „dritte ernsthafte Anstrengung“ N. Chruschtschows, die Meinungsverschiedenheiten beizulegen und die Beziehungen zu der Partei der Arbeit Albanians und der Volksrepublik Albanien zu normalisieren.

Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albanians erklärte in einem Brief vom 14. Januar 1961 erneut mit

Geduld und Takt, wie es um die Wahrheit stand, und zeigte Bereitschaft, die Meinungsverschiedenheiten auf richtigem marxistisch-leninistischem Weg beizulegen. In diesem Brief unterstrich das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albanians u. a.:

„Wir staunen mit Recht über die jetzige Haltung der Sowjetregierung gegenüber diesen Fragen und können nicht verstehen, von welcher Basis sie ausgeht, wenn sie einseitig die Überprüfung der obenerwähnten Fragen, die auf höchster Partei- und Regierungsebene der beiden Länder diskutiert, beschlossen und endgültig geregelt worden sind, verlangt. Die Partei der Arbeit Albanians und die albanische Regierung freuen sich und werden sich stets freuen, wenn sich Delegationen unserer beiden Parteien und Regierungen auf höchster Ebene und auf jeder anderen Ebene treffen, weil unsere Partei, unser Volk und unser Land mit der KPdSU, mit dem Sowjetvolk und mit der Sowjetunion durch eine andauernde und unantastbare Freundschaft verbunden sind; aber unter den Bedingungen, welche die Sowjetregierung stellt, hält es das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albanians nicht für ratsam und angemessen, eine Delegation höchster Ebene zu schicken, weil erstens, wie obenerwähnt, beide Teile die betreffenden Angelegenheiten auf höchster Ebene geprüft und in vollem Einvernehmen miteinander endgültig beschlossen haben, und zweitens, weil die Sowjetregierung diese Angelegenheiten im Widerspruch zum Geist der Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern, nicht richtig behandelt, deshalb sind sie für uns unannehmbar.“

Die Zeit zeigte, daß das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens die Ziele N. Chruschtschows, seine Pläne, unsere Partei mit Hilfe wirtschaftlichen Drucks zu unterwerfen und die wirtschaftliche Hilfe von der Annahme seiner opportunistischen Linie abhängig zu machen, richtig durchschaut hatte. Es war klar, daß die Gruppe der Sowjetführer keine Besprechungen über die obenerwähnten wirtschaftlichen Fragen wollte, sondern die Unterwerfung unserer Partei beabsichtigte. Das ersieht man aus dem Brief vom 26. April 1961 der Sowjetregierung an die Regierung der Volksrepublik Albanien, welchen der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Sowjetunion A. Kosigin unterzeichnet hatte. In diesem Brief hieß es u. a.:

„Nach Erwägung aller Umstände ist die Sowjetregierung genötigt, die Frage der weiteren Beziehungen zur Volksrepublik Albanien zu überprüfen . . . Das Sowjetvolk und die Völker der anderen sozialistischen Länder würden uns nicht verstehen, wenn wir unser Land seiner materiellen Schätze berauben würden, um die Forderungen der albanischen Führer, die zum Schaden der Interessen des albanischen Volkes die elementaren Normen in den Beziehungen zu der Sowjetunion und zu ihrer Regierung verletzen, weiter zu erfüllen . . . Es versteht sich von selbst, daß die albanische Führung nicht mehr hoffen kann, daß ihr die Sowjetunion auf der früheren Basis helfen wird, denn diese Hilfe können nur wahre Freunde und Brüder erhalten. In Anbetracht der unfreundlichen Politik, die die albanische Führung der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern gegenüber verfolgt,

erachtet es die Sowjetunion für nötig, ihre Beziehungen zu Albanien auf einer neuen Basis aufzubauen . . . Was die weiteren Beziehungen zwischen unseren Ländern und die Hilfe der Sowjetunion für Albanien anbelangt, werden diese völlig von der Haltung der albanischen Seite abhängen . . .“

**Die Partei der Arbeit Albaniens hat sich aufrichtig bemüht, die Meinungsverschiedenheiten mit der Sowjetführung auf marxistisch-leninistischem Wege beizulegen**

Wer die Entwicklung der albanisch-sowjetischen Beziehungen, sei es auch nur mit Hilfe der Fragmente, die wir aus der Korrespondenz zwischen unseren beiden Parteien veröffentlichten, aufmerksam verfolgt hat, wird feststellen, daß die Chruschtschow-Gruppe seit der Bukarester Beratung im Juni 1960 nur zu dem Zweck Anstrengungen gemacht hat, um die Partei der Arbeit Albaniens zu unterwerfen und ihr ihre Auffassungen aufzuzwingen. In jedem Brief der Sowjetführung und bei jeder „ernsthaften Anstrengung“ für die Verbesserung der Beziehungen zu der Partei der Arbeit Albaniens wurden Bedingungen gestellt und Drohungen gegen unsere Partei ausgestoßen. Das ersieht man auch aus dem Fragment des gerade von uns zitierten Briefes vom 26. April 1961.

Um dem zu begegnen, was N. Chruschtschow und seine Anhänger bewußt vorbereiteten, zeigte das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens Geduld und bewahrte Ruhe. Das ersieht man auch aus dem Antwort-



schreiben des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens an das Zentralkomitee der KPdSU und die Regierung der Sowjetunion vom 6. Juli 1961. In diesem Brief sagte das Zentralkomitee unserer Partei seine Meinung über die Wege, die man einschlagen müßte, um die Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren beiden Parteien unter Berücksichtigung der damaligen objektiven konkreten Situation beizulegen.

In dem Antwortschreiben des ZK der Partei der Arbeit Albaniens heißt es u. a.:

„Natürlich sind wir uns bewußt, daß die Beilegung dieser Meinungsverschiedenheiten Zeit und Geduld von beiden Teilen, sowie große Anstrengungen erfordert, um die notwendigen Voraussetzungen für die Beseitigung der negativen Erscheinungen zu schaffen, die etwa seit einem Jahre in unseren freundschaftlichen, brüderlichen und, man kann ohne Übertreibung sagen, mehr als vorbildlichen Beziehungen, die früher zwischen unseren beiden Parteien, Ländern und Bruder-völkern existierten, zutage traten. Vor allem ist es notwendig von der Ausdehnung der ideologischen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen unseren Parteien existieren, auf das Gebiet der staatlichen Beziehungen, sei es auf das wirtschaftliche, politische oder militärische, Abstand zu nehmen.

Unsere Partei und Regierung haben sich nie geweigert, zweiseitige Besprechungen über irgendeine Frage zu führen. Aber wir haben unterstrichen und unterstreichen, daß man zu diesem Zweck die notwendigen Voraussetzungen, die Bedingungen der Gleichberechtigung für beide Teile schaffen muß.“

Aber die Sowjetführung mit N. Chruschtschow an der Spitze setzte ihre gefährliche Praxis fort, die Partei der Arbeit Albaniens in eine ungleiche Stellung und in Mißkredit zu bringen und sie zu diskriminieren. Am 24. August 1961 sandte sie dem Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens einen anderen Brief, mit dem sie alle Wege für Besprechungen und für die Beilegung der Meinungsverschiedenheiten sperrte. Mit diesem Brief schlugen N. Chruschtschow und seine Gruppe den Weg der niedrigsten Provokation und Diversion ein. N. Chruschtschow und seine Gruppe verlegten die ideologischen Meinungsverschiedenheiten auf ein anderes Gebiet, auf das Gebiet der Polizei-Agenturen, und gingen so weit, die Führer der Partei der Arbeit Albaniens „Agenten des ausländischen Geheimdienstes“ zu nennen. Dieser Brief war das Vorspiel zu dem, was sich auf dem XXII. Parteitag der KPdSU ereignete, wo N. Chruschtschow die Meinungsverschiedenheiten im sozialistischen Lager und in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung vor unseren gemeinsamen Feinden enthüllte.

Das war die „vierte ernsthafte Anstrengung“ N. Chruschtschows, die Meinungsverschiedenheiten mit der Partei der Arbeit Albaniens zu beseitigen, die später auf dem XXII. Parteitag durch seinen Aufruf zur Konterrevolution in Albanien konkretisiert wurde. Also verschärfte N. Chruschtschow die Beziehungen bewußt bis aufs Äußerste und ließ keinen Weg für Diskussionen offen. Trotzdem wandte sich das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens, als es den großen Schaden sah, den Chruschtschow mit seinen Handlungen der kommunistischen Bewegung, dem sozialistischen Lager und der Freundschaft zwischen dem albanischen Volk und

dem Sowjetvolk zufügte, ungeachtet der Provokationen und ungeheuerlichen Verleumdungen Chruschtschows, erneut an das ZK der KPdSU und verlangte, „die geschaffene Lage bedachtsam zu prüfen“. In dem vom Plenum des ZK der Partei der Arbeit Albaniens am 12. Oktober 1961 gebilligten und an das ZK der KPdSU, das der XXII. Parteitag wählen würde, gerichteten Antwortschreiben (der Brief wurde der sowjetischen Botschaft in Tirana am 11. November 1961 übergeben) hieß es:

„In großer Sorge wegen der unerwünschten und ernststen Lage in den albanisch-sowjetischen Beziehungen, die eine Folge der brutalen antimarxistischen Handlungen N. Chruschtschows und seiner Gruppe ist, wendet sich die Partei der Arbeit Albaniens an das ZK der KPdSU und fordert es auf, die geschaffene Lage bedachtsam zu prüfen und die notwendigen Maßnahmen für ihre Normalisierung zu ergreifen . . . Das Plenum des ZK der Partei der Arbeit Albaniens ist der Meinung, daß zur Heilung dieser gefährlichen Krankheit das Eingreifen des ZK der KPdSU, zu dem die Partei der Arbeit Albaniens unerschütterliches Vertrauen gehabt hat und noch weiter hat, dringend notwendig ist.“

In diesem Geist betonte Genosse Enver Hoxha in seiner Rede am 7. November 1961:

„Mit ruhigem und reinem Gewissen wendet sich die Partei der Arbeit Albaniens an die KP der Sowjetunion und an das neue, vom XXII. Parteitag gewählte ZK und fordert sie auf, die Lage in den Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien und Ländern mit leni-

nistischer Gerechtigkeit, objektiv, ruhig und nicht einseitig zu beurteilen. Der Einheit der kommunistischen Bewegung, des sozialistischen Lagers und den Interessen unserer Länder zuliebe war unsere Partei immer für die Schlichtung der Meinungsverschiedenheiten. Aber sie war und ist der Meinung, daß diese Fragen gerecht und nur auf marxistisch-leninistischem Wege, unter den Bedingungen der Gleichberechtigung und nicht des Drucks und des Biktats gelöst werden sollten. Wir hoffen und vertrauen der Gerechtigkeit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.“

Wenn N. Chruschtschow und seiner Gruppe die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und des sozialistischen Lagers teuer wäre, wenn sie sich von dem Willen leiten ließen, die Meinungsverschiedenheiten zu schlichten und nicht außerordentlich zu verschärfen, wenn die Logik sprechen würde und nicht die entzügelte Leidenschaft jenes Menschen, der verlangt, daß sein Wille geschehe, dann würde die Vernunft den Vorrang haben. Man sagt, daß jener, der nicht hören will, der größte Taube ist. Und so geschah es tatsächlich: Der maßvolle und reinen Herzens erlassene Aufruf der Partei der Arbeit Albaniens wurde trotz alledem, was auf dem XXII. Parteitag gesagt wurde, nicht nur nicht gehört, sondern man ging sogar sehr, sehr weit, bis zu dem ohne Beispiel dastehenden Akt des tatsächlichen Abbruchs der diplomatischen Beziehungen. Diesen Akt kann man nur mit der Logik jenes Menschen erklären, der sagt: „Ich bin der Boß, ich tue, was ich will, ich frage niemanden“. Schlimm ist jedoch, daß dieser „ich“ heute an der Spitze der KPdSU und des Sowjetstaates steht und seine revi-

sionistischen Auffassungen und Handlungen große Schäden anrichten, die der kommunistischen Bewegung, dem sozialistischen Lager und der gesamten Menschheit sehr viel kosten.

Die vielen Tatsachen der antimarxistischen Haltung N. Chruschtschows gegenüber der Partei der Arbeit Albanien und der Volksrepublik Albanien zeigen deutlich, daß er bewußt gegen unsere Partei, das albanische Volk und die albanisch-sowjetische Freundschaft handelt. Aber trotz ihrer wütenden Angriffe und antimarxistischen Handlungen waren N. Chruschtschow und seine Gruppe nicht imstande, die soliden Grundlagen der heiligen Freundschaft unseres Landes mit der ruhmreichen Sowjetunion auch nur im geringsten zu erschüttern. Trotz der wütenden Angriffe Chruschtschows war die Haltung unserer Partei, was die Freundschaft zur Sowjetunion anbelangt, immer richtig und prinzipientreu. Während die Sowjetpresse bis gestern volles Stillschweigen über die Erfolge unseres Volkes beim sozialistischen Aufbau unseres Landes bewahrte, als ob die Volksrepublik Albanien auf der Welt nicht mehr existierte, sind heute ihre Spalten voll von niedrigen und banalen Verleumdungen und Angriffen gegen unsere Partei und unser Land (seit dem XXII. Parteitag wurden in den wichtigsten Zentralorganen der Sowjetpropaganda etwa 150 Artikel gegen die Partei der Arbeit Albanien veröffentlicht). Die Presse der Volksrepublik Albanien jedoch bringt dauernd Artikel über die Erfolge des sowjetischen Brudervolkes beim Aufbau des Kommunismus. Der IV. Parteitag der Partei der Arbeit Albanien war ein weiterer deutlicher Beweis dafür, daß die Linie unserer Partei zur albanisch-sowjetischen Freundschaft keine Ände-

rung erfahren hat und prinzipientreu ist. „Die Freundschaft mit der Sowjetunion, heißt es in dem Beschluß des IV. Parteitags, war, ist und wird für immer der Grundstein unserer Außenpolitik sein. Sie wurde von unserer heroischen Partei im Feuer des Kampfes für Freiheit, Sozialismus und Frieden gehärtet und stützt sich auf die Prinzipien des proletarischen Internationalismus des Marxismus-Leninismus. Die Freundschaft mit der Sowjetunion wird dauernd fester werden, und es gibt keine Macht auf der Welt, die sie verletzen kann. Das Sowjetvolk und die KPdSU sind die teuren Freunde unseres Volkes, wie auch unser Volk und die Partei der Arbeit Albanien die treuen Freunde des Sowjetvolkes sind.“ Unsere Partei wird auch in Zukunft die Freundschaft unseres Volkes mit dem sowjetischen Brudervolk wie einen wertvollen Schatz hüten und mit allen Kräften für die Festigung dieser Freundschaft kämpfen. Wir sind fest überzeugt, daß die unverbrüchliche albanisch-sowjetische Freundschaft immer über die antialbanischen Handlungen N. Chruschtschows und seiner Anhänger siegen wird.

**Die antimarxistische Haltung N. Chruschtschows gegenüber der Partei der Arbeit Albanien ist eine direkte Folge seiner Entfernung von der Theorie des Marxismus-Leninismus**

Die Tatsachen zeigen, daß alle „Anstrengungen“ N. Chruschtschows im Hinblick auf die Partei der Arbeit Albanien nicht die Beilegung, sondern die Verschärfung der albanisch-sowjetischen Beziehungen bezweckten und

bezwecken. Insbesondere bemühte sich N. Chruschtschow mit seiner Gruppe seit der Bukarester Beratung in systematischer Weise und mit immer größerem Nachdruck, unsere Partei *zuerst* mit seiner opportunistischen Linie und antimarxistischen und spaltenden Haltung gegenüber dem sozialistischen Lager in Einklang zu bringen, *hierauf* sie mundtot zu machen, damit sie nicht ihre Stimme gegen seine antimarxistischen Auffassungen und Handlungen erhebe, *später* die Partei der Arbeit Albaniens durch allseitigen Druck zur Unterwerfung zu zwingen und *schließlich* unsere Partei zu liquidieren, oder wenn das nicht möglich ist, sie wenigstens zu isolieren. Jede Phase hat ihre besonderen Kampfmittel und -formen, und N. Chruschtschow und seiner Gruppe stehen viele davon zur Verfügung, mit deren Hilfe sie den anderen zu imponieren versuchen. Die Methoden, welche N. Chruschtschow im Kampf gegen die Partei der Arbeit Albaniens anwandte und weiter anwendet, sind eine unvermeidliche Folge seiner Entfernung von der Theorie des Marxismus-Leninismus, sie sind die Kehrseite der Medaille und illustrieren gut sein opportunistisches und antimarxistisches Gesicht.

Die antimarxistische Haltung N. Chruschtschows gegenüber der Partei der Arbeit Albaniens ist nicht etwas Isoliertes und Zufälliges, sondern *eines der Glieder* in der Kette seiner Handlungen gegen das sozialistische Lager und die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung, die er auf seinen zutiefst opportunistischen und revisionistischen Weg, auf den Weg prinzipienloser Konzessionen gegenüber dem Imperialismus, auf den gefährlichen Weg des bürgerlichen Pazifismus zu führen versucht. Mit seinen Auffassungen und Handlungen hat

N. Chruschtschow in den Reihen einiger kommunistischer und Arbeiterparteien große Verwirrung verursacht, was ihre Positionen schwächt, sie diskreditiert und kompromittiert. Um seine antimarxistischen Ziele zu erreichen, nimmt N. Chruschtschow keine Rücksicht auf die Folgen, schreckt vor nichts zurück und begeht bewußt schwere Verbrechen, die der gesamten kommunistischen Weltbewegung und der großen Sache des Sozialismus und Kommunismus einen kolossalen Schaden verursacht haben. Er spaltet tatsächlich das sozialistische Lager und die internationale kommunistische Bewegung. Zeigen das nicht am besten seine beispiellosen Handlungen gegen die Partei der Arbeit Albaniens und die Volksrepublik Albanien? Nur ein Mensch, der völlig seinen Verstand verloren hat, kann behaupten, daß die Handlungen N. Chruschtschows, wie z. B. die Verhängung der wirtschaftlichen und politischen Blockade über ein sozialistisches Land wie Albanien, die bis zum tatsächlichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Volksrepublik Albanien führten, angeblich der Festigung der Einheit des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Bewegung dienen! Aber nimmt denn N. Chruschtschow eine solche antimarxistische Haltung nur gegenüber der Volksrepublik Albanien ein? Nein. Die antimarxistische Chruschtschow-Gruppe hat viele Drohungen gegen die Partei der Arbeit Albaniens ausgestoßen. Doch richtet sie diese etwa nur gegen unsere Partei, stößt sie etwa nur auf die Partei der Arbeit Albaniens Drohungen aus und übt einen Druck in den Wandelgängen und hinter den Kulissen aus?

N. Chruschtschow dringt mit seiner antimarxistischen Gruppe täglich tiefer auf gefährliche Wege vor. Er be-

reitet neue, noch schwerere Verbrechen gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Bewegung vor. Unsere Partei ist sich, wie auch die Marxisten-Leninisten aller Länder, der ernstesten Gefahr, die der Sache des Sozialismus und Kommunismus von den antimarxistischen Auffassungen und Handlungen der revisionistischen Chruschtschow-Gruppe droht, vollkommen bewußt und dadurch beunruhigt. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor dem albanischen Volk und dem internationalen Kommunismus hält es die Partei der Arbeit Albaniens für ihre heilige Pflicht, im Rahmen ihrer Kräfte und Möglichkeiten einen entschlossenen und grundsätzlichen Kampf für die Erhaltung der Reinheit des Marxismus-Leninismus und der Geschlossenheit des sozialistischen Lagers, jedoch auf marxistisch-leninistischem Wege, auf marxistisch-leninistischem Wege allein, zu führen. Nur durch einen entschlossenen und grundsätzlichen Kampf kann man den Marxismus-Leninismus vor den Angriffen des Revisionisten Chruschtschow und seiner Gruppe schützen, nur so kann man die Moskauer Deklaration der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien schützen, welche die Anhänger N. Chruschtschows heute voll Verachtung als ein Dokument mit „einschränkenden Klauseln, das nicht den gewünschten universalen Wert haben kann“, bezeichnen (mit anderen Worten, ein „wertloses Kompromiß-Dokument“, wie N. Chruschtschow es in seinem Deklarationsentwurf vom Oktober 1960 nannte), nur so kann man die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung, welche die antimarxistische Chruschtschow-Gruppe schwer schädigt, erhalten.

Umsonst machen N. Chruschtschow und seine Propagandisten Anstrengungen und werden sie weiter machen, unsere Partei in verleumderischer Weise des Antisowjetismus zu bezichtigen. Aber unsere Partei verwechselt nicht die antimarxistische Chruschtschow-Gruppe mit der ruhmreichen Sowjetunion und mit dem sowjetischen Brudervolk. Ein Freund der Sowjetunion sein und ihr treu bleiben bedeutet nicht, daß man die Augen schließen und dem antimarxistischen Weg N. Chruschtschows blindlings folgen soll, noch dazu, wenn man sieht, daß dieser Weg zum Abgrund führt und der kommunistischen Bewegung, dem sozialistischen Lager und den Interessen und dem Ansehen der Sowjetunion großen Schaden zufügt. Indem die Partei der Arbeit Albaniens die antimarxistischen Auffassungen und Handlungen N. Chruschtschows bekämpft, kämpft sie für die Erhaltung der albanisch-sowjetischen Freundschaft. Den „wahren Freund“ erkennt man in schwierigen Tagen, sagt ein Sprichwort unseres Volkes. Unsere Partei und unser Volk haben nicht nur in Worten, sondern auch mit Taten, mit ihrem ganzen Kampf gezeigt, daß sie bis zum Tod getreue Freunde der Sowjetunion und des sowjetischen Brudervolkes sind, daß sie in jedem Moment und in jeder Lage, in Tagen der Freude und des Leids fest auf Seiten der Sowjetunion gestanden haben, stehen und weiterhin stehen werden. So war, so ist und wird unsere unerschütterliche Haltung sein.

Die Propagandisten N. Chruschtschows machen jetzt Anstrengungen, den Angriff gegen die Partei der Arbeit Albaniens auf dem XXII. Parteitag und alle späteren Handlungen der jetzigen Sowjetführung gegen sie zu rechtfertigen. Aber sie bemühen sich umsonst, denn hier

geht es nicht darum, sich zu rechtfertigen, sondern Rede und Antwort zu stehen, denn die Völker, die Kommunisten der ganzen Welt wollen Gerechtigkeit, sie wollen wissen: „Warum wird die Partei der Arbeit Albaniens so wütend angegriffen, warum verursacht N. Chruschtschow eine Spaltung des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung und wem dient das?“ Die Chruschtschow-Gruppe soll die leeren Rechtfertigungen beiseite lassen und den männlichen, kommunistischen Mut aufbringen, der nur Marxisten-Leninisten eigen ist, ihre antimarxistischen Handlungen zum Schaden der Partei der Arbeit Albaniens, der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, des sozialistischen Lagers und der großen Sache des Sozialismus und Kommunismus voll zuzugeben und sie öffentlich zu verurteilen.

**Der moderne Revisionismus  
unterstützt die Grundstrategie  
des amerikanischen Imperialismus**

*(Artikel aus der Zeitung „Zëri i Popullit“  
vom 19. u. 20. September 1962)*

**D**ER Führer der jugoslawischen Revisionisten Tito gewährte dem amerikanischen Berichterstatter der „Washington Post“ Drew Pearson am 7. 8. d. J. ein Interview. In diesem Interview, das wir in unserer Zeitung am 18. 9. 62 veröffentlichten, zeigt Tito erneut sein wahres Gesicht, das Gesicht eines Renegaten des Marxismus-Leninismus, eines Handlangers und raffinierten Agenten des amerikanischen Imperialismus im Kampf gegen den Kommunismus, die nationale Befreiungsbewegung und den Weltfrieden, des Mittelsmannes der revisionistischen Chruschtschow-Gruppe.

Tatsachen und tägliche Ereignisse zeigen deutlich, daß der Imperialismus, mit dem amerikanischen Imperialismus an der Spitze, dauernd aggressiver und kriegshetzerischer wird. In der letzten Zeit machte der amerikanische Imperialismus durch den Mund Kennedys, Rusks und anderer Vertreter erneut seine „Grundstrategie“ bekannt: Die Liquidierung der sozialistischen Länder, der revolutionären Bewegung und der nationalen Befreiungsbewegung der Völker, und die Errichtung seiner Welt Herrschaft. Er kämpft fieberhaft mit allen Mitteln und in allen Richtungen — in wirtschaftlicher, politischer, militärischer und ideologischer Richtung — für die Erreichung dieses Hauptzieles.

Die modernen Revisionisten, vor allem aber die revisionistische Verräterclique Titos leisten mit ihren Auffassungen und ihrer Tätigkeit eine große Hilfe zur Verwirklichung dieses strategischen Planes des Imperialis-

mus mit jenem der USA an der Spitze. Beweis dafür ist das jüngste Interview Titos.

Tito verneint die Teilung der Welt in zwei entgegengesetzte Systeme, verwischt jeden Unterschied zwischen ihnen und drückt sein Bedauern aus über die Zerstörung der Einheit der kapitalistischen Welt und die Schaffung des sozialistischen Weltsystems, das er einem militärisch-politischen Block gleichsetzt. Tito verneint offen die Grundwidersprüche unserer Epoche, welche zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus, dem Proletariat und dem Bürgertum, den unterdrückten Völkern und dem Imperialismus, den Kräften des Friedens und des Krieges und zwischen der Demokratie und der Reaktion existieren, und predigt auf diese Weise den Verzicht auf jeden Kampf gegen den Imperialismus und die Reaktion und auf jede revolutionäre Bewegung und nationale Befreiungsbewegung. In seinem Interview deckt Tito das Endziel der Revisionisten, die Integration des Sozialismus mit dem Kapitalismus, die Errichtung der Welt-herrschaft des Imperialismus auf.

Auf der einen Seite predigt Tito, daß sich die aggressive und kriegshetzerische Natur des Imperialismus geändert habe; seine Häupter seien jetzt „weise“ und „friedlich“ geworden und brächten die „Bestrebungen der Menschheit“ zum Ausdruck. Er verteidigt offen die Kriegs- und Aggressionspolitik der imperialistischen Mächte, besonders des amerikanischen Imperialismus, ist um das Ansehen der USA sehr besorgt und rät ihnen, die Initiative zum Verbote der Atomwaffen zu ergreifen, um ihr Ansehen zu erhöhen, erhebt das Wirtschaftspotential der USA in den Himmel usw. Andererseits verleumdet Tito die friedliche Außenpolitik der Sowjetunion und der

anderen sozialistischen Länder, indem er sie als militaristische Politik, die angeblich von den Militärkreisen bestimmt wird, hinstellt, stellt die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der sozialistischen Länder auf die gleiche Linie mit jenen des Imperialismus und verdunkelt die großartigen Erfolge der Sowjetunion.

Die Rolle des „trojanischen Pferdes“ spielend, bemüht er sich in seinem Interview, die Einheit des sozialistischen Lagers, besonders die Freundschaft der Sowjetvölker mit dem chinesischen Volke zu zerstören.

Als der vorgeschobenste Sprecher der Auffassungen und Ziele der modernen Revisionisten zeigt Tito auch in seinem jüngsten Interview offen das Ziel, welches heute die Revisionisten verfolgen müssen. Man hat die Rede Titos in Pola vom November 1956 noch in frischer Erinnerung. Damals richtete er als erster einen Aufruf an die modernen, offenen oder maskierten Revisionisten, „aus ihrem Gehäuse“ hervorzutreten und den Kampf gegen den „Stalinismus“ und „Dogmatismus“ bis zum Ende durchzuführen und die Folgen des „Personenkultes“ entschlossen zu beseitigen. Das war der Weg, den Tito allen modernen Revisionisten empfahl. Chruschtschows Gruppe und ihre Anhänger gingen entschlossen diesen Weg und scheuten dabei keinerlei Mittel und Methoden, von der Demagogie bis zu Intrigen, Komplotten, Einmischungen, Betrügereien, offenen Drohungen und Druck.

Das war der erste Schritt. In seinem jüngsten Interview stachelt Tito die Revisionisten auf, entschlossen den zweiten Schritt zu tun: mutig den Weg zur Annäherung und offenen Aussöhnung mit den Imperialisten, zur „wirtschaftlichen und politischen Integration“ mit der



kapitalistischen Welt, oder mit anderen Worten, den Weg zur Unterwerfung unter den Imperialismus zu beschreiben. Er sagt den Revisionisten offen: „Die wirtschaftliche Integration ist unsere Perspektive und nach ihr folgt dann die politische Integration.“ Tito bemüht sich auch, die „theoretische“ Basis für diesen revisionistischen Weg zu errichten.

Interessant ist, daß Tito in seinem Interview den Imperialisten die Auffassungen und Gedanken N. Chruschtschows erklärt. Er stellt N. Chruschtschow als einen Pazifisten hin, der entschlossen ist, sich den amerikanischen Imperialisten um jeden Preis zu nähern und mit ihnen Freundschaft zu schließen. Er erklärte dem amerikanischen Berichterstatter, daß er Chruschtschow und seine Gedanken gut kennt, daß sie beinahe die gleichen Auffassungen, das gleiche Ziel und die gleiche Taktik haben, daß einer auf den anderen hört und er überzeugt ist, daß eine Annäherung mit ihm möglich ist. Deshalb empfahl Tito den amerikanischen Imperialisten Geduld, riet ihnen, die Dinge nicht „tragisch“ zu nehmen, weil der Teufel nicht so häßlich sei, wie man ihn beschreibt.

Ferner ist es interessant, daß die Chruschtschow-Gruppe keine Antwort auf das Interview Titos gab und die Auslegung der Gedanken, Taktiken und Ziele N. Chruschtschows durch Tito nicht widerlegte. Das ist sehr bezeichnend. Das will besagen, daß N. Chruschtschow und seine Gruppe das, was Tito in seinem Interview sagte, billigen, und damit zeigen sie erneut, daß sie mit den Auffassungen und den Handlungen dieses raffinierten Agenten des Imperialismus vollständig übereinstimmen.

Deshalb ist es notwendig, die revisionistischen Auffassungen, die in dem Interview Titos zutage treten, eingehender und in engem Zusammenhang mit allen Auffassungen und konkreten Handlungen der modernen Revisionisten zu analysieren.

### **I. Unterstützer der imperialistischen Kriegspolitik, der Aggression und der Unterdrückung**

Die Hauptsorge der Revisionisten war und ist, die Kommunisten und Völker zu überzeugen, daß sich die aggressive Natur des Imperialismus angeblich geändert habe und der Imperialismus kein Ausbeuter und Unterdrücker mehr sei, weshalb die Kommunisten und Völker auf die Revolutionen und nationalen Befreiungskämpfe verzichten sollen. Auf diese Weise suchen die Revisionisten, ihre opportunistische und pazifistische Politik, die keineswegs den Interessen der Völker dient, sondern nur Wasser auf die Mühle des imperialistischen Bürgertums ist, zu rechtfertigen. Diese Linie der Revisionisten tritt auch in dem jüngsten Interview Titos klar zutage. Tito sagt u.a.: „Ist es notwendig, daß die Menschen heute Krieg führen? Für welche Probleme? Hitler war seinerzeit von der unsinnigen Weltherrschaftsidee erfüllt. Aber unter vernünftigen Menschen, unter Menschen, welche den Bestrebungen der Menschheit Verständnis entgegenbringen, hat eine solche Idee, die Idee des Krieges, keine Daseinsberechtigung. Die Welt hat jene Periode, in der wegen wirtschaftlicher Fragen Krieg geführt wurde, überwunden. Die Geschichte kennt eine Reihe solcher Kriege, von den Straßenüberfällen

der Raubritter bis zur Eroberung der Kolonien. Aber heute sind die afro-asiatischen Länder keine Kolonien, keine Territorien mehr, um die die Großmächte stritten, denn sie sind heute selbständig. Die Entfaltung der Produktivkräfte hat in den entwickelten Staaten ein hohes Niveau erreicht, deshalb sieht niemand die Notwendigkeit mehr, irgend ein Land zu erobern, um Produktionsmittel zu sichern, weil sie diese in genügender Menge selbst erzeugen können. . . Außerdem hindern uns Kriege am Zusammenschluß der Welt. . . Deshalb sind Kriege eine Absurdität und gar nicht notwendig. Aber Kriege tauchen am Horizonte auf, weil die Menschen bis an die Zähne bewaffnet sind und nicht wissen, was sie mit diesen Rüstungen anfangen sollen. . . Ferner ist es absurd, den Militärkreisen zu gestatten, daß sie den Regierungen und Völkern vorschreiben und suggerieren, was sie tun sollen.“

Diese Thesen Titos bilden den Kern der Beweisgründe der jugoslawischen Revisionisten im Hinblick auf die Hauptfragen der Gegenwart, die Frage des Krieges zwischen den beiden entgegengesetzten Gesellschaftssystemen, des Kampfes für den Frieden, des Kampfes der Völker gegen die Unterdrückung und koloniale Ausbeutung, des Kampfes der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen die kapitalistische Herrschaft, usw. Diese Thesen sind eine Anpassung an die „Grundstrategie“ des amerikanischen Imperialismus in verhüllter Form. Sie sind ferner eine offenere und avanciertere Darstellung des Wesens der Auffassungen sämtlicher modernen Revisionisten über die Hauptfragen der heutigen Weltentwicklung.

#### Hat sich die aggressive und kriegshetzerische Natur des Imperialismus geändert?

Eine der wichtigsten Fragen, mit der sich Tito in seinem Interview beschäftigt, ist die Frage von Krieg und Frieden. Tito wiederholt bei dieser Gelegenheit die bekannte These, daß der Imperialismus heute keine Gefahr mehr darstellt und nicht mehr Träger und Anstifter der aggressiven Kriege ist. Nach dem Revisionisten Tito gibt es heute keinerlei Ursache zu einem Krieg, weil „die Welt die Periode, in der wegen wirtschaftlicher Fragen gekämpft wurde, hinter sich hat“, weil „von jedem Standpunkt aus ein Krieg zwischen Staaten etwas Absurdes ist“, weil sich die Natur des Imperialismus gründlich geändert hat und er nicht mehr Imperialismus, nicht mehr eine Quelle von aggressiven Kriegen ist, denn die imperialistischen Staaten haben ein hohes Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte erreicht, erzeugen alles in genügender Menge selbst und brauchen deshalb keine Eroberungen mehr(!). Nach Tito existiert heute keine Gefahr, daß die Imperialisten Kriege vom Zaun brechen, „weil an der Spitze“ der imperialistischen Mächte „vernünftige“ und „friedliebende“ Menschen, wie Kennedy und Komplizen(!), welche die „Bestrebungen der Menschheit ausdrücken“, stehen.

Abgesehen von einigen Abtönungen fährt auch die revisionistische Chruschtschow-Gruppe in diesem Fahrwasser. Jetzt kennt man die gefährlichen opportunistischen Illusionen, welche die Chruschtschow-Gruppe verbreitet, daß es schon heute angeblich möglich ist, eine „Welt ohne Kriege, Waffen und Armeen“ zu verwirklichen, daß Eisenhower, Kennedy, de Gaulle und die

anderen Häupter des Imperialismus angeblich für den Frieden sind und die Imperialisten mit den durch die Abrüstung frei gewordenen Mitteln die rückständigen Länder wirtschaftlich und kulturell heben können; usw. In dem Artikel „Die dringenden Fragen der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems“, veröffentlicht in der Zeitschrift „Kommunist“ Nr. 12 im August 1962, erklärt N. Chruschtschow beinahe ganz offen, daß heute keine Gefahr besteht, daß der Imperialismus einen aggressiven Krieg gegen die sozialistischen Länder führt, weil er auf den Krieg als Mittel zur Lösung der Gegensätze zwischen den beiden Systemen verzichtet hat, weil die „vernünftigen Persönlichkeiten des Westens (d.h. die Häupter des Imperialismus) immer mehr zu einem realistischen Ausweg neigen“.

„Die Imperialisten“, fährt N. Chruschtschow fort, „haben unseren Aufruf zum Wettbewerb für die Entwicklung der Wirtschaft ernst genommen... Wir ziehen die kapitalistischen Länder allmählich zum friedlichen Wettbewerb zwischen den beiden Systemen heran.“

Nach Chruschtschow haben die Imperialisten heute auf die militärischen Vorbereitungen für einen aggressiven Krieg gegen die sozialistischen Länder beinahe ganz verzichtet und „sind bestrebt, alle ihre Möglichkeiten für den wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Kampf gegen das sozialistische Weltsystem zu mobilisieren“. N. Chruschtschow kommt zu dem Schluß, daß es jetzt darum geht, welches System die größere Lebenskraft zeigen wird, d.h. welches System den Völkern in der kürzesten Zeit die meisten materiellen und geistigen Güter geben wird. „Offensichtlich werden gerade auf

diesem Gebiet die heißesten Kämpfe zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus stattfinden.“

Von welchen Voraussetzungen geht denn N. Chruschtschow aus, um den Schluß zu ziehen, daß heute die Gefahr einer imperialistischen Aggression gegen die sozialistischen Länder nicht mehr besteht? Er geht, wie er in seinem Artikel selbst sagt, von der Änderung des Kräfteverhältnisses auf der Bühne des internationalen Geschehens zugunsten des Sozialismus, von der Tatsache aus, daß die Imperialisten sehen, daß die Entwicklung der modernen Waffen im sozialistischen Lager den neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik entspricht, ihrer Entwicklung nicht nachsteht, sie sogar in vieler Hinsicht übertrifft. Zwar verzichten die Imperialisten nicht auf den Krieg gegen die sozialistischen Länder, aber ein Krieg gegen letztere führt sie in eine Sackgasse, solange beide Teile mit mächtigen Kernwaffen ausgerüstete Streitkräfte haben. Unter diesen Umständen können heute die Imperialisten nicht hoffen, „die historische Rivalität zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus durch einen Krieg zu beenden, nicht weil sie ihn nicht wünschen, sondern weil sie das neue Kräfteverhältnis auf der Bühne des internationalen Geschehens, welches das Ergebnis des Anwachsens der Macht des sozialistischen Systems ist, davon Abstand zu nehmen zwingt“.

Es ist mehr als wahr, daß sich das Kräfteverhältnis auf der Bühne des internationalen Geschehens zugunsten des Sozialismus verändert hat, daß das sozialistische Weltsystem eine kolossale internationale Macht ist, die Sowjetunion moderne Waffen besitzt und den imperialistischen Mächten auf vielen Gebieten überlegen ist. Das

ist eine reale Tatsache, welche die Imperialisten berücksichtigen müssen, dieser Faktor zügelt sie, zwingt sie, gut zu überlegen, bevor sie aggressive Handlungen gegen das sozialistische Lager unternehmen. Kann man aber daraus so leicht den Schluß ziehen, wie Chruschtschow es tut, daß heute der Imperialismus angeblich auf seine aggressiven Absichten gegen die sozialistischen Länder verzichtet hat und ernstlich mit dem Sozialismus in einen friedlichen Wettbewerb getreten ist? Keineswegs.

Während N. Chruschtschow und seine Anhänger die Leute zu überreden suchen, daß die Imperialisten angeblich auf die Vorbereitungen für einen aggressiven Krieg gegen die sozialistischen Länder verzichtet und den Wirtschaftswettbewerb mit dem Sozialismus ernstlich aufgenommen haben, erklären die Vertreter des Imperialismus offen, daß die gesamte Strategie des Imperialismus, besonders des amerikanischen, von der Idee der Vorbereitung eines aggressiven Krieges gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder durchdrungen ist, daß sie den Krieg im allgemeinen und den Atomkrieg im besonderen als das einzige Mittel für die Lösung der internationalen Fragen betrachten. Sie verheimlichen keineswegs das Hauptziel ihrer Politik, die Liquidierung des sozialistischen Systems und die Errichtung der Weltherrschaft des Imperialismus, mit jenem der USA an der Spitze.

Die täglichen Tatsachen zeigen, daß die Imperialisten nicht nur von einem Krieg gegen die sozialistischen Länder sprechen, sondern diesen auch vorbereiten. Ein klarer Beweis dafür sind das zügellose Wettrüsten der imperialistischen Länder, welches kolossale Ausmaße angenommen hat, die Einkreisung der sozialistischen Länder

durch ein dichtes Netz von amerikanischen Militärstützpunkten, die Festigung der aggressiven Militärblocks des Imperialismus und die fieberhafte Erhöhung ihrer Tätigkeit, die Wiedererstehung und die Aufrüstung des revanchistischen deutschen Militarismus in Westdeutschland, die Anstrengungen zur Wiederaufrichtung des japanischen Militarismus im Fernen Osten und die Schaffung von Kriegsbrandherden in verschiedenen Weltteilen, um auf diese Weise von lokalen Kriegen zu einem Weltkrieg, vor allem gegen die sozialistischen Länder, überzugehen.

Aus dieser Strategie des Imperialismus und seinen Kriegsvorbereitungen heraus sind auch die vielen gefährlichen Handlungen zu erklären, die der amerikanische Imperialismus in der letzten Zeit unternommen hat, wie z. B. die jüngsten Kernwaffenexplosionen im kosmischen Raum, der Krieg in Südvietnam, die Ermutigung Tschiang Kai-tscheks zu einem Angriff auf die VR China, die Entsendung amerikanischer Truppen nach Südostasien, die dauernden Provokationen in Berlin, die barbarische Beschießung Havannas, die Vorbereitung einer neuen Aggression gegen Kuba, die Sabotage der Genfer Abrüstungsverhandlungen, das dauernde Überfliegen des sowjetischen und chinesischen Territoriums durch die amerikanischen Spionageflugzeuge „U-2“, die Anordnung der Mobilisierung von weiteren 150 000 Reservisten durch den amerikanischen Präsidenten Kennedy usw.

Wer kann uns nach allen diesen Tatsachen, welche die aggressive Tätigkeit und die Kriegsvorbereitungen des Imperialismus zeigen, garantieren, daß die Gefahr einer imperialistischen Aggression gegen unsere Länder nicht

existiert? Wer garantiert uns, daß die Imperialisten nicht etwas anderes im Sinne haben und eines schönen Tages ein wahnsinniges militärisches Abenteuer gegen die sozialistischen Länder unternehmen, wie Hitler im 2. Weltkrieg? Es gibt dafür keine absolute Garantie.

Die Kriegsgefahr existiert heute wirklich auch aus dem Grund, weil das Wettrüsten fieberhaft fortgesetzt wird und die Waffen dauernd verbessert werden. Unter diesen Umständen kann ein Krieg, wie die Spezialisten und das Leben selbst gezeigt haben, auch aus zufälligen Ursachen, wie z. B. infolge von Fehlern der Personen, welche die Kriegsmittel dirigieren, von Defekten der Signalapparate usw. entstehen.

Ferner ist es bekannt, daß die Militärkreise in den imperialistischen Staaten einen immer größeren Einfluß auf die Politik ausüben. Sogar N. Chruschtschow selbst muß in seinem Artikel zugeben, daß es in den imperialistischen Ländern „geschworene Gegner des Sozialismus“, „Wahnsinnige“, „Menschen, die den Verstand verloren haben“, gibt, die offen erklären, daß sie den Tod unter der Herrschaft des Kapitalismus dem Leben unter dem Kommunismus vorziehen. Und dies sind nicht gewöhnliche Menschen, sondern hohe militärische und politische Persönlichkeiten, die an der Spitze der Regierungen und Militärstäbe des Imperialismus stehen.

Wir können nicht umhin, zu erwähnen, daß vor drei Monaten die Chruschtschow-Gruppe selbst auf die Gefahr eines aggressiven Krieges des Imperialismus gegen die sozialistischen Länder „aufmerksam machte“. In dem Aufruf, gerichtet an das sowjetische Volk anlässlich der Erhöhung der Fleisch- und Butterpreise am 1. 6. 1962, heißt es u.a.: „Wir leben nicht im kosmischen Raum,

solange der Imperialismus existiert, existiert auch die Gefahr neuer Kriege. Es ist kein Geheimnis, daß die internationale Reaktion, mit den USA an der Spitze, sehr stark mit den Waffen rasselt, das Wettrüsten fieberhaft fortsetzt und einen unerwarteten Raketen- und Kernwaffenangriff auf die Sowjetunion und andere sozialistische Länder plant, worüber ihre Politiker und Generäle offen sprechen. Darüber sprach auch der amerikanische Präsident John Kennedy offen. Er erklärte: „Unter gewissen Umständen können wir in einem Kernwaffenkonflikt mit der Sowjetunion die Initiative ergreifen.“

Hier erhebt sich mit Recht die Frage: Stimmt denn diese Erklärung der Chruschtschow-Gruppe mit dem, was Chruschtschow in der Nummer 12 der Zeitschrift „Kommunist“ schrieb, überein? Hat etwa der Imperialismus in diesen 3—4 Monaten so große Änderungen erfahren, daß er auf seine aggressiven Ziele und Handlungen gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder verzichtet hat? Das ist kaum zu glauben. Offensichtlich brauchte damals die Chruschtschow-Gruppe diese Auslegung, während sie heute eine andere benötigt. Es ist nicht das erste Mal, daß die Chruschtschow-Gruppe mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus spielt, indem sie diese ihren Tageszielen in pragmatischer Weise unterwirft. Die Auffassungen N. Chruschtschows, die er in der letzten Zeit auch in dem Artikel der Zeitschrift „Kommunist“ zum Ausdruck brachte, befinden sich im offenen Widerspruch zu der Leninschen Lehre über den Imperialismus und zu den programmatischen Dokumenten der internationalen kommunistischen Bewegung, zu den Moskauer Deklarationen vom Jahre 1957 und 1960.

In der Deklaration vom Jahre 1960 wird deutlich unterstrichen, daß „sich die aggressive Natur des Imperialismus nicht geändert hat“, daß „solange der Imperialismus existiert, auch die Basis für aggressive Kriege existiert“, daß „die Völker aller Länder wissen, daß die Gefahr eines neuen Kernwaffenweltkrieges noch nicht gebannt ist“, daß nur „der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt die sozialen und nationalen Ursachen jeder Art von Kriegen endgültig beseitigen wird“. Ausgehend von diesen grundsätzlichen Thesen und von der Politik und praktischen Tätigkeit der Imperialisten, stellt die Deklaration die Aufgabe, „die Unterschätzung der Kriegsgefahr nicht zu gestatten“, und unterstreicht mit Nachdruck, daß „heute von den Völkern so große Wachsamkeit wie nie zuvor verlangt wird“.

Wozu brauchte N. Chruschtschow die Erklärungen, daß die Imperialisten angeblich auf die Vorbereitung der Aggression gegen die sozialistischen Länder verzichtet und den Aufruf zum friedlichen Wirtschaftswettbewerb mit dem sozialistischen Lager ernst genommen haben? Offensichtlich braucht er sie, um seine opportunistische Politik der Annäherung und offenen Aussöhnung mit dem Imperialismus sowie der Aufnahme einer breiten wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit den imperialistischen Ländern, worüber wir später eingehend sprechen werden, zu rechtfertigen. Hier unterstreichen wir nur, daß diese Auffassungen Chruschtschows sehr gefährlich für die Interessen der Sicherheit der sozialistischen Länder und des Weltfriedens sind.

Bekanntlich besteht heute infolge des Anwachsens der Friedenskräfte in der ganzen Welt, vor allem aber

infolge der Festigung des sozialistischen Weltsystems, mit der Sowjetunion an der Spitze, die reale Möglichkeit, einen neuen Weltkrieg und die lokalen Kriege, welche der Imperialismus führt, zu verhindern. Das wird auch in den beiden Moskauer Deklarationen hervorgehoben. Die Überzeugung, daß man die imperialistischen Kriege verhindern kann, erhöht das Vertrauen der friedliebenden Völker zu ihren Kräften, erfüllt sie in ihrem Kampf für die Erhaltung des Friedens mit großer Hoffnung und steigert ihre Teilnahme an diesem Kampf. Aber trotz der großen Veränderungen, die im Kräfteverhältnis stattfanden, und der zur Verhinderung des Krieges geschaffenen neuen Möglichkeiten ist die Kriegsgefahr, die Möglichkeit der Entfesselung des Krieges seitens der Imperialisten nicht beseitigt, denn, solange der Imperialismus existiert, gibt es keine absolute Garantie, daß es keinen Krieg geben wird. Wenn man neben der Möglichkeit der Verhinderung des Krieges auch die Möglichkeit des Kriegsausbruchs unterstreicht, dann will das keineswegs besagen, daß man damit die Völker erschrecken und bei ihnen Panik und Unsicherheit hervorrufen will, sondern, daß man sie mit der jetzigen realen Weltlage vertraut machen und ihre Wachsamkeit und Bereitschaft auf der Höhe erhalten will, um den imperialistischen Aggressoren rechtzeitig in den Arm zu fallen.

Den Kampf für die Erhaltung und Festigung des Friedens kann man von dem Kampf zur Entlarvung des Imperialismus, besonders des amerikanischen Imperialismus, der das Hauptbollwerk der Aggression und des Krieges in der Welt ist, nicht trennen. Den Völkern muß man sagen, von welcher Seite die Kriegsgefahr droht und wer den Frieden gefährdet, sonst würde ihr

Kampf für die Erhaltung des Friedens ein fiktiver Kampf ohne Ziel sein. Es ist sehr gefährlich, in abstrakter Weise von Frieden zu reden, ohne die imperialistischen Kriegshetzer zu enthüllen, aber noch gefährlicher ist es, Illusionen über „die guten und friedlichen Ziele“ des Imperialismus und seiner Häupter zu erwecken, wie die Chruschtschow-Gruppe es tut, und zu behaupten, daß heute der Imperialismus auf die Aggression gegen die sozialistischen Länder verzichtet hat oder im Begriffe ist, darauf zu verzichten, denn das verringert die Wachsamkeit der friedliebenden Völker, schwächt die Verteidigungskraft der sozialistischen Länder, die der entscheidende Faktor für die Erhaltung des Weltfriedens ist, und den Kampf der Völker gegen die imperialistischen Kriegstreiber und macht diesen die Hände frei, so daß sie ihre aggressiven Pläne leichter realisieren können.

#### **Gegner des antiimperialistischen nationalen Befreiungskampfes der Völker**

Die aggressive und kriegshetzerische Natur des Imperialismus, mit jenem der USA an der Spitze, tritt nicht nur in seiner feindlichen Tätigkeit gegen die sozialistischen Länder, sondern auch in seinen aggressiven Handlungen gegen andere Länder und Völker und gegen den Weltfrieden zutage. Der Imperialismus begeht jeden Tag aggressive Handlungen in verschiedenen Weltteilen und gefährdet täglich ernstlich den Frieden und die Völkerfreiheit. Überall, sei es in Asien, Afrika und Lateinamerika oder im Kampf gegen die revolutionäre und fortschrittliche Bewegung in Europa, hat der amerikani-

sche Imperialismus seine blutbefleckte Hand im Spiel. Das tägliche Leben selbst verwirft die absurden Behauptungen der Revisionisten, daß sich die aggressive und kriegshetzerische Natur des Imperialismus geändert habe, daß heute auch die Wirtschaftsbasis der imperialistischen Kriege nicht mehr existiere und der Imperialismus auf die „wirtschaftliche Expansion“ verzichtet habe, wie uns der Renegat Tito zu überreden versucht.

Die Truppen der USA kämpften gegen das kleine Guatemala, um die Interessen der United Fruits Company zu schützen; sie unternahmen die Aggression gegen Kuba, um die Interessen der Zuckertrusts zu schützen. In Kongo wird um Uranium und andere Bodenschätze gekämpft. Der französisch-englischen Aggression gegen Ägypten lagen neben politischen und strategischen Interessen auch jene der Aktionäre der ehemaligen Suezkanalgesellschaft zugrunde. Die Landung der amerikanischen Truppen in Libanon und der englischen in Jordanien erfolgte, um die Interessen der Erdölmonopole im Mittleren Osten zu schützen. Der lange, über 7 Jahre währende Krieg in Algerien wurde u. a. auch zum Schutz der Interessen der Rothschilds in der Sahara, der Aktiengesellschaften und französischen Kolonisten geführt.

Natürlich ist unsere Zeit nicht mehr jene, wo die „Raubritter die Leute auf der Straße ausplünderten“, sondern ist die Zeit der zivilisierten Räuber, die nicht nur Kriegsbeute machen, sondern auch die Reichtümer ganzer Staaten und Kontinente rauben. Die lateinamerikanischen Länder sind beispielsweise sehr reich an Eisen, Kupfer, Kohle, Zink, Erdöl, Zinn, Blei usw. Aber alle diese Reichtümer befinden sich in den Händen der amerikanischen Monopole. Die USA beherrschen 60%

des Außenhandels der lateinamerikanischen Länder und setzen selbst die Preise fest. So erhielt beispielsweise Kolumbien im Vorjahr aus dem Fonds der „Allianz für den Fortschritt“ 150 Millionen Dollar, aber es verlor 450 Millionen Dollar infolge des Preises, den die USA für den Kaffee festsetzten. Die amerikanischen Monopole haben 10 Milliarden Dollar in Lateinamerika investiert; während sie immer größere Profite daraus ziehen, ist Lateinamerika so arm geblieben, wie es war. Von 1950 bis 1955 investierten dort die USA 2 Milliarden Dollar und erzielten 3,5 Milliarden Dollar Gewinne; von diesen flossen 1,5 Milliarden nach den USA. Man hat ausgerechnet, daß Lateinamerika in den letzten sieben Jahren durch solche Operationen 2 Milliarden und 679 Millionen Dollar verloren hat. Lateinamerika hat etwa 200 Millionen Einwohner; von diesen arbeiten, nach der mexikanischen Zeitung „Siempre“, 140 Millionen unter Bedingungen wie Sklaven, 70 Millionen haben keine Mittel zum Leben, 100 Millionen sind Analphabeten und 140 Millionen mangelt es an Lebensmitteln. Die Ursache dieses Elends ist die Ausplünderung des ganzen Kontinents durch die amerikanischen Trusts, welche die Erdölquellen und die Eisenbergwerke, die großen Zucker- und Kaffeeplantagen, die Häfen und die Telephon- und Elektrizitäts-Gesellschaften beherrschen.

Trotz der Faustschläge, die das Kolonialsystem erhielt, machen die Imperialisten alle Anstrengungen und wenden alle Mittel an, um die koloniale Ausbeutung in den vor kurzem befreiten Ländern aufrechtzuerhalten. Sie machen Anstrengungen, ihre alten Stellungen, vor allem die wirtschaftlichen und politischen Stellungen zu behalten und die jungen Staaten Asiens und Afrikas an

ihre aggressive Politik zu binden. Zu diesem Zweck wenden sie alle Mittel und Methoden an, von den Kolonialkriegen, wie beispielsweise in Laos und Kongo, bis zur Bestechung der Führer der nationalen Bourgeoisie. Unter der Maske der Hilfe für die Entwicklungsländer bemühen sich die Imperialisten, ihre Machtpositionen in diesen Ländern zu erhalten und deren Unabhängigkeit in eine formale zu verwandeln. Die Kolonialmächte sind auch in jenen Ländern, wo sie genötigt wurden, den Rückzug anzutreten, in neuen Formen, wie in der Form des Neokolonialismus, der militärischen Durchdringung usw. weiter an der Herrschaft geblieben. Die Imperialisten führen dauernd Kolonialkriege gegen die afro-asiatischen und lateinamerikanischen Völker. Es vergeht kein Jahr, wo die Kolonialisten keinen Krieg in dieser oder jener Ecke der Welt entfesseln. Die Kolonialkriege in Angola und Oman, die Vorbereitungen für eine Invasion Kubas, die amerikanische Aggression gegen die patriotischen Kräfte in Vietnam und Laos, die Verfolgung der Patrioten in Kongo, Kenia, Rhodesien usw. zeigen, daß die Imperialisten vor keinem Mittel zurückschrecken, wenn es sich um die Erhaltung und die Wiederherstellung ihrer Positionen handelt. Weshalb haben die USA beinahe die Hälfte ihrer schlagkräftigen Streitkräfte in den afro-asiatischen und lateinamerikanischen Ländern stationiert? Natürlich, um die Völker dieser Länder unter Druck zu halten, ihre kolonialen Stellungen zu konsolidieren und mit bewaffneter Hand dort, wo die nationale Befreiungsbewegung ihre Stellungen bedroht, einzugreifen. Haben sie etwa die 6. und die 7. amerikanische Flotte auf eine Touristenfahrt nach dem Mittelmeer und nach dem Stillen Ozean geschickt? Und jetzt wollen sie



auch im Indischen Ozean eine 5. Flotte aufstellen. Die amerikanischen Imperialisten haben Frankreich im Rahmen der militärischen Hilfe 4,5 Milliarden, England über 1 Milliarde und Belgien 1,2 Milliarden Dollar gegeben. Ein großer Teil dieser Hilfe wurde für die Kolonialkriege verwendet.

Die USA haben unter der Maske der Hilfe und durch wirtschaftlichen Druck und Bestechungen viele Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas an ihre Militärblocks oder durch zweiseitige Verträge an sich gebunden. Pakistan, Thailand und die Philippinen sind Mitglieder der SENTO und SEATO, welche die USA geschaffen haben, um die nationale Befreiungsbewegung auf dem asiatischen Kontinent zu unterdrücken. Im Fernen Osten wollen die USA jetzt mit Japan, Südkorea und Taiwan einen neuen Block, die NEATO, bilden. Auf dem amerikanischen Kontinent bemühen sich die USA, die Organisation der amerikanischen Staaten in einen Militärblock, der gegen Kuba und die nationale Befreiungsbewegung in Lateinamerika gerichtet ist, umzuwandeln. Ein Werkzeug der Kolonialmächte ist auch der sogenannte „Verteidigungspakt“, im Vorjahr zwischen den Mitgliedern der Afrikanischen Union und Malgasch geschlossen; diese sind durch Militärpakte mit Frankreich, das eines der Hauptmächte der NATO ist, verbunden. Die NATO-Mächte haben in Afrika 17 Militärstützpunkte und 7 Marinestützpunkte, die sich in Wirklichkeit gegen die nationale Befreiungsbewegung der afrikanischen Völker und die Unabhängigkeit der Länder dieses Kontinents richten.

Diese Tatsachen zeigen, daß der Imperialismus den aggressiven Krieg in großem Maßstabe anwendet, daß der Kolonialismus noch nicht tot ist und alle Mittel gebraucht,

um seine Stellungen zu erhalten. Aber schon die Existenz dieser Pakte und die Entfesselung der aggressiven Kriege durch den Imperialismus zeigen, daß er sich vor der nationalen Befreiungsbewegung fürchtet, daß letztere große Ausmaße angenommen hat, unaufhaltsam fortschreitet und ein großer Faktor unserer Zeit für die Liquidierung des Imperialismus, für den menschlichen Fortschritt und für die Festigung des Friedens ist. Natürlich sind die Revisionisten nicht so blind, um diese Realität nicht zu sehen, aber sie wollen dem Imperialismus zu Hilfe kommen, indem sie die Wachsamkeit der Völker einschläfern und den antiimperialistischen nationalen Befreiungskampf spalten. Wenn es heute, wie Tito behauptet, keine Kolonien und keinen Kolonialismus gibt, weil die entwickelten imperialistischen Länder keine Eroberungen und keine Expansion brauchen, da sie alles selbst erzeugen, dann ist es nach dieser Logik nicht mehr notwendig, daß die unterdrückten Völker für ihre nationale Befreiung kämpfen, ihre Unabhängigkeit festigen und ihre Wirtschaft unabhängig vom Imperialismus entwickeln. Mit Hilfe dieser Thesen sucht der Revisionist Tito als treuer Handlanger des Imperialismus die Völker zu überreden, auf den nationalen Befreiungskampf und auf den Widerstand gegen die Politik des Neokolonialismus der USA und anderer imperialistischer Mächte zu verzichten und empfiehlt ihnen, mit dem Imperialismus „zusammenzuarbeiten“, seine „Hilfe“ und seine „Kredite“ anzunehmen, weil er ihnen gegenüber keine bösen Absichten mehr hege. Mit anderen Worten, Tito empfiehlt diesen Völkern, sich dem Imperialismus gänzlich zu unterwerfen. Das glänzendste Beispiel in dieser Richtung gibt ihnen die Tito-Gruppe selbst, die bisher

von den USA und von anderen imperialistischen Mächten über 5 Milliarden Dollar erhalten hat.

Aber die jugoslawischen Revisionisten beschränken sich nicht nur auf das ideologische und theoretische Gebiet, sie arbeiten auch intensiv auf praktischem Gebiet. Unter der Maske der „positiven Neutralität“ hat die Tito-Clique Anstrengungen gemacht, die neutralen Länder vor den Wagen des amerikanischen Imperialismus zu spannen und den antikolonialen und antiimperialistischen Geist dieser Länder, die vor kurzem ihre Freiheit und Unabhängigkeit erlangt haben, zum Erlöschen zu bringen und sie von der Annäherung an die Länder des sozialistischen Lagers abzuhalten. Wiederholt hat der „Galeb“ des Führers der jugoslawischen Revisionisten Meere und Ozeane überquert, um diesen „neutralen“ Missionar des amerikanischen Imperialismus nach verschiedenen Ländern Asiens und Afrikas zu bringen, so oft es die Interessen des Imperialismus erheischen. Auch jetzt, wo der nationale Befreiungskampf der lateinamerikanischen Völker den amerikanischen Kontinent erschüttert, macht sich der „Galeb“ wieder reisefertig.

Einen großen Schaden fügen der Sache der Völkerbefreiung, der antiimperialistischen nationalen Befreiungsbewegung auch die Auffassungen und Handlungen der revisionistischen Gruppe Chruschtschows und seiner Anhänger zu. Sie machen den Befreiungskampf der unterdrückten Völker von der allgemeinen und vollständigen Abrüstung abhängig, predigen, daß die „Abrüstung die erste Vorbedingung für den Erfolg des Kampfes für die Unabhängigkeit“, der „bedeutendste Faktor für die Befreiung der Kolonialvölker“, sogar das „Hauptziel der Völker, die für ihre nationale Befreiung kämpfen“, sei.

Das bedeutet in *Wahrheit*, daß die versklavten Völker auf den nationalen Befreiungskampf verzichten und nur für die allgemeine und vollständige Abrüstung, die nach der Meinung der Chruschtschow-Gruppe den Völkern die Freiheit und Unabhängigkeit „durch Besprechungen“(!) sichern wird, kämpfen sollen. Das sind nur schöne Träume und gefährliche Illusionen.

Ohne Zweifel liegt die allgemeine und vollständige Abrüstung im Interesse aller Völker der Welt, einschließlich jener Völker, die für ihre Freiheit und nationale Unabhängigkeit kämpfen. Gerade aus diesem Grund werden die richtigen Abrüstungsvorschläge der Sowjetregierung von der gesamten fortschrittlichen Menschheit unterstützt. Aber das Leben und die Tatsachen zeigen täglich, daß die Imperialisten der Abrüstung einen wütenden Widerstand entgegensetzen, jeden vernünftigen Vorschlag systematisch ablehnen und alle Abrüstungsbesprechungen sabotieren. Unter diesen Umständen ist es ein Verbrechen, den Kampf, welchen die unterdrückten Völker für ihre nationale Befreiung von dem Kolonialjoch des Imperialismus führen, zu bremsen und sie zu verurteilen, in Not und Elend tatlos zu leben, bis die allgemeine und vollständige Abrüstung zustandekommt. Der entscheidende Faktor für die Befreiung der unterdrückten Völker ist, wie die Moskauer Deklaration vom Jahre 1960 unterstreicht, ihr entschlossener Kampf gegen die imperialistischen Kolonialisten. „Sie können den vollen Sieg nur durch die mächtige nationale Befreiungsbewegung erringen.“ Das ist der gemeinsame Standpunkt der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung zu dieser Frage.

Entgegen den Wünschen und Ratschlägen der Revisionisten können die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die mit den Waffen in der Hand gegen die imperialistischen Okkupanten kämpfen, nicht die Waffen niederlegen und auf die Freiheit warten, bis die Imperialisten die Abrüstung akzeptieren. Sie müssen sich bewaffnen, um die imperialistischen Okkupanten zu entwaffnen. Indem die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker die Positionen des Imperialismus schwächt und seine Herrschaftssphäre einengt, wird sie zu einer Macht im Kampf für den Frieden und zu einem bedeutenden und wirkungsvollen Faktor, um dem Imperialismus die Abrüstung aufzuzwingen. Auf diese Weise leisten diese Völker durch ihren Kampf einen direkten Beitrag zur Erhaltung und Festigung des Friedens. Gleichzeitig unterstützen sie jede Friedensbewegung und jede Aktion, die zugunsten des Friedens ist und sich gegen die aggressiven, kriegshetzerischen Pläne des Imperialismus, die eine ernste Gefahr für alle Völker sind, richtet. Andererseits hat die Friedensbewegung die Aufgabe, die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker vorbehaltlos und mit allen Kräften zu unterstützen. Die nationale Befreiungsbewegung und der Kampf für die Erhaltung des Friedens und für die Abrüstung sind zwei Fronten des Kampfes gegen denselben Gegner, den Imperialismus.

Die Versuche der Chruschtschow-Gruppe, die Friedensbewegung von der Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes abzuhalten und diesen gänzlich der Abrüstungspolitik zu unterwerfen, Versuche, die auch auf dem Moskauer Weltkongreß für Frieden und Abrüstung im Juli d. J. erneut klar zutage traten, schwächen

sowohl die nationale Befreiungsbewegung als auch die Friedensbewegung und schädigen sowohl die Sache der Befreiung der Völker als auch die Sache des Weltfriedens schwer.

Heute machen die imperialistischen Mächte, mit den USA an der Spitze, große Anstrengungen, um mit Hilfe von neuen Methoden und Formen die Ausbeutung der ehemaligen Kolonialvölker aufrechtzuerhalten und ihre wirtschaftlichen, politischen und militärischen Positionen in den vor kurzem befreiten Ländern zu konsolidieren. Ferner machen sie Anstrengungen, diese Länder vor ihren Wagen zu spannen und ihre führenden Kreise mit den sozialistischen Ländern zu verfeinden. Zu diesem Zweck bemühen sich die Imperialisten, in diesen Ländern diktatorische Militärregimes, ihre Marionetten, einzusetzen und Elemente des nationalen Bürgertums zu bestechen, um sie ihren Interessen dienstbar zu machen. Andererseits unterstützen auch die Chruschtschow-Gruppe und ihre Anhänger, den Leninschen Grundsatz der friedlichen Koexistenz verdrehend, einige reaktionäre Elemente und Kreise des Bürgertums der ehemaligen Kolonien, wie beispielsweise die reaktionären Kreise Indiens, die außenpolitisch immer offener zu den Imperialisten hinneigen und eine feindliche Haltung gegenüber den sozialistischen Ländern einnehmen, während sie im Inneren die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte verfolgen und immer mehr auf Seiten der Reaktion stehen. Die Chruschtschow-Gruppe ist sogar soweit gegangen, den reaktionären indischen Kreisen Waffen und Flugzeuge zu verkaufen, die für die Unterdrückung der Kommunisten und fortschrittlichen Menschen und für bewaffnete Provokationen gegen sozialistische Länder

verwendet werden, während sie andererseits Anstrengungen macht, die Verteidigungskraft der sozialistischen Länder, wie beispielsweise der VR Albanien, zu schwächen.

Es ist also klar, daß die Auffassungen und Handlungen sowie die Haltung der Chruschtschow-Gruppe, obwohl sie sich als Unterstützer der nationalen Befreiungsbewegung aufspielt, keineswegs zur Festigung des Kampfes gegen den Imperialismus und für die Freiheit und nationale Unabhängigkeit beitragen, sondern ihn schwächen, den Kampf der fortschrittlichen anti-imperialistischen Kräfte erschweren und die reaktionären, proimperialistischen und antisozialistischen Kräfte in den vor kurzem befreiten Ländern ermutigen.

#### Tito bekennt Farbe

Die jugoslawischen Revisionisten werfen sogar die konkreten aktuellen Fragen des internationalen Lebens, mit denen sich alle Völker der Welt mit Recht ernstlich beschäftigen, absichtlich durcheinander und setzen die Politik der imperialistischen Mächte mit jener der sozialistischen Länder gleich, um die Imperialisten in Schutz zu nehmen und die Verantwortung für Spannung in den internationalen Beziehungen den sozialistischen Ländern in die Schuhe zu schieben. In seinem Interview an den Berichterstatter der „Washington Post“ deckt der Führer der jugoslawischen Revisionisten seine Stellung auf und unterstützt offen die imperialistische Politik in der deutschen Frage sowie in der Westberlin- und Abrüstungsfrage. Um die Annäherung an die Belgrader

Verräterclique zu rechtfertigen, schlug die Chruschtschow-Gruppe einen großen Lärm, und erklärte, daß der jugoslawische Standpunkt in diesen Fragen mit der Außenpolitik der Sowjetunion angeblich vollständig übereinstimmt, daß Jugoslawien die Vorschläge der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Länder zum Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und zur Lösung der Westberlinfrage durch die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte freie Stadt sowie die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion angeblich unterstützt.

In seinem letzten Interview klärt Tito jene auf, die seine Stellung nicht richtig verstanden zu haben scheinen (!?). Er erklärt: „Die Berlinfrage ist ein Problem, welches die Großmächte, die den 2. Weltkrieg gewannen — die Sowjetunion, die USA, England und Frankreich — noch als das ihre ansehen und selbst lösen. Solange diese Frage in ihrem Kompetenzbereich liegt, sehe ich keine besondere Möglichkeit für ihre Lösung. Meiner Meinung nach soll man die Lösung dieser Frage dem deutschen Volke selbst überlassen.“ Diese „sehr grundsätzliche“ Lösung bedeutet soviel wie die Berlinfrage weder heute, noch morgen zu lösen. Die Meinung, daß man die Lösung dieser Frage dem deutschen Volke überlassen soll, hat keinen praktischen Wert, ist demagogisch und Sand in die Augen der Naiven und ein weiteres „Argument“, um andere zu betrügen, ein Argument in den Händen jener, die die Tito-Clique unterstützen. Für die Lösung der Berlinfrage gibt es nur einen Weg: die entschlossene und baldigste Durchführung der sowjetischen Vorschläge zum Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, und wenn das nicht möglich ist, dann mit der

DDR allein, und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Was die Lösung der deutschen Frage anbelangt, so ist sie in der Tat Sache des deutschen Volkes selbst, solange in Deutschland zwei Staaten mit verschiedenen politischen und Gesellschaftssystemen existieren. Diesem Ziele würde der Abschluß des Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, worüber Tito in seinem Interview kein Wort sagt, dienen. Titos unklarer Standpunkt ist nichts anderes als ein verschleierte Rückzug, ein Echo der Auffassungen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Alliierten über die sogenannten „freie“ Wahlen, welche die imperialistische Propaganda im Zusammenhang mit der Lösung der deutschen Frage von Zeit zu Zeit hervorzieht. Tito denkt, daß jetzt die Zeit für eine Wendung gekommen ist, um weder die amerikanischen Imperialisten noch Adenauer zu erzürnen.

In der Berlinfrage geht Tito sogar noch weiter. Er ermutigt die Imperialisten, auf ihrem Standpunkt zu beharren, als er, eine andere Frage Drew Pearsons beantwortend, sagt: „Chruschtschow hat seine frühere Haltung zur Berlinfrage weitgehend interpretiert, und die Spannung hat ziemlich nachgelassen.“ Daraus und aus dem Geist des ganzen Interviews ersieht man deutlich, daß Tito für die Milderung der Spannung in der Berlinfrage, für Konzessionen in dieser Richtung und für die Verschiebung ihrer Lösung ist. Von diesem Standpunkt aus gesehen, stimmt die auswärtige Politik der jugoslawischen Revisionisten wirklich mit der Politik der Chruschtschow-Gruppe überein.

Tito verteidigt auch in der Abrüstungsfrage den Standpunkt des amerikanischen Imperialismus. Er findet

nicht nur kein Wort, um das zügellose Wettrüsten der Imperialisten oder ihre Politik der Abrüstungsabotage zu verurteilen, sondern bemüht sich in teuflischer Weise, die Sowjetunion zu verleumden, indem er sie, wie die USA, des Wettrüstens bezichtigt. Das einzige aber, was Tito Sorge macht, ist die Frage des Ansehens der USA, welches infolge ihrer aggressiven und kriegshetzerischen Handlungen in der Welt stark gesunken ist. Als treuer Diener nimmt sich der Führer der jugoslawischen Revisionisten, als er über das Verbot der Kernwaffen sprach, die Freiheit, seinem Schirmherrn den Rat zu geben: „Wenn die USA in dieser Lage die Initiative hierzu ergreifen, so wäre das für sie von sehr großer politischer Bedeutung... Die USA würden durch ein solches Abkommen politisch mehr gewinnen als durch die Fortsetzung der Kernwaffenversuche.“ Mit anderen Worten, Tito sagt den amerikanischen Imperialisten: Es ist nicht so schlimm, wenn Ihr Kernwaffenversuche anstellt, nur daß Ihr *politisch nicht viel gewinnt!* Außerdem erklärte Tito dem amerikanischen Berichterstatter, daß die „Kernwaffenversuche weder dem einen, noch dem anderen Teil eine militärische Überlegenheit sichern“ und „daß sie heute nur einen politischen Charakter haben“. Diese Erklärung, welche Tito nach dem durch die letzte Serie der Kernwaffenversuche der USA veranlaßten Beschluß der Sowjetregierung über die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche abgab, zeigt, daß er diesen richtigen Beschluß, dessen Zweck die Erhöhung der Verteidigungskraft der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers ist, mißbilligt.

Es ist also klar, daß die angebliche „Unterstützung“ der Vorschläge der Sowjetunion und der anderen soziali-

stischen Länder durch Tito, sei es zur Lösung der deutschen und Berlinfrage oder der Abrüstungsfrage, nur ein Bluff und eine demagogische Erklärung ist. Diese benötigen Tito und seine revisionistischen Freunde, um das Terrain für das Eindringen in das sozialistische Lager vorzubereiten, um ihre spalterische Rolle leichter spielen zu können. Und jene, die sich die Aufgabe stellten, die Tito-Clique zu „rehabilitieren“, oder besser gesagt, die den Weg zur vollständigen Aussöhnung mit Tito betreten, indem sie die Moskauer Deklaration vom Jahre 1960 mit beiden Füßen traten, haben das „überzeugende Argument“, daß Tito in der deutschen und Berlinfrage sowie in der Abrüstungsfrage mit den sozialistischen Ländern zusammengeht und daß die Außenpolitik der Sowjetunion und Jugoslawiens viele gemeinsame Anschauungen enthält(?), unzählige Male ins Treffen geführt und tun es weiterhin.

Bekanntlich hat die Politik der Bluffs kein langes Leben. Auch diesmal benützte sie Tito nur, solange er sie brauchte. Bei allen Revisionisten sind solche Manöver in der Politik nicht ungewöhnlich, also auch bei den jugoslawischen Revisionisten, mit denen wir nicht das erste Mal zusammenstoßen. Und es kann nicht anders sein. Wahr ist, daß die Tito-Clique in diesen Manövern einige Geschicklichkeit erworben hat, aber das ist nicht so sehr ihr Verdienst, als jenes ihrer Alliierten, der modernen Revisionisten, die aus wohlbekanntem Gründen dieser Verräterclique gestatten, wie und wann es beliebt, zu manövrieren.

Im Gegensatz zu den modernen Revisionisten lehrt der Marxismus-Leninismus, daß man den Frieden, die friedliche Koexistenz, die nationale Unabhängigkeit, die

Abrüstung und die Lösung anderer internationaler Fragen bei den Imperialisten nicht erbetteln kann, sondern sie ihnen aufzwingen muß. Die Besprechungen und Treffen, die zwischen den Staatsmännern stattfinden, sind ohne Zweifel nützlich, aber die Völker können ihre Hoffnungen, den Frieden zu sichern, *nicht allein* auf diese setzen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß sich die leitenden Kreise der imperialistischen Mächte unter dem Druck der öffentlichen Meinung an den Verhandlungstisch gesetzt haben, nicht etwa, weil sie den Abschluß eines konkreten Abkommens zugunsten des Friedens wünschten, sondern um die Völker zu betrügen, um ihnen vorzuspiegeln, daß sie für den Frieden sind, um Zeit für die Vorbereitung eines Krieges hinter ihrem Rücken zu gewinnen. Auf die Frage des Berichterstatters, wie Amerika Chruschtschow überzeugen könne, daß es den Frieden wünscht, antwortete Tito: „Man muß sich aussprechen und immer wieder aussprechen, nicht einmal, sondern sehr oft.“

In einer Zeit, in der die Imperialisten viele Jahre hindurch die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder ablehnen und sich bis an die Zähne bewaffnen, alle Anstrengungen für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und für die Lösung der Berlinfrage und anderer internationaler Fragen sabotieren, ist es vollkommen verständlich, daß die Bemühungen der Tito-Clique, der Chruschtschow-Gruppe und der anderen Revisionisten, die Völker zu überreden, daß man den Frieden sichern, die allgemeine und vollständige Abrüstung erreichen und die anderen wichtigen internationalen Fragen nur dann lösen kann, wenn dies die Imperialisten billigen, wünschen und sich

dazu freiwillig verstehen, wenn man darüber mit den Häuptern des Imperialismus Besprechungen führt oder internationale, von ihnen kontrollierte Versammlungen abhält, sehr schädlich sind und gefährliche Illusionen erwecken. Die Frage der Erhaltung des Friedens ist eine Frage der Völker selbst. Nur wenn man die Massen in den Kampf gegen den Imperialismus wirft, sie für konkrete Aktionen zugunsten des Friedens mobilisiert, kann man den imperialistischen Kriegstreibern die Hände binden und ihnen den Frieden, die Abrüstung und die friedliche Koexistenz aufzwingen. Nur wenn man sich auf den großen Kampf der Völker und der internationalen Arbeiterklasse stützt, können die Besprechungen und verschiedenen Zusammentreffen zugunsten des Friedens ein positives Ergebnis zeitigen.

Wer die Auffassungen und die praktische Tätigkeit der Tito-Clique und der revisionistischen Chruschtschow-Gruppe aufmerksam verfolgt und sich von ihren demagogischen Fragen nicht irreführen läßt, dem ist es klar, daß sie nur ein Ziel im Auge haben, die Völker und die kommunistischen Parteien von dem Kampf gegen den Imperialismus, von der nationalen Befreiungsbewegung und von der Revolution fernzuhalten, ihren revolutionären Kampfgeist zu unterdrücken und sie zur Passivität zu verurteilen. Diese ganz und gar opportunistische Linie N. Chruschtschows und seiner Gruppe nährt sich von der Illusion, der sie sich hingeben und die sie verbreiten, daß heute der Imperialismus seinen aggressiven kriegshetzerischen Charakter angeblich verloren habe und die wichtigen internationalen Fragen, vor denen die Völker stehen, auch ohne ihren entschlossenen Kampf, auf „friedlichem“ Wege und durch Besprechungen mit den

Imperialisten bereinigt werden können. Außerdem denkt die Chruschtschow-Gruppe, wie es scheint, daß sie durch die Verfolgung einer solchen versöhnlichen und opportunistischen Linie gegenüber dem Imperialismus die Imperialisten „friedfertig“ und „vernünftig“ machen und auf diese Weise die Vorbedingungen für eine Annäherung und allseitige wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit der kapitalistischen Welt, mit dem Imperialismus, vor allem mit dem amerikanischen Imperialismus, was eines der Hauptziele N. Chruschtschows ist, schaffen wird. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß diese ganz und gar antimarxistische und opportunistische Linie, die um der Annäherung an die Imperialisten willen die Lebensinteressen der Völker preisgibt, nur den Imperialisten dient.

Die opportunistische und verräterische Linie der revisionistischen Chruschtschow-Gruppe wird dauernd enthüllt und läßt sie bei den Kommunisten und Völkern der ganzen Welt an Kredit verlieren. Deshalb sieht sich Chruschtschow von Zeit zu Zeit genötigt in demagogischer Weise zu manövrieren und einige „harte Worte“ gegen den Imperialismus zu sagen. Aber das sind nur Bemühungen, einer Politik, welche die Farbe verliert, einen neuen Anstrich zu geben.

## **II. Die Annäherung an den Imperialismus – die Generallinie der modernen Revisionisten**

Die Synthese aller revisionistischen Auffassungen, in der das Endziel, welches sich die modernen Revisionisten gestellt haben, zutage tritt, ist zuerst die Annäherung und

dann die Verschmelzung mit dem Imperialismus, oder mit anderen Worten, die sogenannte „Integration“ der Welt. In seinem Interview erklärt Tito offen: „Die wirtschaftliche und politische Integration ist unsere Perspektive.“ Der Verwirklichung dieser Perspektive unterwirft sich schließlich die ganze Linie, welche die modernen Revisionisten verfolgen.

**Die wirtschaftliche und politische Integration der Welt –  
eine revisionistische Variante der Theorie Kennedys  
über die „friedliche Evolution“**

Die Idee der „wirtschaftlichen und politischen Integration“ der Welt ist in den Theorien der jugoslawischen Revisionisten nichts Neues. Aber die Tatsache, daß der Renegat Tito diese Frage gerade jetzt mit Nachdruck erhebt, ist keineswegs ein Zufall. Bekanntlich wird jetzt in den westlichen Ländern viel Aufhebens von der „wirtschaftlichen und politischen Integration“ der kapitalistischen Welt gemacht, die ihren konkreten Ausdruck in der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ („Gemeinsamer Markt“) gefunden hat. Die Integration der kapitalistischen Welt ist nichts anderes als ein Versuch, die Widersprüche und Schwierigkeiten des heutigen Kapitalismus zu beseitigen oder wenigstens zu mildern und einigermaßen seine Wunden zugunsten der großen kapitalistischen Monopole und zum Schaden der breiten Massen der Werktätigen zu helfen. Sie ist ein Gegengewicht gegen das Anwachsen des Potentials und der Anziehungskraft des sozialistischen Weltsystems, das immer mehr seine Überlegenheit über das kapitalistische

System zeigt, ist eine Form des kollektiven Kolonialismus, die das Ziel verfolgt, die Kolonialherrschaft mit neuen Mitteln und Methoden aufrechtzuerhalten und die Entwicklungsländer zu unterwerfen, ist ein Werkzeug des „kalten Krieges“, das für die Festigung der aggressiven Militärblocks des Imperialismus und als Basis für den politischen Zusammenschluß durch Schaffung der betreffenden übernationalen Organe dient, ist eine Waffe für die Vorbereitung des aggressiven Krieges gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder und für die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung und der revolutionären und demokratischen Bewegung in den verschiedenen Ländern. Die monopolistische Integration war und ist ein Bestandteil der Grundstrategie des amerikanischen Imperialismus; diese verfolgt das Ziel, die europäische Integration unter der Führung der USA zuerst auf Atlantikebene und dann auf Weltebene zu erweitern, oder mit anderen Worten, dem amerikanischen Imperialismus die Weltherrschaft zu verschaffen. „Sobald der vollständige Zusammenschluß Europas verwirklicht ist, sind wir bereit, über die Art und Weise und die Mittel für die Bildung einer konkreten Atlantikallianz zu diskutieren. . . Diese Allianz wird als Kern dem eventuellen Zusammenschluß aller freien Menschen, sowohl jener, die heute frei sind, als auch jener dienen, die eines Tages ihre Freiheit erlangen werden“, sagte Präsident Kennedy. Man sieht also, was die Imperialisten, vor allem aber die amerikanischen Imperialisten, unter „Integration“ verstehen!

Auch Tito spricht in seinem Interview von einer „Weltintegration“, sagt jedoch nicht, welche Integration er darunter versteht, die Integration auf sozialistischer



oder auf kapitalistischer Basis; das tut er nicht ohne Absicht, weil die Schlange nie ihre Beine zeigt. Er sagt nur, daß er nicht für eine Integration ist, die „einen diskriminierenden Charakter hat, weil er mit einer solchen Integration nicht einverstanden ist“. Trotz aller Bemühungen, die Spur zu verwischen, bedeutet Titos Theorie über die „Integration“ ein Aufgehen des Sozialismus im Kapitalismus, ein Auffressen der Welt durch den amerikanischen Imperialismus.

Um die Integration zu verwirklichen, muß man auf jede Art von Kriegen verzichten, meint Tito, weil uns die „Kriege von der Integration fernhalten“, und er macht auf diese Weise gar keinen Unterschied zwischen Kriegen verschiedener Art. Um also die Integration der Welt zu erreichen, muß man seiner Meinung nach auf den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen die kapitalistische Ordnung und für den Sieg des Sozialismus, auf den nationalen Befreiungskampf, den die Völker gegen die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung führen, sowie auf den ideologisch-politischen Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus und gegen die aggressiven kriegshetzerischen Pläne und Handlungen des Imperialismus verzichten. Was heißt das? Das heißt soviel, daß man die kapitalistische Ordnung nicht antasten und andererseits die Imperialisten bei der Durchführung ihrer Kriegs- und Aggressionspolitik, deren Endziel der Sturz der sozialistischen Ordnung und die Wiederherstellung des Kapitalismus in allen Ländern, wo er gestürzt wurde, ist, nicht behindern soll. Es handelt sich hier um das Auffressen der sozialistischen Länder durch den Imperialis-

mus, um die Integration der Welt auf kapitalistischer Basis.

Für die Marxisten-Leninisten und für jeden Realisten ist es klar, daß bei der Teilung der Welt in zwei entgegengesetzte Lager von irgend einer Integration, sei es von einer wirtschaftlichen, und noch weniger von einer politischen, keine Rede sein kann, weil eine einheitliche Welt, in der der Sozialismus und Kapitalismus miteinander verschmolzen sind, unvorstellbar ist. Die Welt kann nur auf einer einzigen gesellschaftlichen Basis, auf der kapitalistischen oder sozialistischen Basis einheitlich sein. Hier gibt es keinen Mittelweg und es kann keinen geben. Die jugoslawischen Revisionisten halten die Schaffung einer einheitlichen, integrierten Welt schon heute für möglich, weil nach ihrer Meinung die Existenz der beiden entgegengesetzten Systeme, des sozialistischen und kapitalistischen Systems, nicht etwas Objektives ist, das durch die Gesetze der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in der jetzigen Epoche bedingt wird, sondern eine künstliche Teilung in militärisch-politische Blocks, die, wie es in dem Programm des BdKJ heißt, die wirtschaftliche Zweiteilung der Welt zur Folge hatte und den „Prozeß des Zusammenschlusses der Welt und den gesellschaftlichen Fortschritt der Menschheit verhindert“. Bekanntlich war die Welt früher einheitlich, damals existierte nur ein Weltsystem — das kapitalistische. Diese „Einheit“ wurde in Rußland und in anderen Ländern durch den Sieg der sozialistischen Revolution, durch die Geburt des sozialistischen Weltsystems zerstört. Es ist klar, daß es Tito leid tut, daß die frühere „Einheit“ der kapitalistischen Welt zerstört wurde, und er hält die Geburt des sozialistischen

Weltsystems für etwas Negatives, das „den Prozeß der Weltintegration und den „gesellschaftlichen Fortschritt der Menschheit verhindert“. Man sieht wiederum, daß Tito die wirtschaftliche und politische Integration der Welt auf kapitalistischer Basis, also das Aufgehen des Sozialismus im Kapitalismus, meint.

Aus alledem ergibt sich klar, daß Tito die „Grundstrategie“ Kennedys offen unterstützt. Eines der Hauptziele dieser Strategie ist die „Schaffung der Möglichkeiten für eine lange konstruktive Evolution des kommunistischen Blocks und für die Heranziehung der kommunistischen Länder zur Vereinigung der freien Welt“. Tatsächlich hat aber die These der jugoslawischen Revisionisten über die „wirtschaftliche und politische Integration der Welt“ die friedliche Integration des Sozialismus mit dem Kapitalismus, die Liquidierung des Sozialismus und die vollständige Wiederherstellung der Herrschaft des Imperialismus zur Voraussetzung.

#### **Annäherung an den Imperialismus unter der Maske der friedlichen Koexistenz**

Als Agent des Imperialismus und als der vorgeschobene Revisionist spricht Tito offener über die Perspektive der Integration mit dem Kapitalismus, über die Unterwerfung unter den Imperialismus. Aber tatsächlich führen auf diesen Weg auch die Auffassungen und Handlungen der anderen Revisionisten. Beweis dafür sind die Auffassungen der revisionistischen Chruschtschow-Gruppe über die Grundprobleme unserer Epoche, insbesondere ihre antimarxistische Vorstellung von der friedlichen Koexistenz.

Die Chruschtschow-Gruppe überschätzt einerseits die Kräfte des Imperialismus, fürchtet seine Atomprahlerien und Kriegsdrohungen, deshalb tut sie alles, um mit dem Imperialismus gut zu stehen, sich ihm zu nähern und sich mit ihm auszusöhnen, indem sie ihm schmeichelt und grundsätzliche Konzessionen macht und sogar soweit geht, dafür auch die Interessen der revolutionären Weltbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung preiszugeben. Andererseits verbreitet die Chruschtschow-Gruppe durch die Überschätzung unserer Kräfte und die Unterschätzung der Kräfte des Imperialismus die Illusion, daß angesichts des neuen Kräfteverhältnisses der Imperialismus, vor allem der amerikanische, angeblich seine Natur geändert hat oder sie ändert, friedlich geworden ist, auf seine aggressiven und kriegshetzerischen Ziele gegen die sozialistischen Länder und die anderen Völker verzichtet hat oder verzichtet und mit dem Sozialismus ernstlich in einen wirtschaftlichen Wettbewerb getreten ist.

Obwohl diese beiden Einschätzungen kontradiktorisch sind, so führen sie dennoch die Chruschtschow-Gruppe zu einem einzigen revisionistischen Schluß: zum tatsächlichen Verzicht auf den ideologisch-politischen Kampf gegen den Imperialismus, auf die entschlossene Entlarvung seiner Kriegs- und Aggressionspolitik, auf die Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes und der Revolution und zur Aufnahme der allseitigen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus. Das ist die Linie zur Annäherung und Verschmelzung mit dem Imperialismus, die den Kern der antimarxistischen Vorstellung der

Chruschtschow-Gruppe über die friedliche Koexistenz bildet.

Nach Meinung der Chruschtschow-Gruppe ist die friedliche Koexistenz die „Generallinie der auswärtigen Politik der sozialistischen Länder“, sie ist der „einzige richtige Weg zur Lösung aller Lebensfragen, vor denen die menschliche Gesellschaft heute steht“. Deshalb muß man alle anderen Aufgaben und Fragen, auch die Weltrevolution und den nationalen Befreiungskampf, der friedlichen Koexistenz unterstellen, und die Völker sollen tatenlos warten, bis ihnen die Realisierung der Politik der friedlichen Koexistenz die nationale und soziale Befreiung bringt. In Wirklichkeit bedeutet das soviel wie die kapitalistische und imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung der Völker endlos fortsetzen.

Wir halten es nicht für notwendig, hier die antimarxistische und revisionistische Idee der Chruschtschow-Gruppe über die friedliche Koexistenz eingehend zu analysieren, weil darüber in den früheren, in unserer Presse veröffentlichten Artikeln und Materialien unserer Partei des langen und breiten gesprochen worden ist. Wir möchten nur darauf hinweisen, daß diese Idee mit den Lehren Lenins und mit den beiden Moskauer Deklarationen über die friedliche Koexistenz nichts gemeinsam hat. In der Moskauer Deklaration vom Jahre 1960 heißt es, daß „in Hinsicht der in zwei Systeme geteilten Welt der einzige richtige und vernünftige Grundsatz der internationalen Beziehungen der Grundsatz der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen ist“. In der Deklaration wird jedoch unterstrichen, daß die „friedliche Koexistenz keineswegs einen Verzicht auf den Klassenkampf be-

deutet“, wie die Revisionisten behaupten. „Die friedliche Koexistenz zwischen den Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen ist eine Form des Klassenkampfes zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus, sie ist keine Aussöhnung der sozialistischen mit der bürgerlichen Ideologie. Im Gegenteil, sie hat die Festigung des Kampfes der Arbeiterklasse und aller kommunistischen Parteien zur Voraussetzung, um den Sieg der sozialistischen Ideen zu sichern.“ Ferner unterstreicht die Deklaration, daß die Erfolge des revolutionären Klassenkampfes und des nationalen Befreiungskampfes zur Festigung der friedlichen Koexistenz beitragen, weil sie die Stellungen des Imperialismus schwächen und immer stärker einengen. „Für den Frieden und die friedliche Koexistenz kämpfen“, unterstreicht weiter die Deklaration, „heißt, eine sehr große Wachsamkeit an den Tag legen, die Intrigen und Machenschaften der Kriegstreiber mit großer Aufmerksamkeit verfolgen, den heiligen Zorn der Völker auf jene, die eine Kriegspolitik betreiben, lenken; die Organisation aller friedliebenden Kräfte festigen, die aktive Tätigkeit der Massen für die Erhaltung des Friedens dauernd erhöhen und die Zusammenarbeit mit allen Staaten, die an keinen neuen Kriegen interessiert sind, verstärken.“

Mit den antimarxistischen und revisionistischen Ideen N. Chruschtschows und seiner Gruppe über die friedliche Koexistenz als Linie zur Annäherung an den Imperialismus und zum Verzicht auf jeden Kampf gegen ihn stehen in engem Zusammenhang auch ihre opportunistischen Predigten über die Wege des Übergangs zum Sozialismus, welche die Werktätigen und die kommunistischen und Arbeiterparteien davon abhalten, einen

entschlossenen und erfolgreichen Kampf zum Sturz des Kapitalismus zu führen, und sie in Erwartung günstiger Bedingungen für den friedlichen Übergang zum Sozialismus als Folge der Politik der friedlichen Koexistenz von der sozialistischen Revolution fernhalten. Auf diese Weise unterstreicht die Chruschtschow-Gruppe tatsächlich einseitig nur die Möglichkeit des friedlichen Weges und vernachlässigt die Notwendigkeit der Vorbereitung auf beide Möglichkeiten, auf den friedlichen und nicht friedlichen Weg, unterstreicht, daß angeblich die Möglichkeiten des friedlichen Weges täglich wachsen, und, was noch schlimmer ist, sie stellt den friedlichen Weg als einen nur parlamentarischen Weg, als einen leichten Sieg der Mehrheit im bürgerlichen Parlament dar und vergißt dabei gänzlich die Grundlehre des Marxismus-Leninismus von der Notwendigkeit, die bürgerliche Staatsmaschine zu zerschlagen und sie durch die Organe der Diktatur des Proletariats zu ersetzen.

In der letzten Zeit gingen die Propagandisten N. Chruschtschows so weit, den staatlichen Monopolkapitalismus in den kapitalistischen Ländern als einen der wichtigsten Faktoren für den Sturz des monopolistischen Bürgertums und beinahe als den ersten Schritt zum Sozialismus hinzustellen. So sagte A. Arsumanian, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion, in seiner Schlußrede zum internationalen Treffen der marxistischen Wissenschaftler in Moskau, welche die TASS am 3. September 1962 brachte, u. a. folgendes: „Jetzt, in der 3. Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, kann man die Verstaatlichung nicht als eine gewöhnliche Reform betrachten. Sie steht mit dem revolutionären Kampf

für die Liquidierung der Monopole und den Sturz des Staates der Finanzoligarchie im Zusammenhang. Durch eine richtige Politik der Arbeiterklasse, die sich auf den begeisterten Kampf der breiten Massen des Volkes stützt, kann sie zum wichtigsten Mittel für die Liquidierung der Herrschaft des monopolistischen Bürgertums werden. Die Verstaatlichung der Industrie und der Banken ist jetzt die Losung der antimonopolistischen Koalition.“ Welcher Unterschied besteht zwischen dieser Idee und der bekannten, zutiefst opportunistischen Auffassung des Programmes des BdKJ, daß die „spezifischen Formen der Beziehungen der kapitalistischen Staaten der erste Schritt zum Sozialismus sein können, daß die im Wachsen begriffenen staatskapitalistischen Tendenzen in der kapitalistischen Welt der beste Beweis sind, daß die Menschheit immer mehr unaufhaltsam und auf den verschiedensten Wegen in die Epoche des Sozialismus eintritt“?

Es ist nicht notwendig, uns hier aufzuhalten, um die Falschheit dieser ganz opportunistischen Auffassungen der jugoslawischen Revisionisten und der Chruschtschow-Gruppe mit Einzelheiten zu beweisen. Es genügt zu erwähnen, daß vor nicht sehr langer Zeit die Propagandisten der Chruschtschow-Gruppe während ihrer Polemik gegen den Programmentwurf des BdKJ unterstrichen, daß das Anwachsen des staatlichen Monopolkapitals die weitere Festigung der Monopole, die weitere Konzentration der wirtschaftlichen und politischen Macht in ihren Händen, die Ausbeutung des Staates durch die Monopole für ihre egoistischen Zwecke und zum Schaden der Interessen der Werktätigen bedeutet (siehe den Artikel „Über den Programmentwurf

des BdKJ“, veröffentlicht in „Kommunist“, Nr. 6, 1958). Bei der Erläuterung der obigen Stelle des Programmes des BdKJ schrieb der jetzige Sekretär des ZK der KP der Sowjetunion B. Ponomarjow in „Kommunist“, Nr. 8, 1958: „Das ist Punkt für Punkt dasselbe, was Bernstein und Kautzky sagten, nämlich, daß die kapitalistische Gesellschaft sich spontan von selbst mit dem Sozialismus zusammenschließt.“ Daraus ergibt sich, daß einst die Chruschtschow-Gruppe die jugoslawischen Revisionisten, Bernstein und Kautzky ohne Grund angegriffen hat, da sie heute in Wirklichkeit die gleichen opportunistischen Auffassungen selbst propagiert (!).

Im Zusammenhang damit können wir nicht umhin, zu erwähnen, daß W. I. Lenin seinerzeit die Darstellung des staatlichen Monopolkapitalismus im bürgerlich-reformistischen Geist als eine nichtkapitalistische Ordnung, als einen Schritt zum Sozialismus, was die Opportunisten und Reformisten benötigen, um die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution zu verneinen und den Kapitalismus zu verschönern, heftig kritisierte (siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 414—415, in russischer Ausgabe). Lenin unterstrich mit Nachdruck, daß „dem Schritt zu einer stärkeren Monopolisierung und Verstaatlichung der Produktion unbedingt die erhöhte Ausbeutung der werktätigen Massen, die verstärkte Unterdrückung, die Erschwerung des Widerstandes gegen die Ausbeuter, die Stärkung der Reaktion und des militärischen Despotismus folgen und notwendigerweise zu einer außerordentlichen Steigerung der Profite der Großkapitalisten auf Kosten aller anderen Volksschichten führen“ (Werke, Bd. 24, S. 276—277, in russischer Ausgabe). Obige These der Chruschtschow-Gruppe befindet sich in offenem Gegen-

satz auch zu der Moskauer Deklaration vom Jahre 1960, in der es heißt, daß „der staatliche Monopolkapitalismus durch die Festigung der Herrschaft der Monopole über das Leben des Volkes die Macht der Monopole mit der Staatsmacht in einem einzigen Mechanismus vereinigt, um die kapitalistische Ordnung zu retten und die Profite des imperialistischen Bürgertums durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse und durch die Plünderung der breiten Volksschichten maximal zu erhöhen“. N. Chruschtschow propagiert mit großem Tamtam „die großen, dauernd im Wachsen begriffenen Möglichkeiten des friedlichen Weges“ und hält die Wünsche für eine Realität. Aber was zeigen die Tatsachen des heutigen Lebens? Sie zeigen, daß das Monopolkapital seinen reaktionären und antidemokratischen Kern immer mehr enthüllt. Er ist sogar gegen die früheren demokratischen bürgerlichen Freiheiten und nimmt den Volksmassen jede Möglichkeit, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen und in die Staatsorgane die wahren Verteidiger ihrer Interessen zu wählen. Wenn das Bürgertum sieht, daß auch jene gestutzten Rechte, die die Verfassung den Werktätigen gibt, eine Gefahr für seine Herrschaft darstellen, so tritt es diese ohne weiteres mit Füßen, ändert in willkürlicher Weise das Wahlsystem, erklärt die Wahlen für ungültig und liquidiert, ohne zu zögern, die gewählten Organe, wie es sich beispielsweise in der letzten Zeit in Argentinien ereignet hat. Das Monopolbürgertum hat in einigen Ländern faschistische Regimes eingesetzt und zeigt immer mehr die Tendenz, solche Regimes auch in anderen Ländern in neuen Formen zu errichten. Beweis dafür sind die Terrorhandlungen der OAS in Frankreich, die Verfolgung der Kommunistischen Partei und die Hand-

lungen der „Ultras“ in den USA und die Errichtung von Militärdiktaturen in den lateinamerikanischen Ländern, Südkorea usw. Heute stützt sich das reaktionäre Bürgertum immer mehr auf die bewaffnete Macht — auf die Armee, Polizei und Gendarmerie —, um seine Herrschaft zu erhalten und jede revolutionäre und fortschrittliche Bewegung der werktätigen Massen zu unterdrücken. Wie kann man diese Realität, die in einigen Fällen auch die Chruschtschow-Gruppe selbst notgedrungen zugibt (natürlich nur zum Schein), nicht berücksichtigen, sie unterschätzen, in einseitiger Weise nur die Möglichkeit des friedlichen Weges unterstreichend, und behaupten, daß heute die Möglichkeiten dieses Weges dauernd wachsen?

In den Rahmen der Aussöhnung mit dem Imperialismus und der Annäherung an ihn fallen auch die Anstrengungen, welche die Chruschtschow-Gruppe in der letzten Zeit zur Aufnahme einer allseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den imperialistischen Ländern und mit ihren Wirtschaftsvereinigungen machte. In seinem Artikel, veröffentlicht in „Kommunist“, Nr. 12, unterstreicht N. Chruschtschow: „Unsere Politik und unsere wirtschaftlichen Maßnahmen werden unter Berücksichtigung der objektiven Tendenzen der Internationalisierung der Produktion, die in der kapitalistischen Welt wirksam sind, aufgebaut.“ Was ist diese Politik, was sind diese wirtschaftlichen Maßnahmen, worüber N. Chruschtschow spricht? Er verlangt u. a. die Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht nur mit einzelnen kapitalistischen Staaten, sondern auch mit ihren Wirtschaftsvereinigungen, also mit dem „Gemeinsamen Markt“, und nicht allein auf dem Gebiet des Handels, sondern auch der Produktion, um geschickt

mit den Mangelstoffen zu verfahren, die energetischen Quellen zu vermehren, die Wasserwege gemeinsam auszuwerten usw.

Natürlich sind die sozialistischen Länder für die Entwicklung des Handels mit kapitalistischen Ländern auf der Basis des beiderseitigen Vorteils, denn das liegt im Interesse der Völker beider Lager und trägt zur Senkung der Spannung und zur Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen bei. Aber die Linie, welche Chruschtschow für die Zusammenarbeit und die wirtschaftlichen Beziehungen mit der kapitalistischen Welt verfolgt, zeigt, gesehen von seiner opportunistischen Generallinie aus, deutlich die grundsatzlose Annäherungstendenz der Chruschtschow-Gruppe an den Imperialismus. Das ersieht man auch deutlicher daraus, daß die Chruschtschow-Gruppe, während sie große Anstrengungen für die Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit mit der kapitalistischen Welt und für die Annäherung an sie macht, gar nicht zögert, die wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Länder schwer zu schädigen und bis zum vollständigen Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen, ja sogar des einfachen Handelsaustausches zu gehen. Das beste Beispiel dafür ist die antimarxistische diskriminierende Haltung der Chruschtschow-Gruppe zur VRA, die jetzt alle Welt kennt. Und das ereignet sich in einer Zeit, in der die sozialistischen Länder angesichts der Anstrengungen der Imperialisten, eine gemeinsame wirtschaftliche, politische und militärische Front, die in erster Linie gegen das sozialistische Lager gerichtet ist, zu bilden, vor die notwendige und dringende Aufgabe gestellt werden, ihre Einheit und internationalistische

Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu festigen, was auch N. Chruschtschow mit Worten zugibt, natürlich nicht, um es in die Tat umzusetzen, sondern um seine antimarxistischen und revisionistischen Handlungen gegen die Einheit des sozialistischen Lagers zu maskieren.

Die Maßnahmen, welche N. Chruschtschow in seinem Artikel vorschlägt, erwecken bei Kommunisten und allen vernünftigen Menschen berechtigte Zweifel. Denn einerseits betont er z. B., daß die sogenannten „Wirtschaftsvereinigungen“ der Imperialisten den gleichen Zweck wie die aggressiven Militärblocks (NATO, SEATO usw.) haben, daß die Führer der Westmächte die gegenseitige Abhängigkeit und den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsorganisation des „Gemeinsamen Marktes“ und der aggressiven Allianz der NATO nicht verheimlichen, und wendet sich deshalb an die Kommunisten und die Völker, um gegen den „Gemeinsamen Markt“ und andere gleichartige kapitalistische Wirtschaftsvereinigungen zu kämpfen und ihre volksfeindlichen und aggressiven Ziele zu enthüllen. Andererseits aber verlangt N. Chruschtschow eine breite Zusammenarbeit der sozialistischen Länder mit diesen Wirtschaftsvereinigungen der Imperialisten auf allen Gebieten, einschließlich des Gebietes der Produktion, verlangt sozusagen auch eine gewisse internationale Arbeitsteilung zwischen den beiden Systemen. Aber solange, wie auch N. Chruschtschow selbst sagt, „der Gemeinsame Markt“ die gleichen Ziele wie der aggressive NATO-Block verfolgt, weil er, — worauf in den Thesen „Über die imperialistische Integration Westeuropas“, veröffentlicht im August d. J. vom Institut für Weltwirtschaft und für internationale Beziehungen der Akademie

der Wissenschaften der Sowjetunion mit Recht hingewiesen wird — „in eine Wirtschaftsbasis dieses Blockes in Europa umgewandelt wurde“, und solange die Sache so steht, bedeutet dies in Wirklichkeit, die Forderung nach Aufnahme einer breiten und allseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem „Gemeinsamen Markt“, die Aufnahme einer breiten Zusammenarbeit mit dem aggressiven NATO-Block selbst, der vor allem gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder gerichtet ist, zu befürworten.

Erweckt nicht all das die schädliche Illusion, daß der Imperialismus heute angeblich auf seine aggressiven Ziele, insbesondere auf jene, die gegen das sozialistische Lager gerichtet sind, verzichtet hat, in einen friedlichen Wettbewerb mit dem Sozialismus getreten ist, ihn allen Ernstes in Angriff genommen hat, und daß täglich immer größere Möglichkeiten für eine allseitige Zusammenarbeit zwischen den beiden Systemen — dem Sozialismus und Kapitalismus — geschaffen werden? Und das sagt N. Chruschtschow ganz offen. Es ist nicht schwer zu sehen, wie nahe diese Auffassungen der Chruschtschow-Gruppe den antimarxistischen Auffassungen der jugoslawischen Revisionisten über die wirtschaftliche und politische Integration der Welt, die in dem letzten Interview Titos deutlich zutage treten, stehen und ihnen gleichen.

**Tito – Berater und Mittelsmann für die Annäherung der revisionistischen Chruschtschow-Gruppe an die Imperialisten**

Jetzt wird es immer klarer, daß sowohl die Imperialisten als auch die Revisionisten sich zu verständigen,

einander zu nähern und ihr gegenseitiges Vertrauen zu gewinnen suchen, um der „wirtschaftlichen und politischen Integration der Welt“ den Weg zu ebnen. In seinem Interview an Drew Pearson ist Tito sehr bemüht, gerade in dieser Richtung seinen Beitrag zu leisten, jedoch nicht mehr in der Rolle des Handlangers. Er stellt sich diesmal, wenigstens vor den Augen der Welt, in der Pose eines Beraters vor. Der amerikanische Berichterstatter sagte unumwunden zu Tito: „Sie kennen die Sowjetunion und die USA und haben Freunde hüben und drüben. Könnten Sie nicht vermitteln?“ Und Tito antwortet, wie pikiert: „Ich möchte nicht den Vermittler spielen, aber wenn ich mit Ministerpräsident Chruschtschow zusammentreffe, werde ich ihm meine Meinung sagen. Das wird meine persönliche Meinung sein, und ich kann sie sowohl dem Ministerpräsidenten Chruschtschow als auch dem Präsidenten Kennedy sagen, wenn ich Gelegenheit habe, mit diesen zusammenzutreffen.“ Um die amerikanischen Imperialisten zu überzeugen, daß er in seiner Mission als „Berater“ Erfolg haben würde, erklärt der Führer der jugoslawischen Revisionisten: „Auch bisher habe ich zum Ministerpräsidenten Chruschtschow, sei es mündlich oder schriftlich, offen gesagt, wie wir die internationalen Fragen sehen, und ich muß sagen, daß ich auf keinen Widerstand gestoßen bin. Ministerpräsident Chruschtschow weiß Meinungen zu schätzen, und das habe ich auch bei den führenden amerikanischen Persönlichkeiten festgestellt.“ Um zu zeigen, daß er die Sache weiter verfolgen will, teilt Tito in seinem Interview mit: „Ich war eingeladen, die Ferien in der Sowjetunion zu verbringen . . . Ich werde

wahrscheinlich Ende des Jahres oder im nächsten Frühjahr dorthin zur Erholung fahren. . . Natürlich werde ich diese Gelegenheit für Besprechungen benutzen.“

Die Stellung eines „Beraters“ und die Idee einer möglichst starken Annäherung zwischen den Imperialisten und Revisionisten scheinen auf den Revisionisten Tito eine sehr große Anziehungskraft auszuüben. Um das Mißtrauen zu zerstreuen und beide Teile zu überzeugen, daß ein jeder Teil ein Friedenskämpfer ist (natürlich nach der revisionistischen Auffassung), rät Tito nicht ohne Stolz: „Man muß sich aussprechen und immer wieder aussprechen, nicht einmal, sondern wiederholt und dauernd Kontakte unterhalten, weil das zur Festigung des Friedens und zur Beseitigung des Mißtrauens führt.“ Tito rät den imperialistischen Schirmherren, die Dinge nicht „tragisch“ zu nehmen; er kenne N. Chruschtschow gut und sei zutiefst überzeugt, daß man mit ihm leicht übereinkommen könne. Auf die Frage des Berichterstatters, ob er der Meinung sei, daß „die USA und die Sowjetunion einmal gute Freunde werden könnten“, erklärte ihm Tito mit voller Überzeugung, daß die Zeit kommen würde, in der dieses Ziel realisiert werden wird. „Und warum soll das nicht verwirklicht werden?“ fragt er. „Dem steht kein Hindernis im Wege, alle Wege sind offen.“

Wie man sieht, spielt Tito nicht übel die Rolle des „Dienern zweier Herren“ im Range eines Beraters, erfüllt nicht schlecht seine „Mission“ für die Annäherung der revisionistischen Chruschtschow-Gruppe an die Imperialisten.



### III. Die Revisionisten – Spalter der Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung

Titos Interview enthüllt völlig auch das andere Ziel der Revisionisten: das sozialistische Lager und die internationale kommunistische Bewegung zu spalten. Hier haben wir es weder mit einer neuen Rolle noch mit einer neuen Aufgabe der Revisionisten zu tun. Die Spaltung des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Bewegung ist eines der Hauptziele der Tätigkeit aller modernen Revisionisten.

Eine der raffiniertesten und gefährlichsten Formen des Kampfes des Imperialismus und seiner Agenten gegen das sozialistische Weltsystem sind bekanntlich ihre Anstrengungen, die Einheit des sozialistischen Lagers von innen heraus zu untergraben und die sozialistischen Länder und die kommunistischen und Arbeiterparteien gegeneinander auszuspielen. Der Imperialismus, mit jenem der USA an der Spitze, hat die Revisionisten, vor allem die Belgrader revisionistische Verräterclique, mit der Hauptrolle betraut, dieses Ziel seiner Grundstrategie zu realisieren.

Die Tatsachen zeigen, daß die Tito-Clique alles getan hat, um die Rolle des „trojanischen Pferdes“ nicht nur durch die Verbreitung ihrer antimarxistischen Auffassungen, sondern auch durch ihre praktische feindliche Tätigkeit gegen die sozialistischen Länder und die kommunistischen und Arbeiterparteien bestens zu spielen. Jeder kennt heute die Rolle, welche die jugoslawischen Revisionisten bei der Vorbereitung des konterrevolutionären Putsches in Ungarn und bei der Organisation

von Komplotten gegen die VRA spielten. Jeder kennt ihre Wühlarbeit und zerstörende Tätigkeit gegen die sozialistischen Länder, ihre verleumderischen und spalterischen Angriffe gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder sowie gegen die marxistisch-leninistischen Parteien und ihre Führer usw.

Auch in dem letzten Interview macht Tito Anstrengungen zu einer Spaltung. Das Ziel seiner spalterischen Angriffe ist diesmal die VR China und die sowjetisch-chinesische Freundschaft. Nicht ohne Absicht stellte Drew Pearson an Tito die Frage: „Wie denken Sie über die Meinungsverschiedenheiten zwischen China und der Sowjetunion?“ Und Tito sprach nicht ohne Absicht lang und breit über diese Frage. Er verleumdete die VR China und ihre friedliche Außenpolitik, beschuldigte sie indirekt, daß sie gegen die Abrüstung und den Frieden, ja beinahe gegen jedes Abkommen sei usw. Er ging sogar soweit, den amerikanischen Imperialisten beinahe unverhüllt zu sagen, daß China den Krieg und nicht den Frieden wolle, daß ihnen Gefahr von China droht, deshalb sollten sie nicht nur ihre Aufmerksamkeit, sondern auch ihre Handlungen und Provokationen, ihre Armèen, Kanonenmündungen und Raketen nach dieser Seite richten! All das geschieht in einer Zeit, in der die amerikanischen Imperialisten in Zusammenarbeit mit der Clique Tschiang Kai-scheks und mit ihrem Alliierten des aggressiven SEATO-Blockes gefährliche Komplote und Provokationen gegen die VR China und den Frieden im Fernen Osten organisieren. Das ist ein weiterer Beweis dafür, daß die jugoslawischen Revisionisten ihre Politik mit jener der amerikanischen Imperialisten koordiniert haben.

Tito unterbreitete absichtlich erneut die bekannte These der jugoslawischen Revisionisten, welche jetzt von den modernen Revisionisten mit allen Kräften ausposaunt wird, daß es sozialistische Staaten gibt, die für den Frieden, und sozialistische Staaten, die für den Krieg sind. „Ich denke“, antwortete Tito dem amerikanischen Berichterstatter, „daß die Sowjetunion, was die Frage der chinesischen Inseln und Tschiang Kai-schek betrifft, zur Mäßigung rät und ihren Einfluß benutzt, um eine Verschärfung der Spannung zu verhindern, damit keine größeren Konflikte entstehen.“ Dann fügt Tito hinzu: „Dasselbe kann man von dem chinesisch-indischen Grenzstreit sagen, in dem die Sowjetunion einen Konflikt zu verhindern trachtet.“ Tito unterstützt auch offen den Plan der USA zur Schaffung von zwei China, der bekanntlich die Verewigung der Besetzung der chinesischen Insel Taiwan und anderer Inseln seitens der amerikanischen Imperialisten und der Clique Tschiang Kaischeks zum Ziele hat. Auch in dieser Frage stehen die Belgrader Revisionisten nicht auf seiten des chinesischen Volkes und seiner rechtmäßigen Führer, sondern auf seiten der imperialistischen Okkupanten und ihrer aggressiven Politik. Deshalb stellte sich Tito im chinesisch-indischen Grenzstreit, den bekanntlich der amerikanische Imperialismus vom Zaun gebrochen hat und der der amerikanischen Politik der Aggression und des Krieges dient, um die Spannung in den Beziehungen zwischen den beiden großen Nachbarländern respektive in dieser wichtigen Zone Asiens zu erhöhen, offen auf die Seite der reaktionären indischen Kreise. Dieselbe Haltung nahm auch A. Mikojan zum chinesisch-indischen Grenzstreit ein, als er im August d. J. Indien besuchte.

In seiner Antwortrede an den indischen Staatsminister Herrn Krischnamatschari, der ganz offen zu verstehen gab, daß nicht Indien, sondern angeblich die VR China an der chinesisch-indischen Grenze aggressive Handlungen begehe, erklärte Mikojan: „Der geehrte Hausherr hielt eine so gute Rede, daß mir nichts übrigbleibt, als seinen Worten zuzustimmen. Er gebrauchte in seiner Rede besonders klare und richtige Ausdrücke.“ (Prawda, 26. Juli 1962) Die Gelegenheit ausnützend, macht Tito Anstrengungen, einen Keil in die Einheit und Freundschaft zwischen der Sowjetunion und VR China zu treiben. Aber sowohl der Keil Titos, als auch die Tätigkeit der modernen Revisionisten, diese Freundschaft zu untergraben, werden wie bisher keinen Erfolg haben. Die Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und Chinas wird enger werden und jahrhundertlang aufblühen, weil sie nicht das Produkt zufälliger politischer Kombinationen, sondern eine mit der unsterblichen Ideologie des Marxismus-Leninismus geformte und von den gemeinsamen Idealen des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus inspirierte Völkerfreundschaft ist.

Es ist nicht das erste und letzte Mal, daß die modernen Revisionisten ihre Angriffe, manchmal offen, manchmal versteckt, gegen die VR China richten. Die modernen Revisionisten erkennen, daß die amerikanischen Imperialisten in der VR China eine sehr große Gefahr für ihre Pläne, eine Großmacht, erblicken, die gegen den Imperialismus und für die Sache des Sozialismus, des Friedens, der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker entschlossen kämpft. In der KP Chinas sehen sie das Haupthindernis für die Verwirklichung ihrer Ziele, den unbeugsamen Kämpfer für die Erhaltung der Reinheit

des Marxismus-Leninismus, der Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Die Zeit hat gezeigt und wird zeigen, daß alle Angriffe, Verleumdungen, Provokationen und Komplote der Imperialisten und Revisionisten gegen die VR China schimpflich scheitern werden, wie sie bisher gescheitert sind. Die VR China wird unter der Führung ihrer ruhmreichen KP, mit Genossen Mao Tse-tung an der Spitze, siegreich vorwärtsmarschieren und das Banner des Sozialismus und Kommunismus, des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit, das Banner der Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung hochhalten.

In seinem Interview bemüht sich Tito in heuchlerischer Weise, die für die Revisionisten charakteristisch ist, den wohlwollenden Freund der Sowjetunion zu spielen. Er geht sogar so weit, sich das Recht anzumaßen, die auswärtige Politik der Sowjetunion zu „interpretieren“, im Namen der Sowjetunion zu sprechen. Aber der Geist und der Inhalt seines Interviews zeigen das Gegenteil, zeigen seinen Haß gegen die Sowjetunion und seine altbekannte antisowjetische Haltung. Die jugoslawischen Revisionisten waren und können nie aufrichtige Freunde der Sowjetunion sein, wie sie N. Chruschtschow hinzustellen sucht. Die jugoslawischen Revisionisten sind und werden dieselben, die sie waren, sein: Agenten des amerikanischen Imperialismus, die Anstrengungen machen, um von der Rolle eines Handlangers in die Rolle eines Beraters hinaufzusteigen, Provokateure und raffinierte Ränkeschmiede gegen die Einheit des sozialistischen Lagers.

In ihrer spalterischen Tätigkeit gegen die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung werden die Imperialisten und jugoslawischen Revisionisten von den antimarxistischen und antisozialistischen Auffassungen und Handlungen der Chruschtschow-Gruppe selbst angespornt und ermutigt. Die Chruschtschow-Gruppe hat schon seit langem ihre spalterische und wühlerische Tätigkeit aufgenommen und ging auf dem XXII. Parteitag der KP der Sowjetunion soweit, eine marxistisch-leninistische Partei, die Partei der Arbeit Albaniens, und ein sozialistisches Land, die VR Albanien, öffentlich anzugreifen und offen zur Konterrevolution aufzurufen, um die Führung der Partei und des Staates zu stürzen. Nach dem XXII. Parteitag brach sie sogar die diplomatischen Beziehungen zur VRA ab. Mit ihren Angriffen und feindlichen Handlungen gegen die Bruderparteien der sozialistischen Bruderländer hat die Chruschtschow-Gruppe die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung schwer geschädigt und schädigt sie weiter und hat den imperialistischen Feinden die Waffen in die Hände gedrückt, um uns zu bekämpfen.

Die revisionistische Chruschtschow-Gruppe hat ihre spalterische und feindliche Tätigkeit gegen unsere Einheit keinen Augenblick eingestellt. Chruschtschows schöne Worte zugunsten der Einheit sind nur Bluff und demagogische Erklärungen, sind eine Maske, um die Menschen zu betrügen, um Zeit zu gewinnen, damit er seine spalterische Tätigkeit in Ruhe entfalten und weitere gefährlichere Schritte gegen die Einheit des soziali-

stischen Lagers und der kommunistischen Bewegung unternehmen kann.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die modernen Revisionisten sich den Teufel um die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung kümmern. Ihnen ist gar nichts an den Interessen der sozialistischen Länder gelegen. Sie machen Anstrengungen, diese Einheit zu zerstören und die hohen Interessen des sozialistischen Systems zu schädigen. Wir werden uns hier mit den jugoslawischen Revisionisten, die öffentlich erklärt haben, daß sie gegen die Existenz des sozialistischen Lagers sind und zusammen mit den Imperialisten verschiedene Komplote und Pläne gegen die sozialistischen Länder ausgeheckt haben, wie beispielsweise den chauvinistischen Plan zur Aufteilung Albaniens zwischen Tito und dem König Paul von Griechenland oder das gemeinsame Komplott der Tito-Clique, der griechischen Monarchofaschisten und der amerikanischen Imperialisten gegen die VRA, nicht weiter beschäftigen. Wichtig ist nur zu unterstreichen, daß die Chruschtschow-Gruppe um der Annäherung an den Imperialismus und an die Regierungen und Persönlichkeiten der Bourgeoisie um jeden Preis willen und unter dem Vorwand der „friedlichen Koexistenz“ nicht zögert, die souveränen Rechte der sozialistischen Länder mit Füßen zu treten. Man kennt jetzt den grundsatzlosen Kuhhandel N. Chruschtschows mit S. Wenizelos auf Kosten der territorialen Integrität der VRA. Die Chruschtschow-Gruppe war es, welche die Verräter und Feinde des albanischen Volkes, die sich an der Organisation des Komplottes der jugoslawischen Revisionisten, griechischen Monarchofaschisten und amerikanischen

Imperialisten gegen die VRA beteiligten, in Schutz nahm. Und wenn unsere Partei und unser Volk die unmenschliche, chauvinistische groß-serbische Politik der Belgrader revisionistischen Bande gegenüber unseren albanischen Brüdern in Kossowo, Montenegro und Mazedonien, deren Zahl mehr als eine Million beträgt, mit Recht verurteilen, wenn wir die Politik der Diskriminierung und Ausrottung, die gerichtlichen Unterdrückungsmaßnahmen, die Deportationen auf Verwaltungswege und die Ermordung unserer Brüder in Massen durch die Belgrader Clique auf Grund von Tatsachen enthüllen, zögert die Chruschtschow-Gruppe nicht, uns als „Nationalisten“ zu beschuldigen und auf diese Weise die unmenschlichen und antialbanischen Handlungen der Belgrader Renegatengruppe zu billigen.

Die Tatsachen zeigen also, daß die Linie der titoistischen Verräterclique und jene der revisionistischen Chruschtschow-Gruppe auch in der Frage der Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen und Arbeiterparteien vollständig übereinstimmen und beide in Wirklichkeit den Zielen und Plänen des Imperialismus dienen. Auch in dieser Frage verletzt die Chruschtschow-Gruppe ohne Bedenken die Moskauer Deklaration vom Jahre 1960, welche unterstreicht, daß es heute, wo die imperialistische Reaktion ihre Kräfte für den Kampf gegen den Kommunismus zusammenballt, unerlässlich ist, die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung auf jede Weise zu festigen. Die höchste internationalistische Pflicht jeder marxistisch-leninistischen Partei sei die Sorge um die dauernde Festigung dieser Einheit.

Unsere Partei der Arbeit war und ist für die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung, sie hat gekämpft und kämpft entschlossen und grundsätzlich für die Festigung dieser Einheit auf der starken Basis des Marxismus-Leninismus. In dieser Einheit hat unsere Partei immer die unverbrüchliche Kraft unseres Lagers und unserer Bewegung, den bedeutenden Faktor für den sozialistischen Aufbau unseres Landes, die Gewähr für den erfolgreichen Verlauf des Kampfes für den Sieg der großen Sache des Sozialismus und Kommunismus, der nationalen Befreiung, der Demokratie und des Friedens erblickt. Ausgehend von dieser grundsätzlichen Stellung, ist unsere Partei der gemeinsamen Linie der internationalen kommunistischen Bewegung, die in den beiden historischen Moskauer Deklarationen vom Jahre 1957 und 1960 festgelegt ist, immer treu geblieben, bleibt ihr weiter treu und hat sie entschlossen in die Tat umgesetzt. In ihren Beziehungen zu den Bruderparteien und zu den sozialistischen Bruderländern hat sich unsere Partei streng an die Grundsätze des proletarischen Internationalismus, an die marxistisch-leninistischen Normen, welche die Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder regeln, gehalten und hält sich weiter an diese.

Als entschlossener Kämpfer für die Einheit hat die PAA dauernd für die Erhaltung des Friedens und für die Festigung der Freundschaft und Liebe unseres Volkes zu den ruhmreichen Brudervölkern der Sowjetunion sowie für die Erhaltung der Liebe und Hochschätzung für die große Partei Lenins gekämpft, weil unsere Partei die Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion

und mit der KP der Sowjetunion nach wie vor als eine der grundsätzlichen Hauptfragen ihrer revolutionären Tätigkeit betrachtet. Unsere Partei hat die Sowjetunion und ihre KP nie in einen Topf mit der revisionistischen Chruschtschow-Gruppe geworfen. Ungeachtet der feindlichen Haltung N. Chruschtschows gegenüber unserer Partei und unserem Land, ungeachtet seiner Anstrengungen, die albanisch-sowjetische Freundschaft zu zerstören, bewahren sie die Kommunisten und das gesamte albanische Volk unverletzt in ihren Herzen.

Unsere Partei hat für eine feste Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung auf der Basis der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus und der strengen Durchführung der Moskauer Deklarationen gekämpft, sie kämpft für eine Einheit im Kampf gegen den Imperialismus und gegen die Renegaten des Marxismus-Leninismus, gegen die modernen Revisionisten. Der Kampf für die Einheit und der Kampf gegen die Spalter der Einheit, gegen die modernen Revisionisten sind untrennbar miteinander verbunden. Nur eine solche marxistisch-leninistische Einheit kann eine wirkungsvolle und dauerhafte Einheit sein, deren die internationale kommunistische Bewegung bedarf.

\* \* \*

Aus der Analyse des Interviews, das Tito dem amerikanischen Berichterstatter Drew Pearson gewährte, und der Auffassungen und praktischen Handlungen der jugoslawischen Revisionisten kann man erneut ihr wahres Gesicht und ihre verräterische und

feindliche Rolle, die sie im Dienst des amerikanischen Imperialismus und seiner Grundstrategie spielen, deutlich ersehen. Aber gerade diese aktive Tätigkeit im Dienst des amerikanischen Imperialismus hat die Belgrader Revisionisten vor aller Welt entlarvt. Die Kommunisten, die fortschrittlichen Menschen und Völker sehen jetzt klar, was die Tito-Clique vertritt, welche Gefahr sie für die Sache des Kommunismus, des Friedens und der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit der Völker bildet. Die Moskauer Deklaration der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien vom Jahre 1960 hat die revisionistischen Führer Jugoslawiens zu Verrätern des Marxismus-Leninismus, zu Handlangern des Imperialismus und zu Gegnern der nationalen Befreiungsbewegung und des Friedens gestempelt.

Aber die Tito-Clique hat Freunde, Genossen und Alliierte, die auf sehr listige Weise ihr eingebüßtes „Ansehen“ zu erhalten, ihren verlorenen „Kredit“ wieder herzustellen versuchen. In dieser Richtung arbeiten auch ihre imperialistischen Schirmherren, mit den USA an der Spitze, welche die Zitrone bis auf den letzten Tropfen auszupressen suchen. In dieser Richtung arbeiten auch die modernen Revisionisten mit der Chruschtschow-Gruppe an der Spitze, welche Tito und seine Clique als aktive Mitkämpfer und Bundesgenossen im Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und als Mittelmann in ihren Machenschaften mit dem Imperialismus verwenden wollen. Diese Anstrengungen beider Teile zeigten sich besonders deutlich in der letzten Zeit.

Die amerikanischen Imperialisten erheben ein großes Geschrei, weil sich Tito angeblich mit dem Osten verbindet. Dem amerikanischen Senat und Kongreß

wurden Vorschläge zur Einstellung der Hilfe an Jugoslawien unterbreitet, weil es „unverlässlich“ ist. Andererseits posaunen die Chruschtschow-Gruppe und ihre Anhänger, im Widerspruch zu der Moskauer Deklaration vom November 1960, aus, daß „Jugoslawien ein sozialistisches Land ist“, daß „die auswärtige Politik Jugoslawiens in den wichtigsten Fragen mit jener der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder völlig übereinstimmt“, daß „man die jugoslawischen Erfahrungen sorgfältig studieren soll“. Um diese Anweisung auszuführen, werden jetzt verschiedene Delegationen ausgetauscht, wird Jugoslawien vorläufig als „Beobachter“ zu den Tagungen der sozialistischen Länder eingeladen, werden die Grenzen für Massentreffen geöffnet usw. Es ist klar, daß beide Teile bluffen, Anstrengungen machen, bei den Völkern und Kommunisten Illusionen zu erwecken; sie helfen einer dem anderen, um die revisionistische Clique Titos auch in Zukunft für ihre Zwecke zu verwenden. Denn in Wirklichkeit hat sich gar nichts geändert. Ungeachtet des Geschreis, das im amerikanischen Senat oder Kongreß erhoben wird, ist Tito weiterhin der Handlanger der Imperialisten, erhält weiterhin „Kredite“ und „Unterstützung“ und steht weiterhin ganz im Dienst des Imperialismus. Auch ungeachtet der pompösen Erklärungen der Chruschtschow-Gruppe über das „sozialistische Jugoslawien“ usw. ist der Sozialismus in Jugoslawien nur ein Begriff, eine Maske, die der Tito-Clique gestattet, das sozialistische Lager leichter zu unterminieren und in der Rolle des „trojanischen Pferdes“ umstürzlerische Handlungen zu begehen.

Mit einem Wort, die Tito-Clique ist dieselbe geblieben, obwohl sich die Imperialisten und die Chru-

schtschow-Gruppe Mühe geben, sie in anderem Lichte erscheinen zu lassen. Die Tito-Clique spielt die Rolle des „Dieners zweier Herren“ weiter, d. h. sie dient sowohl den Imperialisten gegen den Kommunismus, gegen die nationale Befreiungsbewegung und gegen den Frieden, als auch der revisionistischen Chruschtschow-Gruppe gegen den Marxismus-Leninismus und für die Annäherung an den Imperialismus.

Die Chruschtschow-Gruppe gab keine Antwort auf das Interview Titos und billigte dadurch alles, was Tito über N. Chruschtschow sagte. Das zeigt, daß die Tito-Clique und die Chruschtschow-Gruppe den gleichen Weg gehen. Aber die Chruschtschow-Gruppe mußte auch aus einem anderen Grund diese Haltung zu dem Interview Titos einnehmen, weil sie sonst all das, was sie für die Verteidigung der Tito-Clique gesagt hat, zurücknehmen und zugeben müßte, daß ihre Politik der Annäherung und Aussöhnung mit den jugoslawischen Revisionisten falsch war. Aber die Tatsachen der letzten Zeit zeigen, daß sich die Chruschtschow-Gruppe immer mehr der Tito-Clique nähert. Wie berichtet, wird L. Breshnew bald nach Jugoslawien fahren, während sich Josip Broz Tito auf Einladung Chruschtschows Ende d. J. oder im nächsten Frühjahr nach der Sowjetunion begeben wird. Diese Besuche haben einen Zweck und erfolgen offensichtlich, um ihre gemeinsamen Machenschaften und Handlungen besser zu koordinieren.

Jeder Tag zeigt immer deutlicher die große Gefahr, welche die Auffassungen und Handlungen der modernen Revisionisten, vor allem der Agenten des Imperialismus — der Tito-Clique für den Sozialismus und für den Kampf der Völker gegen den Imperialismus bilden. Wer

schweigt, wer diese gefährlichen Auffassungen und Handlungen der Revisionisten nicht enthüllt, der nimmt eine große Verantwortung vor der kommunistischen Bewegung und vor allen Völkern der Welt, die für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfen, auf sich. Deshalb ziemt es sich heute mehr denn je zuvor für uns, wie in den beiden Moskauer Deklarationen vom Jahre 1957 und 1960 besonders unterstrichen ist, gegen den modernen Revisionismus, der weiterhin die Hauptgefahr für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung bildet, entschlossen zu kämpfen und die jugoslawischen Revisionisten als Verräter des Marxismus-Leninismus, als Gegner des Sozialismus, des Friedens, der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker zu entlarven.

## Großer Verrat am Marxismus-Leninismus

(Artikel aus der Zeitung „Zëri i Popullit“  
vom 13. Oktober 1962)

AUF Einladung Titos stattete der Präsident des Präsidiums des Obersten Sowjets, L. Breshnew, Jugoslawien einen offiziellen elftägigen Besuch ab. Die sowjetische und jugoslawische Presse bezeichnete Breshnews Besuch als eine Erwidierung des Besuches, den Tito der Sowjetunion im Jahre 1956 abstattete.

Auf dem Moskauer Flugplatz verabschiedete sich N. Chruschtschow von L. Breshnew. Als Breshnew in Belgrad ankam, wurde er von Tito und seiner Clique mit großem Pomp empfangen und beeilte sich, dem „geehrten Genossen Tito für die freundliche Einladung zu danken und ihm im Namen Chruschtschows herzliche Grüße und gute Wünsche für Erfolge im Leben und in der Arbeit sowie im Kampf für einen dauerhaften Frieden und für den Sozialismus“ zu überbringen.

Während des Besuches wechselten beide Präsidenten freigiebig Reden. Titos Reden drückten seine große Freude aus, daß er Gelegenheit fand, dem Gen. Breshnew „die Ergebnisse der Entwicklung und des sozialistischen Aufbaus Jugoslawiens“ unter der Führung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens zu zeigen. Er sagte, daß das „Vorhandensein einiger Verschiedenheiten kein Hindernis auf diesem Weg bilden darf, weil sie eine normale Erscheinung sind und heute oft aus der Tatsache stammen, daß die konkreten Wege der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, der Entwicklung der einzelnen Länder verschieden sind und von den verschiedenen historischen Bedingungen abhängen“ usw. Tito



sprach über die Unterstützung und Hilfe, die Jugoslawien der nationalen Befreiungsbewegung und der fortschrittlichen Bewegung in der Welt und den unabhängigen afro-asiatischen Ländern gegeben hat. Er erklärte mit lauter Stimme vor dem Präsidenten des Obersten Sowjets, daß die „Auffassungen der jugoslawischen Regierung und der Sowjetregierung sich in vielen internationalen Grundfragen berühren oder identisch sind“. Als Tito den Zeitabschnitt, wo die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien etwas eingefroren waren, erwähnte, gab er die Direktive: „Wir brauchen uns nicht gegenseitig zu beschimpfen. Wir müssen dem Streit ein für allemal ein Ende machen und gute Freunde werden. Ich bin überzeugt, daß der jetzige Besuch ein großer Schritt zur Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Ländern sein wird.“ In seiner Rede in Kragujewats sagte Tito: „Wir können unseren Freunden offen sagen, daß sie in ein Land gekommen sind, wo der Sozialismus aufgebaut wird und in dem es keinen anderen Weg der Entwicklung geben kann. Wir werden auf diesem Wege weiter gehen und wir haben die Mittel für den Aufbau unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung (natürlich erwähnte er hier nicht die amerikanische „Hilfe“. Anm. der Red.). Zum Schluß möchte ich unserem Gen. Breshnew und den anderen Freunden für diesen Besuch und für ihre Worte, die mit unseren Auffassungen über den Sozialismus vollkommen übereinstimmen, danken.“ (TANJUG, 26. September 1962).

Der Präsident des Obersten Sowjets der Sowjetunion und Mitglied des Präsidiums des ZK der KP der Sowjetunion Breshnew spendete Titos Reden Beifall und gab verschiedene Erklärungen ab. In seiner Begrüßungsan-

sprache am 24. September und in anderen Reden wiederholte er, daß die „Zusammenarbeit mit Jugoslawien allen Ländern, die den Sozialismus und Kommunismus aufbauen, zum Vorteil gereicht“ (?!). Er wies darauf hin, daß „das Tätigkeitsfeld der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen sehr weit ist“, und erklärte: „Wir würdigen sehr das Eintreten der jugoslawischen Regierung und des Präsidenten der Föderativen Jugoslawischen Republik Josip Broz Tito für eine Politik des Friedens und der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten“ usw. In seiner Rede auf der Kundgebung in Spalato berichtete Breshnew den „jugoslawischen Genossen“, daß der Personenkult liquidiert und seine schädlichen Folgen überwunden worden seien. Er unterstrich, daß „die mutige Aufdeckung, Enthüllung und Verurteilung des Personenkultes Stalins von großer Bedeutung für den erfolgreichen Aufbau der kommunistischen Gesellschaft waren“. Bei dieser Gelegenheit erwähnte Breshnew auch seine Eindrücke, die auf ihn der Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien gemacht hatte, und sagte: „Wir sahen, wie die jugoslawischen Völker wie eine einheitliche brüderliche Familie arbeiten und das neue Leben aufbaut.“ Oft erwähnte er auch die „interessanten und wertvollen Gespräche mit dem Präsidenten Tito und mit anderen hervorragenden Persönlichkeiten Jugoslawiens“, die „interessanten Dinge“, die er gesehen hatte, den „sehr interessanten Besuch“ und die „sehr interessante Reise durch Jugoslawien“.

Während der Fahrt durch Jugoslawien gab A. Rankowitsch dem Präsidenten des Obersten Sowjets das Ehrengleit. Er ist als Organisator von Folterungen und Morden bekannt und hat Tausende von jugoslawischen Kom-

munisten, die den Mut hatten, sich dem revisionistischen Kurs der Tito-Clique seit 1948 entgegenzustellen, umgebracht.

Als sich Breshnew von Tito aufs „herzlichst“ verabschiedete, wies er erneut auf die mit ihm geführten „aufrichtigen Gespräche über viele Fragen des gemeinsamen Kampfes für die Erhaltung des Friedens sowie der Gesamtentwicklung und der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen im Interesse des Friedens und des Sozialismus hin, dankte seinem lieben Freund, dem Präsidenten der Föderativen Jugoslawischen Republik Tito, noch einmal herzlichst“ und bat ihn im Namen N. Chruschtschows, die Sowjetunion zu besuchen. Der TASS-Agentur zufolge nahm Tito die Einladung mit Genugtuung an und wird N. Chruschtschow im Dezember d. J. besuchen.

Nach dem Besuch Breshnews schrieb die „Borba“ mit sichtlicher Freude: „Die freundschaftlichen Beziehungen und die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien werden ohne Zweifel die Merkmale der langfristigen Beziehungen, der besseren und stabilisierteren Beziehungen annehmen.“

Das wurde öffentlich gesagt. Unsere Aufmerksamkeit lenken jedoch jene Dinge auf sich, die in den Reden und in dem veröffentlichten Kommuniqué verschwiegen oder absichtlich übergangen wurden. Wir meinen hier nicht die geheimen Verhandlungen, die seit langem zwischen der Chruschtschow-Gruppe und der Tito-Clique geführt werden, oder ihre Pläne für die Zusammenarbeit und die Koordinierung ihrer Spaltertätigkeit. Das wird, wie bisher, die Zeit an den Tag bringen. Wir meinen jene Fragen, worüber Stillschweigen bewahrt wird oder die verdreht werden. Wer den Besuch Breshnews aus der

Nähe verfolgt und das Schlußkommuniqué über die Besprechungen zwischen Tito und Breshnew aufmerksam liest, dem fällt es auf, daß die Gefahr, welche dem Frieden, der nationalen Unabhängigkeit der Völker und dem Sozialismus seitens des amerikanischen Imperialismus droht, nicht unterstrichen, die Illusion verbreitet wird, daß jetzt angeblich die Zeit gekommen ist, wo die Imperialisten einen großen Teil der infolge der Abrüstung freigewordenen Beträge zum Wohle der Völker, vor allem der Entwicklungsländer verwenden werden. Wenn die kubanische Frage berührt wird, wird es nicht auf den amerikanischen Imperialismus, der Kuba mit Aggression bedroht, mit dem Finger gezeigt, sondern über einige aggressive Kreise des Imperialismus gesprochen. Wenn über die Aufnahme der VR China in die UNO gesprochen wird, es ist keine Rede von einem Hinauswurf des Vertreters Tschiang Kai-scheks und es wird die imperialistische Politik der „zwei Chinas“ nicht verurteilt usw.

Aus dem oben Gesagten ergibt sich deutlich, daß der Besuch Breshnews bei Tito, diesem persönlichen Abgesandten N. Chruschtschows, trotz der leichten Anstrengungen, die gemacht werden, um ihn formal im Rahmen der friedlichen Koexistenz und der zwischenstaatlichen Beziehungen zu halten, keine einfache und gewöhnliche Reise ist, um die „schönen und wunderbaren Gegenden des befreundeten Jugoslawiens zu sehen“. Dieser Besuch erfolgt kurz nach der Rede Chruschtschows in Warna, wo er die Tito-Clique, die den „Sozialismus aufbaut“, in den Himmel erhob, die Beziehungen zu Tito nicht nur „normal, sondern gut“ bezeichnete und zur Annäherung und allseitigen Verbesserung der Beziehungen zu Jugoslawien aufrief, indem er die Zusammenarbeit und die

Hilfe für Jugoslawien als einen Faktor hielt, der „nicht nur zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien beitragen, sondern auch allen Ländern, die den Sozialismus und Kommunismus aufbauen, zum Nutzen gereichen wird“ (?!). Die Reise Breshnews, durch das Prisma der Spaltertätigkeit, welche die Tito-Clique gegen das sozialistische Lager, die nationale Befreiungsbewegung, die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse und überhaupt gegen die fortschrittliche Bewegung entfaltet, sowie durch das Prisma der revisionistischen Auffassungen und der Spaltertätigkeit der Chruschtschow-Gruppe und der beiderseitigen Anstrengungen N. Chruschtschows und Titos, um eine Annäherung herbeizuführen und ihre antimarxistische Tätigkeit zu koordinieren, betrachtet, ist ohne Zweifel eine Reise, die über den Rahmen der Höflichkeitsbesuche, welche das diplomatische Protokoll verlangt, hinausgeht. Die Reise Breshnews, „diese Mission der Freundschaft“, „dieser wichtige Besuch“, wie ihn die Sowjetpresse bezeichnet, hat einen betont politischen und ideologischen Charakter und ist ein Glied in der Reihe der Anstrengungen, um sich den jugoslawischen Revisionisten zu nähern und mit ihnen den neuen revisionistischen Kurs zur Spaltung des sozialistischen Lagers und zur Liquidierung des Sozialismus zu koordinieren.

Bekanntlich begann N. Chruschtschow öffentlich seine Annäherungsversuche an die jugoslawischen Renegaten schon seit 1955, als er nach Belgrad fuhr, vor Tito einen Fußfall tat und ihn um Entschuldigung bat wegen der Verbrechen, die angeblich die kommunistischen und Arbeiterparteien an den „jugoslawischen Führern“ begangen hätten. Auf diese Weise deckte er mit der Autorität

der Sowjetunion die Sünden der Titoisten. Das war der erste Schritt. Nachdem er den jugoslawischen Revisionisten den Mantel des Marxismus-Leninismus umgehängt hatte, ergriff N. Chruschtschow, wie das Leben gezeigt hat und zeigt, Schritt für Schritt und planmäßig Maßnahmen, um sich ihnen immer mehr zu nähern.

Die Ereignisse nach dem Besuch der Sowjetunion durch Tito im Jahre 1956, vor allem aber die ungarische Konterrevolution und die Veröffentlichung des revisionistischen Programms des BdKJ gestatteten N. Chruschtschow, seinen Weg fortzusetzen. Die Moskauer Beratungen vom Jahre 1957 und 1960, welche die jugoslawische revisionistische Clique mit Recht als Verräter am Marxismus-Leninismus, als Unterwühler des sozialistischen Lagers im Dienste des amerikanischen Imperialismus usw. bezeichneten, beunruhigten N. Chruschtschow sehr. Deshalb war er unter dem Druck des gerechten Kampfes, den die kommunistischen und Arbeiterparteien gegen den Revisionismus, insbesondere gegen den jugoslawischen Revisionismus, der die Hauptgefahr für die kommunistische Bewegung ist, einige Male genötigt, ein paar Worte gegen die Tito-Clique fallen zu lassen. Aber in allen seinen Reden, die Chruschtschow gehalten hatte, ließ er, wie jetzt die vielen bekannten Tatsachen zeigen, die Tür für eine Verständigung mit der Tito-Clique offen, riet er auf diese oder jene Weise auch den anderen, die Beziehungen mit den jugoslawischen Revisionisten nicht zu verschlechtern und sie nicht zu bekämpfen unter dem absurden Vorwand, daß sonst ihr „Wert steigen würde“.

Aber es kam die Zeit des XXII. Parteitages, wo Chruschtschow offen als Spalter des sozialistischen Lagers und

der kommunistischen Bewegung auftrat. Das erste, was er jetzt tun mußte, war, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen und die offiziellen staatlichen und Parteikon-takte zu der Tito-Clique aufzunehmen. Das war uner-läßlich, um seine Spaltertätigkeit fortzusetzen. Ohne Zweifel war Tito, der schon Beweise seines Verrats am Marxismus-Leninismus geliefert hatte, sein bester Bun-desgenosse in dieser Aktion. Um dieses Ziel zu erreichen, mußte er die Erklärung der Moskauer Beratung des Jahres 1960 mit beiden Füßen treten. Und um entschlos-sen seine Pläne in die Tat umzusetzen, zögerte er nicht, das zu tun.

So begann die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet und schon 1961 stieg der Warenaustausch um das 2,5fache gegenüber 1955. Im Jahre 1962 wird der Warenaustausch um 30% größer als 1961 sein. Im Juli d. J. wurden in einer „Atmosphäre herzlicher Besprechungen“ alle Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Geist „der Freundschaft und des vollen gegenseitigen Verständnisses“ ohne Schwierigkeit bereinigt. Es wurden verschiedene Abkommen unterzeichnet, welche eine beträchtliche Erhöhung des Warenaustausches für 1963—1965, im Vergleich zum langfristigen in Kraft stehenden Abkommen, vorsehen. Es wurden alle Maß-nahmen für eine Kooperation auf dem Gebiet der Indu-strie und der technisch-wissenschaftlichen Zusammen-arbeit und des Austausches von Spezialisten ergriffen.

Nach der Bereinigung der wirtschaftlichen Fragen mit der Tito-Clique mußte Chruschtschow notwendigerweise auch die politischen und ideologischen Fragen lösen. Die engen Mitarbeiter Chruschtschows, wie beispielsweise J. W. Spiridonow, Vorsitzender des Sowjets der Union des

Obersten Sowjets, sagte in seiner Rede am 2. Juli 1962 anlässlich des Empfangs der jugoslawischen Parlaments-delegation: „Wenn man das Ziel verfolgt, zwischen den Staaten und Regierungen mehr Berührungspunkte über die Fragen der Außenpolitik, der Wirtschaft und Kultur herzustellen, kann man auch den Weg zur Beseitigung der Divergenzen auf ideologischem Gebiet betreten.“ Die Zusammenarbeit wurde auf dem Gebiet des Austausches von Delegationen der verschiedenen Gebiete, einschließ-lich der politischen und ideologischen Gebiete stark erweitert. Der Delegationsaustausch umfaßt die Mas-senorganisationen, wie die Organisationen des Gewerk-schaftsverbandes, der Berichterstatter, der Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler usw. Das, was N. Chru-schtschow und die Propagandisten von Zeit zu Zeit über die Übereinstimmung seiner Politik mit jener der Tito-Gruppe sagten, war der Auftakt zum Besuche Breshnews.

Die Annäherung an die Tito-Clique maskierte Chru-schtschow mit Erklärungen, daß Jugoslawien ein Land, das den Sozialismus aufbaut, sei. Eine solche Maske ist zu durchsichtig, um den großen Verrat, der begangen wird, indem man mit den Belgrader Renegaten zusam-men arbeitet, zu verhüllen.

Auf welchen Grund, auf welche Logik stützen sich Chruschtschow und seine Anhänger, wenn sie erklären, daß Jugoslawien den Sozialismus aufbaut? Wie kann eine Gruppe, die den Marxismus-Leninismus verraten hat, den Sozialismus aufbauen, wenn man weiß, daß die wissenschaftliche Ideologie des sozialistischen Aufbaus der Marxismus-Leninismus ist? Wie kann man den Sozialismus aufbauen, wenn man der kapitalistischen Entwicklung auf dem Dorf Tür und Tor öffnet und die

Wirtschaft immer mehr auf den Weg der kapitalistischen Wirtschaft führt? Wie kann man den Sozialismus mit Milliarden Dollars der USA, welche die gesamte jugoslawische Wirtschaft an der Gurgel gefaßt haben, aufbauen? Wie kann ein Land, dessen Führer die Einheit des sozialistischen Lagers untergraben, den Sozialismus aufbauen? Wie ist es also möglich, den Sozialismus zu untergraben und ihn zugleich aufzubauen? Wie kann man ein Land, dessen Führung unter der Maske der Politik außerhalb der Blocks eine Tätigkeit entfaltet, welche die Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten schädigt, sozialistisch nennen? Was hat sich denn in Jugoslawien seit der Moskauer Beratung im Jahre 1960 geändert, um zu einer solchen Schlußfolgerung, wie der die Chruschtschow-Gruppe zu gelangen? Gar nichts hat sich geändert. Die jugoslawischen Revisionisten haben nicht nur keine Änderung vorgenommen, sondern haben sich dem Imperialismus immer mehr zur Verfügung gestellt, haben immer mehr den Weg zur Wiederherstellung des Kapitalismus eingeschlagen.

Die Chruschtschow-Gruppe braucht ja gerade die verräterische und Spaltertätigkeit der Tito-Clique. Sie benötigt die Erfahrungen Titos auf diesem Gebiet, um ihren revisionistischen Kurs in die Tat umzusetzen. Deshalb verschließt sie absichtlich ihre Augen vor der heutigen wahren Lage Jugoslawiens, das der Wiederherstellung des kapitalistischen Systems entgegengeht, und vergißt alles, was sie gegen die jugoslawischen Revisionisten gesagt hat. Das erklärt alle ideologischen Konzessionen und die Anstrengungen während des Besuches Breshnews in Jugoslawien, um die Auffassungen in Einklang zu bringen.

Nicht ohne Absicht nannte Breshnew in seinen Reden während seines ganzen Besuches kein einziges Mal das sozialistische Lager: Er mußte diesen Ausdruck vermeiden, weil Tito gegen „die Lager“ ist, über „den Lagern“ steht. Aber, was wichtiger ist, Breshnew sprach, wie aus seinen Reden hervorging, von der „Welt der sozialistischen Länder“, von den „sozialistischen Kräften in der Welt“, von der „Gesellschaft der sozialistischen Staaten“, bemühte sich, geeignete Formen für die Liquidierung des sozialistischen Lagers zu finden und den Wolf in die Schafhürde, das „befreundete sozialistische Jugoslawien“ in die Familie der sozialistischen Länder aufzunehmen, um dann die gemeinsamen Pläne, die jetzt schon alle kennen, zur Ausführung zu bringen.

Um sein Ziel, eine Annäherung herbeizuführen, zu erreichen, gab Chruschtschow Breshnew eine sichere Stütze auf der Reise nach Jugoslawien mit. Diese Stütze war seine Suite, bestehend aus den engsten und erprobtesten Anhängern seiner revisionistischen Linie, wie Adshubej, Firjubin und Andropow. Adshubej, dessen einziges Verdienst als „politische Persönlichkeit“ ist, daß er Chruschtschows Tochter zur Frau hat, ist als der Mann bekannt, der, auf den Spuren seines Schwiegervaters wandelnd, den Präsidenten Kennedy, den Milliardär der amerikanischen Monopole, einen „Helden, auf den das amerikanische Volk stolz sein kann“, nannte. Adshubej ist ferner als der persönliche Mittelsmann Chruschtschows bei seinen üblen Geschäften mit Kennedy bekannt. Firjubin war Botschafter in Belgrad und der offizielle Verbindungsmann Chruschtschows mit der Tito-Clique; sein besonderes Verdienst ist, daß er die Annäherung zwischen Tito und Chruschtschow zustande

brachte. Andropow war Botschafter in Ungarn und ist jetzt ein hoher Funktionär im Apparat des ZK der KP der Sowjetunion. Er ist als der Mann bekannt, welcher den schwarzen Taten Chruschtschows und seiner Gruppe während der ungarischen Konterrevolution im Jahre 1956 und den Komplotten Chruschtschows gegen die Partei der Arbeit Albaniens und die anderen kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt Vorschub leistete.

Die Chruschtschow-Gruppe und Tito denken, daß jetzt der Augenblick für eine Annäherung sehr günstig ist, daß die Zeit für eine offene Zusammenarbeit in allen Richtungen und Formen gekommen ist. Das ersieht man deutlich aus den Worten, die Tito an Breshnew richtete: „Wir haben uns gegenseitig genug beschimpft. Jetzt dürfen wir nicht mehr streiten. Wir müssen gute Freunde werden.“ Tito sagte also mit anderen Worten: „Wir haben die anderen genug getäuscht, daß wir Gegner wären. Werfen wir die Maske weg. Der Augenblick, an dem wir offen einer dem anderen die Hand reichen und für die gleichen Ziele zusammenarbeiten, ist gekommen.“

Während seines Besuches wiederholte Breshnew die bekannte Formel Chruschtschows über die „Übereinstimmung“ der Auffassungen und der Standpunkte zu den außenpolitischen Fragen.

In unseren früheren Artikeln haben wir die Auffassungen der jugoslawischen Revisionisten eingehend analysiert und anhand von Tatsachen gezeigt, daß sie mit der Außenpolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder gar nichts Gemeinsames haben. Deshalb werden wir uns hier darüber nicht weiter verbreiten. Wir werden nur darauf hinweisen, daß gerade als Breshnew auf seiner Tournee durch Jugoslawien

Anstrengungen machte, um die Auffassungen und die Politik der jugoslawischen Revisionisten der Politik der Sowjetunion gleichzusetzen, prangerte der Vertreter der jugoslawischen Revisionisten Popowitsch in seiner Rede auf der jetzigen Tagung der Generalversammlung der UNO die Politik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder an, indem er sie mit der Politik der Aggression und des Krieges des amerikanischen Imperialismus verglich.

Die Versuche der Chruschtschow-Gruppe, die Politik der jugoslawischen Revisionisten mit jener der Sowjetunion auf die gleiche Linie zu setzen, ihren Standpunkt gegenüber den internationalen Fragen mit jenem der Sowjetunion zu identifizieren, sind bloß ein Bluff, eine Maske, die Chruschtschow benötigt, um die Belgrader Renegatenclique als sozialistisch hinzustellen. Aber diese Versuche wurden durch die vielen Tatsachen und durch Tito selbst in seinem letzten Interview verworfen. In diesem erklärte er: „Vor allem geben unsere Vertreter nicht immer den Gegnern der USA ihre Stimmen. . . Es gab Fälle, wo unsere Vertreter, gemäß unseren Auffassungen, eine Haltung einnahmen, die der Haltung der amerikanischen Vertreter entsprach.“

Jetzt weiß alle Welt, daß die jugoslawische Politik in den außenpolitischen Fragen ein Anhang der Politik der Aggression und des Krieges der amerikanischen Imperialisten ist und man kann sie keineswegs der Politik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder gleichsetzen. Die Politik der jugoslawischen Revisionisten entspricht völlig den Auffassungen und Zielen, welche die revisionistische Chruschtschow-Gruppe verfolgt.

Für Chruschtschow ist es von großer Bedeutung, daß die Haltung der Tito-Clique gegenüber den verschiedenen internationalen Fragen, den strategischen Grundfragen, die seine Gruppe mit der Tito-Clique verbinden, jener der Sowjetunion entspricht. Solche Fragen sind: Klassenaussöhnung des Sozialismus mit dem Kapitalismus, politische und ideologische Koexistenz zwischen ihnen, Frieden und Koexistenz um jeden Preis, Verneinung jeder revolutionären Bewegung, wirtschaftliche und politische Integration der Welt. Was die Tätigkeit und die Haltung gegenüber bestimmten konkreten Fragen anbelangt, ist Chruschtschow selbst in vielen Fällen kontradiktorisch, befindet sich im Widerspruch zu der grundsätzlichen Politik der Sowjetunion und der KP der Sowjetunion. Es gibt dafür genug Beispiele, die zeigen, daß Chruschtschow heute so und morgen anders spricht. Heute lobt er Eisenhower, morgen schimpft er auf ihn; heute erklärt er, daß die Deutsche Frage unverzüglich gelöst werden müsse, und bestimmt sogar den Termin und am nächsten Tage erklärt er ohne Scham, daß die Frage der Termine keine Rolle spielt; heute sagt er, daß der jugoslawische Revisionismus das trojanische Pferd ist und am nächsten Tage erklärt er, daß er den Sozialismus aufbaut. Diese Taktik ist ein charakteristischer Zug der modernen Revisionisten, weil sie Menschen ohne Grundsätze sind. Als Antimarxisten machen sie Anstrengungen, um sich den durch kleine politische Ereignisse verursachten Wendungen anzupassen, und vergessen die Lebensinteressen des Proletariats und die Natur der kapitalistischen Ordnung.

Umsonst bemühte sich die Chruschtschow-Gruppe, dem Besuche Breshnews manchmal auch einen antiimpe-

rialistischen Anstrich zu geben, um den wahren Zweck dieses Besuches — die Koordinierung ihrer revisionistischen Auffassungen und Handlungen — zu tarnen. Die sowjetische Zeitung „Iswestia“ weist in einem Artikel, betitelt „Im Namen der gemeinsamen Ziele“, in dem die „reine Atmosphäre der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen“ unterstrichen wird, darauf hin, daß angeblich die leitenden Kreise um Adenauer und überhaupt die imperialistischen Kreise den Besuch Breshnews mit Nervosität und Beunruhigung aufgenommen hätten. Aber die Wahrheit ist anders. In Wahrheit beschäftigt sich Breshnew nicht viel mit dieser Frage und auch die „Iswestia“ besteht nicht auf ihrer Begründung. Im Gegenteil, die Chruschtschow-Gruppe unterstreicht aus Sorge, die Imperialisten könnten böse werden und der Tito-Clique den Rücken kehren, eigens, daß „die Sowjetunion bestrebt ist, die guten Beziehungen zu Jugoslawien zu erweitern, und keine Verschlechterung seiner Beziehungen zu den anderen Ländern wünscht“. („Iswestia“, vom 29. September). Und das geschieht nicht ohne Absicht. N. Chruschtschow hat gar kein Interesse daran, daß sich die jugoslawischen Revisionisten von den Imperialisten, insbesondere von den amerikanischen Imperialisten, trennen. Die Tito-Clique ist eine wichtige Verbindungsbrücke zwischen Chruschtschow und Kennedy. Auch der Lärm, der in diesen Tagen in den USA über den Beschluß des amerikanischen Senats, Jugoslawien nicht mehr als bevorzugtes Land im Außenhandel zu behandeln, erhoben wird, ist kein Zufall. Wahr ist, daß die reaktionäre Presse ihre Freude über diesen Besuch nicht zurückhalten konnte und diese Freundschaftsdemonstration der Chruschtschow-Gruppe begeistert als einen

„Frühling in den sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen“ pries.

Aus alledem ergibt sich deutlich, daß die Chruschtschow-Gruppe und die titoistische Renegatenbande in allen Grundfragen, in ihrer Taktik und Strategie der Annäherung an die Imperialisten und des Kampfes gegen den Marxismus-Leninismus und die Einheit des sozialistischen Lagers, sowie in den gemeinsamen Anstrengungen, um einige Führer der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen und kapitalistischen Länder Europas auf ihre Seite zu bringen, politisch und ideologisch miteinander übereinstimmen. Sie stimmen in ihrer Taktik und Strategie der Untergrabung der nationalen Befreiungsbewegung miteinander überein, indem sie diese der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unterstellen. Sie stimmen in ihrer Taktik und Strategie der wirtschaftlichen und politischen Integration der Welt miteinander überein.

Aus alledem ergibt sich deutlich, daß wir vor einem sehr großen Verrat am Marxismus-Leninismus stehen. Diesen Verrat sehen nur jene nicht, die ihn nicht sehen wollen, weil sonst ihre Interessen geschädigt werden würden.

\* \* \*

Wir müssen die Dinge richtig beurteilen, wir müssen ihnen ins Auge schauen, sie beim Namen nennen. Der moderne Revisionismus bildet eine sehr große Gefahr für die großen historischen Errungenschaften des Proletariats sowie für die Revolution und den Sozialismus. Er ist aggressiv und unverschämt geworden.

Der moderne Revisionismus ist als antimarxistische Strömung noch immer nicht völlig entlarvt worden. Und gerade hier liegt seine Gefährlichkeit. Wahr ist, daß die Form des jugoslawischen Revisionismus stark diskreditiert ist, aber heute ist es notwendig, die gemeinsame Front, welche die modernen Revisionisten im Kampf gegen den Sozialismus und den revolutionären Marxismus-Leninismus bilden wollen, restlos zu enthüllen.

Wo liegt die Kraft des modernen Revisionismus? Heute haben wir nicht mehr mit einem solchen Opportunismus, wie ihn die II. Internationale in der Zeit von 1894 bis 1917 vertrat, der sich nur auf die Almosen stützte, die ihm das herrschende Bürgertum aus den unermeßlichen Profiten, die es aus den kolonialen und halbkolonialen Ländern herauszog, hinwarf, zu tun. Die große Tragödie der internationalen kommunistischen Bewegung ist heute, daß die Chruschtschow-Gruppe, die an der Spitze der Sowjetunion und der KP des Großen Lenin steht, den Revisionismus vertritt.

Die Revisionisten beuten mit Hilfe einer entzügelten Demagogie die große internationale Autorität, welche die KP der Sowjetunion unter der Führung Lenins und Stalins erlangte, sowie die ruhmreiche revolutionäre Vergangenheit einiger kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder für sich aus. Der moderne Revisionismus benützt den Marxismus-Leninismus vor allem Lenins Namen als Etikett, um seine antimarxistischen Theorien und Auffassungen zu verbreiten und die Massen zu betrogen. Natürlich kann man nicht Chruschtschow, Tito und ihren Anhängern verbieten, ihre zum Kaufe angebotene alte Ware mit Aufschriften zu versehen, die ihnen gefallen. Aber sie bilden eine Gefahr, wenn sie von Men-



schen verwendet werden, die noch nicht völlig als Antimarxisten entlarvt sind. W. I. Lenin unterstrich dauernd, daß der offene Opportunismus weniger gefährlich und schädlich als der mit dem Mantel des Marxismus-Leninismus verhüllte Opportunismus ist.

Außerdem genießt der moderne Revisionismus auch die Unterstützung des internationalen Imperialismus, der ihm auf verschiedene Weise, offen und heimlich, hilft. Es genügt, Jugoslawien zu erwähnen, wo die amerikanischen Monopolherren Tito, einem der Häupter des modernen Revisionismus, 5 Milliarden Dollar gegeben haben. Dieser Betrag soll für die Realisierung des strategischen Hauptzieles des Imperialismus: für die Liquidierung des sozialistischen System und für die Errichtung der Weltherrschaft des Imperialismus verwendet werden.

Die Quelle des modernen Revisionismus wurde entdeckt und auf den Moskauer Beratungen der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1957 und 1960 bestens definiert. „Das Vorhandensein des bürgerlichen Einflusses“, heißt es in der Deklaration des Jahres 1957, „ist die innere Quelle des Revisionismus, während seine äußere Quelle die Kapitulation vor dem imperialistischen Druck ist“.

Also ist der moderne Revisionismus nicht etwas Zufälliges, ging nicht unerwartet, wie Athene aus dem Haupte des Zeus, hervor. Er ist das Ergebnis des heftigen Klassenkampfes zwischen dem Sozialismus, vor dem die Zukunft liegt, und dem imperialistischen Bürgertum, das seinem Ende entgegengeht. Er ist die Verkörperung der Kapitulation des aristokratisch gewordenen und unentschlossenen Teiles der Vertreter der Arbeiterklasse

infolge des starken und andauernden Druckes des Imperialismus.

Wie früher ist auch heute die Idee der Zusammenarbeit der Klassen der wichtigste Teil des Inhalts des Opportunismus. Diese Idee liegt der gesamten Tätigkeit des modernen Revisionismus zugrunde.

Der revisionistischen Chruschtschow-Gruppe tun die Ohren weh, deshalb erwähnt sie nie die wissenschaftliche Definition unserer Epoche durch die Moskauer Erklärung vom Jahre 1960. In dieser Erklärung wird die heutige Epoche als die Epoche des Kampfes zwischen zwei entgegengesetzten Gesellschaftssystemen, als die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der Revolutionen der nationalen Befreiung, als die Epoche des Zusammenbruches des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, als die Epoche des Übergangs der anderen Länder zum Sozialismus und des Sieges des Sozialismus und Kommunismus auf weltweiter Ebene bezeichnet. Aber Chruschtschow und seine Anhänger stellen in Wirklichkeit die heutige Epoche als die Epoche der friedlichen Koexistenz hin; in dieser sollen alle sozialen und politischen Fragen, die heute die Welt spalten, auf friedlichem Wege, durch Besprechungen ihre Lösung finden. Für sie ist der Hauptinhalt unserer Epoche der friedliche Wirtschaftswettbewerb zwischen den beiden Gesellschaftssystemen der Welt, zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus. Deshalb wird die friedliche Koexistenz von der Chruschtschow-Gruppe als die Generallinie der Außenpolitik der sozialistischen Länder, als der allgemeine Weg zum Sieg des Sozialismus auf weltweiter Ebene laut verkündet. Auf das Gleiche läuft auch die Einschätzung unserer Epoche durch die Tito-

Clique hinaus; diese bezeichnet unsere Epoche als die Epoche des friedlichen Zusammenschlusses der Welt mit dem Sozialismus.

Wir unterstreichen den wesentlichen Unterschied unserer Epoche, den die Moskauer Erklärung des Jahres 1960 einerseits und die Revisionisten andererseits hervorheben, weil sich hier die zwei diametral entgegengesetzten Wege, der Weg des Marxismus-Leninismus und der Weg des modernen Revisionismus, trennen.

Ausgehend von der wissenschaftlichen Definition unserer Epoche, ziehen die Marxisten-Leninisten richtige revolutionäre Schlüsse über die gründlichen Veränderungen, die im neuen Kräfteverhältnis in dem internationalen Kampfplatz zugunsten des Sozialismus stattgefunden haben. Sie halten das Anwachsen der Kräfte des Kommunismus in der Welt und die Festigung des Einflusses des revolutionären marxistisch-leninistischen sozialistischen Systems für einen Faktor, der sehr günstige Vorbedingungen und neue Möglichkeiten für die kommunistischen und Arbeiterparteien, für die Arbeiterklasse und für alle revolutionären Kräfte der kapitalistischen Länder, sowie für die von dem Imperialismus unterdrückten Völker, für den sicheren Sieg der sozialistischen Revolution und der nationalen Befreiungsbewegung, und für den Triumph des Sozialismus und Kommunismus in der Welt geschaffen hat. Aber der Sieg stellt sich weder von selbst ein, noch wird er einem geschenkt, sondern muß durch Kampf und Anstrengungen der Volksmassen in engster Verbundenheit mit einer revolutionären und für die Verteidigung der Interessen des Volkes und der Revolution bis zum Letzten entschlossenen Führung errungen werden. Das ist die Lehre der Geschichte. Heute

erfordert die Lage mehr denn je, daß sich die kommunistischen und Arbeiterparteien an die Spitze der Anstrengungen der Massen gegen den Imperialismus stellen und durch Taten beweisen, daß sie fähig sind, das Proletariat und seine Alliierten zum Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution und der Revolution der nationalen Befreiung zu führen. „Es genügt nicht, sich als ‚Vorhut‘, als eine Abteilung der Vorhut, zu bezeichnen, sondern man muß auch so handeln, daß alle anderen Abteilungen sehen, daß wir an der Spitze marschieren und genötigt sind, dies anzunehmen“, sagte Lenin, (ausg. Werke, Bd. I. Seite 174). Der historische Verlauf der Ereignisse fragt gar nicht, ob man Kommunistische Partei oder anders heißt, fragt nicht nach Programmen und Losungen. Die Revolution will keine Worte, sondern Taten. Wenn man nicht die Lage durch Taten meistert, stößt sie einen mit solcher Wucht zur Seite, daß er total fertig ist und niemand mehr nach ihm fragt. Dafür gibt es genug Beispiele, sogar solche, die sehr aktuell sind. Diese zeigen, daß der Verlauf der revolutionären Ereignisse jene, die infolge ihrer Entartung den revisionistischen Kurs Chruschtschows einschlugen und hinter den Ereignissen zurückblieben, schwer bestraft hat.

Der amerikanische Imperialismus ist heute die Hauptmacht der Aggression und des Krieges, ist der wildeste Feind der gesamten Menschheit. Die Welt ist Zeuge der vielen Akte der Aggression und des Krieges der Imperialisten in verschiedenen Ländern, ist Zeuge der fieberhaften Kriegsvorbereitungen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Partner in den aggressiven Blocks gegen die sozialistischen Länder, gegen die Völker, welche vor kurzem ihre Freiheit und Unabhängigkeit er-

langt haben, sowie gegen die Völker, die die Waffen ergriffen haben und täglich ergreifen, um das imperialistische Kolonialjoch abzuschütteln und das Regime der Unterdrückung und kapitalistischen Ausbeutung zu stürzen.

Die gegenwärtige Lage erfordert mehr denn je dringend die Schaffung einer Einheitsfront der sozialistischen Länder, der revolutionären Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, der demokratischen und revolutionären nationalen Befreiungsbewegung, sowie aller friedliebenden Länder und Völker im Kampf gegen den Imperialismus und für Frieden, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus, weil heute der Imperialismus der Hauptgegner der gesamten Menschheit ist. Nur auf diese Weise ist es möglich, einen dauerhaften Frieden zu sichern und einen neuen Weltkrieg zu verhindern und zugleich die imperialistische Herrschaft zu liquidieren und den Sieg des Sozialismus auf weltweiter Ebene zu sichern.

Aber die Bildung einer starken Front gegen den Imperialismus verhindern auf jede Weise die modernen Revisionisten. Sie benützen jedes Mittel, begehen die niedrigsten verbrecherischen Handlungen, um den Befreiungskampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus zu sabotieren und die Vereinigung aller antiimperialistischen Kräfte im Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus, sowie die Verbreitung der Ideen des revolutionären Marxismus-Leninismus zu verhindern. Im Zusammenhang damit haben die modernen Revisionisten den Imperialisten große grundsätzliche Konzessionen gemacht.

Unterdessen nützen die Imperialisten, mit jenen der USA an der Spitze, die Schwächen und die Einwilligun-

gen der modernen Revisionisten, vor allem Chruschtschows, bestens aus. Die opportunistische und revolutionsfeindliche Politik und Tätigkeit, die Politik der Ausöhnung mit den Imperialisten, welche die Revisionisten betreiben, spaltet und schwächt das sozialistische Lager, schwächt die revolutionäre Bewegung der Völker gegen den Imperialismus und gibt den Imperialisten Gelegenheit, ihre Stellungen in verschiedenen Weltteilen, die in Aggressionsbasen gegen die Sowjetunion, die VR China und die anderen Länder des sozialistischen Lagers sowie gegen die nationale Befreiungsbewegung der Völker verwandelt werden, zu festigen.

Trotz der harten Maßnahmen und der Milliarden Dollars, die der Imperialismus, sekundiert von den Revisionisten, ausgibt, um die nationale, antiimperialistische Befreiungsbewegung zu ersticken, machen die revolutionäre Bewegung und die internationale kommunistische Bewegung dauernd Fortschritte. Und es kann nicht anders sein. Die Widersprüche im Schoß des Imperialismus nehmen dauernd zu. Heute ist die alte kapitalistische Welt mehr denn je mit sozialistischen Revolutionen und mit Revolutionen der nationalen Befreiung erfüllt. In der internationalen Arena findet ein sehr heftiger Klassenkampf statt. In den meisten unterdrückten afroasiatischen und lateinamerikanischen Ländern breitet sich der Brand der revolutionären Kämpfe immer mehr aus. Auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern ist der Klassenkampf noch nicht erloschen und kann nie erlöschen, weil er weder von dem Willen der Revisionisten, noch von jenem des imperialistischen Bürgertums abhängt. Der Klassenkampf wird durch die objektiven Bedingungen der Unterdrückung und Ausbeutung des

Menschen durch den Menschen, die man nur durch den Sturz der kapitalistischen Ordnung und die Errichtung der sozialistischen Ordnung liquidieren kann, verursacht. Eine etwas ungewöhnliche Steigerung der Produktion, die man in einigen kapitalistischen Ländern feststellt, ist nur eine zeitweilige Konjunkturerscheinung, weil es nie eine dauernde friedliche Entwicklung des Kapitalismus gegeben hat, noch geben wird. Das kapitalistische Weltsystem macht eine große und allgemeine Krise durch, deshalb kann auch die „friedliche Entwicklung“ des Kapitalismus in einigen Ländern nicht unbegrenzt andauern.

Keine Anstrengung des Imperialismus vermag, wie die Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 unterstrich, den Fortschritt der Gesellschaft zu hemmen, die Liquidierung des imperialistischen Systems und den vollständigen Sieg des Sozialismus auf weltweiter Ebene zu verhindern. Dieser Sieg kann jedoch sehr schnell, oder auch nach sehr langer Zeit errungen werden. Die Lösung dieser Frage hängt von dem ab, in wieweit das Proletariat und die anderen unterdrückten und ausgebeuteten Massen in den jetzt unvermeidlichen revolutionären Situationen zu handeln bereit sind, sowie von der Fähigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien, die Massen für die Revolution reif und völlig bewußt zu machen und sie zum vollen Sieg über die äußeren und inneren Gegner zu führen. Diese Aufgabe vermag eine Partei der Arbeiterklasse nicht zu erfüllen, wenn sie von der gefährlichen Krankheit des Revisionismus angefault ist, wenn an ihrer Spitze revisionistische Führer stehen und wenn die Solidarität der revolutionären Weltbewegung, die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und die Einheit des sozialistischen Lagers im Kampf gegen den

Revisionismus nicht erhalten und gefestigt werden. Die Verbreitung und Konsolidierung des Revisionismus in der internationalen kommunistischen Bewegung verlängern dem Imperialismus das Leben, verzögern sehr den Sieg des Sozialismus in den anderen Ländern und gefährden ernstlich auch die Erfolge der Massen, die sie in den Ländern, wo der Sozialismus siegt, erzielt haben.

Deshalb ist heute die Definition des Revisionismus als die Hauptgefahr für die internationale kommunistische Bewegung auf den Moskauer Beratungen der Jahre 1957 und 1960 und die Bekämpfung des Revisionismus bis zu seiner völligen ideologischen Vernichtung mehr denn je aktuell und konkret. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus und seine ideologische Vernichtung sind heute eine historische unerläßliche und dringende Aufgabe.

Der Revisionismus lähmt und bindet die revolutionären Kräfte der Massen und findet dadurch einen günstigen Boden, um sich auszubreiten, während sich der Marxismus-Leninismus und die marxistisch-leninistischen Parteien gerade auf die revolutionären Kräfte der Massen stützen. Diese Erscheinung stellen wir heute in jenen Ländern, wo an der Spitze der kommunistischen Parteien Revisionisten stehen, fest. Indem man also den Revisionismus bekämpft und seine Träger entlarvt, wird die revolutionäre Energie der Massen belebt, diese werden über sich selbst klar und lernen für ihre Interessen, für die Revolution, für die volle nationale Unabhängigkeit, für Demokratie, Sozialismus und Kommunismus zu kämpfen. Wenn man den Revisionismus nicht bekämpfte und entlarvt, kann man den Imperialismus nicht mit Erfolg bekämpfen und ihn besiegen. W. I. Lenin unterstrich

dauernd, daß, wenn man „den Kampf gegen den Imperialismus nicht mit dem Kampf gegen den Opportunismus eng verbindet, dann wird er zu einer leeren und falschen Phrase“ (Ausg. Werke, Bd. II. Seite 858).

Um den Revisionismus, der heute eine sehr große Gefahr bildet, erfolgreich zu bekämpfen, müssen die Kommunisten und die Massen wissen, was eigentlich der Revisionismus ist. Auch die Chruschtschow-Gruppe sieht sich genötigt, hier und da ein Wort gegen den Revisionismus fallen zu lassen. Natürlich ist für die Chruschtschow-Gruppe der „Kampf gegen den Revisionismus“ etwas Abstraktes, Zielloses, ist nur eine leere Phrase. Als früher in der Sowjetpresse oder in den Reden der jetzigen Führer der Sowjetunion der „Kampf gegen den Revisionismus“ erwähnt wurde, konnte man dies manchmal dahin auslegen, daß darunter die jugoslawischen Revisionisten gemeint waren. Aber heute, wo wir vor der vollendeten Tatsache der Koordinierung der Politik Chruschtschows mit jener Titos auf allen Gebieten stehen, gibt es keinen Zweifel, daß die Chruschtschow-Gruppe nicht nur keine einzige Form des Revisionismus bekämpft, sondern das Banner des Revisionismus selbst ergriffen hat.

Heute, wo ein heftiger Klassenkampf zwischen dem Kommunismus und Imperialismus entbrannt ist und die imperialistische Reaktion ihre Kräfte immer mehr gegen den Kommunismus zusammenballt, ist die Erhaltung und Festigung der Einheit des sozialistischen Lagers, der kommunistischen Bewegung und der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung unerlässlich. Für jeden wahren Marxisten-Leninisten ist es klar, daß heute diese Einheit die modernen Revisionisten schwer geschädigt

haben. Eines der Hauptziele der revisionistischen Tito-Gruppe ist immer die Spaltung der Einheit des sozialistischen Lagers und der Kräfte des internationalen Kommunismus. Diese Einheit untergräbt jetzt auch die revisionistische Chruschtschow-Gruppe durch ihre Angriffe, Komplote und durch andere äußerst niedrige und verbrecherische Handlungen gegen die Partei der Arbeit Albaniens, gegen die anderen revolutionären marxistisch-leninistischen Parteien, gegen das sozialistische Lager und die gesamte revolutionäre Weltbewegung.

Die Erhaltung der Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung und die weitere Festigung dieser Einheit erfordern, daß man sich dem modernen Revisionismus entschlossen entgegenstellt, daß man ihn mit allen Formen und auf allen Gebieten bekämpft und entlarvt, um die Grenzen mit dem Revisionismus ein für allemal zu scheiden. Der Revisionismus ist heute eine offene Wunde am Körper der kommunistischen Bewegung. Diese Wunde muß man, ungeachtet der Schmerzen, die eine Operation verursachen könnte, möglichst schnell heilen.

Heute steht, wie in den heroischen Zeiten Marx und Lenins, die revolutionäre Losung, welche die Proletarier und alle unterdrückten und ausgebeuteten Massen seit mehr als 100 Jahren in den schweren Klassenkämpfen leitet und zum Siege führt, wieder auf der Tagesordnung: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Wie bisher, so ist auch heute eine Vereinigung nur auf der Basis des Marxismus-Leninismus, nur auf der Basis der unsterblichen Ideen Marx, Engels, Lenins und Stalins möglich und nie auf der Basis des Revisionismus und seiner morschen Ideen.

Auch wenn die modernen Revisionisten leitende Stellen in einer Partei bekleiden, so haben sie dennoch das Wichtigste, die Massen der Kommunisten und die Proletarier und die revolutionäre Bauernschaft, ausgenommen eine Schichte von Privilegierten, die sie geschaffen haben, damit sie ihre antimarxistischen Handlungen unterstützt, nicht für sich, obwohl sie die Gewohnheit haben, sich auf die Massen zu berufen, so oft sie ihre antikommunistischen Theorien und Handlungen als vollkommen propagieren wollen. Die Massen der Kommunisten und der Werktätigen erkennen immer mehr, daß jetzt ein großer Verrat am Marxismus-Leninismus begangen wird und daß die Revisionisten unverbesserliche Renegaten des Kommunismus sind. Gerade diese Massen müssen in diesen historischen Augenblicken ihr Wort sagen, dem Revisionismus und den Revisionisten möglichst bald den ihnen gebührenden Platz zeigen, weil die Revolution und Konterrevolution, der Marxismus und Antimarxismus, die proletarische Ideologie und die bürgerliche Ideologie, deren Geburt der Revisionismus ist, weder in einer Partei, noch in einer Bewegung lange zusammenleben können.

Außerdem müssen jene Kommunisten, die im Sumpf Chruschtschows schwimmen und jetzt mehr oder weniger die Möglichkeit haben, den am Marxismus-Leninismus begangenen Verrat zu sehen, die Kraft und den Mut aufbringen, um sich von den Revisionisten loszumachen. Sie stehen vor der Alternative: Entweder in den Abgrund zu stürzen, wohin sie die Chruschtschow-Gruppe führt, oder mutig und entschlossen sich dagegen zu stemmen, sich mit der Massen der Partei zu vereinigen, sich auf die werktätigen Massen mit aller Kraft zu stützen

und den Revisionisten einen tödlichen Faustschlag zu versetzen. Nur auf diese Weise kann man die Partei, das Land, den Sozialismus, den Kommunismus und den Frieden unterstützen.

Es ist nicht das erste Mal, daß die kommunistische und Arbeiterbewegung vor einem solchen großen Verrat, wie der Verrat der modernen Revisionisten einer ist, steht. Die Geschichte des Kampfes des Weltproletariats hat einige Male gezeigt, daß der Opportunismus als Geburt und Agentur des Bürgertums in den schweren Augenblicken der allgemeinen Krise des Kapitalismus seine Tätigkeit aufgenommen hat, aktiv geworden ist und versucht hat, die Parteien der Arbeiterklasse bei der Kehle zu ergreifen. Er unterstützte auf diese Weise das internationale imperialistische Bürgertum im Kampf und bei seinen Anstrengungen, die Weltherrschaft zu errichten und die revolutionäre Bewegung der Massen zu unterdrücken. Jetzt kennen alle den Verrat der II. Internationale und ihren Schiffbruch, den Verrat Kautskys, Plechanows, Trotzki und ihr Scheitern, den Verrat Sinowjews, Kamenjews, Bucharins und ihre Niederlage. Die wahren Marxisten-Leninisten haben in den entscheidenden Augenblicken der opportunistischen Gefahr entschlossen gehandelt, haben sich mutig erhoben und einen unversöhnlichen grundsätzlichen und sehr harten Kampf gegen die Gegner des Marxismus-Leninismus geführt. Lenin und seine bolschewistischen Genossen haben auch im Kreuzfeuer der wilden zaristischen Autokratie, der bürgerlichen Diktatur Kerenskis, des internationalen imperialistischen Bürgertums und der verräterischen Häupter der II. Internationale nie Furcht gezeigt, sondern die Grundsätze des Marxismus-Leninismus mutig ver-

teidigt, die Grenze zwischen sich und den Menschewiken, Trotzisten usw. gezogen und sich noch enger mit den Ideen des Marxismus-Leninismus verbunden. Es ist sehr gut bekannt, wie die Bolschewiken mit Lenin an der Spitze handelten, als sie sahen, daß die Menschewiken unverbesserlich waren und das weitere Verbleiben in einer Partei mit ihnen schädlich und unmöglich war. Nur durch die endgültige Vernichtung der Menschewiken im Jahre 1912 konnte die wirkliche Einheit in der Bolschewistischen Partei hergestellt werden, nur auf diese Weise wurde sie zu einer revolutionären Partei, zur Avantgarde der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung. Im Jahre 1917 schrieb Lenin als Antwort auf jene, die den Zusammenschluß aller russischen Sozialdemokraten forderten: „Über den Zusammenschluß der Sozialdemokraten in Rußland braucht man kein Wort zu verlieren. Besser ist es, wie Liebknecht zu zweit zu bleiben, d. h. mit dem revolutionären Proletariat zusammen zu gehen, bevor man, sei es nur einen Augenblick, den Gedanken der Vereinigung mit der Partei des organisatorischen Komitees (Menschewiken, die Red.), mit Tcheidse und Zereteli faßt. . .“ (Bd. 24, S. 62 in russischer Ausgabe).

Der Marxismus-Leninismus ist aus dem Kampf gegen den Kapitalismus und Opportunismus immer siegreich hervorgegangen, weil die Marxisten-Leninisten zwischen sich und den Verrätern des Proletariats immer die Grenze gezogen haben, weil auf Seite der revolutionären Kommunisten die Arbeiterklasse und alle von dem internationalen Imperialismus und dem einheimischen Bürgertum unterdrückten und ausgebeuteten Massen standen.

Jetzt hat der Prozeß der Entlarvung, Isolierung und ideologischen Vernichtung des modernen Revisionismus, welcher eine sehr gefährliche Krankheit im Schoß des internationalen Kommunismus ist, begonnen und macht schnelle Fortschritte. Das ist ein dialektischer Prozeß, den niemand aufhalten kann. Ihn kann die Demagogie der Chruschtschow-Gruppe nicht aufhalten, ihn können auch Chruschtschow und seine Anhänger, welche die Autorität der großen Partei Lenins mißbrauchen, nicht längere Zeit aufhalten. Die große Autorität der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei Lenins ist nicht Privateigentum einzelner, noch weniger der Chruschtschow-Gruppe, die eine Gruppe von Renegaten und Revisionisten ist. Die Autorität der Sowjetunion und der KP Lenins erhalten und schützen nicht mit Worten, sondern mit Taten jene, die konsequent Lenins Weg gehen und seine siegreichen Lehren befolgen; sie schützen die Bruderparteien, die für die Reinheit des Marxismus-Leninismus kämpfen, schützen die Partei der Arbeit Albaniens, schützen die Bolschewiken der Partei Lenins, die treu seinem revolutionären Wege folgen, schützen die Kommunisten und die Revolutionäre der ganzen Welt. Im Kampf gegen den modernen Revisionismus bringen sie zugleich ihre Liebe und Achtung vor dem Vaterland der Oktoberrevolution, vor der Partei und den Ideen des großen Lenin, die eine Gruppe von Revisionisten zu besudeln versucht.

Die Schaffung der Einheitsfront der Revisionisten Chruschtschow-Tito, ihre Zusammenarbeit und das gemeinsame Schärfen der Waffen vertiefen und beschleunigen den Prozeß der politischen und ideologischen Vernichtung des modernen Revisionismus, weil die kom-

munistischen Parteien, die internationale kommunistische Bewegung und die Arbeiterklasse in ihrer offenen und koordinierten Tätigkeit immer klarer die große Gefahr sehen, die heute die Einheit des sozialistischen Lagers, die Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und überhaupt die Einheit der fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte bedroht. Deshalb können wir in vollem Vertrauen zu den unerschöpflichen, revolutionären Energien des Marxismus-Leninismus sagen, daß es keine Macht in der Welt gibt, die den Triumphmarsch seiner immer siegreichen Ideen aufhalten kann.



**Über die Thesen des X. Parteitages  
der Kommunistischen Partei  
Italiens**

*(Aus der Zeitung „Zëri i Popullit“  
vom 17.-18. November 1962)*

Am 13. September 1962 veröffentlichte die Zeitung „Unità“ die Thesen zum X. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens, der am 2. Dezember stattfindet. In diesen Thesen wird die strategische und taktische Linie der Führung der KP Italiens sowohl für Fragen des Kampfes für die Demokratie, Wohlbefinden der Werktätigen und Sozialismus in Italien, als auch für einige Hauptfragen der heutigen Weltlage und der internationalen kommunistischen Bewegung festgelegt.

In den Thesen liegt der ganze Ton auf den „neuen Bedingungen“, den „revolutionären Prozessen“, die jetzt auch in den kapitalistischen Ländern stattfinden, auf den „Umwandlungen der Strukturen und Überstrukturen“ der heutigen Gesellschaft in diesen Ländern. Aber unter dem Vorwand der „neuen Bedingungen“ der Gegenwart und der „nationalen Eigenheiten“ Italiens werden in den Thesen und in anderen Materialien der Führung der KP Italiens einige der Hauptlehren des Marxismus-Leninismus bestritten und durch falsche pazifistische, nicht-revolutionäre Konzepte ersetzt.

Ferner fällt einem die Tatsache auf, daß die Thesen und die anderen Materialien der Führung der KP Italiens kontradiktorisch sind: in ihnen vermischen sich, bald offen, bald getarnt, richtige marxistische Thesen mit verdrehten nichtmarxistischen Konzepten. Oft werden die Thesen und Konzepte in einer dunklen Sprache, unbestimmt ausgedrückt, was, je nach Bedarf und Fall,

die Türe für verschiedene Manöver und Auslegungen offen läßt.

Die Thesen wurden der KP Italiens und gewissermaßen auch der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zur Diskussion vorgelegt. P. Togliatti selbst erklärte auf dem Plenum des ZK der KP Italiens, das der Einberufung des X. Parteitags gewidmet war, daß er für eine öffentliche Diskussion aller Fragen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien, über die Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist. Gleichzeitig unterstrich er, daß er gegen die unbegründete Polemik und die „Exkommunikation“ sei, daß ein „freundschaftlicher und wohlwollender Gedankenaustausch, der zum Vorwärtstreiben unserer Sache beitrage, nötig ist“.

Aber wahr ist, daß die Führung der KP Italiens greift, im Widerspruch zu diesen ihren eigenen Prinzipien, auch in den Thesen erneut die Partei der Arbeit Albaniens öffentlich an und erhebt gegen sie in **ganz willkürlicher, unbegründeter und durchaus nicht freundschaftlicher Weise** schwere Beschuldigungen, weil sie sich angeblich von dem marxistisch-leninistischen Wege entfernt und auf das Gebiet des offenen Fraktionismus und der Spaltung der kommunistischen Bewegung begeben habe, den proletarischen Internationalismus verlassen habe usw.

Mit Rücksicht darauf, halten wir es für nötig, einige Worte über einige nichtmarxistische Konzepte und Einschätzungen, welche die Führung der KP Italiens über einige Hauptfragen der heutigen internationalen Lage, des Kampfes für Sozialismus und der kommunistischen Bewegung verbreitet, zu sagen und in konkreter Weise

zu zeigen, wer in Wahrheit sich von den Positionen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus entfernt hat.

## Über einige Fragen des Kampfes, des Friedens und der friedlichen Koexistenz

Man kann eigentlich die Haltung der Führung der KP Italiens zu den Fragen des Kampfes, des Friedens und der friedlichen Koexistenz durch diese Hauptpunkte zusammenfassen: Verbreitung von pazifistischen Illusionen über das Bürgertum und den Imperialismus, besonders den amerikanischen; Kapitulation vor den Atomprahlereien des Imperialismus; Versöhnung mit dem Imperialismus unter dem Deckmantel der „friedlichen Koexistenz“ und Betrachtung dieser als den Schlüssel zur Lösung aller historischen Fragen, vor denen heute die Menschheit steht.

### Frieden um jeden Preis?!

In den Thesen, in den Reden P. Togliattis und der anderen Führer, in der gesamten Propaganda der Führung der KP Italiens wird viel von der Änderung des Charakters des heutigen Krieges und von den katastrophalen Folgen, die ein Kernwaffenkrieg für die ganze Menschheit und Zivilisation haben könnte, usw. gesprochen. „Anders wie die früheren Kriege“, heißt es in den Thesen, „würde dieser Krieg die menschliche Rasse und die moderne Zivilisation vernichten. Nach einem solchen

Krieg würde vielleicht auf unserem gesamten Planeten, sicherlich aber in sehr großen Zonen der Welt, vor allem in Mittel- und Westeuropa, einschließlich Italiens, jede wirtschaftliche, soziale und fortschrittliche Entwicklungsmöglichkeit in tragischer Weise getroffen werden.“

Die Propagierung der These, daß ein neuer Weltkrieg die Menschheit und deren Zivilisation gänzlich vernichten würde, **führt unbeding**t zur Kapitulation vor der Drohung mit einem Kernwaffenkrieg seitens des Imperialismus, **führt zu** allseitigen Konzessionen und zur Unterwerfung unter ihn. Gerade das zeigt die Erklärung P. Togliattis auf dem Plenum des ZK der KP Italiens am 21. Juli 1960, daß man infolge der Änderung des Charakters des heutigen Krieges die Leninsche These über die gerechten und ungerechten Kriege mit Vorbehalt nehmen soll. Das heißt also so viel wie, daß man vor der Drohung der imperialistischen Mächte mit einem Kernwaffenkrieg sogar auf die gerechten Kriege, auf den Widerstandskrieg der sozialistischen Länder gegen die imperialistische Aggression oder auf den revolutionären und nationalen Befreiungskampf der Völker verzichten soll! Hier haben wir ferner mit einer Überschätzung der Waffen und mit einer Unterschätzung der Rolle des Menschen im Kriege, sowie mit einem falschen Konzept zu tun, daß der Charakter des heutigen Krieges nicht mehr durch seinen Zweck und seine Ziele sondern durch die Änderung des Charakters der Waffen bestimmt würde.

Solche kapitulierende Ansichten haben erklärte Revisionisten ausgesprochen. Beispielsweise schrieb der französische Revisionist Pierre Hervais in seinem Buche „Die Revolution und die Fetische“: „Nehmen wir an,

daß die Machtergreifung durch die Kommunisten in unserem Land praktisch einen Krieg zwischen der Sowjetunion und den USA zur Folge haben würde. Wie sollen wir in diesem Falle anders handeln, als uns gegen die Machtergreifung auszusprechen?“ Das ist der logische Schluß der Kapitulation vor den Atomprahlerei des Imperialismus.

Und das, was der Revisionist Hervais als Hypothese hinstellt, ereignete sich tatsächlich vor einigen Tagen: der Häuptling des amerikanischen Imperialismus, Kennedy, verhängte die wildesten Blockade über das revolutionäre Kuba, hat eine offene Aggression gegen dieses vorbereitet und fordert, mit einem Kernwaffenkrieg drohend, die Abrüstung Kubas, d. h. seine Auslieferung an den amerikanischen Imperialismus, der die kubanische Revolution und die revolutionäre Bewegung in ganz Lateinamerika erstickten will.

Was soll man in diesem Falle tun? Etwa vor den Drohungen des amerikanischen Imperialismus bedingungslos die Waffen strecken und die kubanische Revolution, die Fackel der revolutionären und Befreiungsbewegung in ganz Lateinamerika, unter dem Vorwande, die Welt vor einer „Kernwaffenkatastrophe“ zu bewahren, opfern? Kein Kommunist und wahrer Revolutionär würde dies akzeptieren. Es ist klar, daß eine solche kapitulierende Haltung die gesamte revolutionäre und Befreiungsbewegung in der Welt schwer treffen würde, und anstatt zur Erhaltung des Friedens beizutragen, die Vergrößerung des Appetits des Imperialismus und die Festigung seiner aggressiven kriegshetzerischen Tendenzen zur Folge haben würde. Aber die Imperialisten und Revisionisten können noch so große Anstrengungen machen, die ku-

banische Revolution und ihren kämpferischen Geist vermögen sie nicht zu ersticken. Das sozialistische Kuba wird leben und mutig vorwärts schreiten.

Wir kennen den Charakter des heutigen Krieges, wir kennen seine gräßlichen Folgen, deshalb sind wir entschieden für den Frieden, für die Verhinderung des Krieges und halten den Kampf, die Imperialisten **von der Entfesselung eines Kernwaffenkrieges abzuhalten**, für eine erstrangige Aufgabe. Wenn man aber zugibt, daß die Kriegsgefahr besteht, daß sie von den Imperialisten kommt, daß solange der Imperialismus existiert, auch die Basis für aggressive Kriege, was auch P. Togliatti und die anderen Führer der KP Italiens mit Worten zugeben, existiert, ist es ganz natürlich, **daß die kommunistischen und Arbeiterparteien, die sozialistischen Länder und die Völker aller Länder sich auf eine solche Möglichkeit materiell und geistig ernstlich vorbereiten müssen, damit sie zu jeder Zeit bereit sind, energisch und wirksam zu handeln, um den imperialistischen Kriegstreibern in den Arm zu fallen und sie vollständig zu schlagen, wenn sie wahnsinnig werden und einen Kernwaffenkrieg vom Zaun brechen.** Wenn man aber dauernd nur von den Kriegsschrecken spricht, wie P. Togliatti tut, dann versetzt man die Völker in Panik und Unsicherheit und entmutigt, desorientiert und entwaffnet sie vor den Drohungen der Imperialisten, verringert ihre Tatkraft, um gegen die imperialistischen Kriegstreiber entschlossen vorzugehen, und ermutigt die aggressiven Tendenzen des Imperialismus. Das ist sehr schädlich und gefährlich für die Sache des Friedens, besonders aber für die sozialistischen Länder.

### Friedliche Koexistenz oder Versöhnung und Annäherung an das Bürgertum und den Imperialismus?

In den Thesen heißt es, daß von den sozialistischen Staaten, in erster Linie von der Sowjetunion die Idee des friedlichen Wettbewerbs mit den führenden bürgerlichen Klassen und des Aufbaus einer neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, in der alle Wünsche der Menschen und Völker nach Freiheit, Wohlbefinden, Unabhängigkeit, voller Entfaltung, Achtung vor dem Menschen und friedlicher Zusammenarbeit zwischen allen Staaten ausgeht. Eine solche Idee hat früher auch P. Togliatti, beispielsweise in seinem Referat „Der italienische Weg zum Sozialismus“, gehalten auf dem Plenum des ZK der KP Italiens am 24. Juni 1956, vertreten. Er sagte: „Von den sozialistischen Ländern wird heute die Notwendigkeit proklamiert, zwischen den verschiedenen Völkern, wenigstens eine größere Zusammenarbeit — ich will noch nicht sagen, die Welt zu vereinigen — herzustellen, um die großen Fragen, vor denen die Menschheit steht, zu lösen.“

Was ergibt sich daraus?

Es wird die Illusion geschaffen, als ob die führenden bürgerlichen Klassen den Wettbewerb für den Aufbau einer idealen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, wo alle Wünsche und Bestrebungen der Menschen und Völker erfüllt werden(!), akzeptieren können, und die Idee lanciert, daß die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern und den „führenden bürgerlichen Klassen“, oder mit anderen Worten, mit dem imperialistischen Monopolgroßbürgertum, das an der Spitze der größten kapitalistischen Mächte steht, möglich ist, um

eine solche Weltordnung zu schaffen. Aber kann man heute, wo in einem großen Teil der Welt noch immer die kapitalistische Ordnung existiert und die Ausbeuterklassen herrschen, eine solche Welt schaffen? Wenn aber die Führer der KP Italiens denken, daß alle diese Wunder, dieser „allgemeine Wohlstand“ auch in der kapitalistischen Ordnung erreicht werden kann, dann bedeutet dies tatsächlich soviel, wie zuzugeben, daß der Kapitalismus seine Natur als Unterdrücker geändert hat, wodurch man in die bekannte Stellung aller Revisionisten, der alten und modernen, und der bürgerlichen Ideologen gerät, die auf diese oder jene Weise den Kapitalismus verschönern, den heutigen Kapitalismus als einen „Volkskapitalismus“ hinstellen, von einem „kapitalistischen Staat des allgemeinen Wohlstands“ sprechen usw.

Tatsächlich aber predigt die Führung der KP Italiens unter dem Deckmantel der „friedlichen Koexistenz“ die Annäherung und allseitige Zusammenarbeit mit der kapitalistischen Welt, mit dem Imperialismus, um „die großen Fragen, vor denen die Menschheit steht, zu lösen“. Diese Idee ist nur eine Variante der Theorie des Renegaten Tito über „die wirtschaftliche und politische Integration“ der Welt, die im großen und ganzen auch von der Chruschtschow-Gruppe unterstützt wurde. Obige These konkretisiert die Führung der KP Italiens auch mit der Haltung, die man gegenüber dem „Europäischen Gemeinsamen Markt“ einnehmen soll. Bekanntlich hat sie sich gegen die „frontale Verurteilung des Gemeinsamen Marktes“ ausgesprochen. Warum? In den Thesen heißt es: „... man soll im Rahmen des Weltkampfes für Frieden und friedliche Koexistenz und für eine Politik

der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit kämpfen. Denn dies ermöglicht die Beseitigung der Hindernisse, die die schnelle wirtschaftliche Entwicklung behindern, und fördert dadurch den sozialen Fortschritt. Besonders in Europa ist es notwendig, eine einheitliche Initiative zu entfalten, um die Grundlage für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas und zwischen den Staaten mit verschiedener sozialer Struktur zu legen, welche im Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Organisationen der UNO gestattet, den Austausch zu erhöhen, die Zollschränken zu beseitigen oder zu verringern und gemeinsame Schritte für die Entwicklung der rückständigen Zonen zu unternehmen.“ Das entspricht ganz und gar den Predigten N. Chruschtschows über die Aufnahme der allseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Länder, die Mitglieder des Wirtschaftsrates für gegenseitige Hilfe sind, sogar auf dem Gebiet der Produktion mit dem „Gemeinsamen Markt“ (Siehe Artikel der „Zëri i Popullit“ vom 19. — 20. September 1962, betitelt: „Der moderne Revisionismus unterstützt die Grundstrategie des amerikanischen Imperialismus“).

### **Die friedliche Koexistenz und die Haltung gegenüber dem revolutionären und nationalen Befreiungskampf**

In den Thesen heißt es: „Die friedliche Koexistenz schließt nicht nur jede Anwendung von Gewalt als Mittel für die Lösung der internationalen Gegensätze aus, sondern verlangt auch die Achtung der Souveränität eines jeden Landes und verbietet jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder. . . sei es um

die Revolution oder die Konterrevolution auszuführen.“ Weiter unten heißt es: „Deshalb verlangt die Koexistenz die Errichtung einer solchen Ordnung in den internationalen Beziehungen, die jedem Volk gestattet, allen seinen Existenzfragen entsprechend seinen Bestrebungen und Interessen gerecht zu werden, seine Geschicke selbst zu lenken und auf dem Wege des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts im Einklang mit seinen Interessen und Kräften weiter zu schreiten. Auf diese Weise verbindet sich der Kampf für die friedliche Koexistenz mit dem Kampf für Demokratie und Sozialismus.“

Darauf und auf die oben erwähnten Ausführungen der Führer der KP Italiens über die friedliche Koexistenz ist folgendes zu entgegnen:

1) Es ist nicht richtig, in gleicher Weise von der Ausfuhr der Konterrevolution wie vom Export der Revolution zu sprechen. Vielleicht geschah dies aus dem Grund, um „neutral“ oder „objektiv“ zu sein. Aber in Wirklichkeit heißt das soviel, wie die reaktionäre bürgerliche Propaganda, welche einen großen Lärm über die „Ausfuhr der Revolution durch die sozialistischen Ländern“ schlägt, unterstützen. Auf diese Weise wird zugegeben, daß früher die Revolutionen ausgeführt worden sind und daß es auch heute die Gefahr der Ausfuhr besteht. Das steht aber im Widerspruch zu der Moskauer Erklärung vom Jahre 1960, in der es ausdrücklich heißt: „Im Sinne der marxistisch-leninistischen Lehre waren die kommunistischen Parteien seit jeher gegen einen Export der Revolution.“ (die unterstrichenen Stellen stammen von der Redaktion)

Die Geschichte kennt kein Beispiel der Revolutionsausfuhr. Glauben etwa die Führer der KP Italiens, daß die Revolution nach den volksdemokratischen Ländern Europas exportiert wurde? Wenn dem so ist, dann bedeutet das soviel, wie den nationalen Befreiungskampf der Völker dieser Länder negieren und unterschätzen, andererseits die Befreierrolle der Sowjetunion als eine Einmischung und Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bezeichnen. Da nun nach Italien nicht die Sowjetarmee, sondern die anglo-amerikanischen Armeen kamen, gebärdet sich Togliatti als der Vertreter eines Landes, in das die Revolution nicht exportiert wurde. Denn letztere wird auf friedlichem Wege, auf dem „italienischen Wege zum Sozialismus“ gewinnen. Auch wenn wir seine ganz unannehmbare These für einen Augenblick akzeptieren, so gibt es auch Länder, wie Albanien, wo ohne das Erscheinen der Sowjetarmee der Sozialismus siegte. Aber auch in diesem Fall steht die Befreierrolle der Sowjetunion außerhalb jeder Diskussion, während in Italien die Revolution und der Sozialismus nicht siegten. Das hat ohne Zweifel seinen Grund, den wir hier nicht eingehen wollen.

2) Aus den Worten der Führer der KP Italiens kann man schließen, daß die friedliche Koexistenz automatisch alle Wünsche und Bestrebungen der Menschen und Völker nach Freiheit, Wohlbefinden, Unabhängigkeit, sozialem Fortschritt usw. erfüllen wird und daß die Völker ohne die friedliche Koexistenz ihre Geschicke, ihre Wege der Entwicklung und ihre Probleme nicht lösen können. Deshalb muß man warten, bis die friedliche Koexistenz hergestellt ist.

Wie oben erwähnt, verbreiten die Führer der KP Italiens Illusionen, daß die „führenden bürgerlichen Klassen“ im Rahmen des friedlichen Wettbewerbs und der friedlichen Koexistenz zur Lösung der großen Fragen, vor denen die Menschheit steht, beitragen können, deshalb sind die Revolutionen und der nationale Befreiungskampf ganz unnötig. Andererseits behaupten sie, daß die Völker ihre Bestrebungen nicht erfüllen können und die Revolutionen und der nationale Befreiungskampf nicht möglich sind, solange nicht die friedliche Koexistenz erreicht ist, weil die Gefahr der Aggression und Ausfuhr der Konterrevolution seitens des Imperialismus besteht. Alle beide scheinbar kontradiktorischen Ideen führen uns zu einer einzigen opportunistischen Schlußfolgerung, daß in der Jetztzeit die Revolutionen und der nationale Befreiungskampf weder notwendig sind, noch siegreich sein können, daß alle Anstrengungen der kommunistischen und Arbeiterparteien, der Werktätigen und Völker auf das einzige Hauptziel, auf die Sicherung der friedlichen Koexistenz, gerichtet sein müssen.

Das ist tatsächlich eine Variante der antimarxistischen Theorie N. Chruschtschows, der die friedliche Koexistenz als den „Zauberstab“, mit dem man alle heutigen Fragen der menschlichen Gesellschaft lösen kann, betrachtet. Diese Theorie dient nur den Interessen des Bürgertums und des Imperialismus, weil sie die Werktätigen und Völker in Erwartung der Lösung aller Fragen durch die friedliche Koexistenz, von dem revolutionären Kampf für nationale und soziale Befreiung entfernt.

Was die Frage der Ausfuhr der Konterrevolution seitens des Imperialismus anbelangt, ist es wahr, daß die Gefahr einer Einmischung von außen, der Ausfuhr der Konter-

revolution durch die Imperialisten tatsächlich existiert. Das zeigen bestens die englisch-französische Aggression gegen Ägypten, der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn, die imperialistische amerikanische Aggression gegen Kuba usw. Aber wie die Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 unterstreicht, besteht heute nicht nur die Möglichkeit der Ausfuhr der Konterrevolution durch die Imperialisten, sondern auch die Möglichkeit, diese zu verhindern. Das ist heute sehr möglich, weil das Kräfteverhältnis in der Welt sich gründlich zugunsten des Sozialismus und zum Schaden des Imperialismus gewandelt hat. Es ist möglich, die imperialistische Aggression und die Ausfuhr der Konterrevolution zu verhindern, ihnen den Weg zu verlegen, wenn die Kräfte eines Landes, welche die Revolution und die Freiheit im eigenen Land und auf der Bühne des internationalen Geschehens schützen, sich vereinigen und mit dem größten Nachdruck gegen jeden aggressiven und konterrevolutionären Akt der Imperialisten kämpfen, ohne sich vor den imperialistischen Drohungen zu fürchten.

3) In den Thesen und in den anderen Materialien der Führung der KP Italiens wird gegenüber dem Kampf für Frieden und friedliche Koexistenz und dem Kampf für nationale Befreiung, Demokratie und Sozialismus eine einseitige Haltung eingenommen, man bemerkt keine gegenseitige Beeinflussung. Es wird nur die eine Seite der Frage unterstrichen, nämlich, daß der Kampf für Frieden und friedliche Koexistenz sich nicht nur nicht im Widerspruch zu dem Kampf für Demokratie und Sozialismus und zu dem nationalen Befreiungskampf befindet, sondern auch günstige Vorbedingungen für seine Entfaltung schafft. Das ist im allgemeinen richtig, wenn

man die friedliche Koexistenz richtig versteht und in die Tat, marxistisch-leninistisch, nicht wie die Revisionisten, umsetzt. Aber dennoch ist es nicht richtig nur die eine Seite der Frage zu betonen, weil man dadurch die andere sehr wichtige Seite vergißt, daß **die Revolution und der nationale Befreiungskampf auch ein Kampf für Frieden, ein wirksames Mittel sind, um die Stellungen des Imperialismus zu erschüttern und zu schwächen und die Stellungen des Weltfriedens zu festigen**; außerdem tragen sie bei, um dem Imperialismus den Frieden und die friedliche Koexistenz aufzuzwingen. In der Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 heißt es klar, daß die Erfolge des revolutionären Klassenkampfes und des nationalen Befreiungskampfes zur Festigung der friedlichen Koexistenz beitragen. Die Erklärung stellt den Kommunisten die Aufgabe, alles zu tun, damit die Völker durch ihren aktiven Kampf für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus, die Positionen des Imperialismus schwächen und immer mehr einengen. So kämpft man erfolgreich für Frieden und friedliche Koexistenz.

Mit Recht unterstrich Fidel Castro in einer seiner Reden, daß „der Kampf für Frieden und Abrüstung und gegen den Krieg in dem Sinne auszulegen ist, daß man keine passive sondern eine aktive Haltung zugunsten der Unabhängigkeit und Befreiung der Völker einnimmt. Denn wenn die Völker immer mehr aufstehen, um für die Freiheit zu kämpfen, dann wird der Weltfrieden größere Chancen haben und für die Imperialisten mehr Ketten geschmiedet, so daß sie weniger Kraft haben werden, um einen Krieg zu entfesseln. Als wir uns (die kubanischen Revolutionäre. Anm. der Red.) von der imperialistischen Herrschaft befreien und zeigen durch

unser Beispiel den Brudervölkern Lateinamerikas den Weg, leistete unser Volk einen Beitrag zum Frieden; als wir die erste und zweite Havanna-Erklärungen veröffentlichten, in denen wir unsere Erfahrungen und die Methoden, die wir anwandten, um den Sieg der kubanischen Revolution zu sichern, niederlegten, leisteten wir einen Beitrag zum Frieden“.

### **Man kann den Frieden durch Verbreitung von pazifistischen Illusionen über die Imperialisten nicht erhalten**

Die Führer der KP Italiens sagen, daß sie heute beide Möglichkeiten akzeptieren, sowohl die Möglichkeit der Verhinderung des Weltkrieges, als auch seinen Ausbruch. Ferner sagen sie, daß sie diesbezüglich in zwei Richtungen kämpfen, sowohl gegen jene, die an die Verhinderung des Krieges nicht glauben, als auch gegen jene, welche heute die Kriegsgefahr unterschätzen.

In der Tat beschuldigt die Führung der KP Italiens die marxistisch-leninistischen Parteien dieser beiden falschen Tendenzen. So schrieb beispielsweise P. Togliatti im Zusammenhang mit der Verneinung der Möglichkeit der Verhinderung des Krieges in der Zeitschrift „Rinascita“ (Nr. 12, 1961): „Das ist ein falsches Konzept; es ist jedoch verständlich, daß es die Arbeiterbewegung jener Gebiete die unmittelbar unter dem dauernden Druck und der Provokation eines unverschämten aggressiven Imperialismus — des amerikanischen — wie beispielsweise die große Volksrepublik China, stehen, akzeptiert.“ Nach der Ansicht Togliattis glauben also die Chinesen, da



sie von dem Imperialismus bedroht werden, daß der Krieg unvermeidlich ist. In den Thesen jedoch werden die marxistisch-leninistischen Parteien beschuldigt, daß sie die Gefahr eines Kernwaffenkrieges unterschätzen und abenteuerliche Tendenzen hegen. Dort heißt es: „Auch im Schoß der Arbeiter und Volksbewegung verwerfen wir entschieden jede Tendenz, um mit der Perspektive eines Atomkrieges zu spielen, indem man den zerstörenden Charakter eines Kernwaffenweltkrieges verneint und ihn für eine Gefahr zweiten Grades hält.“

Das ist natürlich eine banale Verdrehung der Einstellung der marxistisch-leninistischen Parteien. Denn diese haben weder die Möglichkeit der Verhinderung eines Krieges in der Jetztzeit noch die Gefahr eines Kriegsausbruches verneint oder unterschätzt; umso weniger haben sie gespielt und spielen nie mit der Perspektive eines Kernwaffenkrieges. In dieser Frage wiederholt die Führung der KP Italiens mit P. Togliatti an der Spitze die Beschuldigungen der imperialistischen Propaganda, welche sich auf diese Weise bemüht, um die aggressiven und kriegshetzerischen Handlungen des Imperialismus und jene Kardeljs und der anderen titoistischen Renegaten, die von einer Kriegsgefahr seitens der sozialistischen Länder sprechen, zu rechtfertigen.

Wir halten es nicht für nötig, uns mit einer seit langem geklärten Frage weiter zu beschäftigen. Aber auf welchen Stellungen steht die Führung der KP Italiens selbst?

Die Führer der KP Italiens sprechen viel von den Kriegsschrecken und es entsteht der Eindruck, daß sie die Kriegsgefahr gebührend einschätzen. Aber in Wirklichkeit ist es nicht so. Wer die Kriegsgefahr richtig einschätzt, der kann nicht umhin, auch die aggressive

kriegshetzerische Politik des Imperialismus, vor allem des amerikanischen, der die Quelle der Kriegsgefahr ist, zu enthüllen. Es genügt nicht allein zu sagen, daß sich die aggressive Natur des Imperialismus nicht geändert hat, sondern man muß **dauernd, täglich** die Politik und die konkreten Kriegs- und Aggressionshandlungen der Imperialisten enthüllen, die Wachsamkeit der Völker **in jedem Moment** auf der notwendigen Höhe erhalten und diese mobilisieren, um den Imperialisten in den Arm zu fallen. Aber die gesamte Propaganda der Führung der KP Italiens spricht von der Kriegsgefahr und vom Frieden mit allgemeinen und abstrakten Ausdrücken, enthüllt nicht, wie es sein soll, ausgenommen einzelne Fälle, die aggressive und kriegshetzerische Politik des Imperialismus, besonders des amerikanischen und unterstreicht nicht mit Nachdruck, daß der Kampf für den Frieden zugleich auch ein Kampf gegen den Imperialismus und seine kriegshetzerischen Pläne und aggressiven Handlungen ist. Ja, auf der Tagung des Weltfriedensrates in Stockholm im Dezember 1961 bestand Welio Spano mit Nachdruck darauf, daß der Kampf für den Frieden sich nicht gegen den Imperialismus richten darf.

Indem die Führung der KP Italiens so handelt, unterschätzt sie nicht nur tatsächlich die Kriegsgefahr, sondern vermindert auch die Chancen für die Verwirklichung der Verhinderung des Krieges, weil, wenn man den Völkern nicht erklärt, woher die Kriegsgefahr droht, der effektive Kampf für den Frieden geschwächt und den kriegshetzerischen Imperialisten freie Hand gelassen wird.

Die Unterschätzung der Kriegsgefahr seitens der Führung der KP Italiens ersieht man deutlich auch aus den pazifistischen Illusionen, die sie verbreitet, daß näm-

lich infolge der Änderung des Kräfteverhältnisses und des zerstörenden Charakters des modernen Weltkrieges sich auch in den imperialistischen Kreisen, besonders in den USA, immer mehr „realistische und friedliebende“ Tendenzen bemerkbar machen. In den Thesen wird unterstrichen, daß „eine solche Tendenz sogar in jenen politischen Gruppe existiert, an deren Spitze der neue Präsident der USA steht“. „Es wäre falsch“, heißt es weiter in den Thesen, „zu bestreiten, daß in der führenden Gruppen des Imperialismus keine unterscheidenden Elemente existieren.“ Niemand leugnet es, daß es auch in den führenden Kreisen der kapitalistischen Länder unterscheidende Elemente, Menschen gibt, die heute die Dinge in der Welt realistischer betrachten. Diese unterscheidenden Elemente und realistischen Tendenzen muß man unbedingt berücksichtigen, aber dabei muß man zwei Dinge unterstreichen: Erstens muß man die Tendenzen und die wirklichen realistischen Elemente von der Demagogie, welche die Völker betrügt, unterscheiden, und zweitens darf man diese Tendenzen und Elemente nicht überschätzen und die Hoffnungen nicht zu sehr auf sie setzen, weil am Ende die Politik der imperialistischen Länder nicht von den Personen, sondern von dem Charakter der Ordnung und der Klassen, die wirtschaftlich und politisch dominieren und deren Interessen jene Personen, die an der Spitze der imperialistischen Staaten stehen, verteidigen, bestimmt wird.

Aber offenbar betrachten die Führer der KP Italiens als unterscheidende Elemente und realistische Tendenzen auch jene, die in Wahrheit keine sind, weil hinter dem Olivenzweig das Messer verborgen liegt. Um den Krieg zu verhindern und den Frieden zu erhalten, setzen sie die

größten Hoffnungen auf diese „Differenzierung“ in den führenden imperialistischen Kreisen, auf die „realistische und friedliebende“ Haltung der verschiedenen führenden Persönlichkeiten der Westmächte. Schlimm ist, nach ihrer Meinung, daß beispielsweise auf Kennedy die Militärkreise, der Generalstab, die faschistischen Organisationen usw. einen Druck ausüben. Deshalb darf man den Kampf für die Erhaltung des Friedens nicht gegen den Imperialismus, an dessen Spitze der amerikanische steht, richten, wie die Moskauer Deklaration unterstreicht, sondern gegen die „extremistischen Gruppen, die in jedem Land existieren, an deren Spitze sich einerseits der Generalstab und die Organisationen mit faschistischen Tendenzen der USA, andererseits die vereinigten deutschen und französischen Militaristen sich befinden“.

Diese Konzepte gleichen ganz und gar jenen Konzepten, die Tito und Chruschtschow in der letzten Zeit offen zum Ausdruck brachten. Im September d. J. erklärte N. Chruschtschow in dem Artikel „Die dringenden Fragen der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems“, veröffentlicht in der Zeitschrift „Kommunist“, im September 1962: „Die vernünftigen Persönlichkeiten des Westens neigen immer mehr dazu, einen realistischen Ausweg zu finden. Die Imperialisten haben den Aufruf zum friedlichen Wettbewerb mit dem Sozialismus ernst genommen, jetzt ist die Gefahr einer imperialistischen Aggression gegen die sozialistischen Länder vorbei oder sie geht vorbei und die Imperialisten trachten, alle ihre Möglichkeiten für den wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Kampf gegen das sozialistische Weltsystem zu mobilisieren.“ usw. usf.

Theoretisch betrachtet sind diese Konzepte ganz falsch, sie entfernen sich offen von dem historischen Materialismus und von der klassenmäßigen Behandlung der sozialen Phänomene, weil die führenden Gruppen der Westmächte und die Generalstäbe von der Klasse, die sie vertreten, gesondert betrachtet werden, und es sieht so aus, als ob sie die Politik unabhängig bestimmen. Das ist eine ganz subjektive Behandlung. Vom politischen, praktischen Standpunkte aus, sind diese Konzepte sehr gefährlich, weil sie pazifistische Illusionen über Kennedy und die anderen Häupter des Imperialismus verbreiten und dadurch die Wachsamkeit der Völker einschläfern, die Sache des Friedens schädigen und geben den imperialistischen Kriegstreibern die Hände frei.

Aber alle diese pazifistischen Illusionen, welche die Führung der KP Italiens, die revisionistische Chruschtschow-Gruppe, die Tito-Clique und sämtliche Revisionisten verbreiten, sind bestimmt, vor dem Leben und den Tatsachen, wie Seifenblasen zu zerplatzen. Was zeigte das gefährliche Abenteuer, welches in den letzten Tagen der „realistische“ und „friedliebende“ Präsident der USA John Kennedy unternahm? Wo sind die „Elemente der Differenzierung“, auf denen die Thesen mit großem Nachdruck bestehen? Soll man etwa die aggressiven und kriegshetzerischen Handlungen Kennedys für eine „verständliche Sorge um die Sicherheit der USA“ halten und ihm „die Befriedigung und den Dank“ aussprechen, weil er sich heute der „Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens bewußt ist“? Es ist wirklich erstaunlich, daß es solche „Kommunisten“ gibt, die sich die Aufgabe stellen, den Präsidenten der USA und den anderen Häuptern des Imperialismus zu schmei-

cheln und sie als „kluge, realistische und friedliebende Menschen“ hinzustellen.

Aus all dem ergibt sich klar, daß gerade die Führung der KP Italiens die Kriegsgefahr unterschätzt und die Möglichkeit zur Verhinderung des Krieges verringert. Wenn es heute möglich ist, die aggressiven imperialistischen Kriege zu verhindern, so kann man das nicht durch die Verbreitung von Illusionen über die „guten Wünsche und friedlichen Absichten“ der Häupter des Imperialismus, und indem man sich auf die „Elemente der Differenzierung“ in den führenden Gruppen des Imperialismus stützt, sondern durch einen entschlossenen Kampf der Völker, um den Imperialismus den Frieden und die friedliche Koexistenz aufzuzwingen, sowie durch die Entwicklung des Potentials des sozialistischen Lagers, der nationalen Befreiungsbewegung und der revolutionären Weltbewegung, verwirklichen.

Die Thesen und die gesamte Propaganda der Führung der KP Italiens halten die allgemeine und vollständige Abrüstung für den einzigen effektiven Weg zur Erhaltung des Friedens und Sicherung der friedlichen Koexistenz und die beiderseitigen Abkommen und Besprechungen mit den imperialistischen Mächten für den einzigen effektiven Weg zur Erreichung der Abrüstung. Ohne Zweifel ist der Kampf für die Erreichung der Abrüstung ein Kampf, dem eine erstklassige Bedeutung für die Erhaltung und Festigung des Friedens zukommt. Aber die Abrüstung ist nicht der einzige Weg in dieser Richtung. Für die Erhaltung und Festigung des Friedens von entscheidender Bedeutung ist, neben dem Kampf für die Abrüstung, der Kampf für die Freiheit und nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus.

Und gerade dieser Kampf der Völker ist es, der die Stellungen des Imperialismus einengt und schwächt, dieser Kampf ist es; der dem Imperialismus den Frieden aufzuzwingen vermag, die Erzielung von positiven Ergebnissen auch auf dem Gebiet der Abrüstung und den erfolgreichen Abschluß der diesbezüglichen Besprechungen ermöglicht.

Die Führung der KP Italiens geht jedoch noch weiter. Sie betrachtet die Lösung der Abrüstungsfrage als das Hauptglied zur Lösung aller anderen Weltprobleme, weil wie P. Togliatti selbst in seinem Referate auf dem IX. Parteitag sagte, die Realisierung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zur „totalen Umorganisation der Welt auf neuen Grundlagen“ führen muß, und die infolge der Abrüstung befreiten kolossalen Mittel für die Hebung des Lebensniveaus der Menschen in der ganzen Welt verwendet werden. Dadurch werden die Zonen des Elends, der epidemischen Krankheiten und des Hungers beseitigt und die Entwicklungsländer auf ein höheres Niveau gehoben werden usw. Das bedeutet soviel wie, daß der Imperialismus von einer Ordnung, die die Völker unterdrückt, versklavt und ausbeutet, sich zu einer Ordnung umwandeln kann, die für das Wohl und die Befreiung der Völker, für die Hebung ihres Lebensniveaus und für ihre Entwicklung arbeitet. Wenn aber der Imperialismus all das vermag, dann ist der Kampf gegen ihn, ist die Revolution und die nationale Befreiungsbewegung überflüssig. Dahin führen also die falschen Auffassungen der Führer der KP Italiens, die sie mit großem Tamtam propagieren und von ihnen als das „letzte Wort“ des Marxismus hingestellt werden.

## Über den „italienischen Weg“ zum Sozialismus

Aus den Thesen und verschiedenen Materialien der Führung der KP Italiens ergibt sich, daß der „italienische Weg“ zum Sozialismus nachstehende Haupteigenheiten aufweist: a) Er berücksichtigt die neuen Bedingungen und Phänomene in der Welt und die nationalen Eigenheiten Italiens; b) er ist ein friedlicher Weg; c) er ist ein demokratischer Weg, welcher mit Hilfe des Parlaments und der „Strukturreformen“, welche die italienische Verfassung vorsieht, verwirklicht werden wird. Wir werden uns jetzt mit diesen Fragen befassen.

### Verneinung der allgemeinen Gesetze der sozialistischen Revolution unter dem Vorwand der „nationalen Eigenheiten“

In den Thesen und in der gesamten Propaganda der Führung der KP Italiens liegt der Ton auf den nationalen und historischen Eigenheiten der verschiedenen Länder der Jetztzeit, während die allgemeinen Gesetze der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus gar nicht erwähnt werden. Im Zusammenhang damit werden in den Thesen und in den anderen Materialien zwei Momente unterstrichen: 1) In den kapitalistischen Ländern, einschließlich Italiens, fanden und finden revolutionäre Prozesse statt, welche die Strukturen und die Überstrukturen der Gesellschaft gründlich verändern, und daß in diesen Ländern „große wirtschaftliche und politische Umwandlungen stattfanden und stattfinden“. P. Togliatti unterstrich auf dem VIII. Parteitag der KP

Italiens, daß in den verschiedenen Ländern „nicht nur der Inhalt, sondern auch die Struktur des kapitalistischen Regimes anders ist“. Aus alledem gewinnt man den Eindruck, als ob sich heute das Wesen der kapitalistischen Ordnung geändert hätte. Das erinnert uns an die These der jugoslawischen Revisionisten, daß „der Kapitalismus in seiner klassischen Form der Vergangenheit angehört“.

2) Ausgehend von der Änderungen in der Welt und in den kapitalistischen Ländern, unterstreichen die Führer der KP Italiens mit besonderem Nachdruck, daß in den heutigen kapitalistischen Ländern die Wege des Übergangs zum Sozialismus **sehr verschieden** sein werden im Vergleich zu den bisherigen, weil „der Ausdruck Diktatur des Proletariats in den verschiedenen Ländern und unter verschiedenen Bedingungen einen anderen Inhalt erhalten kann“, daß die Haupterfahrungen der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie nicht so notwendig und unerlässlich für die anderen Länder sind, daß dieser Übergang auch ohne die Zerstörung des bürgerlichen Staates und ohne die Führung der kommunistischen Partei erfolgen kann usw.

Diese Haltung der Führung der KP Italiens ist eine Entfernung von der allgemeinen Wahrheit des Marxismus-Leninismus und von seinen Hauptlehren, sie bedeutet ein vollständiges Überlaufen zu den Opportunisten und Revisionisten.

Erstens ist es wahr, daß in der Welt gründliche revolutionäre Umwandlungen stattgefunden haben, die ihr Gesicht gänzlich veränderten. Diese Umwandlungen sind: Sturz des Kapitalismus in einer Reihe von Staaten und Errichtung des sozialistischen Weltsystems; Verfall des Kolonialsystems des Imperialismus und das Auftreten der

bisher unterdrückten und versklavten Völker auf der Bühne des internationalen Geschehens. Diese zwei großen Ereignisse der Gegenwart haben die Herrschaftssphäre des Imperialismus eingeengt und seine Positionen an allen Fronten geschwächt.

Im Ergebnis dieser Umwandlungen auf der Bühne des internationalen Geschehens, der objektiven Entwicklung des Kapitalismus und der Verschärfung seiner unveröhnlichen Gegensätze und des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern, fanden auch in diesen Ländern wichtige Umwandlungen statt und entstanden neue Phänomene. Diese Umwandlungen stehen im Zusammenhang mit der Erhöhung der Rolle und des Gewichts der großen kapitalistischen Monopole im wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes, mit dem Anwachsen des monopolistischen Staatskapitalismus, mit der Steigerung der wirtschaftlichen Rolle des Staates in den kapitalistischen Ländern, mit der Schaffung von internationalen Monopolgemeinschaften, mit der Tendenz der kapitalistischen wirtschaftlichen und politischen Integration, insbesondere mit der Tendenz zur starken Einschränkung des demokratischen Lebens und der demokratischen Institutionen sowie mit den Anstrengungen, um die alten Formen des Kolonialismus durch neokolonialistischen Formen zu ersetzen usw.

Zweifelsohne haben diese Umwandlungen an die Arbeiterklasse und ihre revolutionären Parteien der kapitalistischen Länder neue Fragen und neue Aufgaben gestellt, der Arbeiterklasse neue Möglichkeiten eröffnet, um im Kampf gegen die Herrschaft der Monopole und für Demokratie und Sozialismus mit den anderen Volksschichten größere Allianzen zu schließen. Sie haben

jedoch das Wesen, die Natur der kapitalistischen Ordnung gar nicht geändert. Der private kapitalistische Besitz über die Produktionsmittel und die politische Herrschaft des Bürgertums, vor allem des kapitalistischen Großbürgertums, wurden nicht angetastet. Das sind die Hauptkriterien, um ein Urteil darüber zu fällen, ob sich das Wesen der kapitalistischen Ordnung geändert hat oder nicht.

Die neuen Bedingungen und Phänomene verwerfen nicht den Marxismus-Leninismus und seine Hauptlehren über den Kapitalismus und Imperialismus, über den Klassenkampf und die Revolution, über den Staat und die Diktatur des Proletariats usw., sondern bestätigen sie bestens. Deshalb muß man aus ihnen richtige revolutionäre, marxistisch-leninistische Konklusionen ziehen, die keine reformistischen und pazifistischen Illusionen erwecken, den revolutionären Elan der Werktätigen nicht vermindern und sie nicht von dem Kampf gegen den Kapitalismus, von der Revolution entfernen, sondern diesen Kampf noch mehr erweitern und den Sieg der sozialistischen Revolution näher bringen und nicht hinausschieben.

Zweitens gibt es keinen Zweifel darüber, daß man die neuen Bedingungen und Phänomene, die heute in der Welt existieren, und die nationalen Eigenheiten eines jeden Landes unbedingt berücksichtigen muß; diese muß man sorgfältig studieren und daraus Lehren für die erfolgreiche Entwicklung der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse ziehen. Wenn man diese nicht berücksichtigt, dann schädigt man, wie auch die Moskauer Deklaration vom Jahre 1957 unterstreicht, die Sache des Sozialismus, entfernt man sich von dem Leben und den

Massen und verfällt man dem Dogmatismus. Aber trotz dieser Umwandlungen, neuen Phänomenen und nationalen Eigenheiten existieren auch allgemeine Gesetze der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, die das Wesen dieses Prozesses ausmachen und für alle Länder unbedingt notwendig sind. Diese Gesetze hat der Marxismus-Leninismus entdeckt und die Erfahrungen der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder und der gesamten kommunistischen und Arbeiterbewegung haben sie bestätigt. Sie sind auch in der Moskauer Deklaration des Jahres 1957 niedergelegt und wurden in der Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 erneut bekräftigt.

Die Überschätzung der neuen Phänomene in der kapitalistischen Welt und der nationalen Eigenheiten und die Unterschätzung der allgemeinen Gesetze des Marxismus-Leninismus über die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau, unter dem Vorwand der neuen Phänomene und nationalen Eigenheiten, schädigt, wie auch die Moskauer Deklaration unterstreicht, die Sache des Sozialismus und führt zum Revisionismus und Nationalismus. Auch Lenin betont, daß die spezifischen Eigenheiten eines jeden Landes mit dem, was allen Ländern gemeinsam und die Hauptsache ist, nichts gemeinsam haben; sie tangieren und verändern diese durchaus nicht. Die Eigenheiten bestimmen nur die Form, den Rythmus, die Methoden des Übergangs der verschiedenen Länder zum Sozialismus. Dadurch veranlassen sie, daß der historische Prozeß des Übergangs eines jeden Landes zum Sozialismus seine eigenen, charakteristischen Züge, seine eigene Form bewahrt, jedoch in bezug auf den Inhalt und die Hauptdinge für alle Länder der

gleiche ist. Der proletarische Internationalismus und der Kampf für die Interessen des Sozialismus verlangen, daß diese oder jene Eigenheiten eines jeden Landes, die man berücksichtigen und auswerten muß, nicht auf die erste Stelle gesetzt werden dürfen, sondern daß man das Wichtigste, Gemeinsame und Allgemeine, das, was das Fundament des Kampfes für den Sozialismus bildet, unterstreicht. Das ist die Basis der Einheit des sozialistischen Lagers und der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung.

### **Der friedliche Weg – der einzige Weg zum Sozialismus?**

„Der italienische Weg“ zum Sozialismus ist nach der Meinung der Führer der KP Italiens ein durchaus friedlicher Weg. Aber jede kommunistische und Arbeiterpartei hat das Recht und die Pflicht, unter Berücksichtigung der historischen äußeren und inneren Bedingungen, die Art und Weise des Übergangs ihres Landes zum Sozialismus zu bestimmen. Wir werden uns nur darüber äußern, wie die Führung der KP Italiens diese Frage stellt, umso mehr, weil sie ihre Konzepte als ein „Modell des schöpferischen Marxismus“ und als den Weg, den alle kapitalistischen Länder einschlagen müssen, hinstellt.

1) Man sagt, daß der äußere Faktor, der diesen friedlichen Weg ermöglicht, folgender ist: In der ganzen Welt wachsen dauernd die Kräfte des Sozialismus und sind nahe daran, im Wettbewerb mit dem Kapitalismus obzusegen. Außerdem wird die Idee lanciert, daß der nicht-friedliche Weg des Übergangs zum Sozialismus sehr ge-

fährlich ist, weil er zum Ausbruche eines Weltkrieges führen kann. Im Zusammenhang damit beschuldigen P. Togliatti und andere die marxistisch-leninistischen Parteien, daß sie den Sieg des Sozialismus auf einem Trümmerfelde wünschen und die „Revolution mit Hilfe eines Weltkrieges exportieren wollen“. In seiner Rede auf dem Plenum des ZK der KP Italiens zwecks Einberufung des X. Parteitages sagte P. Togliatti, daß bisher der Übergang zum Sozialismus durch zwei schwere Weltkrisen — durch die Krise vom Jahre 1917 und die Krise vom Jahre 1945 — ermöglicht würde; beide wären mit einem Weltkrieg verbunden gewesen. „Wer mit diesem Ziel im Auge arbeitet“, fuhr Togliatti fort, „der irrt sich gewaltig.“ Wie kann man aber die heutige Gesellschaft zum Sozialismus führen, fragte Togliatti und beantwortete selbst diese Frage folgendermaßen: „Man kann sie auf friedlichem Wege dahin führen. Die Leninsche These über die friedliche Entwicklung der Revolution, was Lenin seinerzeit für schwer möglich hielt, haben wir heute zum Prinzip einer Weltstrategie der kommunistischen und Arbeiterbewegung erhoben.“

Die Beschuldigungen P. Togliattis und der anderen Führer der KP Italiens gegen die marxistisch-leninistischen Parteien entbehren jeder Grundlage und ihre Auffassungen sind gar nicht marxistisch-leninistisch:

Erstens gibt es keine einzige kommunistische Partei, die den Sieg des Sozialismus mit Hilfe eines Weltkrieges sichern will. Das ist eine plumpe Verleumdung. Ferner ist es nicht wahr, daß die sozialistische Revolution bisher nur dank den Weltkriegen gewonnen hat. Das ist eine Verdrehung der historischen Realität. Bekanntlich siegte die Revolution beispielsweise in China und Kuba nicht

dank des Weltkrieges, sondern einige Jahre nach dem 2. Weltkrieg. Wer diese Frage so wie P. Togliatti und die Anhänger seiner Ideen stellt, der unterstützt faktisch die reaktionäre bürgerliche Propaganda, welche behauptet, daß der Sozialismus angeblich nur durch einen Krieg gewinnen kann, und daß die Kommunisten Kriegstreiber sind, weil sie mit Hilfe des Krieges den Sozialismus in der Welt zu errichten suchen. Dieselben Beschuldigungen gebrauchte auch Kennedy, um die imperialistische Aggression gegen Kuba zu rechtfertigen.

Zweitens gibt es heute, nach der Meinung P. Togliattis, nur einen einzigen Weg des Übergangs zum Sozialismus — den friedlichen Weg, weil die Gefahr eines Kernwaffenkrieges den anderen Weg — den nichtfriedlichen, ausschließt, weshalb man auf diesen verzichten muß. Das entspricht keineswegs der Wirklichkeit und stellt eine offene Verdrehung der Wahrheit dar, weil ja die Durchführung der sozialistischen Revolution auf nichtfriedlichem Wege zu keinem Weltkrieg geführt hat und auch nicht führen kann. Sie ist eine interne Angelegenheit eines jeden Volkes. Nach der Ansicht P. Togliattis ist die Existenz eines „demokratischen Regimes, also die Möglichkeit der Entwicklung der Demokratie“ unerlässlich für den Übergang zum Sozialismus. Aber Togliatti selbst und die Thesen unterstreichen, daß man in den kapitalistischen Ländern zwei Phänomene feststellen kann: Die immer größere Einschränkung der Demokratie und die immer offenere Einmischung von außen in die Angelegenheiten anderer Länder. Darüber heißt es in den Thesen: „Diese Tendenz manifestiert sich auf verschiedene Weise durch die Erhaltung der offenen oder verkappten faschistischen Regimes (Spanien, Portugal,

Griechenland usw.), durch die Dekadenz des parlamentarischen Regimes bis zur autoritären Regierungsform, wie in Frankreich, durch die Wiederaufrichtung des Nazi-Militarismus und das Verbot der politischen Organisationen der Arbeiterklasse (Deutsche Bundesrepublik), durch die Aufrechterhaltung der antidemokratischen und antikommunistischen Rassendiskriminierung (USA) sowie durch die Aufzwingung der brutalen reaktionären Regimes seitens des amerikanischen Imperialismus in Südkorea, Südvietnam, Formosa usw. Bezeichnend ist die Lage in den lateinamerikanischen Ländern, welche zur Herrschafts- und Einflußsphäre der USA gehören. Hier gibt es beinahe keinen wirklich demokratischen Staat; die Völker leben unter tyrannischen Regimes, werden im Interesse des amerikanischen Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt und haben keine Möglichkeit, um die Probleme ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und ihres Fortschritts frei zu lösen. Auch in Ländern, wie Italien, wo die Kraft und der Kampf der Volksbewegung bisher das Überwiegen solcher antidemokratischer Tendenzen verhindert haben, manifestierten sie sich vor kurzem ganz offen (Versuch Tambronis) und existieren in der Orientierung der führenden kapitalistischen Gruppen.“

Daraus ergibt sich also, daß in den Argumenten P. Togliattis und der anderen Führer der KP Italiens ein großer Widerspruch zwischen der heutigen Wirklichkeit in der kapitalistischen Welt und ihrer opportunistischen These über den friedlichen Weg „als Grundsatz der Weltstrategie des Proletariats“ herrscht. Außerdem taucht auch eine andere Frage auf: Was sollen die kommunistischen und Arbeiterparteien jener Länder machen,



wo es keine demokratischen Regimes und Möglichkeiten für die Entwicklung der Demokratie gibt und die Gefahr einer fremden Einmischung besteht? Nach der Meinung P. Togliattis müssen sie abwarten, bis günstige Vorbedingungen geschaffen werden, und zum Sozialismus auf friedlichem Wege übergehen. W. I. Lenin schrieb gegen die opportunistischen Theorien Kautskys: „Der Imperialismus zeichnet sich aus durch eine geringe Liebe für Frieden und Freiheit und durch eine größere und allgemeine Entwicklung des Militarismus. Wer das bei der Prüfung der Frage, wie typisch oder möglich die friedliche oder gewalttätige Revolution ist, übersieht, der erniedrigt sich zum gewöhnlichen Diener des Bürgertums (Werke, Bd. 28; S. 267, alb. Ausgabe).

Drittens schaffen der Sieg des Sozialismus in einer Reihe von Staaten, die Errichtung des sozialistischen Weltsystems und seine Erfolge günstige Voraussetzungen für den Sieg der sozialistischen Revolution und bringen den Sieg des Sozialismus in den einzelnen Ländern und in der ganzen Welt näher, **unabhängig von dem Weg — ob friedlich oder nichtfriedlich, auf dem die Revolution durchgeführt wird.** Die sozialistischen Länder spielen eine erstklassige Rolle, besonders für die Verhinderung der Ausfuhr der Konterrevolution und der Einmischung des Imperialismus. Aber auch bei der Niederschlagung der bewaffneten Konterrevolution des Imperialismus spielt der innere Faktor, der entschlossene Kampf der werktätigen Massen unter der Führung der kommunistischen Partei, eine entscheidende Rolle. **Der äußere Faktor kann für die Festlegung dieses oder jenes Weges des Übergangs zum Sozialismus in den verschiedenen Ländern nicht entscheidend sein,** obwohl er einen be-

stimmten Einfluß in dieser Richtung ausübt. In der Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 heißt es: „Die reale Möglichkeit dieser oder jener Art des Übergangs zum Sozialismus wird in jedem einzelnen Lande durch die konkreten historischen Verhältnisse bestimmt . . . Die Formen und Wege der Entwicklung der sozialistischen Revolution hängen von dem konkreten Verhältnis der Klassen in diesem oder jenem Land, von dem Grade der Organisation und der Reife der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde sowie von dem Grade des Widerstandes der herrschenden Klassen ab.“

2) Die Führer der KP Italiens behaupten, daß der innere Faktor, der die Orientierung nach dem friedlichen Weg des Übergangs zum Sozialismus in Italien diktiert, die Stellung der italienischen Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde ist, die sie in einem 10jährigen Kampf erworben haben, indem sie sich in den entscheidendsten Augenblicken an die Spitze des Volkes stellten. Wahr ist, daß die italienische Arbeiterklasse unter der Führung der kommunistischen Partei einen vieljährigen Kampf gegen den Faschismus, die deutschen Nazis und gegen die reaktionären Kräfte des Landes geführt hat, während dessen sie zur politischen Macht im Leben des Landes aufschwang und für sich und für alle Werktätigen Italiens einige Freiheiten und demokratische Rechte errang.

Von diesem Standpunkte aus betrachtet, besitzt die Arbeiterklasse Italiens ihre Eigenheiten, was ihre wirtschaftliche und politische Stellung im Leben der italienischen Gesellschaft anbelangt.

Aber diese Stellung der italienischen Arbeiterklasse darf man nicht überschätzen und für absolut erklären,

weil sie sich in Wirklichkeit von der Stellung der Arbeiterklasse der anderen kapitalistischen Länder nicht wesentlich unterscheidet: sie ist eine unterdrückte und ausgebeutete, der Produktionsmittel beraubte Klasse, die von den Staatsgeschäften fern gehalten wird.

Obwohl in den Thesen und anderen Materialien der Führung der KP Italiens der Ton auf dem friedlichen Weg liegt, so wird doch, wenigstens formell, akzeptiert, daß es nicht sicher ist, den Aufstand und „den Bürgerkrieg zu verhindern, weil die reaktionären bürgerlichen Gruppen immer prädisponiert sind, Gewalt anzuwenden, um den Weg des politischen und sozialen Fortschritts zu verlegen“. Auch P. Togliatti hat wiederholt darauf hingewiesen und unterstrichen, daß „die friedliche, schmerzlose Entwicklung von einem Komplex von Bedingungen abhängt, wovon einige von uns, andere von der objektiven Entwicklung der Ereignisse und die dritten von den Handlungen des Gegners abhängen. Es wäre unsinnig, für sicher zu halten, daß man in Italien ohne harte Klassenkämpfe zum Sozialismus übergehen kann. . . Wenn wir die Arbeiterklasse und unsere Parteimitglieder nicht betrügen wollen, werden wir nie behaupten, daß die friedliche Entwicklung ganz gesichert ist“. („Rinascità“, Nr. 7, 1956).

Das ist sehr richtig. Wenn aber so ist, dann muß die kommunistische Partei die Massen und sich selbst auf die Möglichkeit des nichtfriedlichen Weges vorbereiten. Lenins Worte bleibt immer aktuell, daß die Arbeiterklasse **alle** Formen des Kampfes beherrschen und bereit sein muß, die eine Form möglichst schnell und unerwartet durch eine andere zu ersetzen. „Die Arbeiterklasse“, schrieb Lenin, „würde sicherlich vorziehen, die

Macht auf friedlichem Wege zu ergreifen. . . jedoch der **Verzicht** auf die Machtergreifung mit Hilfe der Revolution durch das Proletariat wäre theoretisch, praktisch und politisch eine **Dummheit** und eine Konzession an das Bürgertum und alle reichen Klassen.“ Wer sich nicht gleichzeitig auf die eine und die andere Form vorbereitet, also sowohl auf den friedlichen, als auch nichtfriedlichen Weg, läuft Gefahr beide Möglichkeiten zu verlieren. Auch in jenen Ländern, wo es möglich ist, die Revolution friedlich zu entwickeln, muß die kommunistische Partei diese Möglichkeit auswerten, darf sie aber nicht für absolut erklären, weil diese Möglichkeit durch die Änderung der Umstände, die nicht von uns abhängen, sich in ein Gegenteil umwandeln kann. Wenn man sich aber zugleich auch auf die nichtfriedliche Möglichkeit vorbereitet, dann wachsen die Chancen des friedlichen Weges.

Was tut aber die Führung der KP Italiens, um auch auf die Möglichkeit des nichtfriedlichen Weges vorbereitet zu sein? Gar nichts. Im Gegenteil, sie will nichts von einer Vorbereitung auf beide Möglichkeiten hören. Außerdem verbreitet sie, wie wir unten sehen werden, in der Partei und in der Arbeiterklasse allerlei opportunistische und reformistische Illusionen, um ihre Orientierung nur nach den „friedlichen Wege“ zu rechtfertigen.

### „Demokratischer“ Weg oder Verneinung der Diktatur des Proletariats?

Die Thesen und die gesamte Propaganda der Führung der KP Italiens unterstreichen mit großem Nachdruck, daß der italienische Weg zum Sozialismus ein „demo-

kratischer“ Weg sei, und stellen ihn dem Wege der Sowjetunion und der anderen Länder der Volksdemokratie entgegen. Nach ihrer Meinung ist der letzte Weg „voll von Fehlern, Schmerzen, schweren Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit, der Freiheit und des demokratischen Lebens des Landes und der Partei“, usw. Daraus ergeben sich wenigstens zwei Dinge: daß a) der italienische Weg ein **ganz anderer Weg** als der allgemeine marxistisch-leninistische Weg, den die sozialistischen Länder verfolgt haben, was auch die Führer der KP Italiens selbst nicht bestreiten, und daß b) **nur der italienische Weg** ein demokratischer Weg sei; während die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder einen antidemokratischen Weg verfolgt hätten, was eine Verleumdung ist.

„Wir sind Demokraten“, erklärte P. Togliatti auf dem VIII. Parteitag der KP Italiens, „weil wir uns im Rahmen der Verfassung, der demokratischen Traditionen und der Gesetzlichkeit bewegen.“ Wenn man sich also nicht im Rahmen der bürgerlichen Verfassung und der kapitalistischen Gesetzlichkeit bewegt, sondern sie in revolutionärer Weise verletzt, dann ist man, nach Togliatti, kein Demokrat. Genauso handelt auch das Bürgertum, indem es die revolutionären Kommunisten als „Rebellen“, „Störer der Ordnung und der Ruhe“, „Zerstörer der Demokratie“, usw. bezeichnet.

Im Zusammenhang damit kann man uns als „Dogmatiker“, „Abenteurer“ usw. beschuldigen und behaupten, daß wir angeblich der Meinung seien, daß die italienischen Kommunisten auf den Kampf für die Demokratie, die Respektierung der Verfassung usw. verzichten sollen. Das ist aber gar nicht wahr. Wir wissen sehr gut, daß

der Kampf für die Demokratie notwendig ist, wir kennen seine Bedeutung, die er insbesondere für Italien hat, sowie seinen engen Zusammenhang mit dem Kampf für Sozialismus. Wir sind uns bewußt, daß man nicht Kommunist sein kann, wenn man nicht zugleich auch wahrer Demokrat ist. Aber hier handelt es sich um die Tatsache, daß die Führung der KP Italiens nur den friedlichen Weg, den sogenannten „italienischen“ Weg, als den einzigen demokratischen Weg hinstellt.

Laßt uns einmal gründlich analysieren, was eigentlich die Führung der KP Italiens unter dem „demokratischen“ Weg versteht. In ihren Materialien wird unterstrichen, daß der italienische Weg der Weg der „konsequenten demokratischen Entwicklung in Richtung des Sozialismus durch die Realisierung von Strukturreformen, welche die Verfassung vorsieht, ist“. (P. Togliatti, Der italienische Weg zum Sozialismus, Juni 1956). Und in den Thesen heißt es: „Der Kampf für die Erfüllung der italienischen Demokratie mit neuem sozialistischen Inhalt findet also in der Verfassung ein breites Terrain für seine Entwicklung. Der italienische Weg zum Sozialismus geht über den Aufbau eines neuen Staates, den die Verfassung vorsieht (was ganz verschieden von dem heutigen Regime ist) sowie über die Übernahme seiner Leitung durch neue führende Klassen.“ In den Thesen heißt es ferner, daß der „Aufbau eines italienischen Weges zum Sozialismus auf diese Weise ein Prozeß des Kampfes der Massen für positive Ziele ist, um die Wirtschaftsstrukturen und die politische Ordnung zu modifizieren, das Kräfteverhältnis dauernd zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Alliierten zu verschieben und die Bildung eines sozial-politischen Blockes zu fördern,

der in der Lage wäre, im Rahmen der konstitutionellen Gesetze die sozialistische Umwandlung Italiens zu realisieren“. Man sagt, daß der italienische, demokratische Weg gerade diese Bedeutung hat. Nun wollen wir uns jetzt diese Frage näher ansehen.

In allen Definitionen und Materialien der Führung der KP Italiens betreffend den Weg des Übergangs Italiens zum Sozialismus trifft man überhaupt nicht auf die Idee der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats. Wir meinen nicht die Ausdrücke „sozialistische Revolution“ und „Diktatur des Proletariats“, obwohl auch diese formale Seite eine gewisse Scheu vor diesen revolutionären Hauptideen des Marxismus-Leninismus zeigt, wahrscheinlich um das Bürgertum nicht zu erschrecken(!). In den Thesen und anderen Materialien der Führung der KP Italiens wird der Kern dieser Hauptlehren des Marxismus-Leninismus negiert.

Alle Kommunisten kennen die Leninsche These, daß nur jener ein Marxist sein kann, der nicht nur den Klassenkampf, sondern auch die Diktatur des Proletariats akzeptiert, weil gerade diese Frage zeigt, daß man den Marxismus wirklich verstanden und akzeptiert hat, und daß die Diktatur des Proletariats, die notwendig, sowie inhaltlich und dem Wesen nach für alle Länder, die den Weg des Sozialismus einschlagen, gleich ist, verschiedene Formen, im Einklang mit den konkreten historischen Bedingungen eines jeden Landes, annehmen kann und faktisch annimmt. In den Thesen jedoch heißt es: „Nur der Ausdruck Diktatur des Proletariats kann verschiedenen Inhalt annehmen“, im Vergleich zu der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern. Also handelt es sich nicht nur um die Änderung der Formen,

sondern auch des **Inhaltes selbst** der Diktatur des Proletariats. Wenn aber der Inhalt oder das Wesen sich ändert, dann kann es sich um einen beliebigen Staat, jedoch nie um die Diktatur des Proletariats handeln. Wir klammern uns nicht formal an den Ausdrücken, sind jedoch der Meinung, daß hier kein Fehler vorliegt, welcher den Verfassern der Thesen aus Versehen entschlüpft ist. Wir urteilen über den italienischen Weg zum Sozialismus auf Grund der Argumente der Führer der KP Italiens; dieser Weg leugnet tatsächlich die Idee der Diktatur des Proletariats als unerläßliche Voraussetzung für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus unterstrichen, daß die Diktatur des Proletariats ein ganz neuer Staat sei, welcher nur nach der gründlichen Zerschlagung der alten kapitalistischen Staatsmaschine errichtet werden könne, und daß die Arbeiterklasse und ihre Partei den Apparat des bürgerlichen Staates nicht erhalten können, um ihn für ihre eigenen Zwecke zu verwenden. Das ist eine der Hauptlehren, die die historische Erfahrung aller bisherigen sozialistischen Revolutionen bestätigt hat. W. I. Lenin betonte, daß es notwendig ist, besonders in der Etappe des Imperialismus, in der der bürokratische Polizei- und Militärapparat des kapitalistischen Staates kolossale Ausmaße angenommen hat, mit Nachdruck auf die Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschine zu bestehen (siehe „Staat und Revolution“).

P. Togliatti aber, der sich auf diese These beruft, erklärt: „Wenn wir sagen, daß es möglich sei, einen Weg zum Sozialismus nicht nur auf dem demokratischen, sondern auch auf dem parlamentarischen Terrain, ausfindig zu machen, ist es klar, daß wir an dieser Stellung,

mit Rücksicht auf die großen Umwandlungen, die in der Welt stattfanden und stattfinden, etwas ändern.“ (P. Togliatti, Der ital. Weg zum Sozialismus, 24. Juni 1956). Auch L. Longo sagte in seinem Referat auf dem Aprilplenum 1962 des ZK der KP Italiens, das der Einberufung des X. Parteitages gewidmet war: „Das Gewicht, welches die Zentren der Monopole besitzen und die Größe des Widerstandes, den sie verursachen, ermöglichen, die Frage der Zerschlagung des Staatsapparates anders zu betrachten, als sie Lenin mit Recht formuliert.“

Also nach der Meinung der Führer der KP Italiens war diese These des Marxismus-Leninismus nur damals richtig, während sie heute einer „Korrektur und Revision entsprechend den neuen Bedingungen“ und sicherlich im Geist der „schöpferischen Entwicklung“ des Marxismus bedarf!

Es ist klar, daß die These der Führer der KP Italiens über die Notwendigkeit der Revision der marxistisch-leninistischen Lehre und Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschine in erster Linie mit ihrem Konzept über den Klassencharakter des heutigen bürgerlichen Staates im Zusammenhang steht. Diese Idee bringt L. Longo in dem obenerwähnten Referat erneut klar zum Ausdruck: „... die Liquidierung der Monopole und ihrer Macht kann auch ohne die Übernahme der Staatsmacht erfolgen, es genügt, daß ein adäquates Verhältnis der sozialen und politischen Kräfte existiert.“ Und er fährt fort: „Wir sagen, daß man heute die Macht der Monopole durch den Staat tatsächlich einschränken und modifizieren kann. In der ersten Etappe ist unser Ziel, die Staatsgewalt von der wirtschaftlichen Macht der Monopole unabhängig zu machen und hierauf die Wirt-

schaftskraft der Monopole durch den Staat einzuschränken und zu modifizieren.“ Daraus ergibt sich, daß man den Staat der Monopole gegen die Monopole verwenden kann.

Wahr ist, daß L. Longo zugibt, daß „die sozialistische Gesellschaft innerhalb der alten sozialen, politischen und kapitalistischen Formation nicht **spontan reif wird** und daß eine vollständige sozialistische Umwandlung der Gesellschaft nicht möglich ist, wenn nicht die Arbeiterklasse und ihre Alliierten die Staatsgewalt ergreifen“. Aber aus alledem ergibt sich, daß die ersten Schritte zum Sozialismus und der Anfang der sozialistischen Gesellschaft auch in der kapitalistischen Ordnung realisiert werden können, sogar mit Hilfe des bürgerlichen Staates selbst. Das drückt L. Longo sehr deutlich aus, als er die Frage stellt: „Ist es möglich, durch eine politische Handlung sich in die wirtschaftliche Entwicklung und in eine Ordnung einzumischen, wo noch immer die Tendenzen des kapitalistischen Systems vorherrschen?“ (Dominieren etwa in Italien allein **Tendenzen** des kapitalistischen Systems?! *die Red.*). Mit anderen Worten: die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung sind so eisern, daß der Arbeiterklasse, um diese zu zügeln und sei es nur teilweise zu ändern, nichts übrig bleibt, als das kapitalistische System vollständig zu zertrümmern und dieses durch das sozialistische System zu ersetzen?

Hier taucht ein „neues“ Konzept über das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik, zwischen Basis und Superstruktur in dem Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf. Im Widerspruche zu einer der Haupteigenheiten der sozialistischen Revolution, die, zum Unterschied von den früheren Revolutionen, mit der

Ergreifung der politischen Gewalt beginnt, da diese entscheidend und unerlässlich für die sozialistische Umwandlung der Wirtschaft und der ganzen Gesellschaft vom Anfang bis zum vollständigen Aufbau des Sozialismus ist, sind also die Führer der KP Italiens der Ansicht, daß man nicht hier beginnen, sondern mit der Umwandlung der Wirtschaft und der Wirtschaftsgesetze des Kapitalismus und mit der Liquidierung der Macht und der Wirtschaftsbasis der Monopole beginnen soll. Und all das soll mit Hilfe des heutigen kapitalistischen Staates, des Staates der Monopole realisiert werden!

Die Führer der KP Italiens denken sich die Sache so: „Man schafft ein adäquates soziales und politisches Kräfteverhältnis, das den kapitalistischen Staat nötigt, zugunsten der werktätigen Massen gegen die Monopole vorzugehen, indem er große Strukturereformen in Richtung des Sozialismus durchführt.“ Velio Spano drückte sich auf dem Plenum des ZK der KP Italiens, gewidmet der Einberufung des VIII. Parteitages, noch deutlicher aus. „Jeder Staat“, sagte er, „ist eine Diktatur; es ist aber möglich, daß eine andere Klasse stark genug ist, um die Tätigkeit einer Klasse, die an der Macht ist, wirksam einzuschränken.“

Was für „klare Perspektiven“ diese Konzepte der Arbeiterklasse Italiens und ihrer Partei eröffnen, das ersieht man auch aus den Worten P. Togliattis selbst; auf dem Plenum des ZK der KP Italiens, gewidmet der Einberufung des X. Parteitages, sagte er: „Wie wir dieses Ziel, die Brechung der Macht (die Macht der Monopole, *die Red.*) erreichen werden, das wissen wir nicht. Wir bahnen nur den Weg, den Weg des Kampfes, der sich in den verschiedensten Formen abspielen wird.“

All das ist eine klare Abweichung von den Lehren des Marxismus-Leninismus, von der klassischen marxistisch-leninistischen Bedeutung des Staates:

1. Die Geschichte kennt Fälle des Kräftegleichgewichts der Klassen im Staate. Solche Fälle waren, worauf W. I. Lenin hinwies, beispielsweise das absolute französische Königtum des 17. und 18. Jahrhunderts, Bismark in Deutschland, der zwischen den Feudalen und dem Bürgertum das Gleichgewicht hielt usw. Aber hier handelt es sich um ein Kräftegleichgewicht zwischen zwei Klassen, die die Werktätigen ausbeuten.

2. Es gibt auch Fälle, wo die Staatsmacht eine Diktatur zweier Klassen ist, wie beispielsweise die revolutionäre Diktatur der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft (die sich gegen die Ausbeuter richtet), die eine Übergangsmacht ist, um von der bürgerlichen oder feudal-bürgerlichen Ordnung zur sozialistischen Ordnung überzugehen.

3. Es gibt auch einen Fall, wo in einem Land, in Rußland, in der ersten Periode nach der Februarrevolution 1917, zwei entgegengesetzte Klassen zeitweilig an der Macht waren. Unter diesen Umständen hat Lenin die Möglichkeit der friedlichen Entwicklung der sozialistischen Revolution vorgesehen und auch ein konkretes Programm von Übergangsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet ausgearbeitet. Aber auch unter diesen Umständen knüpfte Lenin den Übergang zum Sozialismus an eine unerläßliche Bedingung an: **die gesamte Staatsgewalt sollte an die Sowjets übergehen.** Aber man kann gar keinen Vergleich ziehen zwischen der damaligen Lage in Rußland und der heutigen Lage in Italien, wo es keinen revolutionären Elan, wie damals in Rußland

gibt, wo das Volk nicht, wie dort, bewaffnet ist und keine Macht besitzt, wie sie die Ausbeuterklassen besitzen. Selbst die Führung der KP Italiens kritisiert jene, welche die „Perspektive eines Machtdualismus, d. h. der Entwicklung einer Arbeitermacht neben der bürgerlichen Macht“, sehen (siehe das Referat L. Longos auf dem X. Parteitag).

Also ist es klar, daß in der antagonistischen Gesellschaft keine Staatsgewalt existiert, die über den Klassen steht und sowohl im Interesse der Ausbeuter, als auch im Interesse der Ausgebeuteten handelt. Aber die jetzige Führung der KP Italiens steht mehr oder minder tatsächlich auf dieser Position. Diese Idee hat auch P. Togliatti in einer von der „Unità“ vom 26. September 1956 veröffentlichten Rede ziemlich klar ausgedrückt: „Die konkreten politischen und historischen Bedingungen“, sagte er, „haben sich geändert. Ein Kampf findet statt und in diesem Kampf erreicht man neue Übergangsstellungen, es entstehen mittlere Formen.“

Dasselbe hat mit anderen Worten auch der sattsam bekannte italienische Revisionist Giolitti in seinem Buche „Die Reformen und die Revolution“ (1957), in dem auch die jetzigen Führer der KP Italiens selbst polemisierten, gesagt. „In der Jetztzeit“, schreibt er, „entstehen in der Praxis und werden von der Theorie übernommen neue Formen der Staatsgewalt, die man weder eine Diktatur des Proletariats, noch eine Diktatur des Bürgertums bezeichnen kann.“ Auch im Programm des BdkJ steht dasselbe geschrieben: „Es ist möglich, daß die Entwicklung des Klassenkampfes in Richtung der Diktatur des Proletariats die verschiedenen politischen Formen durch verschiedene Übergangsformen der zweigeteilten Staatsgewalt und durch Kompromisse, in denen das Interesse

der Arbeiterklasse immer deutlicher zum Ausdruck kommt, bis dieser Einfluß mit der Zeit in jener politischen Form dominiert, die aus den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes entstehen wird, noch mehr bereichert.“

All das sind nur schändliche und gefährliche reformistische Illusionen, sind antimarxistische und antileninistische Thesen, welche die kommunistische Partei und die Arbeiterklasse desorientieren. Lenin unterstrich mit großem Nachdruck, daß der Kampf für die Befreiung der werktätigen Massen von dem Einfluß des Bürgertums im allgemeinen und des imperialistischen Bürgertums im besonderen ohne einen Kampf gegen die opportunistischen Vorurteile über den „Staat“ nicht möglich sei. (Ausz. Werke, Bd. II, S. 143, alb. Ausgabe.)

### „Der italienische Weg – ein parlamentarischer Weg“

Die Führung der KP Italiens setzt ihre Hoffnungen nach dem Übergang zum Sozialismus auf das Parlament und die Durchführung der italienischen Verfassung.

Wiederholt haben die Führer der KP Italiens betont, daß es möglich ist, auch mit Hilfe von parlamentarischen Formen zum Sozialismus überzugehen. So heißt es beispielsweise in der programmatischen Erklärung des VIII. Parteitages der KP Italiens, deren Richtigkeit L. Longo in seinem Referate zum X. Parteitag erneut bejahte: „Die demokratischen Institutionen können als effektive Basis eines Regimes sich entwickeln, indem man den subversiven Anschlägen der Monopolgruppen begegnet und ihnen die Basis ihrer Macht nimmt. . . Das Parla-

ment muß eine aktive Funktion ausüben . . . unter der Bedingung, daß sich neben ihm auch die Formen der direkten Demokratie entwickeln, um die weitere Entfaltung und die Überlegenheit der sozialistischen Demokratie zu sichern.“ In einem Artikel, den die „Prawda“ vom 7. März 1956 veröffentlichte, schrieb P. Togliatti: „ . . . das Parlament, welches früher ein Mittel für die Organisierung und Konsolidierung des kapitalistischen Regimes war, kann heute ein effektives Mittel in den Händen jener Parteien, die für die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft arbeiten, werden.“

Trotzdem tritt P. Togliatti gegen jene, die der Ansicht sind, daß der „italienische Weg zum Sozialismus“ nur ein parlamentarischer Weg und nichts anders ist, energisch auf. Warum reserviert sich P. Togliatti? Warum sucht er sich von dem Ausdruck „parlamentarischer Weg“ mit aller Kraft fernzuhalten? Offenbar, weil er die Schwäche seiner reformistischen Stellung kennt. In seinem Referat auf dem Plenum des ZK der KP Italiens am 24. Juni 1956 sagte er: „ . . . wenn man den ‚italienischen Weg‘ und den ‚parlamentarischen Weg‘ äußerlich gleichsetzt, können einerseits gefährliche Illusionen entstehen, andererseits kann man schwere Enttäuschungen erleben. Der Genosse in der Fabrik, welcher die Macht seines Patrons kennt, und der Bürger, welcher die Natur und das Gewicht der führenden kapitalistischen Klassen in der heutigen Gesellschaft kennt, sieht, was heute unser Parlament ist; er kann zu der Konklusion gelangen, daß man auf diesem Wege ein gründlicher Umsturz ganz unmöglich ist.“ Ausgezeichnet! Aber wo liegt denn dann der Unterschied zwischen dem „italienischen“ und „dem parlamentarischen Weg“? Was soll man tun, um diese

Illusionen zu vermeiden? Tatsächlich macht P. Togliatti gar keinen Unterschied. Er sagt nur, daß, um das Parlament für die Realisierung des Weges zum Sozialismus mit Erfolg zu benützen, nachstehende Vorbedingungen erfüllt werden müssen: ein Parlament, das der Spiegel des Landes ist und funktioniert; eine große Volksbewegung, welche die Forderungen stellt, die später von einem Parlament erfüllt werden können, in dem die Vertretung des Volkes genügend stark ist. Es handelt sich also wieder um den „parlamentarischen Weg“. Manche Nummern der „Unità“ weisen große Überschriften mit Schlagzeilen auf, die eine ganze Seite einnehmen: „Mit Hilfe der Stimme müssen wir Italiens Gesicht verändern!“

Das wird umso klarer, wenn wir vor Augen halten, daß P. Togliatti im Zusammenhang mit der „Benützung der parlamentarischen Formen“ es für richtig hielt, die These Marx', Engels', Lenins und Stalins über die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates als unerläßlich für den Übergang zum Sozialismus zu revidieren. Dieser Standpunkt Togliattis dient faktisch der Verbreitung von opportunistischen parlamentarischen Illusionen, daß es angeblich möglich ist, mit Hilfe des bürgerlichen Parlaments, dem heutigen kapitalistischen Staat den Willen der Arbeiterklasse und der Volksmassen aufzuzwingen und in Richtung des Sozialismus zu schreiten.

Aber dieser Standpunkt der kommunistischen Führer Italiens steht — wenn nicht identisch — so doch sehr nahe den opportunistischen Illusionen K. Kautskys, die W. I. Lenin vor langer Zeit bekämpft hat. „Seine“ (des Massenstreiks) „Aufgabe“, sagte Kautsky, „kann nicht die sein, die Staatsgewalt zu zerstören, sondern nur die,



eine Regierung zur Nachgiebigkeit in einer bestimmten Frage zu bringen oder eine dem Proletariat feindselige Regierung durch eine ihm entgegenkommende zu ersetzen. . . Aber nie und nimmer kann dies“ (d. h. der Sieg des Proletariats über die feindselige Regierung) „zu einer **Zerstörung** der Staatsgewalt, sondern stets nur zu einer **Verschiebung** der Machtverhältnisse **innerhalb der Staatsgewalt** führen. . . Und das Ziel unseres politischen Kampfes bleibt dabei das gleiche, das es bisher gewesen: Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung.“ Lenin sagte darüber: „Das ist schon waschechter, trivialster Opportunismus, das ist die Preisgabe der Revolution in der Tat bei einem Bekenntnis zu ihr in Worten. Kautskys Gedanke geht über eine ‚dem Proletariat entgegenkommende Regierung‘ nicht hinaus — das ist ein Schritt zurück zur Philistertum verglichen mit 1847, als das ‚Kommunistische Manifest‘ die ‚Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse‘ proklamierte. . . Wir aber werden mit den Opportunisten endgültig brechen; und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampf nicht um eine ‚Verschiebung der Machtverhältnisse‘, sondern um den **Sturz der Bourgeoisie**, um die **Zerstörung** des bürgerlichen Parlamentarismus, um die demokratische Republik vom Typ der Kommune oder die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“ (Lenin, Werke, Bd. 25, S. 459-460, russ. Ausg.). Kann man etwa unter den heutigen Bedingungen Italiens die Ideen Kautskys, die Lenin als zutiefst antimarxistisch und opportunistisch verworfen hatte, durchführen?!

Man soll nie die Möglichkeiten des bürgerlichen Parlaments überschätzen und opportunistische Illusionen erwecken, daß man mit seiner Hilfe die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft verwirklichen kann. Auch darf man die beiden Tendenzen des Bürgertums der kapitalistischen Länder gegenüber dem Parlament, welche auch die Führer der KP Italiens zugeben, nicht überschätzen:

1. Das Bürgertum wendet die verschiedensten Mittel an, um die Vertretung der werktätigen Massen im Parlament möglichst zu verkleinern, indem es die Wähler mit Hilfe seiner mächtigen Propaganda ideologisch bearbeitet, die freie Stimmenabgabe der Werktätigen behindert, das Wahlsystem ändert usw.

2. Das Bürgertum, besonders das Monopolbürgertum, zeigt immer deutlicher die Tendenz, die Rechte und Befugnisse des Parlaments einzuschränken und die gesamte Gewalt an die Exekutive zu übertragen. Der beste Beweis dafür sind heute die Handlungen de Gaulles, um die Verfassung zu ändern.

In der Epoche des Imperialismus, der, wie Lenin zeigte, Reaktion auf allen Gebieten ist, besteht immer die Gefahr der Errichtung von Militärdiktaturen und faschistischen Diktaturen, so oft das Monopolbürgertum sieht, daß auch die Regimes der gestutzten bürgerlichen Demokratie seine Interessen gefährden. Zeigt dies nicht die Existenz des Faschismus in Spanien und Portugal, die Errichtung der Diktatur de Gaulles in Frankreich, die Verfolgung der KP in den USA, Westdeutschland usw., die Militärputsche in Argentinien und in anderen Ländern Lateinamerikas? Das ist eine Realität, die keine ernste revolutionäre Partei der Arbeiterklasse übersehen, unter-

schätzen und leicht nehmen darf. Wenn man aber unter diesen Umständen die Hoffnungen auf den Übergang zum Sozialismus auf das Parlament und das allgemeine Wahlrecht setzt, parlamentarische Illusionen erweckt und den Kampf der Werktätigen **nur** oder **hauptsächlich** nach diesem Ziele orientiert, dann fügt man dem Kampf für Sozialismus einen großen Schaden zu.

Natürlich sind wir nicht und können auch nicht gegen die Verwendung des bürgerlichen Parlaments zugunsten der Interessen der Arbeiterklasse und ihres Kampfes sein. Bekanntlich warnte Lenin vor der „Kinderkrankheit des Kommunismus, des Linksextremismus“, der die Notwendigkeit der Verwendung des Parlamentes durch die kommunistischen Parteien bestritt, um die Interessen der Arbeiterklasse zu schützen, das Bürgertum und seinen Staat und die Falschheit der bürgerlichen Demokratie zu enthüllen und dem Bürgertum bestimmte Maßnahmen zugunsten der Werktätigen aufzuzwingen, usw. Besonders heute, wo das Bürgertum die demokratischen Freiheiten und Rechte mit Füßen tritt, müssen diese die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei schützen. Da heute die Gegensätze zwischen den großen Monopolen und allen Bevölkerungsschichten sich sehr verschärft haben, existieren größere Möglichkeiten für eine erweiterte Verwendung des Parlaments und für eine Verstärkung des demokratischen Kampfes gegen die Monopole. Deshalb ist der Kampf innerhalb und außerhalb des Parlaments ohne Zweifel eine wichtige Aufgabe der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, die ein demokratisch-bürgerliches Regime haben.

Indem man aber für Demokratie und demokratische Rechte für die Werktätigen und für die Verwendung des

Parlaments für die Interessen und Ziele der Arbeiterklasse kämpft, muß man auch gleichzeitig eine groß Aufklärungsarbeit mit den Massen gegen die gefährlichen parlamentarischen Illusionen leisten, um die Falschheit der bürgerlichen Demokratie auch in den „demokratischsten“ bürgerlichen Republiken, die Falschheit des bürgerlichen Parlamentarismus zu enthüllen und die Massen mit revolutionärem Geist zu erziehen, um die falsche bürgerliche Demokratie zu stürzen und sie durch die Diktatur des Proletariats, welche die wahre Demokratie für die breitesten Volksmassen ist, zu ersetzen.

Aber die jetzigen Führer der KP Italiens verstehen unter dem „demokratischen Weg zum Sozialismus“ den Weg über das Parlament, welcher nicht zum Sturze der falschen bürgerlichen Demokratie und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats führt. „Der demokratische Weg zum Sozialismus“, sagte L. Longo in seinem Referat auf dem Plenum des ZK der KP Italiens im September 1956, „ist der Weg zu einer immer breiteren, sicheren und effektiveren Demokratie. Indem diese Demokratie die Grenzen der existierenden Demokratie erweitert, besonders aber indem sie ihr ein solideres soziales Fundament gibt, verwandelt sie diese in eine reale Demokratie für alle, d. h. in eine Demokratie von politisch und sozial gleichen Personen, also in eine sozialistische Demokratie.“ Gerade solche opportunistische Illusionen hat Lenin verworfen. Indem er die falsche bürgerliche Demokratie enthüllte, schrieb er: „. . . das Fortschreiten von dieser kapitalistischen Demokratie, die natürlich eng ist und die Armen heimlich fern hält, weshalb sie gänzlich heuchlerisch und falsch ist, zu einer immer breiteren Demokratie, erfolgt nicht auf einfache Weise, direkt und ohne

Anstrengungen, wie die liberalen Professoren und die kleinbürgerlichen Opportunisten glauben. Nein. Das Fortschreiten zum Kommunismus erfolgt mit Hilfe der Diktatur des Proletariats und nicht anders, weil es keine andere Klasse und keinen anderen Weg gibt. **um den Widerstand** der kapitalistischen Ausbeuter zu brechen.“ (Ausz. Werke, Bd. 2, S. 204, alb. Ausgabe).

### **Übergang zum Sozialismus im Rahmen der heutigen italienischen Verfassung?!**

Bei der Definition des „demokratischen italienischen Weges“ zum Sozialismus setzen die Führer der KP Italiens ihre Hoffnungen sehr stark auf die heutige Verfassung Italiens. Auf dem Plenum des ZK der KP Italiens am 28. Juni 1956 betonte P. Togliatti, daß man „einen sozialistischen Fortschritt gerade auf dem von der Verfassung vorgezeichneten Gebiet, welches das Gebiet der demokratischen Freiheiten und der sozialen fortschrittlichen Umwandlungen ist, voraussehen muß . . . Diese Verfassung ist noch keine sozialistische Verfassung, da sie jedoch der Ausdruck einer breiten einheitlichen und erneuernden Bewegung ist, unterscheidet sie sich gründlich von den anderen bürgerlichen Verfassungen. Sie gibt eine effektive Grundlage ab für die Entwicklung der italienischen Gesellschaft auf dem Wege zum Sozialismus“. Und er fährt fort: „Auf diese Weise kann, nach unserer Meinung, die Arbeiterklasse die führende Rolle in der sozialistischen Revolution in der konkreten italienischen Situation spielen.“ Auf einer Kundgebung in Frascati am 20. November 1961 erklärte P. Togliatti, daß

die italienischen Kommunisten zum Sozialismus gelangen möchten „nicht durch einen Bürgerkrieg, durch die Verschärfung des bewaffneten Konfliktes, sondern durch Verwirklichung der von der italienischen Verfassung vorgesehenen Reformen, durch den demokratischen Kampf und die Einheit der Volksmassen“.

Wiederum opportunistische Illusionen über die „italienische Demokratie“. Das sind dieselben Worte, die Giolitti auf dem VIII. Parteitag der KP Italiens sagte, daß nämlich der italienische Weg zum Sozialismus über die Verfassung der Republik und die Strukturreformen gehe, und weswegen er von Togliatti und von anderen als Revisionist kritisiert wurde! Die Führung der KP Italiens stellt die italienische Verfassung so dar, als ob sie sich von den anderen bürgerlichen Verfassungen gründlich unterscheidet, und wenn sie schon keine vollkommene sozialistische Verfassung ist, so doch viele sozialistische Grundsätze enthält, die „leider von den Regierungsmännern Italiens nicht in die Tat umgesetzt werden“. Deshalb orientiert und konzentriert sie die gesamte Aufmerksamkeit, den ganzen Kampf der Arbeiterklasse und der KP auf die Durchführung der Verfassung und der Reformen, die sie vorsieht. Auf diese Weise wollen sie zum Sozialismus gelangen!

Wir wollen die Bedeutung, welche der Kampf für die Erhaltung und Entwicklung der Rechte und demokratischen Freiheiten, die in der italienischen Verfassung verankert sind, für die KP Italiens und die italienischen Werktätigen hat, keineswegs unterschätzen. Wahr ist, daß sie eine demokratische Verfassung ist und das Resultat des Kampfes der Arbeiterklasse und der KP Italiens gegen den Faschismus darstellt, weil sie einige für

die kapitalistische Welt fortschrittliche Forderungen, welche im Interesse der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen liegen, enthält. Natürlich ist der Kampf für die Realisierung dieser Forderungen von großer Bedeutung.

Aber all das darf man nicht überschätzen und übertreiben. Tatsächlich ist die jetzige italienische Verfassung eine bürgerlich-demokratische Verfassung, die durchaus nicht aus dem Rahmen der anderen bürgerlichen Verfassungen, die insbesondere aus dem Kampf gegen den Faschismus hervorgegangen sind, heraustritt. Deshalb ist es sehr schädlich, Illusionen über die italienische Verfassung zu erwecken und den Kampf der Werktätigen und der KP durch die Forderung nach Durchführung der Verfassung zu begrenzen, weil es tatsächlich den Verzicht auf die sozialistische Revolution und Verharren im Rahmen der kapitalistischen Ordnung bedeutet.

In Wirklichkeit sind die von der italienischen Verfassung vorgesehenen Freiheiten und Rechte nur formale und werden von dem Bürgertum dauernd mit Füßen getreten, was auch die Führer der KP Italiens selbst zugeben. So sind in ihr beispielsweise eine gewisse Begrenzung des Privateigentums und das Recht auf Arbeit vorgesehen, aber bisher wurde das Eigentum der kapitalistischen Monopole nicht begrenzt. Im Gegenteil, die Konzentration des Kapitals in den Händen einiger weniger ging in beschleunigtem Tempo weiter, und trotz des Rechtes auf Arbeit herrscht in Italien eine große chronische Arbeitslosigkeit usw. Außerdem darf man auch die Bemühungen der herrschenden Klassen Italiens, um die italienische Demokratie zu begrenzen, nicht übersehen; in einigen kapitalistischen Ländern Europas, wie bei-

spielsweise in Frankreich haben sie dieses Ziel erreicht. Deshalb bringt jede Illusion über die „bürgerliche Demokratie“, den bürgerlichen Parlamentarismus und die bürgerlichen demokratischen Verfassungen der Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus einen großen Schaden.

### **Die Ersetzung der Revolution durch den Kampf um soziale Reformen**

Die Führung der KP Italiens spricht viel von „Strukturreformen“ und betrachtet diese als das wirksamste Mittel für die sozialistische Umwandlung der italienischen Gesellschaft unter den heutigen Bedingungen. Unter diesen Reformen befinden sich die Forderungen nach Erhöhung der Gehälter und Kürzung der Arbeitszeit, Errichtung von Kommissionen in den Fabriken und Betrieben, um ihre Produktion zu kontrollieren, Durchführung der Agrarreform, Verstaatlichung der großen Monopole, Kontrolle der Monopole usw.

Welcher ist nun der Charakter dieser Reformen? Die Haltung der Führer der KP Italiens in dieser Frage ist kontradiktorisch. Einerseits sagen sie, daß diese Reformen einen allgemeinen demokratischen Charakter haben. So erklärte beispielsweise P. Togliatti in seiner Rede auf dem Parteiaktiv der Stadt Moskau am 27. Juni 1960: „Wir wissen sehr gut, daß diese Forderungen nicht sozialistisch sind, sondern im Grund genommen demokratische Forderungen mit einem fortschrittlichen Charakter sind.“ Andererseits aber behaupten sie, daß die Durchführung dieser Reformen der Weg zum Sozialismus sei.

In seinem Referat „Der italienische Weg zum Sozialismus“ vom 24. Juni 1956 sagte P. Togliatti, sich auf das Programm dieser Reformen berufend: „Eine Bewegung, die wir in Richtung dieser Revindikationen und Reformen orientieren könnten, ist zweifelsohne eine Bewegung zum Sozialismus.“

Die Führer der KP Italiens machen Anstrengungen, um die Gegensätze zu rechtfertigen, indem sie sich auf die Worte Lenins berufen, daß es zwischen der Demokratie und dem Sozialismus keine chinesische Mauer gibt, indem sie also den zwischen dem Kampf für Demokratie und dem Kampf für Sozialismus existierenden Zusammenhang als Argument benützen. Natürlich ist diese These richtig, man muß sie jedoch in dialektischer Weise und nicht einseitig betrachten. Der ganze Trick liegt hier in der Tatsache, daß sie nur den **Zusammenhang** zwischen dem Kampf für Demokratie und dem Kampf für Sozialismus in einseitiger Weise unterstreichen, während in den **Unterschied** zwischen diesen vergessen, weil sie den **Kampf für Sozialismus nur auf den Kampf für Demokratie beschränken**. Das bedeutet tatsächlich, sich im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Ordnung bewegen. Im allgemeinen akzeptieren die Revisionisten die Unterstellung der demokratischen Aufgaben unter die sozialistischen Aufgaben nicht, sondern das Gegenteil. So handeln tatsächlich auch die jetzigen Führer der KP Italiens.

Die Führung der KP Italiens entfernt sich von der marxistisch-leninistischen Lehre, auch was das Verhältnis zwischen den Reformen und der Revolution betrifft. Nach ihnen ist die sozialistische Revolution nichts anders als die Gesamtheit der Strukturreformen. Die Re-

volutionäre aber betrachten die Reformen unter den Bedingungen des Kapitalismus, so wie Lenin lehrte, als das Nebenprodukt der Revolution, benützen sie für die Entfaltung und Erweiterung des Klassenkampfes und unterwerfen die Reformen der Lösung der wichtigsten revolutionären Aufgaben.

Obwohl P. Togliatti in seinem Artikel „Der Kommunismus und der Reformismus“, veröffentlicht in der „Rinascita“ vom 28. Juli 1962, die Reformisten kritisiert, weil sie den Reformen zuliebe, das Endziel, den Sturz des Kapitalismus und die Einführung von sozialistischen Beziehungen, vergessen, handeln er und seine Genossen tatsächlich genau so, wenn sie **die gesamte Aufmerksamkeit der Partei und der Arbeiterklasse nur auf den Kampf für Reformen** richten, die sogar in der italienischen Verfassung vorgesehen sind, und behaupten, daß man **unter den Bedingungen Italiens auf diese Weise zum Sozialismus übergehen kann**. Wodurch unterscheiden sie sich dann von den Reformisten?

Um gerade diese Linie der Führung der KP Italiens zu rechtfertigen, bringt P. Togliatti in dem obenerwähnten Artikel als Argument die Tatsache, daß die „gespannten revolutionären Situationen nicht oft entstehen und nicht nach Belieben geschaffen werden. Es genügt nicht zu sagen, daß die Frage der Staatsmacht erhoben wird, sondern man muß diese Frage wirklich sofort erheben und sie durch einen direkten revolutionären Kampf lösen“.

Ohne Zweifel hängt die Schaffung einer revolutionären Situation in erster Linie von der Schaffung der objektiven Voraussetzungen ab; die Revolutionen finden nicht nach Gefallen und dem Wunsch dieses oder jenes statt.

Die Nichtbeachtung dieser Tatsache kann zu Abenteuern und schweren Fehlern führen. Gleichzeitig darf man aber nicht die Rolle vergessen, welche der subjektive Faktor in der Revolution spielt. Wer die Rolle des objektiven Faktors für absolut erklärt und den subjektiven Faktor beiseite läßt, der überläßt tatsächlich die Frage der Revolution der Spontaneität. Das schadet aber sehr der Sache der Arbeiterklasse. Die Schaffung der Voraussetzungen für die Revolution hängt, außer den objektiven Faktoren, ziemlich stark auch davon ab, wie die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse die Massen für die Revolution vorbereitet, in welcher Richtung sie die Massen erzieht — im Geist eines entschlossenen revolutionären Kampfes oder im reformistischen Geist. Die Tatsachen zeigen, daß die jetzige Führung der KP Italiens in der Partei und unter den Massen schädlich reformistische und parlamentarische Illusionen verbreitet, die sie von dem wirklichen revolutionären Kampf entfernen. Die Erklärung für absolut der objektiven Voraussetzungen der Revolution und die Nichtbeachtung der Rolle des subjektiven Faktors seitens Togliattis sind nichts anders als eine Rechtfertigung, ein Vorwand, um auf die Revolution zu verzichten und alle Kräfte und Energien auf den Kampf für Reformen zu konzentrieren.

Es ist keineswegs unsere Absicht zu behaupten, daß die KP unter den Bedingungen der kapitalistischen Ordnung, insbesondere in Italien, nicht für Reformen zugunsten und im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen kämpfen soll. Eine solche „linke“ Haltung hat mit dem revolutionären Marxismus-Leninismus nichts gemeinsam. Es ist jedoch unbedingt notwendig, daß man

im Kampf für Reformen zwei wichtige Lehren des Marxismus, die das Leben und die jahrzehnten Erfahrungen der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse täglich bestätigt haben und weiter bestätigen, nicht außer acht läßt:

1. Man soll die Rolle der Reformen unter den Bedingungen des Kapitalismus nicht überschätzen und in der Arbeiterklasse und unter den werktätigen Massen keine Illusionen erwecken, daß die Lebensfragen der Werktätigen durch Reformen gelöst werden können, außerdem soll man ihre Arbeits- und Lebensbedingungen gründlich verbessern. Marx argumentiert in seinem Werke „Das Kapital“ auf wissenschaftliche Weise, daß die Akkumulation der Armut auf dem einen Pol und des Reichtums auf dem anderen Pol das Gesetz der kapitalistischen Entwicklung ist und daß der Kampf der Arbeiterklasse und die teilweisen Verbesserungen, die sie dem Kapital abnötigt, die Wirkung dieses Gesetzes zeitweilig zügelnd und begrenzen, jedoch letzteres ohne die Vernichtung des Kapitals nicht liquidieren können. Das zeigen auch die in den Thesen angeführten Tatsachen. So hat sich in den letzten 10 Jahren in Italien der Abstand zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und dem Reallohn der Werktätigen vergrößert: Die Arbeitsproduktivität stieg mindestens um das Doppelte des Reallohnes der Werktätigen. Im allgemeinen bemerkt man in den letzten 10 Jahren die Tendenz des Stehenbleibens und sogar der Verminderung jenes Betrages von dem Nationaleinkommen, der für die Werktätigen bestimmt ist.

Wenn man das Programm der Reformen von dem allgemeinen Kampf für den Sturz des Kapitalismus und den Sieg des Sozialismus trennt, isoliert, unabhängig macht, dann führt der Weg, falls man den Kampf für Reformen

als den Weg zum Sozialismus, wie die jetzigen Führer der KP Italiens tun, hinstellt, umso eher zu den opportunistischen und reformistischen Stellungen der „Ekonomisierung“ und Bernsteins, desorientiert den Kampf der Arbeiterklasse zuliebe einigen Verbesserung und teilweisen Reformen und entfernt ihn von dem Hauptziele — von dem Kampf für den Sturz des Kapitalismus.

2. Im Kampf für Reformen darf auch nicht die wichtige Lehre W. I. Lenins vergessen, daß es verschiedene Reformen gibt. Es gibt Reformen, die die Werktätigen dem Kapital unter der Führung der revolutionären Partei durch Kampf abnötigen, ihn zwingen, den Rückzug anzutreten, Konzessionen zu machen. Ohne Zweifel sind diese Reformen im Interesse der werktätigen Massen. Für solche Reformen soll man kämpfen. Aber es gibt auch betrügerische Reformen, welche die herrschenden Klassen durchführen, um die Werktätigen von der Revolution zu entfernen. Sehr bezeichnend sind die Worte des englischen Rechtssozialisten G. Laski, der in seinem Buche „Gedanken über die Revolution der Gegenwart“ schrieb: „Angesichts der Gefahr einer Revolution kennt die Geschichte nur eine Antwort: Reformen!“ Deshalb muß die Haltung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse gegenüber den Reformen unter den Bedingungen des Kapitalismus kritisch und reserviert sein.

Man behauptet, daß die Arbeiterklasse vieler Länder in der jetzigen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus schon vor seinem Sturze dem Bürgertum die Einleitung von solchen Maßnahmen aufzwingen kann, die die Grenzen der gewöhnlichen Reformen überschreiten und ein sehr wichtiges Mittel für die Liquidierung der Herrschaft des Monopolbürgertums, also ein wirksames

Mittel, um in Richtung des Sozialismus zu schreiten, werden können. Als solche Reformen werden genannt beispielsweise die Verstaatlichungen, d. h. die Verbreitung des Staatskapitalismus. Die Führer der KP Italiens rechtfertigen diese Haltung mit dem „spezifischen Charakter der Arbeiterbewegung in Italien“, die in der Lage ist, den kapitalistischen Staat zu nötigen, einschneidende antimonopolistische Reformen durchzuführen und ihn in einen „über den Klassen stehenden, neutralen“ Staat, in ein Mittel, um die italienische Gesellschaft dem Sozialismus zuzuführen, umzuwandeln.

Wir werden uns hier nicht bei der Analyse dieser Auffassungen aufhalten, weil wir darüber oben gesprochen haben, möchten jedoch nur hinzufügen, daß diese Auffassungen jenen der jugoslawischen Revisionisten, welche die gesamte internationale kommunistische Bewegung als antimarxistisch kritisiert und verworfen hat, wie ein Ei dem anderen gleichen. Beispielsweise schrieb der jugoslawische Revisionist N. Paschitsch in der Zeitschrift „Nascha Stwarnost“, Nr. 5, 1958: „Heute ist es historisch möglich, daß die hochentwickelten Länder, in denen die kapitalistische Ordnung noch nicht mit Gewalt gestürzt ist, solche strukturelle Änderungen in den wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zu realisieren, die in sich Elemente der offenen Verneinung des Kapitalismus enthalten.“ In dem Programm des BdKJ heißt es: „ . . . die spezifischen Formen der staatlichen kapitalistischen Beziehungen können eine letzte Anstrengung des Kapitalismus sein, um sich an der Macht zu erhalten, oder sie können der erste Schritt zum Sozialismus, oder auch gleichzeitig beides sein. Ob das eine oder das andere

realisiert wird — das hängt von den Kräften und den bewußten politischen Aktionen der Arbeiterklasse ab.“

Aus der ganzen obigen Analyse ergibt sich, daß der „italienische Weg zum Sozialismus“, den P. Togliatti und die anderen Führer der KP Italiens ausposaunen, kein Weg ist, der zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats führt, sondern ein reformistischer Weg, ein Weg der sozialer Reformen, die mit Hilfe des kapitalistischen Staates realisiert werden sollen. Diese Haltung hat mit der revolutionären Lehre des Marxismus-Leninismus gar nicht gemeinsam, sie befindet sich in offenem Gegensatz auch zu den Tatsachen des gegenwärtigen Lebens.

#### **Die Verneinung der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei**

Die Auffassungen der Führer der KP Italiens über den „italienischen Weg“ zum Sozialismus stehen in engem Zusammenhang auch mit ihrem besonderen Konzept über die Rolle der kommunistischen Partei im Kampf für den Übergang zum Sozialismus. In diesem Konzept sieht man deutlich die Tendenz, den Übergang zum Sozialismus als das Resultat der spontanen Entwicklung der Produktivkräfte im Schoß des Kapitalismus, der die sozialen Schichten und die verschiedenen Parteien antreibt, den Kampf für den Sozialismus aufzunehmen, zu betrachten. Auf dem Plenum des ZK der KP Italiens am 24. Juni 1956 unterstrich P. Togliatti, daß man von der „Analyse der Entwicklung der Produktivkräfte, von wo ein objektiver Antrieb zum Sozialismus kommt, ausgehen muß“. Ausgehend von dieser Analyse verneinen

die kommunistischen Führer Italiens die führende Rolle der kommunistischen Partei zwecks Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus und predigen tatsächlich die Spontaneität der Arbeiterbewegung, wodurch sie in die Stellungen der „Economisten“ und der antimarxistischen Theorie über die Produktivkräfte hineingleiten.

P. Togliatti erläuterte auf diesem Plenum seine Gedanken, indem er erklärte: „Auch in jenen Ländern, wo die kommunistischen Parteien nicht nur keinen Anteil an der Regierung haben, sondern auch nicht einmal eine große Macht sind, kann man einen Anstoß zum Sozialismus und eine mehr oder weniger klare Orientierung in Richtung der Reformen und wirtschaftlichen Umwandlungen vom sozialistischen Typus feststellen. . . Diese Situation existiert heute und gewinnt eine besondere Bedeutung in den vor kurzem von dem Joche des Kolonialismus befreiten Zonen der Welt. Aber auch in der hochentwickelten kapitalistischen Ländern kann es vorkommen, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse einer nicht-kommunistischen Partei folgt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die nichtkommunistischen Parteien dieser Länder, gestützt auf die Arbeiterklasse, den von der Arbeiterklasse ausgehenden Anstoß zum Sozialismus zum Ausdruck bringen können. Sogar in jenen Ländern, wo es starke kommunistische Parteien gibt, können auch andere Parteien existieren, die sich auf die Arbeiterklasse stützen und ein sozialistisches Programm haben. Die Tendenz nach Realisierung von einschneidenden wirtschaftlichen Umwandlungen in einer Richtung, die im allgemeinen sozialistisch ist, kann schließlich auch von Organisationen und Bewegungen ausgehen, die sich nicht sozialistisch nenne.“



Bevor wir uns darüber äußern, möchten wir auf die **völlige Identität** der Auffassungen Togliattis und seiner Genossen über diese Frage mit jenen der jugoslawischen Revisionisten, welche die gesamte internationale kommunistische Bewegung schon lange als antimarxistisch kritisiert und verurteilt hat, hinweisen. Wir ziehen nur einige Vergleiche: „Die Auffassung, daß die kommunistischen Parteien das Monopol der Entwicklung zum Sozialismus besitzen und daß der Sozialismus nur und durch sie ausgedrückt wird, ist theoretisch nicht richtig und praktisch sehr schädlich.“ „Eine Anzahl von Parteien und Bewegungen, vor allem in den rückständigen Ländern können in einem bestimmten Zeitabschnitt eine positive Rolle für die Entwicklung der Gesellschaft spielen und der sozialistischen Entwicklung den Weg bahnen.“ „In den Ländern, wo es praktisch keine politische Parteien der Arbeiterklasse gibt, wie z. B. in den USA, ist es leichter möglich, daß die Arbeitermassen organisiert in den Gewerkschaften, in erster Linie von diesen immer mehr in den Prozeß des Wachstums der bewußten sozialistischen Kräfte, in den Prozeß des Kampfes für die Stärkung des sozialen Einflusses der Arbeiterklasse und für die Festigung ihrer führenden Rolle im Staatssystem hineingezogen werden.“ Über die Periode des sozialistischen Aufbaus heißt es dort: „... Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens hält die Proklamierung des absoluten Monopols der kommunistischen Partei im Staat für ein Dogma, für einen ständigen universalen Grundsatz der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Aufbaus.“

Wie man sieht, ist die Sache so klar, daß jedes Kommentar überflüssig ist. Aber für die italienischen

Führer, welche die jugoslawischen Revisionisten als Genossen und Alliierte betrachten und ihnen Liebe und große Achtung bezeigen, ist die Identität ihrer Auffassungen mit jenen der jugoslawischen Revisionisten keineswegs ein Argument, um die Auffassungen der letzteren, weil falsch und antimarxistisch, zu verwerfen. Deshalb halten wir es für notwendig, uns mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen.

Vor allem aber möchten wir unterstreichen, daß die Auffassungen der Führer der KP Italiens zwar mit jenen der jugoslawischen Revisionisten völlig übereinstimmen, jedoch zu dem programmatischen Dokument der internationalen kommunistischen Bewegung, zu der Moskauer Deklaration des Jahres 1957, ganz und gar im Widerspruch stehen. Denn diese Deklaration betrachtet „die Führung der werktätigen Massen in dieser oder jener Form durch die Arbeiterklasse, deren Kern die marxistisch-leninistische Partei ist, während der proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats“ als ein allgemeines und für alle Länder unerläßliches Gesetz.

Diese marxistisch-leninistische Hauptlehre, die in der Moskauer Deklaration des Jahres 1957 sanktioniert ist und deren Richtigkeit die Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in der Moskauer Erklärung des Jahre 1960 erneut bekräftigte, ist das Ergebnis einer wissenschaftlich-theoretischen Analyse, welche die Klassiker des Marxismus an der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zum Sozialismus und Kommunismus vornahmen, sowie der praktischen Erfahrungen der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung und aller Länder, die heute den Weg zum Sozialis-

mus wirklich eingeschlagen haben. Die Geschichte kennt keinen einzigen Fall, daß ein Land den Weg zum Sozialismus eingeschlagen und den Sozialismus unter der Führung einer nichtmarxistisch, nichtleninistischen Partei oder politischen Organisation aufgebaut hat. Die Tatsache, daß in allen Ländern, wo die Macht der Ausbeuterklassen gestürzt wurde und der Sozialismus wirklich aufgebaut, dieser Sieg unter der Führung der mit der marxistisch-leninistischen Theorie ausgerüsteten revolutionären Parteien errungen wurde, ist durchaus kein Zufall, sondern der Ausdruck einer objektiven Gesetzmäßigkeit des Übergangs der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Wahr ist, daß heute viele Menschen von Sozialismus reden, auch gibt es viele Parteien, die sich sozialistische Parteien nennen und behaupten, den Kampf für den Sozialismus zu führen. Aber über die Dinge darf man nicht auf Grund der Worte und der Namen der Menschen, sondern auf Grund ihrer Taten, ihrer praktischen Haltung und Politik und der Tatsache, wem ihre Auffassungen und Handlungen nützen. Es gibt viele Arbeiterparteien und solche Parteien mit großem Anhang in der Arbeiterschaft. Solche Parteien sind die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, wie die Labour Party usw. Bringen aber diese Parteien die Lebensinteressen der Arbeiterklasse zum Ausdruck und kämpfen sie ernstlich für diese Interessen? Die überwältigende Mehrheit dieser Parteien hat sich in „bürgerliche Parteien der Arbeiterklasse“ verwandelt, wie Lenin sich ausdrückt. Die Tatsache zeigen, daß, auch wenn diese pseudosozialistischen Parteien an der Macht waren, sie den Ausbeuterklassen eifrig gedient, zu den Imperia-

listen gehalten und eine arbeiterfeindliche reaktionäre Politik verfolgt haben. Kann man denn im Ernste denken, daß man auch unter der Führung dieser Parteien zum Sozialismus gelangen kann?

Die kommunistischen Parteien sind natürlich verpflichtet, für die Beseitigung der Spaltung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern zu kämpfen, mit den anderen Parteien der Arbeiterklasse zusammenzuarbeiten und die Einheit des Handelns aller ihrer Abteilungen zu erreichen, um die dringenden Fragen, die vor allem mit der Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen, mit der Erweiterung und Erhaltung ihrer demokratischen Rechte, mit der Erringung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, mit der Erhaltung und Festigung des Friedens usw. im Zusammenhang stehen, zu lösen. Indem aber die kommunistische Partei für die Einheit des Handelns kämpft, darf sie keineswegs schädliche Illusionen unter die Arbeiterklasse verbreiten, daß sie auch unter der Führung anderer nichtmarxistischer, nichtleninistischer Parteien zum Sozialismus übergehen kann. Im Gegenteil, die Kommunisten müssen, wie die Moskauer Erklärung des Jahres 1960 unterstreicht, die ideologische Position und die opportunistische Rechtspraxis der Sozialdemokratie kritisieren, umso mehr, wenn man weiß, daß die Häupter dieser Parteien sich immer mehr auf die Seite des Imperialismus stellen, das kapitalistische System verteidigen und die Arbeiterklasse durch ihre Kapitulation vor den reaktionären und konservativen Kräften spalten. Ferner stellt die Moskauer Erklärung des Jahres 1960 den kommunistischen Parteien der vor kurzem von dem imperialistischen Kolonialjoch befreiten Länder die Aufgabe,

„die Versuche des reaktionären Flügels der Bourgeoisie, seine rein egoistischen Klasseninteressen als Interessen der ganzen Nation hinzustellen, sowie den demagogischen Mißbrauch sozialistischer Losungen durch die bürgerlichen Politiker, womit sie den gleichen Zweck verfolgen, zu enthüllen“. Die Kommunisten begrüßen und unterstützen jede ehrliche und aufrichtige sozialistische Tendenz, man muß aber dauernd betonen, daß heute der Sozialismus nur unter der Führung der marxistisch-leninistischen Parteien, ungeachtet ihres Namens, gewinnen kann. Die Sache ist, daß nur der Marxismus-Leninismus die einzige richtige Deutung des Sozialismus und seiner Wege zum Siege gibt. Der Marxismus-Leninismus ist die einzige Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus.

Wer, wie die Führer der KP Italiens, predigt, daß nicht nur die mit der marxistisch-leninistischen Theorie ausgerüstete kommunistische Partei, sondern auch andere Parteien, die „großen Anhang in der Arbeiterschaft haben“, sogar Organisationen und Bewegungen, die nicht einmal sozialistisch sind, den Kampf für den Sozialismus leiten können, der unterschätzt und verneint die Rolle der revolutionären Theorie, des Marxismus-Leninismus, im Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen für den Sozialismus, der entfernt sich von der marxistischen Hauptthese, daß es ohne eine revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung gibt, der predigt die Spontaneität in der Arbeiterbewegung, weil der Träger der revolutionären Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus die kommunistische Partei ist, sie in die Massen trägt, weiter entwickelt und in die Tat umsetzt.

Nach der Meinung der Führung der KP Italiens ist es möglich zum Sozialismus sowohl auf revolutionärem Wege,

der sich auf die Lehre des Marxismus-Leninismus stützt, als auch auf anderen Wegen, die sich nicht auf die marxistisch-leninistische Doktrin stützen, zu gelangen. Wie ist das aber möglich? Bekanntlich sind die Grundsätze, die Hauptzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung für alle Länder die gleichen, und die theoretische Basis des wissenschaftlichen Sozialismus ist der Marxismus-Leninismus. Oder ist vielleicht der Inhalt der sozialistischen Ordnung in den verschiedenen Ländern verschieden? Gibt es denn **einige Arten** von Sozialismus, infolge dessen einige Arten von sozialistischen Ideologien und Theorien, auf denen man die sozialistische Gesellschaft errichten kann? Ausgehend von diesem Konzept propagieren die jugoslawischen Revisionisten mit großem Tamtam, daß heute überall in der Welt der Sozialismus aufgebaut wird, daß „die sozialistische Welt“, wie Tito vor einiger Zeit sagte, „viel weiter ist als einige Dogmatiker glauben. Der Sozialismus wird zwar mit Schmerzen und Schwierigkeiten geboren, entwickelt und festigt sich aber in der ganzen Welt. Der beste Beweis dafür ist Afrika.“

Wer die Notwendigkeit der Führung durch die kommunistischen Parteien, wie die Führer der KP Italiens und die jugoslawischen Revisionisten, bestreitet, der beraubt die Arbeiterklasse und alle Werktätigen ihres politischen Stabes, entfernt sie von dem Sozialismus, desorganisiert und entwaffnet sie vor den Gegnern und überläßt sie für immer der kapitalistischen Unterdrückung und Ausbeutung, weil weder der Sieg der sozialistischen Revolution, noch die Errichtung der Diktatur des Proletariats, noch der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus und Kommunismus ohne die marxistisch-leninisti-

sche Partei der Arbeiterklasse, ohne ihre organisatorische, mobilisierende, führende und leitende Rolle möglich sind. Ohne Zweifel können auch andere nichtkommunistische Organisationen für den Sieg und den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus kämpfen. Aber das ist keineswegs ein allgemeines Gesetz des Fortschreitens zum Sozialismus, ist nur eine nationale und historische Eigenheit dieses oder jenes Landes und verneint durchaus nicht das allgemeine und für jedes Land unerläßliche Gesetz — die Führung seitens einer einzigen Partei, der marxistisch-leninistischen Partei während der Revolution und des sozialistischen Aufbaus. Dieses Gesetz hat die Erfahrung vieler sozialistischen Länder, wo es einige Parteien und politische Organisationen gab und noch gibt, bestätigt.

Es ist klar, daß die Versuche der Führer der KP Italiens, um die Verneinung der führenden Rolle der kommunistischen Partei und die Existenz vieler Parteien im sozialistischen System als einen Ausdruck der „demokratischen“ Geburt und Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft hinzustellen, ganz fremd und antimarxistisch sind. Ist denn die sozialistische Ordnung in jenen Ländern, wo nur eine einzige Partei — die Kommunistische Partei — existierte und existiert, wie beispielsweise in der Sowjetunion, Albanien usw. nicht demokratisch? Wird etwa der demokratische Charakter einer Ordnung an der Anzahl der existierenden politischen Parteien gemessen? Oder möchten P. Togliatti und Genossen, daß die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder auf ihre führende Rolle verzichten und möglichst viele Parteien bilden, um auf diese Weise die „sozialistische Demokratie zu erweitern“?

Führen heißt durchaus nicht diktieren und den anderen den eigenen Willen aufzwingen, sondern die Massen überzeugen, mobilisieren und ihre Anstrengungen und jene ihrer sozialen Organisationen nach einem einzigen Ziele dirigieren und sie über das abgesteckte Ziel und die Wege zu seiner Erreichung aufklären. Diese historische Rolle kann nur die marxistisch-leninistische Partei des neuen Typs spielen. Wer diese Rolle unter dem Vorwand der Existenz auch anderer Parteien der Arbeiterklasse verneint und predigt, daß die Massenorganisationen der Arbeiterpartei, wie die Gewerkschaften und die anderen sozialen Organisationen, von der „kommunistischen Partei unabhängig sein müssen“, daß sie keine „Transmissionsriemen“ sein können, um die Partei mit den Massen zu verbinden, wie die italienischen kommunistischen Führer und die Führer dieser Organisationen sagen, der stellt die kommunistische Partei auf die gleiche Linie mit den anderen reformistischen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, liefert die Gewerkschaften und die anderen Massenorganisationen dem Einfluß der bürgerlichen und reformistischen Ideologie vollständig aus und verzichtet auf ihre Mitarbeit für die revolutionäre Erziehung der Massen, um den Kapitalismus zu stürzen und dem Sozialismus den Sieg zu sichern.

Diese sind im allgemeinen die Auffassungen der Führer der KP Italiens über die Rolle der kommunistischen Partei. Für jeden Kommunisten ist es klar, daß sie mit den Lehren des Marxismus-Leninismus über die Partei nichts gemeinsam haben und sich in offenem Widerspruche zu den programmatischen Dokumenten der internationalen

kommunistischen und Arbeiterbewegung, zu den Erfahrungen dieser Bewegung und zu der lebendigen Wirklichkeit unserer Tage befinden.

### **Über einige Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung und der Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien**

Die Stellung der Führung der KP Italiens mit P. Togliatti an der Spitze gegenüber den verschiedenen Fragen des sozialistischen Lagers und den Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien kann man kurz folgendermaßen zusammenfassen: Entfernung von den gemeinsamen Dokumenten der kommunistischen Bewegung, von den Erklärungen der Jahre 1957 und 1960 und von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

#### **P. Togliatti setzt die sozialistischen Länder herab**

Die Thesen und die anderen Materialien der Führung der KP Italiens behandeln die Haltung gegenüber den sozialistischen Ländern und ihren Erfahrungen in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus. Auffallend ist, daß die Führer der KP Italiens hauptsächlich von den „Mängeln und Fehlern“ der sozialistischen Länder sprechen und das sozialistische System, genauso wie die reaktionäre bürgerliche Propa-

ganda, tatsächlich verunglimpfen, wodurch sie ihr eine Waffe in die Hände drücken.

Nach P. Togliatti und den anderen Führern der KP Italiens ist die Hauptquelle aller „Mängel und Fehler“ in der Sowjetunion und in den volksdemokratischen Ländern, der „Personenkult“ um Stalin und seine Folgen. Die Quelle des „Personenkultes“ aber soll man nicht allein in den „negativen persönlichen Eigenschaften“ Stalins, sondern auch in der Organisation der sozialistischen Ordnung der Sowjetunion, die gewissermaßen entartet ist, suchen. In seinem Interview für die Zeitschrift „Nuovi argomenti“ im Mai 1956 wies P. Togliatti darauf hin, daß, wer alles durch die persönlichen Fehler Stalins erklärt, der bleibt im Rahmen des „Personenkultes“. „Die wirklichen Fragen, die mit dem Wie und Warum die Sowjetgesellschaft zu einigen Formen der Entfernung von dem demokratischen Leben und von der Gesetzlichkeit, die sie sich selbst gestellt hatte und sogar zu Formen der Entartung gelangen konnte und gelangte, diese Fragen bleiben außerhalb des Rahmes“, sagte er. Er fügte hinzu: „... nach der Oktoberrevolution ging ein neuer Typ der bürokratischen Leitung aus dem Schoß der neuen führenden Klasse in dem Augenblick hervor, als ganz neue Aufgaben an sie gestellt wurden.“ Togliatti unterstreicht, daß aus der Kritik an Stalin ein für die gesamte Bewegung gültiges und gemeinsames Problem — das Problem der Gefahr der demokratischen Entartung, der Unterdrückung des demokratischen Lebens, der Verwechslung der schöpferischen revolutionären Kraft mit der Vernichtung der revolutionären Gesetzlichkeit, der Trennung der wirtschaftlichen und politischen Leitung von dem Leben, von der Kritik, Initiative und von der

schöpferischen Aktivität der Massen hervorgeht. Daraus ergibt sich also, daß man gründliche Änderungen in der sozialistischen Ordnung selbst, die nicht demokratisch ist, in Richtung der „Liberalisierung, Demokratisierung, Dezentralisierung“ usw. vornehmen muß.

Die reaktionären Thesen der Führung der KP Italiens über die „Entartung“ des sozialistischen Sowjetsystems wurden nach dem XXII. Parteitag der KP der Sowjetunion in offener und gröberer Form wiederholt. Togliattis Behauptung, daß er das sage, um das sozialistische Sowjetsystem vor den Angriffen der Gegner des Kommunismus zu verteidigen (!), kann man nicht anders als Cynismus bezeichnen.

Auffallend ist wieder und wieder die volle **Identität** dieser Thesen mit den Thesen der Tito-Clique über die „Stalinsche Entartung des sozialistischen Sowjetsystems“, über den „Staatsbürokratismus“ in den sozialistischen Ländern usw.

Die obigen Konzepte P. Togliattis sind so klar anti-marxistisch und entsprechen so vollständig der antikomunistischen Propaganda, daß nach dem XX. Parteitag der KP der Sowjetunion auch Chruschtschow sich genötigt sah, Togliatti zu zügeln, ihn zu warnen, so schnell über die Schnur zu hauen, obwohl er im Grund genommen mit ihm vollständig einverstanden war und seine Schlußfolgerungen genährt hatte.

Nach der Meinung der Führer der KP Italiens die Quelle der „schweren Fehler“ der volksdemokratischen Länder ist die mechanische Nachahmung der sowjetischen Erfahrungen. Die Thesen unterstreichen: „Besonders schädlich war die Tendenz, **ein einziges Model für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und Ge-**

**sellschaft obligatorisch anzunehmen** und durchzuführen, ohne die verschiedenen historischen Bedingungen, die konkrete politische Lage, die Traditionen und Bedürfnisse eines jeden Landes zu berücksichtigen. Diese falsche Richtung, die sich im Widerspruch zu den Prinzipien des Marxismus und den Lehren Lenins befand, mußte naturgemäß schädliche wirtschaftliche und politische Folgen haben. Diese Folgen wurden manchmal durch die unnötige **Begrenzung des demokratischen Lebens, da ja nicht der außerordentliche Fall eines Klassenkampfes, Bürgerkrieges oder einer auswärtigen Intervention zwecks Unterdrückung der Revolution vorlag, noch schwerer**. Auch auf dem VIII. Parteitag der KP Italiens sprach Togliatti von der „sklavischen Nachahmung des sowjetischen Modells“. In dem obenerwähnten Interview für die „Nuovi argomenti“ wiederholte er dasselbe: „Was die KP der Sowjetunion gemacht hat, bleibt, wie gesagt, das erste große Modell für den Aufbau einer sozialistischer Gesellschaft, welchem ein großer und entscheidender revolutionärer Umsturz den Weg bahnte. Heute ist die Front des sozialistischen Aufbaus in den Ländern, wo die Kommunisten die führende Partei sind so breit (umfaßt ein Drittel der Menschheit!), daß das sowjetische Modell auch für diesen Teil nicht mehr obligatorisch sein darf.“ Ausdrücke wie diese findet man viele bei Togliatti.

Wir werden uns hier nicht weiter aufhalten, um eingehend darzulegen, wie sich P. Togliatti die Überprüfung, die Revision der sowjetischen Erfahrungen denkt, weil das aus dem „italienischen Weg zum Sozialismus“ klar ersichtlich ist. Wir werden nur auf eine einzige ziemlich

kuriose „Einzelheit“ hinweisen: Während die Führer der KP Italiens mit Nachdruck betonen, daß man das sowjetische Modell nicht nachahmen soll, **unterstreichen sie weiter die Notwendigkeit des gründlichen Studiums der jugoslawischen Erfahrungen.** In einem Interview für die „Borba“ im Mai 1956 hob Togliatti hervor: „Das jugoslawische Beispiel ist für uns von großer Bedeutung und wir haben die Aufgabe, dieses besser zu studieren.“ Auf dem Plenum des ZK der KP Italiens, gewidmet den Arbeiten des XXII. Parteitages der KP der Sowjetunion, betonte P. Togliatti wieder die Bedeutung und Notwendigkeit des Studiums der jugoslawischen Erfahrungen. Auch die Thesen behandeln diese Fragen: „Die Divergenzen mit einigen Auffassungen der jugoslawischen Kommunisten, dürfen uns nicht davon abhalten, das, was sie getan haben und tun, gründlich zu studieren.“ Diese These verteidigte P. Togliatti mit Feuer und großer Leidenschaft in einem Spezialartikel der „Rinascità“ im Oktober 1962.

All das zeigt, daß die Führung der KP Italiens jedes Mittel anwendet, um die großen Erfahrungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, die auf den Lehren des Marxismus-Leninismus basieren, zu verwerfen und zu revidieren. Deshalb stellen die Führer der KP Italiens diese Erfahrungen als eine Reihe von Fehlern auf allen Gebieten hin, weshalb diese für die anderen Länder, welche den Weg zum Sozialismus einschlagen werden, keinen positiven Wert haben, sogar schädlich sein können. Auch die Unterdrückung des Widerstandes der gestürzten Ausbeuterklassen und der Kampf gegen die Agenten des Imperialismus seitens der

Diktatur des Proletariats seien nur eine „Verdrehung“ des Marxismus-Leninismus, eine „Verletzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit“ und eine ganz „ungerechtfertigte Beschränkung der Demokratie“. Nach ihnen hat es nie einen Klassenkampf und einen feindlichen Druck gegeben, noch hat der Imperialismus jemals die sozialistischen Länder und die Revolution bedroht. Offenbar haben P. Togliatti und Genossen keine Lehre aus der ungarischen Konterrevolution gezogen oder sie haben sich mit jenen, welche diese eine „Volksrevolution“ nannten, vereinigt. Die Führung der KP Italiens geht sogar so weit, daß sie auch die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern als erzwungene Beziehungen hinstellt, indem sie behauptet, daß die volksdemokratischen Länder von der „**Sowjetunion gezwungen worden seien**, ihre falschen Erfahrungen in die Tat umzusetzen, das sowjetische Modell obligatorisch nachzuahmen“. Das ist tatsächlich eine Wiederholung der Beschuldigung, daß die Sowjetunion nach der „politischen Hegemonie“ und dem „ideologischen Monopol“ strebe, worüber die titoistische Renegatenclique einen großen Lärm schlug.

Andererseits suchen die Führer der KP Italiens auf diese Weise die antimarxistische Linie N. Chruschtschows, Titos und der anderen Revisionisten zu rechtfertigen, indem sie diese als eine „schöpferische Weiterentwicklung“ des Marxismus hinstellen. Ebenso suchen sie ihre opportunistische Linie zu rechtfertigen und allen den „italienischen und den jugoslawischen Weg“ als den einzig richtigen Weg zu empfehlen. Was dieser Weg ist und wem er dient, das haben wir oben eingehend analysiert.

## Die Unterstützung des Revisionismus unter dem Vorwand der Bekämpfung des Dogmatismus

In den Thesen wird behauptet, daß die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern zurückgegangen ist, nicht das erwartete Resultat gezeitigt hat. Darin heißt: „Wir müssen akzeptieren, daß die werktätigen Massen Westeuropas und ihre Organisationen **in den letzten Jahren** (die Hervorhebung stammt von der Redaktion) nicht jenen Beitrag geleistet haben, der für den Kampf für Demokratie, Sozialismus und Frieden nötig gewesen wäre . . . Es ist eine allgemeine Tatsache — ungeachtet der Meinung über andere Länder — daß die Arbeiterklasse nicht jene führende politische Funktion ausgeübt hat, die ihr wegen ihres Gewichtes auf dem Gebiet der Entwicklung der Produktion und der Wichtigkeit jener Fragen, die mit ihrer Existenz, mit der Weiterentwicklung der Demokratie und mit dem Fortschreiten zum Sozialismus im Zusammenhang stehen, gebührt. Es ist eine der dringendsten und wichtigsten gegenwärtigen Aufgaben, diese Verspätung einzuholen.“

Wie soll man sich das erklären? Was ist der Grund? Wir hätten das Gegenteil erwartet, wo doch heute bessere äußere und innere Voraussetzungen für die Entfaltung der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse existieren: die weitere Festigung der sozialistischen Länder und ihre großartigen Erfolge auf allen Gebieten, die weitere Schwächung des imperialistischen Systems, der größere Elan der nationalen Befreiungsbewegung, der Zusammenbruch des Kolonialsystems, die weitere Verschärfung der wirtschaftlichen, politischen und Klassen-gegensätze in den kapitalistischen Ländern usw. Die

Thesen und die anderen Materialien der Führung der KP Italiens geben keine Antwort darauf.

Vor allem müssen wir betonen, daß die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren **in einigen** kapitalistischen Ländern, insbesondere in jenen Ländern zurückgegangen ist, wo die Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien die opportunistische, pazifistische, antimarxistische und revisionistische Linie der Chruschtschow-Gruppe verfolgt. Charakteristisch ist dies beispielsweise für Italien, wo der kämpferische Geist der KP zurückgegangen ist und wo ein Teil der Kommunisten aus der Partei ausgetreten sind (die Führung der KP Italiens gibt selbst zu, daß sich die Zahl der Parteimitglieder verringert, und hält es für einen Erfolg, wenn 80% der im Vorjahre registrierten Kommunisten ihre Mitgliedskarten wiederholen).

Die Thesen decken mit Absicht oder nicht, die innere Ursache, die sozial-wirtschaftliche Basis der Verbreitung des Revisionismus in Italien auf: einerseits die in den letzten Jahren relativ große wirtschaftliche Konjunktur, die ohne Zweifel Illusionen erweckt, und andererseits die Tatsache, daß beinahe die Hälfte des Effektivs der italienischen Arbeiterklasse in den letzten Jahren aus den kleinbürgerlichen Schichten gekommen ist, was die Vermehrung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiterbewegung zur Folge hatte. Wenn wir hier auch die Kapitulation vor den Atomdrohungen des Imperialismus nennen, was für die Führung der KP Italiens mit P. Togliatti an der Spitze so charakteristisch ist, dann ist das Bild vollständig.

Wie kann man aber aus einer solchen Lage heraustreten und die Arbeiterbewegung auf das Niveau der histori-



schen Aufgaben, die vor ihr stehen, heben? Togliattis Rezept, um den Rückgang der Arbeiterbewegung zu bekämpfen, ist ein revisionistisches Rezept und verschlimmert noch mehr die Krankheit. Der einzige Ausweg ist die Rückkehr zu den starken revolutionären Positionen des Marxismus-Leninismus und der nachdrückliche Kampf gegen jede revisionistische Erscheinung und Tendenz, um diese mit der Wurzel auszurotten.

All das zeigt, daß heute die These, welche die beiden Erklärungen der kommunistischen und Arbeiterparteien der Jahre 1957 und 1960 mit Nachdruck unterstreichen, daß der **Revisionismus die Hauptgefahr für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung bildet**, mehr denn je aktuell ist.

Tatsächlich aber hat die Führung der KP Italiens mit P. Togliatti an der Spitze diese grundsätzliche These der Hauptdokumente der heutigen internationalen kommunistischen Bewegung in den Papierkorb geworfen. Mit Worten sagen sie, daß sie in zweien Fronten kämpfen: gegen den Revisionismus und gegen den Dogmatismus, während sie faktisch den „Dogmatismus“ für die Hauptgefahr halten (wir setzen dieses Wort unter Anführungszeichen, weil, wie oben erwähnt, die Führer der KP Italiens die wichtigsten Lehren des Marxismus-Leninismus, die allgemeinen Gesetze der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, welche der Marxismus-Leninismus wissenschaftlich begründet und die Erfahrung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, das tägliche Leben der gesamten internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung bestätigt hat, als dogmatisch bezeichnen). Ohne Zweifel ist der Kampf gegen den Dogmatismus eine dauernde und

wichtige Aufgabe einer jeden ernstesten marxistisch-leninistischen Partei, die sich nicht vom Leben entfernen, an der Spitze der Bewegung stehen und die neuen Fragen, die das Leben stellt, kühn lösen will, indem sie sich immer von den Hauptlehren und von der Methodologie des Marxismus-Leninismus leiten läßt und die neuen Erfahrungen auf Grund der schöpferischen Anwendung jener verallgemeinert. Es ist aber sehr schädlich und ganz unstatthaft, die Prinzipien des Marxismus unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den „Dogmatismus“ zu verwerfen und allerlei opportunistische und reformistische Thesen und Auffassungen, sowie den Revisionismus zu verbreiten und diesen in Schutz zu nehmen.

Die abstrakte Polemik über die Frage, wer wirklich gegen den Dogmatismus kämpft und wer nicht, trägt nicht zur Lösung dieser Frage bei. Darüber kann man auf Grund der Tatsachen, der praktischen Resultate urteilen. Die Tatsachen zeigen, daß beispielsweise P. Togliatti und seine Genossen, die einen großen Lärm über die „Gefahr, die vom Dogmatismus droht, und über seine Bekämpfung“ schlagen, der Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus in Italien nicht viel Nutzen gebracht haben.

### Warum verteidigt P. Togliatti mit soviel Eifer die Tito-Clique?

Die Führer der KP Italiens behaupten, daß sie gegen den Revisionismus kämpfen. Das ist nicht wahr. Die Tatsachen zeigen, daß sie die Revisionisten in Schutz nehmen, weil sie selbst Revisionisten sind. Ein klarer

Beweis dafür ist ihre Haltung gegenüber den jugoslawischen Revisionisten.

Alle Welt weiß, daß die Führer der KP Italiens, mit P. Togliatti an der Spitze, die titoistische Renegatenclique dauernd in Schutz genommen haben, so nach dem XX. Parteitag, nach dem XXII. Parteitag und jetzt wieder in den Materialien für die Vorbereitung des X. Parteitages der KP Italiens. P. Togliatti veröffentlichte in der „Rinascità“ vom 13. Oktober 1962 einen heftigen Artikel gegen die PAA und zum Schutz Titos.

In diesem Artikel greift P. Togliatti die PAA und alle jene, welche die Tito-Clique als Agentur des Imperialismus verurteilen und sagen, daß sie Jugoslawien zur Wiedererrichtung des Kapitalismus führt, wütend an, und nennt das verächtlich „abgeschmackte Schimpfworte“, „stereotypische Definition“ usw. „Jetzt ist es auf Grund der Tatsachen absurd, sogar lächerlich zu bestreiten, daß Jugoslawien ein Land, das den Weg zur sozialistischen Entwicklung eingeschlagen hat und kein bürgerliches Land ist, und daß seine Führer auf diesem Wege vorwärts gehen.“

Wir sehen uns genötigt, Togliattis Gedächtnis aufzufrischen, indem wir erwähnen, daß es in der Erklärung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien im Dezember 1960 so heißt: „Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, . . . haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbewegung entgegengesetzt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der sogenannten ‚Hilfe‘ der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht und damit die Gefahr heraufbeschworen, daß das jugoslawische Volk seiner im heroischen

Kampf erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht.“ Ferner heißt es dort: „Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung. Unter dem Vorwand einer blockfreien Politik entfalten sie eine Tätigkeit, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut.“ Wie kann man, nach dieser klaren, auf konkreten Tatsachen der Tätigkeit der Tito-Clique beruhenden Einschätzung der Erklärung noch behaupten, wie P. Togliatti, daß sie keine Agentur des Imperialismus ist und daß die Führer Jugoslawiens das Land zum Sozialismus führen? Also auch die Vertreter des Marxismus-Leninismus, wie Tito und Konsorten, führen das Land zum Sozialismus!

Ferner heißt es in dem obgenannten Artikel P. Togliattis: „**Vielleicht** irren sich die jugoslawischen Genossen **in einigen ihrer Urteile**. Wir wollen nun eingehend prüfen, wo nach unserer Meinung der Fehler liegt und ihn genau einschätzen. Das ist heute wichtig. **Die heftigen Angriffe gegen die Tito-Clique bringen aber uns keinen Schritt weiter, im Gegenteil, sie nötigen uns viele Schritte nach rückwärts zu machen**, entgegen der Unmöglichkeit, das gegenseitige Verständnis herzustellen, das besonders heute die erste Grundlage der Einheit und Solidarität der kommunistischen und Arbeiterbewegung, auch wenn einige Divergenzen existieren, sein müßte.“

Nach P. Togliatti haben wir also die Aufgabe uns den jugoslawischen Revisionisten, die sich höchstens in einigen Urteilen irren, immer mehr zu nähern! Die Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien, welche unterstreicht, daß „die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und

der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerläßliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien“, wurde also in skrupelloser Weise in den Papierkorb geworfen.

Aus all dem ergibt sich klar, daß diese Einschätzung, welche für P. Togliatti und Genossen nur eine „gewöhnliche stereotypische Definition, abgeschmackte Schimpfworte, Exkommunikation“ usw. ist, keinen Beitrag leistet, um einen einzigen Schritt nach vorne zu tun, sondern uns nötigt, viele Schritte nach rückwärts zu tun, nicht nur die Linie der Führung der PAA, sondern der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung ist. Die Tatsache, daß die Führung der KP Italiens mit P. Togliatti an der Spitze, schon auf der Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1960 mit obiger Einschätzung nicht einverstanden war und eine eigene Erklärung auf diese Beratung abgab, ändert nichts an der Sache: diese Einschätzung und nicht die isolierte Auffassung der Führung der KP Italiens ist die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, was die jugoslawische Führung anbelangt. Welchen Wert haben dann für P. Togliatti und N. Chruschtschow und für alle Revisionisten die gemeinsamen Dokumente der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, die sie verächtlich „kurzlebige Kompromißdokumente“ nennen!

Jeder Kommunist und ehrliche Mensch muß sich fragen: „Warum verteidigt P. Togliatti so feurig und leidenschaftlich die titoistische Renegatenclique und gerade jetzt?“

Vor allem, weil die Führer der KP Italiens mit P. Togliatti an der Spitze, **im Grund genommen**, die gleichen Auffassungen wie die der jugoslawischen Revisionisten über die Hauptfragen der heutigen Entwicklung in der Welt, über die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau predigen und verteidigen. Die Behauptung Togliattis, daß die „jugoslawischen Führer ein Programm haben, das dem der anderen kommunistischen Parteien nicht entspricht“, klingt in seinem Mund ganz formal. Wahr ist, daß das Programm der jugoslawischen Revisionisten sich in diametralem Gegensatz zu der gemeinsamen Linie der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung, die in den beiden Moskauer Erklärungen der Jahre 1957 und 1960 klar ausgedrückt ist, befindet. Ebenso ist es wahr, daß die Auffassungen der jugoslawischen Revisionisten über eine Reihe von Hauptfragen, die in dem Programm des BdKJ zusammengefaßt sind, sich **tatsächlich** von den opportunistischen und reformistischen Auffassungen der Führung der KP Italiens nicht unterscheiden, wie wir oben sahen. Bezeichnend ist es, daß in den vielen Reden und Artikeln P. Togliattis und der anderen Führer der KP Italiens seit dem XX. Parteitag keine einzige Polemik gegen die Auffassungen der jugoslawischen Revisionisten zu finden ist, sondern nur Aufrufe „ihre Erfahrungen sorgfältig zu studieren und von diesen möglichst viel zu profitieren“. Also ist die Quelle der feurigen Verteidigung der Tito-Clique durch P. Togliatti ihre gemeinsame Linie.

Außerdem verfolgt diese feurige Verteidigung gerade im jetzigen Augenblick der intensiven und geräuschvollen Annäherung der modernen Revisionisten an die Tito-Clique, welche mit dem Besuche L. Breshnews in

Jugoslawien in der letzten Zeit gekrönt wurde, den Zweck, diese Handlungen der Renegatengruppe Chruschtschows und seines Anhangs, die eine offene Verletzung der Moskauer Erklärung des Jahres 1960 sind, vor der kommunistischen Bewegung zu rechtfertigen.

Schließlich dient der Artikel, welchen P. Togliatti zugunsten Titos in der „Rinascità“ veröffentlichte, zur Vorbereitung der Meinung der kommunistischen Bewegung und ist ein Aufruf an die Chruschtschow-Gruppe und ihre Anhänger, sich dieser Renegatenclique immer mehr zu nähern, um eine revisionistische Einheitsfront gegen den Marxismus-Leninismus zu bilden.

### **Der Spalter der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung**

Sowohl in den Thesen, als auch in den anderen Materialien der Führung der KP Italiens wird viel über die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung gesprochen und die PAA beschuldigt, daß sie angeblich diese Einheit zerstöre.

Wir halten es nicht für nötig, zu begründen, daß die Beschuldigung gegen die PAA, sie spalte die Einheit der kommunistischen Bewegung, ganz falsch ist und jeder Grundlage entbehrt. Darüber gibt es viele gedruckte Materialien, welche auf Grund von Tatsachen und Belegen und nicht von allgemeinen Worten zeigen, daß nicht die PAA, sondern die revisionistische Chruschtschow-Gruppe und ihre Anhänger die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung spalten, indem sie die Prin-

zipien der Beziehungen zwischen den sozialistischen Bruderländern und Parteien, die in den Moskauer Erklärungen der Jahre 1957 und 1960 klar formuliert sind, in skrupelloser Weise verletzen und mit Füßen treten. Hier werden wir uns nur mit einigen Auffassungen der Führung der KP Italiens, die mit der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung im Zusammenhang stehen, kurz befassen.

Die Führer der KP Italiens, vor allem P. Togliatti, haben von Zeit zu Zeit unterstrichen, daß es notwendig ist, in der internationalen kommunistischen Bewegung verschiedene Orientierungsmittelpunkte oder den sogenannten „Polyzentrismus“ zu schaffen. Diese These stieß auf den entschlossenen Widerstand der kommunistischen und Arbeiterparteien der verschiedenen Länder, weil sie antimarxistisch und für die internationale kommunistische Bewegung schädlich war. Da die Führer der KP Italiens ihre schwache Position in dieser Frage erkannten, waren sie genötigt, wenigstens formal auf ihre Idee des „Polyzentrismus“ zu verzichten. In den Thesen wird darauf hingewiesen, daß die Schaffung von regionalen Zentren einen gefährlichen fraktionistischen Kampf in der kommunistischen Bewegung verursachen würde, und behauptet, daß „dies die Partei angeblich immer vermeiden wollte, was aus den Veröffentlichungen der Führer und aus den Beschlüssen der KP Italiens hervorgeht“.

Daß das immer die Haltung der Führung der KP Italiens war, ist nicht wahr. Wir berufen uns hier auf die Veröffentlichungen der Führer der KP Italiens. In seinem Referat „Der italienische Weg zum Sozialismus“, gehalten auf dem Plenum des ZK der KP Italiens im Juni

1956, unterstrich P. Togliatti, daß die Erfahrungen der Sowjetunion nicht als Direktive für alle kommunistischen und Arbeiterparteien dienen können, und erklärte: „Auf diese Weise entstehen **verschiedene Punkte der Orientierung und Entwicklung**. Es entsteht das, was ich . . . **ein polyzentrisches System** genannt habe, das der neuen Situation, der Veränderung der Strukturen in der Welt und der Strukturen der Arbeiterbewegung entspricht. . . (die Hervorhebung stammt von der Red.). Die Frage des Polyzentrismus erhob P. Togliatti erneut nach dem XXII. Parteitag der KP der Sowjetunion und auf dem diesem Parteitag gewidmeten Plenum des ZK der KP Italiens.

Wir werden uns hier nicht an die Worte und Ausdrücke halten, sondern den Kern der Sache selbst betrachten. Die Idee des „Polyzentrismus“ stammt aus der Idee, daß es **viele Wege** des Übergangs zum Sozialismus gibt, deshalb darf man von allgemeinen Gesetzen der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, die für alle Länder gelten, nicht sprechen. Gerade das ist die Haltung der Führung der KP Italiens, worüber wir oben eingehend gesprochen haben. Auf diese gestützt, predigen die Führer der KP Italiens die Idee der Schaffung von verschiedenen Zentren in der internationalen kommunistischen Bewegung, also die Idee des „Polyzentrismus“.

Aber dieses Konzept bedeutet in Wahrheit die Verneinung des Grundsatzes der Unabhängigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien, weil man ihnen die Linie **einiger Zentren** aufzuzwingen sucht, worunter P. Togliatti und Genossen ohne Zweifel auch die KP Italiens meinen, da sie ein wichtiger Orientierungsmittelpunkt für alle kommunistischen und Arbeiterparteien

Westeuropas ist. Der praktische Sinn der These über den „Polyzentrismus“ ist, die Bruderparteien von der allgemeinen Wahrheit des Marxismus-Leninismus, von den Haupterfahrungen, welche die Sowjetunion in dem sozialistischen Aufbau gesammelt hat, zu entfernen. Diese Erfahrungen sind marxistisch-leninistisch, praktisch erprobt und die Chruschtschow-Gruppe kann sie weder durch falsche Korrekturen, noch durch verschiedene Manöver und Akrobatenstücke verheimlichen und die Bruderparteien nach dem „italienischen oder jugoslawischen Weg“ zu orientieren. Außerdem untergräbt der „Polyzentrismus“, die Bildung vieler Zentren, die verschiedenen Wege gehen, die Basis der Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, erhöht die Gefahr ihrer Spaltung und führt zum Verzicht auf die internationale Solidarität der kommunistischen und Arbeiterparteien.

Die Führung der KP Italiens empfiehlt als eine der wichtigsten und wirksamsten Formen der Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien die öffentliche Debatte. Diese Idee findet man in den Thesen und in den verschiedenen Reden der Führer der KP Italiens. Auf dem Plenum des ZK der KP Italiens, gewidmet der Einberufung des X. Parteitag, betonte P. Togliatti: „ . . . ich sage, daß diese Debatte (die Debatte zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien — *die Red.*) kann in bestimmten Momenten und in einem bestimmten Umfang auch öffentlich stattfinden. Man darf jedoch nicht wie die Albaner polemisieren, in einer Art und Weise, die kein einziges Argument für die Diskussion liefert, nichts erklärt, sondern nur sich bemüht, um die Beziehungen zu verschlechtern.“ In den Thesen

heißt es: „Die Führer der PAA haben den Internationalismus verlassen, die gemeinsame Linie der kommunistischen Bewegung verworfen, verfolgten den Weg der giftigen und falschen Polemiken, des offenen Fraktionismus und der Spaltung unserer Reihen.“

Auffallend ist, daß, während die Führer der KP Italiens für öffentliche Debatten eintreten, sie **den Grundsatz der gleichen und freundschaftlichen Beratungen**, welcher Grundsatz die Basis für die Regelung der Beziehungen zwischen den Bruderparteien und für die Koordinierung der gemeinsamen Aktionen im Kampf für die gemeinsamen Ziele ist, mit Schweigen übergehen. In der Moskauer Erklärung von 1960 heißt es: „Falls bei dieser oder jener Partei Fragen auftauchen, die sich auf die Tätigkeit einer anderen Bruderpartei beziehen, so wendet sich ihre Führung an die Führung der betreffenden Partei; wenn notwendig, werden Zusammenkünfte und Konsultationen durchgeführt.“

Heute, wo die internationale kommunistische Bewegung sich stark erweitert hat und die kommunistischen und Arbeiterparteien unter ganz verschiedenen Bedingungen leben und Aufgaben und Fragen lösen müssen, die in den einzelnen Ländern verschieden sind, ist es kein Wunder, und es ist nichts Schlimmes dabei, daß die Parteien über verschiedene Fragen differenzierte Ansichten haben; ja es können sogar auch Divergenzen darüber entstehen. Das ist unter den heutigen Bedingungen normal und verständlich. Aber alle diese Fragen kann man auf richtigem Wege lösen, wenn alle Bruderparteien, ob klein oder groß, sich an die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus halten, so wie an das Prinzip der Gleichheit und Unab-

hängigkeit der Parteien und der freundschaftlichen Beratungen, die in der Erklärung klar festgelegt sind, streng halten. Die Chruschtschow-Gruppe und ihre Anhänger aber traten diese Prinzipien der Erklärung mit Füßen, gebrauchten für die Lösung der Divergenzen antimarxistische und antiinternationalistische Methoden, verletzten in brutaler Weise das Prinzip der Gleichheit und der freundschaftlichen Beratungen und eröffneten auf dem XXII. Parteitag die KP der Sowjetunion in gänzlich arbiträrer Weise heftige verleumderische Angriffe gegen die Partei der Arbeit Albaniens, indem sie die internationale kommunistische Bewegung vor eine vollendete Tatsache stellten; sie gingen sogar soweit, die diplomatischen Beziehungen abzurechen usw.

P. Togliatti und seine Genossen sagen, daß sie gegen die heftigen, nichtfreundschaftlichen, „giftigen“ Polemiken seien und alle „Formen und Methoden“ angewandt haben, um sich mit der Tito-Clique zu verständigen, Mißverständnisse zu beseitigen und eine Annäherung anzubahnen. Sie haben jedoch keinen einzigen Versuch gemacht, um mit der PAA die aufgetauchten Fragen zu diskutieren, beteiligten sich auf dem XXII. Parteitag der KP der Sowjetunion in arbiträrer Weise an den antimarxistischen Angriffen, die Chruschtschow gegen unsere Partei richtete, und haben seit dieser Zeit ihre Presse in eine Bühne für Angriffe und Verleumdungen gegen unsere Partei und unser Land verwandelt.

Was war aber das Resultat der öffentlichen Angriffe gegen die PAA? Leisteten sie vielleicht einen Beitrag zur Lösung der Fragen und zur Festigung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung? Nein. Im Gegenteil, sie dienten nur, um die Divergenzen zu ver-

tiefen, und waren ein schwerer Faustschlag gegen die Einheit, umso mehr, weil sie benützt wurden, um nicht allein unsere Partei sondern auch alle Bruderparteien, die mit der revisionistischen Linie der Chruschtschow-Gruppe und ihrer Anhänger nicht einverstanden sind, anzugreifen und zu treffen.

Jetzt erheben P. Togliatti und seine Genossen die antimarxistische Methode des öffentlichen Kampfes zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien zum Prinzip, weil sie, wie man aus ihrer Haltung gegenüber der PAA deutlich ersieht, ungeachtet der Worte über eine öffentliche Debatte „in bestimmten Momenten und in einem bestimmten Umfang“, tatsächlich keine freundschaftliche Diskussion, sondern Streit und öffentliche Angriffe im Schoß der kommunistischen und Arbeiterparteien, was die Einheit unserer Bewegung schwer schädigt, wollen. Erstaunlich ist aber, daß, während P. Togliatti sich und seinen Freunden erlaubt, öffentliche Angriffe zu richten, empört er sich, wenn unsere Partei das Recht der Gleichheit braucht, um sich zu verteidigen und den Verleumdungen und grundlosen Beschuldigungen, die gegen sie erhoben werden, die gebührende Antwort zu geben.

P. Togliatti behauptet, daß er in der „Polemik der Albaner“ kein einziges Argument und Diskussionsobjekt gefunden habe, und nennt diese Polemik „giftig“ usw. Auch das ist natürlich eine Art, um die Argumente des Gegners nicht beantworten zu müssen, um eine Diskussion zu vermeiden, wenn man sich in die Enge getrieben fühlt. Aber die allgemeinen Worte können niemanden überzeugen, sind keine Argumente. Welche sind nun die „starken und sehr grundsätzlichen Argumente“, die man für die Angriffe und Anklagen gegen die PAA benützt

hat und weiter benützt? Etwa die offene Anspielung N. Chruschtschows auf dem XXII. Parteitag, daß die Führung der PAA sich dem Imperialismus für 30 Groschen verkauft oder sein Aufruf, die Führung in Albanien zu stürzen? Ist vielleicht ein solches „Argument“, beispielsweise die plumpe Lüge P. Togliattis in einem Artikel der „Unità“ vom 15. Dezember 1961, daß in Tirana die Fundamente des Kulturpalastes, das die Sowjetregierung Albanien schenkte, sogar in einer öffentlichen Zeremonie zerstört worden seien? Wie man sieht, hat P. Togliatti die Höhe der „Grundsätzlichkeit“ und der „kommunistischen Ehrenhaftigkeit“ erreicht! Solche „Perlen“ kann man in großer Anzahl in der Presse der Führung der KP Italiens finden, aber sie verdienen keine Antwort und auch unser Artikel verfolgt nicht diesen Zweck.

\* \* \*

Diese sind, in allgemeinen Linien, die Auffassungen der Führung der KP Italiens mit P. Togliatti an der Spitze über die wichtigsten Fragen des heutigen Laufs der Welt und der internationalen kommunistischen Bewegung sowie über den „italienischen Weg“ zum Sozialismus. Jetzt kann sich jeder Leser selbst ein Urteil darüber bilden, in welcher Stellung die Führung der KP Italiens sich tatsächlich befindet. Die Analyse ihrer Auffassungen, die sie propagiert, zeigt, daß sie starke pazifistische, opportunistische, reformistische und revisionistische Tendenzen hat, welche eine offene Entfernung von dem revolutionären Marxismus-Leninismus, von dem proletarischen Internationalismus und von der gemeinsamen

Linie der internationalen kommunistischen Bewegung, die in den beiden Erklärungen der kommunistischen und Arbeiterparteien der Jahre 1957 und 1960 klar formuliert sind, darstellen. Obwohl P. Togliatti und die anderen Führer der KP Italiens in den Thesen und ihren Schriften ihre Treue zu den Moskauer Erklärungen und zu der marxistisch-leninistischen Doktrin mit Worten bekunden, machen sie darin, unter dem Vorwand der Eigenheiten, der neuen nationalen und historischen Bedingungen und der „schöpferischen Entwicklung“ des Marxismus, soviel Vorbehalte, daß sie praktisch den revolutionären Kern des Marxismus-Leninismus, seine Hauptlehren und die Hauptthesen der beiden programmatischen Dokumente der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung verwerfen.

Aber die Auffassungen der Revisionisten, mögen sie noch so raffiniert und getarnt sein, können vor dem unbarmherzigen Urteil der Zeit, des Lebens und der Tatsachen nicht bestehen. Die Wahrheit des Marxismus-Leninismus wird siegen.



**Wir müssen das revolutionäre Banner  
der Moskauer Deklarationen hochhalten  
und sie vor Angriffen der  
modernen Revisionisten schützen**

*(Aus der Zeitung „Zëri i Popullit“  
vom 6. Dezember 1962)*

**H**EUTE vor zwei Jahren erschien in der Presse die Erklärung der Beratung der Vertreter der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien, dieses programmatische, kämpferische und kollektive Dokument von großer historischer Bedeutung für die kommunistische Weltbewegung. Vor einigen Tagen jährte sich zum fünften Mal auch die Veröffentlichung der Moskauer Deklaration vom Jahre 1957. In diesen beiden Dokumenten werden die großen revolutionären Prozesse, die im Laufe der letzten Jahrzehnte in der Welt stattfanden, auf der Basis des Marxismus-Leninismus wissenschaftlich analysiert, die Erfahrungen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung verallgemeinert und die grundsätzlichen Stellungen und die gemeinsamen Aufgaben aller Kommunisten für die wichtigsten Fragen des heutigen Weltverlaufs festgesetzt. Sie bilden die starke Grundlage der Orientierung und Tätigkeit einer jeden kommunistischen und Arbeiterpartei und für jeden Kommunisten im Kampf für Frieden, nationale Befreiung, Demokratie und Liquidierung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sowie für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus in der ganzen Welt.

Der Verlauf der Ereignisse in der Welt während der letzten Jahre bestätigte die Richtigkeit, Vitalität und Umwandlungskraft der Thesen und Grundsätze der Moskauer Erklärung. Jeder Tag zeigt die gründliche Veränderung, welche im Kräfteverhältnis auf weltweiter Ebene stattfindet, sowie die Überlegenheit der Kräfte des

Sozialismus über jene des Imperialismus, der Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung über jene des Kolonialismus, der demokratischen und revolutionären Kräfte über jene der Reaktion und der Kräfte des Friedens über die des Krieges.

Die Länder des sozialistischen Lagers haben großartige Erfolge beim sozialistischen Aufbau erzielt. In den letzten vier Jahren war das jährliche Wachstumstempo der Industrieproduktion der sozialistischen Länder im Durchschnitt dreimal höher als jenes der kapitalistischen Länder. Das spezifische Gewicht der Industrieproduktion der sozialistischen Länder macht jetzt 37% der gesamten Industrieproduktion der Welt aus. Der Tag ist nicht fern, an dem das sozialistische Weltsystem die kapitalistische Welt in bezug auf den absoluten Umfang der Industrieproduktion übertreffen wird. Schon heute steht die Sowjetunion in vielen wichtigen Zweigen der Wissenschaft und Technik an erster Stelle in der Welt. Das sozialistische Weltsystem wird immer mehr zum entscheidenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, während sich die Herrschaftssphäre des Imperialismus dauernd verengt. Vom kapitalistischen System der Unterdrückung und Ausbeutung riß sich auch das heroische Kuba los. Das tapfere kubanische Volk hat jetzt unter der Leitung seines hervorragenden Führers, Genossen Fidel Castro, endgültig den Weg des Aufbaus des Sozialismus eingeschlagen und verteidigt mit beispielloser Tapferkeit seine Unabhängigkeit, Souveränität und die Errungenschaften der Revolution vor den Blockaden, aggressiven Handlungen und der Einmischung des USA-Imperialismus. Der historische Sieg und die unerschütterliche, konsequente und revolutionäre Haltung des kubanischen Vol-

kes ist ein glänzender Beweis für die Schwäche des Imperialismus und dient nicht nur den Völkern Lateinamerikas, sondern der ganzen Welt, ob groß oder klein, zum Vorbild.

Die Kampffront gegen den Imperialismus und den alten und neuen Kolonialismus hat sich in Asien, Afrika und Lateinamerika erweitert und ist noch stärker geworden. In den letzten Jahren erlangten viele Länder ihre nationale Unabhängigkeit. Nach einem 7jährigen bewaffneten heroischen Kampf gegen einen bis an die Zähne bewaffneten und mit modernster Kriegstechnik ausgerüsteten Feind gewann das algerische Volk seine Freiheit. In Laos wurde eine Regierung der nationalen Einheit gebildet. Das indonesische Volk erzielte seine ersten Erfolge im Kampf für die Rückkehr Westirians in den Schoß des Vaterlandes. Einen großen Erfolg errang das Volk Jemens im Kampf gegen das reaktionäre Regime und die Fremdherrschaft. Der Kampf gegen das Joch der USA hat in Südvietnam, Südkorea, Japan usw. größere Ausmaße angenommen.

Der Prozeß des Verfalls und Zerfalls des kapitalistischen Weltsystems schreitet dauernd fort. Alle Widersprüche, die den Kapitalismus im Innern zerfressen, verschärfen sich dauernd. Die kapitalistische Wirtschaft verliert an Standhaftigkeit, und die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern wegen der wirtschaftlichen und politischen Hegemonie vertiefen sich dauernd. Der Klassenkampf wird in den kapitalistischen Ländern immer heftiger. Auch die Bewegung der Massen für bessere Lebensbedingungen, Freiheit, Demokratie und Sozialismus wächst ständig. Heute gibt es etwa 90 kommunistische und Arbeiterparteien, die ungefähr 42,5

Millionen Kommunisten umfassen. Andererseits ist die Massenbewegung für die Erhaltung des Friedens und gegen die aggressiven und kriegshetzerischen Pläne der imperialistischen Mächte mit den USA an der Spitze sehr stark geworden. Die Tatsachen zeigen also, daß die klaren und revolutionären Konklusionen der Erklärung vom Jahre 1960, daß nämlich „keine einzige Anstrengung des Imperialismus die progressive Entwicklung der Geschichte aufzuhalten vermag“, daß „alle sicheren Vorbedingungen für weiter entscheidende Erfolge des Sozialismus geschaffen wurden“ und daß der „vollständige Sieg des Sozialismus außer Frage steht“, vom Leben selbst bestätigt worden sind.

Andererseits zeigen diese Tatsachen, daß in der Welt große Änderungen stattgefunden haben, daß sich ein neues Kräfteverhältnis gebildet hat, welches sich dauernd zugunsten des Sozialismus und zuungunsten des Imperialismus wandelt, und daß neue und günstigere Vorbedingungen geschaffen wurden, um den Kampf für Frieden, nationale Befreiung, Demokratie und Sozialismus erfolgreich zu führen. All das müssen die Kommunisten richtig einschätzen und maximal auswerten.

Aber während die Marxisten-Leninisten, treu den Hauptlehren ihrer Doktrin, diese entsprechend den heutigen Bedingungen in die Tat umsetzen und aus dieser Situation revolutionäre Schlußfolgerungen ziehen und alle ihre Kräfte für die Auswertung der heutigen Bedingungen mobilisieren, um den revolutionären und nationalen Befreiungskampf der Völker auf die höchste Stufe zu heben, den vollständigen Zusammenbruch des imperialistischen Systems und den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt zu beschleunigen, ziehen daraus die moder-

nen Revisionisten opportunistische Schlüsse und entfernen sich auf diese Weise immer mehr von den Deklarationen der kommunistischen und Arbeiterparteien der Jahre 1957 und 1960.

Die letzten Jahre, besonders die Jahre nach der Veröffentlichung der Moskauer Erklärung vom Jahre 1960, sind Jahre einer weiteren Evolution der modernen Revisionisten in bezug auf das immer stärkere Abrücken von den Hauptlehren des Marxismus-Leninismus, auf die immer größere Intensivierung ihrer praktischen Tätigkeit zur Untergrabung der Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung sowie auf ihre Annäherung an den Imperialismus.

Die Chruschtschow-Gruppe wendet bei ihren Anstrengungen, die Moskauer Deklarationen mit Füßen zu treten, zwei Methoden an. Erstens tut sie alles, um diese Dokumente der Vergessenheit zu überliefern und ihre programmatische Bedeutung zu verdrehen. Dieses Ziel verfolgte und verfolgt weiter auch ihre Propaganda, indem sie das Programm der KP der Sowjetunion, welches der 22. Parteitag annahm, als das „Weltmanifest des Kommunismus“, das beinahe — ihrer Meinung nach — auch das kommunistische Manifest von K. Marx und F. Engels ersetzt, hinzustellen versucht. Zweitens beginnt ihre Propaganda, wenn es die Umstände erheischen, zu manövrieren und mit Worten den Deklarationen gegenüber ihre „Treue“ zu zeigen, um hinter der Wiederholung der allgemeinen Grundsätze ihre Tätigkeit zum Schaden der Einheit des sozialistischen Lagers, der internationalen kommunistischen Bewegung, des Sozialismus, der Völkerfreiheit, Demokratie und des Friedens zu verstecken.

Die Haltung gegenüber dem Klassenfeinde, vor allem dem Imperialismus und insbesondere dem amerikanischen, der, wie die Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 unterstreicht, die Hauptmacht der Aggression und des Krieges, das Hauptbollwerk der Reaktion und des Kolonialismus, der Gendarm und der größte internationale Ausbeuter und der wildeste Feind der Völker ist, bildet das Grundkriterium, um zu urteilen, wer dem Marxismus-Leninismus treu ist und wer sich von ihm entfernt hat, wer wirklich für die Interessen des Sozialismus, der Völkerbefreiung, der Demokratie und des Friedens kämpft und wer diese mit Füßen tritt und verrät. Das unterscheidet heute die Marxisten-Leninisten von den modernen Revisionisten.

In beiden Moskauer Deklarationen wird unterstrichen, daß der Imperialismus aggressiv, ausbeuterisch, räuberisch und ein wilder Unterdrücker war, ist und sein wird, solange der Sozialismus noch nicht in der ganzen Welt gesiegt hat. Das bestätigt das Leben selbst, das zeigen die vielen Tatsachen unserer Tage.

Den Imperialismus mit dem der USA an der Spitze charakterisieren immer mehr und mehr seine „Politik des kalten Krieges“, die fieberhaften Anstrengungen, diesen Krieg in einen warmen Krieg zu verwandeln, sowie seine „Politik der Stärke“, die Politik der Drohreden, des Drucks und der offenen Aggression. Die USA-Imperialisten verursachten die Krise am Karibischen Meer und bedrohen Kuba mit einer Aggression. Aufgehetzt von den Imperialisten, begannen die indischen Reaktionäre den Angriff gegen die Grenztruppen Chinas und bemühen sich mit Hilfe des Imperialismus den Konflikt zu erweitern, indem sie die Vorschläge der VR China zur fried-

lichen Schlichtung des chinesisch-indischen Grenzkonflikts ablehnen. Wo und wann sich immer die Lage verschärft, und wo heute gekämpft und Blut vergossen wird, schuld daran sind die Imperialisten mit jenen der USA an der Spitze. Diese Tatsachen und viele andere zeigen, daß heute die Kriegsgefahr eine reale ist, weil, wie die Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 mit Recht unterstreicht, „solange der Imperialismus existiert, existiert auch die Basis für aggressive Kriege“.

Heute ist der Imperialismus nicht mehr in der Lage, mit dem Schicksale der Völker nach Belieben zu spielen. Durch die Änderung des Kräfteverhältnisses in der Welt ist der imperialistische Krieg nicht unbedingt unvermeidlich; man kann den Frieden erhalten und festigen, weil große und organisierte Kräfte kämpfen, die nicht nur den Frieden wünschen, sondern auch die notwendigen Mittel haben, um den kriegshetzerischen Imperialisten in den Arm zu fallen. Diese klare und wichtige Schlußfolgerung der beiden Moskauer Deklarationen bildet die Basis, auf der sich heute der ganze Kampf der Völker für den Frieden abspielt.

Man kann den Frieden erhalten, jedoch nur dann, wenn man ihn dem Imperialismus aufzwingt und ihn nicht von ihnen erbettelt. Dem kriegshetzerischen Imperialismus muß man die Vereinigung und den entschlossenen Kampf aller friedliebenden Kräfte, vor allem der kolossalen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte des mächtigen sozialistischen Lagers entgegenstellen. Den Frieden kann man erhalten, indem man die aggressiven Pläne der Imperialisten bekämpft, und nicht, indem man ihnen schmeichelt und Konzessionen macht. In der Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 heißt es:

„Heute für den Frieden kämpfen heißt größte Wachsamkeit üben, die Politik des Imperialismus unermüdlich enthüllen, die Intrigen und Machenschaften der Kriegstreiber mit großer Aufmerksamkeit verfolgen, den heiligen Zorn der Völker gegen diejenigen entfachen, die eine Kriegspolitik betreiben; alle Friedenskräfte besser organisieren, die aktiven Aktionen der Massen für den Frieden ständig verstärken und die Zusammenarbeit mit allen Staaten festigen, die nicht an neuen Kriegen interessiert sind.“

Ganz anders, also im Widerspruch zu der Moskauer Erklärung vom Jahr 1960, handeln die Revisionisten. Anstatt die Völker für den Kampf gegen den Imperialismus und für die Erhaltung des Friedens zu mobilisieren, anstatt ihre Wachsamkeit zu erhöhen und die Rechte der Völker und ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu schützen, haben die modernen Revisionisten mit der Chruschtschow-Gruppe an der Spitze beinahe ganz auf die Enthüllung der aggressiven und kriegshetzerischen Politik des Imperialismus verzichtet und verbreiten allerlei pazifistische Illusionen über den Imperialismus und seine Häupter, machen ihm prinzipienlose Konzessionen und kapitulieren vor seinen Atomdrohungen. Dadurch verkleinern die Revisionisten tatsächlich die Möglichkeiten der Erhaltung des Friedens und erhöhen die Kriegsgefahr, weil sie den kriegshetzerischen Imperialisten freie Hand lassen, ihren Appetit anreizen und sie zu neuen aggressiven und gefährlicheren Handlungen ermutigen.

Die schädliche und kapitulierende Politik der Revisionisten trat besonders in den letzten Ereignissen am Karibischen Meer ganz deutlich zutage. Jetzt tun die

Chruschtschow-Gruppe und ihr Anhang alles, um die dem USA-Imperialismus gemachten Konzessionen und ihren Rückzug vor ihren Völkern und der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen.

Man sagt, daß, indem man die Raketen und die anderen Mittel abmontierte und aus Kuba entfernte, N. Chruschtschow die Menschheit vor einer Kernraketenkatastrophe bewahrte. Wer aber die einseitige Entfernung der Raketen aus Kuba eine Handlung, die die Menschheit vor dem Weltkrieg bewahrte, bezeichnet, der akzeptiert tatsächlich die These der imperialistischen Propaganda, daß die Sowjetunion durch die Stationierung dieser Raketen in Kuba die Welt an den Rand des Atomkrieges gebracht hätte. Der Weg zur Bewahrung der Menschheit vor einem Kriege und zur Erhaltung des Friedens ist nicht die Entwaffnung der sozialistischen Länder, die Schwächung ihrer Verteidigungskraft, die Unterwerfung unter das Diktat und Ultimatum der Imperialisten und die Kapitulation vor ihrem Druck und ihren Drohungen, wodurch sie noch aggressiver werden. Ein solcher Weg führt nicht zur Festigung des Friedens, sondern unausbleiblich zum Kriege. Was für schöne Aussichten diese kapitulierende Haltung der Chruschtschow-Gruppe in der Krise am Karibischen Meer für die Lösung der internationalen Fragen eröffnet, das zeigt deutlich die Tatsache, daß die imperialistischen Mächte, ermutigt infolge dieser Haltung, gleich darauf erklärten, sie wären jetzt entschlossener denn je, in Berlin zu bleiben, sowie die Tatsache, daß sie ihre Teilnahme an der bewaffneten Aggression der reaktionären indischen Kreise gegen die VR China ganz offen zugeben.

Ferner sagt man, daß N. Chruschtschow durch seine Haltung Kuba vor einer imperialistischen Aggression bewahrte und seine Freiheit und Unabhängigkeit garantierte. Aber in Wirklichkeit ist die Gefahr einer Aggression gegen Kuba keineswegs gebannt. Wenn auch die modernen Revisionisten den Worten des Präsidenten Kennedy trauen, daß er Kuba nicht invadieren wird, so trauen glücklicherweise weder das kubanische Volk noch die Völker der Welt, die den USA-Imperialismus gut kennen, den Worten des Präsidenten Kennedy. Es sind nur Worte, um die sich Kennedy durch allerlei Manöver herumdrückt. Um Kuba wirklich zu garantieren, braucht man Tatsachen, konkrete Taten, wie sie in den 5 Punkten Fidel Castros festgelegt sind. Denn diese bilden die einzige richtige Basis, um die Rechte des heroischen kubanischen Volkes wirkungsvoll und würdig zu verteidigen.

Schließlich stellt die Chruschtschow-Gruppe ihre Haltung zu den kubanischen Ereignissen als ein Modell der Politik der friedlichen Koexistenz hin, die nach den eigenen Worten Chruschtschows nur ein Kompromiß sei. Die Propagandisten der Chruschtschow-Gruppe suchen mit der Laterne in der Hand nach Argumenten, um das grundsatzlose Kompromiß dieser Gruppe mit dem USA-Imperialismus über die kubanische Frage zu rechtfertigen und gehen dabei soweit, sich in banaler Weise auf W. I. Lenin zu berufen, der mit Recht die Sowjetunion zur Zeit des Friedensvertrags von Brest-Litowsk im Jahre 1918 mit einem entwaffneten und von Straßenräubern überfallenen Menschen verglichen hatte. Aber die Sowjetunion ist heute nicht die des Jahres 1918, ist nicht jener entwaffnete und von Straßenräubern überfallene

Mensch. Das können heute nur jene sagen, denen die Angst in alle Glieder gefahren ist, die die Kräfte des sozialistischen Lagers, vor allem der Sowjetunion, unterschätzen und die Kräfte des Imperialismus überschätzen. Natürlich sind diese Menschen bereit, vor jeder Erpressung und Drohung der Imperialisten vollständig zu kapitulieren. Selbstverständlich sind gegenseitige Konzessionen und Kompromisse im Rahmen des Kampfes für den Frieden und die friedliche Koexistenz notwendig, um zu Abkommen zu gelangen. Aber die Konzessionen und Kompromisse dürfen erstens nicht unsere Gesamtinteressen schädigen oder die Rechte der souveränen Völker mit Füßen treten, und zweitens müssen sie auf Gegenseitigkeit beruhen, dürfen nicht einseitig sein, wie in der Kubafrage, wo die Chruschtschow-Gruppe in allem nachgab, während der USA-Imperialismus außer leeren Worten gar keine Konzession machte. Auch ist es nicht richtig, die friedliche Koexistenz den Kompromissen N. Chruschtschows gleichzusetzen. Den entscheidenden Faktor, um die friedliche Koexistenz zu verwirklichen, bilden nicht die Kompromisse, sondern der entschlossene Kampf aller friedliebenden Kräfte, um die friedliche Koexistenz dem Imperialismus aufzuzwingen. Gerade dieser Kampf zwingt die Imperialisten, Konzessionen zu machen und Kompromisse zu schließen. Um ihre Kapitulation vor dem Imperialismus und die Annäherung an diesen zu rechtfertigen, muß die Chruschtschow-Gruppe die friedliche Koexistenz als ein Kompromiß und nur als ein Kompromiß hinstellen.

In den beiden Moskauer Deklarationen der kommunistischen und Arbeiterparteien vom Jahre 1957 und 1960 wird betont, daß der Kampf der kolonialen Völker und

der vor kurzem befreiten Völker eine große Bewegung der Gegenwart gegen das imperialistische Joch, für die nationale Befreiung und nationale Unabhängigkeit darstellt. Ferner leistet auch die erfolgreiche Entfaltung der nationalen Befreiungsbewegung, wie die Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 unterstreicht, einen wertvollen Beitrag zur Erhaltung des Friedens, und sie ist eine mächtige Stütze des sozialistischen Lagers. Andererseits schafft die moralische und materielle Hilfe, welche das sozialistische Lager der nationalen Befreiungsbewegung und den Völkern, die ihre nationale Unabhängigkeit festigen, gewährt, sowie der aktive Kampf für den Weltfrieden günstige Voraussetzungen für die Entfaltung dieser Bewegung.

Der Imperialismus versucht auf jede Weise seine Kolonialherrschaft in der alten oder der neuen Form zu erhalten, er wendet alle Mittel an, von der Spaltung und dem Betrug bis zur Drohung und Gewaltanwendung, um die nationale Befreiungsbewegung zu unterdrücken oder zu schwächen. In dieser Sache werden die Imperialisten von den modernen Revisionisten unterstützt. Aber nicht nur die Tito-Clique, welche eine Agentur des Imperialismus ist und unter der Maske der Neutralität und der „Nichtbeteiligung“ an den Blocks die nationale Befreiungsbewegung zu spalten und die Völker vom Kampf gegen den Imperialismus fernzuhalten versucht, sondern auch die revisionistische Chruschtschow-Gruppe unterstützen die Imperialisten in aktiver Weise. Im Widerspruch zu der Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 macht N. Chruschtschow Anstrengungen, den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker gegen den Kolonialismus und Imperialismus der friedlichen Koexi-

stenz, der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu unterwerfen. Das bedeutet also, daß die Völker die Sklavenketten weiter tragen sollen, bis die allgemeine und vollständige Abrüstung verwirklicht wird, denn dann werden ihnen die Kolonialisten die Freiheit schenken und ihnen sogar mit beiden Händen helfen, ihre Wirtschaft zu entwickeln und Fortschritte zu machen! Aber die kolonialen, halbkolonialen und die vor kurzem befreiten Völker kennen aus langjähriger Erfahrung die wilde Unterdrückung und die unmenschliche Ausbeutung der Imperialisten und leiden noch heute darunter; sie sehen mit eigenen Augen, daß gerade die Imperialisten es sind, welche mit Feuer und Schwert ihnen die Freiheit zu rauben und jede nationale Befreiungsbewegung zu unterdrücken trachten. Diese Völker kann man nicht hinter Licht führen; sie wissen ganz genau, wie es in der Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 heißt, daß die Imperialisten den Kolonialvölkern die Freiheit nicht schenken, und sich nicht freiwillig aus den Ländern entfernen, die sie ausbeuten. Diese Völker werden den Sieg durch eine mächtige Befreiungsbewegung, im harten Kampf gegen den Imperialismus erringen.

Anstatt die nationale Befreiungsbewegung und die demokratische Bewegung zu fördern und zu unterstützen, damit sie sich weiter entfalten und bis zum Schluß geführt werden, anstatt die antidemokratischen, volksfeindlichen und chauvinistischen Handlungen der reaktionären Kreise des Bürgertums zu enthüllen, beschränkt sich die Chruschtschow-Gruppe darauf, die kommunistischen und Arbeiterparteien dieser Länder, die „Massen und politischen Persönlichkeiten vor einem nicht zu rechtfertigenden Eifer bei der Anwendung sozialistischer

bevor die Tinte seiner Unterschrift in diesem historischen Dokument der internationalen kommunistischen Bewegung getrocknet war, begann Chruschtschow ganz im Widerspruch zu ihr zu handeln, indem er den Kurs der Aussöhnung und Annäherung an die Tito-Clique einschlug.

Natürlich fährt Tito nicht nach der Sowjetunion, um dort, wie verlautet, den Urlaub zu verbringen; dieser Besuch macht dem Zickzackkurs N. Chruschtschows, den er einschlagen mußte, ein Ende, um das Hindernis, welches die Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 seiner Vereinigung in den Weg legte, zu beseitigen. Bald wird man sehen, was für neue Komplotte Tito und Chruschtschow in Moskau ausgeheckt haben. Aber eines ist schon jetzt klar: mit der Einladung Titos nach der Sowjetunion erklärt N. Chruschtschow allen, daß er von dem, was in der Moskauer Erklärung vom Jahre 1960 über Tito geschrieben steht, nichts wissen will. Allein diese Tatsache würde genügen, um zu beweisen, daß N. Chruschtschow und seine Gruppe sich von der Moskauer Erklärung des Jahres 1960 gänzlich entfernt haben. Tito ist derselbe, der er früher war, nichts hat sich in diesen zwei Jahren bei ihm geändert; das Programm der BdKJ wurde nicht verworfen, und keine These oder Position der Tito-Gruppe hat sich geändert. Was ist also geschehen? N. Chruschtschow verriet offen den Marxismus-Leninismus und beschloß, sich auf die Seite Titos zu stellen, um seinen Kurs der Aussöhnung mit den Imperialisten rascher fortzusetzen. Das zeigen die Tatsachen; sie sind so klar, daß sie alle sehen.

Während die Chruschtschow-Gruppe Anstrengungen macht, sich der titoistischen Renegatenclique und den

Imperialisten immer mehr zu nähern, untergräbt sie immer mehr die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung und tritt mit Füßen die in den beiden Moskauer Deklarationen sanktionierten Prinzipien des proletarischen Internationalismus, welche die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den kommunistischen und Arbeiterparteien regeln.

Alle kennen jetzt die antimarxistischen Handlungen N. Chruschtschows, durch die er den anderen Parteien seine revisionistischen Auffassungen durch Druck und brutalste Einmischung und durch Verletzung der Prinzipien der Gleichberechtigung und der Unabhängigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien zu imponieren versucht. So handelte er in den Beziehungen zu unserer Partei der Arbeit. Er ging so weit, vor den Gegnern unsere Meinungsverschiedenheit zu enthüllen, die PAA öffentlich anzugreifen, die ideologischen Meinungsverschiedenheiten auch auf das Gebiet der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu verlegen, zur Konterrevolution in Albanien aufzurufen und die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu unserem Land tatsächlich abubrechen. So handelt er überall. Die Chruschtschow-Gruppe hat alle ihre Kräfte für die Gruppierung der Revisionisten eingesetzt, um eine revisionistische Front zu bilden. Das führt sie bis zu den schändlichsten antimarxistischen und antisozialistischen Handlungen. Aber dadurch enthüllt sie sich selbst, isoliert sich und beschleunigt den Prozeß der Selbstentlarvung. Sie handelt so, weil sie schwach und nicht stark ist. Der Revisionismus kann einen eine Zeitlang hinters Licht füh-



ren, aber nicht für immer; dann setzt der Widerstand gegen ihn ein, und weil er keine Überzeugungskraft besitzt, ist er gezwungen, zu Unterdrückungsmaßnahmen überzugehen. Das Ergebnis dieser Maßnahmen ist wirklich tragisch, vor allem für die Urheber selbst.

Nachdem die äußerst plumpen Verleumdungen und Beschuldigungen N. Chruschtschows, daß die Führer der PAA Agenten des Imperialismus seien, sich um 30 Silberlinge verkauft hätten und in Albanien ein Regime des Terrors, des Mordens, der Masseninternierungen usw. herrsche, sind jetzt er und sein Anhang genötigt, die Taktik zu ändern und bemühen sich, der Welt einzureden, daß die PAA sich von den Moskauer Deklarationen angeblich entfernt und ihre Prinzipien verletzt habe und zum Nationalismus übergegangen sei.

Was die Verbrechen und die anderen Terrormaßnahmen betrifft, so ist zu sagen, daß sie in Albanien nicht existieren, jedoch dort, wo die Revisionisten herrschen, wirklich alarmierende Ausmaße angenommen haben. Wir übergehen hier die Verbrechen und den Terror der Tito-Clique gegen die jugoslawischen Kommunisten und Patrioten, welche in den barbarischsten Formen und mit den barbarischsten Mitteln fortgesetzt werden, denn darüber ist wiederholt gesprochen worden. Aber was tut denn eigentlich die Chruschtschow-Gruppe? Hinter dem Aushängeschild der Liquidierung der Folgen des Personenkults läßt sie die Sichel und die große Sense gegen die treuesten und erprobtesten Kader der Partei schwingen und ersetzt sie durch revisionistische Elemente oder durch solche, die sich den Revisionisten unterwerfen, und begeht schändliche Verbrechen an den Kommunisten und den besten Männern.

Die Revisionisten sind heute nicht nur zu Terrormaßnahmen übergegangen, um den Widerstand, der sich rasch gegen sie erhebt, zu brechen, sondern machen unter der Maske „neuer Formen“ der Organisation der Partei und des staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaus Anstrengungen, die Partei, den Staat usw. zu degenerieren. Den Weg gehend, den die Tito-Clique vor ihr gegangen ist, zögert die Chruschtschow-Gruppe nicht, um auch diese Organisationsformen dieser Clique zu übernehmen.

Auch die neuen Verleumdungen der Revisionisten gegen die PAA werden vollständig scheitern. Als marxistisch-leninistische Partei hat die PAA die beiden programmatischen Dokumente der internationalen kommunistischen Partei einmütig gebilligt, diese ihrer gesamten Tätigkeit zugrunde gelegt, sie war und bleibt ihren Prinzipien bis zum Schluß treu, weil diese Dokumente die Verkörperung der Hauptlehren des Marxismus-Leninismus über die wichtigsten Fragen der heutigen Weltentwicklung, die Verkörperung ihrer richtigen Generallinie sind. Aber die Revisionisten der Chruschtschow-Gruppe haben die Moskauer Deklarationen mit beiden Füßen getreten und treten sie weiter, denn sie waren schon am Anfang mit der Moskauer Erklärung des Jahres 1960 nicht einverstanden und nannten sie ein „Kompromißdokument, dem kein langes Leben beschieden sei“.

Die zwei Jahre nach der Moskauer Erklärung des Jahres 1960 zeigen deutlich die Evolution der Chruschtschow-Gruppe und ihren offenen Übergang zum Revisionismus. Diese Evolution zeigt sich in ihrer immer offeneren Entfernung vom Marxismus-Leninismus und von den Deklarationen der kommunistischen und Arbeiterparteien vom Jahre 1957 und 1960, in ihren immer grö-

ßeren Anstrengungen, sich der Tito-Clique und dem Imperialismus zu nähern und sich mit ihnen zu versöhnen und in ihren Bemühungen, die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung zu spalten und zu untergraben, den revolutionären Kampfgeist der Völker zu ersticken und ihren Kampf gegen den Imperialismus zu schwächen. Nicht umsonst loben Home, Spaak und andere bekannte Vertreter des Imperialismus N. Chruschtschow wegen seiner opportunistischen Linie und antimarxistischen Handlungen. Und nicht nur das; sie rufen N. Chruschtschow auf, auf dem Weg zur Annäherung, Zusammenarbeit und Verschmelzung mit der sogenannten „freien Welt“ weiter zu gehen.

Die Chruschtschow-Gruppe hat durch ihre Auffassungen und Handlungen den Kampf der Völker für Frieden, Freiheit, Demokratie und Sozialismus schwer geschädigt und schädigt ihn weiter. Deshalb ist heute die Aufgabe, die in den beiden Moskauer Deklarationen gestellt wird, den Revisionismus als die Hauptgefahr für die internationale kommunistische Bewegung entschlossen zu bekämpfen, mehr denn je aktuell. Ohne diesen Kampf ist es unmöglich, den Kampf gegen den Imperialismus erfolgreich zu führen.

Wir sind überzeugt, daß jede Schwierigkeit, welche die modernen Revisionisten in den Weg legen, beseitigt werden wird, möge dies noch so viel Zeit und Opfer erfordern. Diese Überzeugung haben viele Millionen Kommunisten und Hunderte von Millionen fortschrittlicher Menschen in der Welt. Die mehr als hundertjährige Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung ist die Geschichte des Kampfes des Marxismus-Leninismus gegen die bürgerliche Ideologie und

den Revisionismus; und in diesem Kampf hat der Marxismus immer gesiegt. Er hat heute die Gedanken und Herzen von Millionen Menschen erobert. Der Sozialismus marschiert siegreich. Weder die Imperialisten noch die Revisionisten können seinen Elan aufhalten und die Gesellschaft nach rückwärts wenden. Die Zukunft gehört ihm. Der Imperialismus und seine Brut — der Revisionismus — werden verschwinden.

**Die Tito-Clique  
und der Entwurf  
für die neue Verfassung  
Jugoslawiens**

*(Artikel aus der Zeitung „Zëri i Popullit“  
vom 13. Dezember 1962)*

VOR einiger Zeit wurde der Entwurf für die neue Verfassung Jugoslawiens angenommen und veröffentlicht. Die offizielle Propaganda der jugoslawischen Revisionisten legt diesem Dokument eine große Bedeutung bei und stellt es als „das erste Denkmal der wirklich befreiten Arbeit“ hin, das alle anderen Länder, die den Sozialismus aufbauen wollen, zum Vorbild nehmen müssen.

Eine wenn auch allgemeine Analyse dieses Dokumentes zeigt, daß es in Wirklichkeit mit einer sozialistischen Verfassung gar nichts gemein hat, sondern die Konkretisierung und gesetzliche Sanktionierung jener Grundsätze des modernen Revisionismus in Staat und Gesellschaft ist, die im berüchtigten Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens festgelegt sind. In diesem Dokument werden die Grundsätze des Marxismus-Leninismus über den Staat offen verneint und absichtlich verdreht und die veralteten anarchistisch-syndikalistischen und bucharinistischen Thesen, die Lenin als Versuche zur Wiederherstellung des Kapitalismus verwarf, in ein neues Gewand gehüllt und die bekannten revisionistischen Auffassungen über die wirtschaftliche und politische Integration sowohl auf staatlicher als auch internationaler Ebene wiederholt. Gleichzeitig wiederholt dieser Entwurf viele Grundsätze, die für die bürgerlichen Verfassungen und Doktrinen über den Staat charakteristisch sind. Um die Werktätigen und die Weltöffentlichkeit zu betrügen, werden diese Grundsätze mit einer pseudorevolutionären Phraseologie getarnt. Aus diesem Grund trifft die seinerzeitige Enthüllung der bürgerlichen Republikaner durch Karl Marx auf die Tito-Clique zu: „Und die Kon-

stitution, sie behandelten sie als eine große **Intrige**. Was in ihr konstituiert werden sollte, war vor allem die Herrschaft der Koterie.“ (K. Marx — Fr. Engels, Ausgewählte Schriften, B. I, S. 155)

## I

Wozu brauchen jetzt die jugoslawischen Revisionisten eine neue Verfassung? Bekanntlich muß die Änderung eines Staatsgrundgesetzes, die eine der wichtigsten und verantwortungsvollsten Fragen des gesellschaftlichen und politischen Lebens eines Staates ist, eine große Wendung in der Entwicklung der sozialen Beziehungen, einen Übergang zu einer qualitativ neuen Situation darstellen. In seinem Referat über den Entwurf für die Verfassung vor der föderativen Volksversammlung Jugoslawiens behauptete E. Kardelj, daß „der Beschluß der föderativen Volksversammlung Jugoslawiens über die Ausarbeitung der neuen Verfassung sich vor allem auf die Tatsache stütze, daß die in Kraft stehenden Bestimmungen der Verfassung in vielen Fragen nicht mehr die reale Lage der sozialistischen Gesellschaftsbeziehungen unseres Landes spiegeln und die heutigen Bedürfnisse der Gesellschaft auf diesen Gebieten des gesellschaftlichen und politischen Aufbaus nicht befriedigen“. In Wirklichkeit hat in der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung Jugoslawiens seit der Verfassung vom Jahre 1953 bis heute, was den Weg der sozialistischen Entwicklung dieses Landes betrifft, keine qualitative Änderung stattgefunden. Im Gegenteil, die kapitalistischen Beziehungen wurden auf allen Gebieten gefördert und erweitert, und die revolutionären Errungenschaften der

Völker Jugoslawiens allmählich und unaufhaltsam liquidiert.

Aber die neue Verfassung benötigen die jugoslawischen Revisionisten, um für viele antimarxistische Auffassungen des Programmes des BdKJ eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, ihren Kurs zur Wiederherstellung des Kapitalismus zu legalisieren, den jetzigen konzentrierten Angriff des modernen Revisionismus gegen die marxistisch-leninistische Ideologie zu unterstützen und um die revisionistische Diversion auf Weltebene zu erweitern.

Sowohl im Entwurf für die Verfassung als auch im Referat Kardeljs und in der Diskussion der Skupschtina tritt das Ziel deutlich zutage: man will dieses revisionistische Dokument als die „Charte des spezifischen Sozialismus“ propagieren und die jugoslawischen Erfahrungen, als universale, für alle Völker und Länder wertvolle Erfahrungen hinstellen. Dieses Dokument verneint die universale Bedeutung der Erfahrungen der Sowjetunion, des ersten sozialistischen Staates in der Welt, verneint und greift die Erfahrungen aller anderen sozialistischen Länder an. „Von der Tatsache, ob ein sozialistisches Land sich **nach der These von der Notwendigkeit der dauernden Festigung des Staates** — was früher in der sozialistischen Welt ziemlich stark verbreitet war — **oder nach der gesellschaftlichen Selbstverwaltung und nach den demokratischsten Formen der Beseitigung der Widersprüche in der Entwicklung des Sozialismus orientiert**, hängt die Orientierung beim Gesamtaufbau des politischen Systems und des Organisationsmechanismus des sozialistischen Staates ab“, erklärte F. Kardelj. (Von der Red. unterstrichen).

Indem nun Kardelj einerseits die marxistisch-leninistische These von der Notwendigkeit der Festigung der Diktatur des Proletariates in einer Zeit, in der der Imperialismus noch weiter existiert, verwirft, verteidigt er andererseits die revisionistische These von der Liquidierung des sozialistischen Staates durch die Integration der antagonistischen Klassen, was der Wiederherstellung des Kapitalismus im Land und der Kapitulation vor dem aggressiven Imperialismus auf weltweiter Ebene den Weg eröffnet.

Um ihre revisionistische These von der allmählichen Auslöschung des Staates schon in der jetzigen Phase mit der Notwendigkeit einer neuen Verfassung, einer Verfassung, die ohne die Existenz des Staates undenkbar ist — in Einklang zu bringen, behaupten die jugoslawischen Führer, daß „nach dem Entwurf die Verfassung nicht nur eine Staatsverfassung, sondern zugleich auch eine **spezifische Gesellschaftscharte** sein soll. (Von der Red. unterstrichen). Sie wird die materielle Basis und den politischen Kader schaffen und Anregung für eine immer größere Erweiterung und Entwicklung des Mechanismus der gesellschaftlichen Selbstverwaltung und der direkten Demokratie geben“. Es ist nicht das erste Mal, daß die jugoslawischen Revisionisten die Gesellschaft dem Staate gleichsetzen — und das ist eine Auffassung, daß die bürgerlichen Ideologen und die Sozialopportunisten kennzeichnet.

Ein Hauptkennzeichen, das im Entwurf für die Verfassung Jugoslawiens auffällt, ist, daß an keiner Stelle der bekannte Grundsatz der staatlichen Souveränität als Ausdruck der Machtvollkommenheit der herrschenden Klasse, ihrer Diktatur, welcher Grundsatz für die

sozialistische staatliche und gesellschaftliche Ordnung charakteristisch ist, weder direkt noch indirekt formuliert wird. Das Fehlen dieses Grundsatzes ist nicht etwas Zufälliges; es zeigt die revisionistische Auffassung über die Rolle des Staates, über dessen Aufgehen in der Gesellschaft und seine Auslöschung in der jetzigen Phase.

Während die sozialistischen Verfassungen nicht nur die gesetzlichen Garantien, sondern auch die materiellen Mittel und Vorbedingungen für die Realisierung der Rechte und demokratischen Freiheiten vorsehen, ist für die bürgerlichen Verfassungen die formale Veröffentlichung einiger demokratischer Grundsätze und gleichzeitig ihre gesetzliche Beschneidung und Begrenzung durch andere Bestimmungen, die ihren Ausdruck in derselben Verfassung findet, charakteristisch. In diesem Fall eliminieren diese Bestimmungen praktisch die demokratischen Grundsätze und überlassen es den Staatsorganen zu bestimmen, ob die Voraussetzungen gegeben sind, damit die Staatsbürger von den verkündeten Rechten profitieren oder nicht.

Das ist auch in dem Entwurf für die jugoslawische Verfassung, die eine Anhäufung von Thesen und Antithesen und von gleichzeitigen Bejahungen und Verneinungen der Grundsätze ist, der Fall. Natürlich haben wir hier keineswegs mit der dialektischen Einheit von entgegengesetzten Begriffen zu tun. Bezüglich der bürgerlichen Verfassungen sagt Karl Marx: „Jeder Paragraph der Konstitution enthält nämlich seine eigene Antithese, sein eignes Ober- und Unterhaus in sich, nämlich in der allgemeinen Phrase die Freiheit, in der Randglosse die Aufhebung der Freiheit.“ (K. Marx — Fr. Engels, Ausg.

Schriften B. I, S. 238). Im ersten Absatz des Art. 24 des Entwurfes für die jugoslawische Verfassung heißt es: „Die Ausbeutung der Arbeitskraft des anderen, um daraus Gewinn zu ziehen, ist verboten“; jedoch im 2. Absatz wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gestattet: „Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion, des Handwerkes und einer anderen Tätigkeit, denen die Staatsbürger mit eigenen Arbeitsmitteln obliegen, kann die Verwendung von Hilfskräften innerhalb der gesetzlich bestimmten Grenzen und Bedingungen gestattet werden“. Dasselbe stellt man auch bezüglich der Ausübung der wichtigsten Rechte der Staatsbürger fest, wie das der Freiheit der Presse und der anderen Informationsmittel, das Vereinsrecht und das Recht der Rede und Versammlungsfreiheit, die im ersten Absatz des Art. 41 verkündet werden, während der nächste Absatz dieser Bestimmung ihre Begrenzung, sogar auch ihre Aufhebung vorsieht. Aus dem Inhalt dieser Bestimmung ersieht man klar die Falschheit und den demagogischen Charakter der Behauptungen der titoistischen Ideologen, die das politisch-gesellschaftliche System Jugoslawiens als ein „System, das den Werktätigen die Möglichkeit gibt, ihr Schicksal und ihre Gerechtigkeit möglichst frei und demokratisch selbst zu bestimmen“, hinstellen.

## II

W. I. Lenin teilte die Verfassungen auf Grund ihres Inhaltes in fiktive und nichtfiktive. Die erste Gruppe umfaßt alle jene Verfassungen, die in demagogischer Weise die Rechte und demokratischen Freiheiten ver-

künden, in Wirklichkeit jedoch die politische Hegemonie und die Diktatur der ausbeuterischen Minderheit über die Werktätigen zu sanktionieren und zu konsolidieren trachten. Historisch umfaßt diese Gruppe die in bestimmten Zeitabschnitten von dem liberalen Bürgertum zwecks Erhaltung seines politischen und wirtschaftlichen Monopols ausgearbeiteten Verfassungen. In dieser Richtung enthält auch der Entwurf neben den Thesen, die die bekannten Grundsätze des Marxismus-Leninismus offen verneinen oder sie verdrehen, viele Bestimmungen, die zu betrügerischen Zwecken formale Grundsätze im Geist der Ideen des Sozialismus verkünden, die sich jedoch ganz und gar im Widerspruch zu der jugoslawischen Realität befinden.

Der ganze Entwurf ist von dem Geist der angeblichen Sorge um den Menschen erfüllt. „Unsere neue Verfassung“, erklärte E. Kardelj in einem Interview an die italienische Zeitung „Unità“, „geht nicht vom Staate, sondern in Wirklichkeit vom Menschen und von den Beziehungen zwischen den Menschen aus.“ Aber wer ist dieser Mensch? Wie kann man sich Menschen getrennt von dem Klassen- und Staatsbegriff vorstellen? Man kann den Menschen nicht in abstrakter Weise als Menschen „im allgemeinen“, getrennt von seiner Umgebung, besonders aber von den realen gesellschaftlichen Beziehungen, die in der Gesellschaft entstehen und sich entwickeln, an denen er teilnimmt und eine bestimmte Arbeit leistet, behandeln. Eine solche einseitige Behandlung des Menschen, wie es die jugoslawischen Revisionisten tun, ist charakteristisch für die bürgerlichen Verfassungen und Doktrinen über den Staat, die mit der Auffassung über den Menschen „im allgemeinen“ versuchen, das

wirkliche Verhältnis, welches in der bürgerlichen Gesellschaft zwischen ihren verschiedenen Gruppen bestehen, zu tarnen.

Nach E. Kardelj „sieht der Entwurf für die Verfassung zwei Hauptfaktoren der gesellschaftlichen Entwicklung vor, nämlich das Interesse der befreiten Arbeit und das Interesse der sozialistischen Gesellschaft“. Der Entwurf verkündet, daß „die Beziehungen zwischen den frei produzierenden und schaffenden gleichwertigen Menschen, deren Arbeit nur der Befriedigung ihrer individuellen und gemeinsamen Bedürfnisse dient, die Basis des sozialistischen Systems Jugoslawiens bilden“. Er verkündet die „Befreiung von der Arbeit, die durch die Liquidierung der Beziehungen gegen Tagelohn gesichert ist“.

Aber kann man denn in Jugoslawien von einer „Befreiung von der Arbeit“ reden, wenn dort viele private Werkstätten gibt, in denen über 300 000 Arbeiter, d. h. 1/10 der gesamten Arbeiter und Angestellten des Landes arbeiten? Die Zahl dieser Werkstätten ist in den letzten Jahren dauernd gestiegen. Einige von ihnen beschäftigen Dutzende von Arbeitern, ja es gibt auch solche, die über 200 Arbeiter gegen Tagelohn beschäftigen. Das sind wirkliche kapitalistische Betriebe, welche durch die Ausbeutung der Arbeiter große Profite herauschlagen.

Charakteristisch für die jugoslawische Wirtschaft ist die dauernde Zunahme der Arbeitslosigkeit wie in den kapitalistischen Ländern. Auf Grund der Angaben der jugoslawischen Presse steigt die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen von Jahr zu Jahr. Im 1. Halbjahr 1962 betrug sie 266 000, d. h. sie war um 30% gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres, oder um 52%

größer als 1960. In Jugoslawien wird das kapitalistische Auf- und Verkaufssystem der Arbeitskraft in großem Maßstabe praktiziert. Nicht nur die erwachsenen Bauern, sondern auch die Kinder verkaufen ihre Arbeitskraft und werden auf diese Weise „landwirtschaftliche Diener“. Die jugoslawische Zeitung „Omladina“ beschreibt folgendermaßen diese traurige Erscheinung des jugoslawischen Lebens: „Auf dem Markte wird das Kind wie ein Kalb, wie ein Sack mit Hafer oder wie eine andere Ware verkauft“. Wie kann man da von einer „Befreiung von der Arbeit“ sprechen, wenn die Zeitung selbst sich genötigt sieht, zuzugeben, daß diese „landwirtschaftlichen Diener“ durchschnittlich 10 und manche von ihnen sogar auch 16 Stunden am Tage auf den Feldern der anderen gegen einen erbärmlichen Lohn arbeiten?! Unter diesen Umständen ist es kein Zufall, daß der Entwurf, welcher die Ausbeutung der Arbeit des andern sanktioniert, das große sozialistische Prinzip: „Wer nicht arbeitet, bekommt kein Brot“, das, wie W. I. Lenin sagt, jeder Werktätige versteht, gar nicht erwähnt. „Das akzeptieren alle . . . die im Leben die Armut kennengelernt, die von ihrer Arbeit gelebt haben . . . Diese einfache und klare Wahrheit bildet die Basis des Sozialismus, sie ist die unerschöpfliche Quelle seiner Kraft, die unerschütterliche Gewähr für seinen endgültigen Sieg“ (W. I. Lenin, Ausg. Werke, B. II. S. 362). Da das Schriftstück „Entwurf für die Verfassung der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawiens“ heißt, sind seine Urheber genötigt, seinen Inhalt mit sozialistischen Prinzipien zu bespritzen. Eines von diesen ist das sozialistische Prinzip der Entlohnung der Arbeit nach der Leistung: „Jeder nach seinen Fähigkeiten und jedem nach seinen

Leistungen“. Aber in Jugoslawien ist in Wirklichkeit das sozialistische Prinzip der Entlohnung nach der Leistung völlig entartet. Deshalb sind, wie Josip Broz Tito selbst zugab, „die Löhne der Arbeiter niedrig“, „der Unterschied zwischen den Löhnen so groß, daß man dies gar nicht begreifen kann“ und „die Anhäufung des privaten Vermögens sehr ernst“.

Die Belgrader Revisionisten verkünden, daß die Organisation des wirtschaftlichen Lebens Jugoslawiens auf der Basis der sogenannten gesellschaftlichen Selbstverwaltung, eine „schöpferische“ Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, ein Beweis der Überlegenheit des „spezifischen jugoslawischen Sozialismus“ über den „bürokratischen und staatlichen Sozialismus“ sei. Die Frage der Selbstverwaltung nimmt daher im Entwurf einen großen Raum ein, sie wird sogar zum Fetisch erhoben, indem man sie als eine der „unverletzlichen Grundlagen der Lage und der Rolle des Menschen“ und als eine „Neuerung“ verkündet. Im Art. 36 wird erklärt, daß das Recht des Staatsbürgers auf gesellschaftlicher Selbstverwaltung unverletzlich sei und es wird ihm die Priorität vor allen anderen Rechten eingeräumt.

Die jugoslawischen Revisionisten betrachten das Prinzip der gesellschaftlichen Selbstverwaltung als den Kern der „direkten oder integralen Demokratie“. Nach ihnen zerfällt der Sozialismus in zwei Phasen: in die niedrige Phase oder in den „Staatssozialismus“ und in die hohe Phase oder in den „Sozialismus auf der Basis der Selbstverwaltung“. Die hohe Phase habe nur Jugoslawien erreicht, während sich die sozialistischen Länder noch immer in der niedrigen Phase des „Staatssozialismus“ befänden. Sie erklären, daß der „Staats-

sozialismus“ durch den Mangel an einer sozialistischen Demokratie, die nur dem „Sozialismus auf der Basis der Selbstverwaltung“ eigen ist, gekennzeichnet sei. Nach den jugoslawischen Revisionisten ist das Staatseigentum und die zentralisierte sozialistische Einplanung, d. h. die wirtschaftliche Funktion des sozialistischen Staates, welche selbstverständlich die Grundlage für die praktische Durchführung der wahren Demokratisierung bildet, das Haupthindernis für die sozialistische Demokratie. Deshalb ist es keineswegs ein Zufall, daß der Entwurf für die Verfassung Jugoslawiens nicht das sozialistische Wirtschaftssystem und den sozialistischen Besitz über die Produktionsmittel- und -geräte, sondern die „freie und gemeinsame Arbeit mit den Produktionsmitteln und den anderen Arbeitsgeräten, die der Gesellschaft gehören, sowie die Selbstverwaltung der Werktätigen in bezug auf die Produktion und die Verteilung des gesellschaftlichen Produktes . . .“ als die Wirtschaftsbasis des Staates betrachtet. Auf diese Weise werden im Entwurf Auffassungen und Begriffe, die gar keinen Zusammenhang miteinander haben, in einen Topf zusammengeworfen.

Die „gesellschaftliche Selbstverwaltung“ der jugoslawischen Revisionisten ist eine neue Auflage der antimarxistischen Formeln der Anarchisten und Syndikalistinnen und der „Arbeiteropposition“ zum Rang eines Grundgesetzes erhoben. Gestützt auf die wirtschaftliche Dezentralisation, verneint sie die entscheidende Bedeutung der zentralisierten und planmäßigen Leitung der sozialistischen Wirtschaft und verwirft das Staatseigentum, das die höchste Form des gesellschaftlichen Eigentums ist, und auf dessen Basis die sozialistischen Pro-



duktionsbeziehungen als solche des höchsten Typus geschaffen werden und sich weiter entwickeln. Durch die Nichtfestsetzung der Objekte, die das Gesellschaftseigentum ausmachen (im Art. 8) und durch die Überlassung den gewöhnlichen föderativen Gesetzen die Entscheidung über die „Disponibilität“ der Produktionsmittel, die der Gesellschaft gehören, schafft der Entwurf für die Verfassung Jugoslawiens die legale Möglichkeit, wichtige Objekte, wie z. B. Industriebetriebe in Privateigentum, in Eigentum der Gruppen, manchmal auch ganz kleiner Gruppen, und Cliques, die aus ihnen große Profite herauschlagen, umzuwandeln.

Wie sich der „Sozialismus“ unter den Bedingungen der Dezentralisation der Wirtschaft und ihrer Verwaltung durch die „Arbeiterräte“ entwickelt, was für Folgen aus einer solchen Entwicklung der „freien Initiative“ und der „Autonomie“ der Produktion und der Verteilung entstehen, kann man heute in der jugoslawischen Wirtschaft sehen, die immer tiefer in die Sackgasse gerät und von allen Widersprüchen, die die kapitalistische Wirtschaft charakterisieren, zerfressen wird. In einem Brief, den das ZK des BdKJ vor einiger Zeit an die Mitglieder des Bundes richtete, gestand es, daß „noch immer ernste Probleme im wirtschaftlichen Leben existieren“. Die Erhöhung des Defizites der Zahlungen und der Warenpreise „hat die wirtschaftliche Lage noch mehr verschlechtert“. Die Zeitung „Borba“ mußte im April d. J. zugeben, daß „viele jugoslawische Fabriken nur 10 bis 15% ihrer Kapazität auswerten“. Das „Föderative Bulletin“ berichtete, daß im Vorjahre 618 Unternehmen infolge Absatzmangels geschlossen werden mußten; infolge Absatzmangels wurden in den ersten 5 Monaten d. J.

weitere 259 Fabriken geschlossen. Erscheinungen, die der kapitalistischen Wirtschaft eigen sind, wie Überproduktion und Konkurrenzkampf, sind auch für die heutige jugoslawische Wirtschaft charakteristisch. Tito selbst mußte zugeben, indem er sagte: „Wir haben heute noch immer Industrieunternehmen, die morgen infolge der Überproduktion und des geringen Absatzes geschlossen werden müssen.“ Nach Tito „beträgt die Staatsschuld etwa 1 Milliarde Dollar“, „das Außenhandelsdefizit ist groß und erhöht sich dauernd“. Im Ergebnis der gesellschaftlichen Selbstverwaltung macht sich die „lokale Politik der geschlossenen Türen, des Provinzialismus und Chauvinismus bemerkbar“.

Die Politik der „freien Initiative“ und der „Autonomie“ verfolgend, wurde in Jugoslawien nach der Außenhandels- und Valutenreform jede staatliche Kontrolle über die ausländischen Valuten aufgehoben. Das neue Valuten- und Außenhandelssystem, das im Vorjahre mit der direkten finanziellen Unterstützung der amerikanischen Imperialisten eingeführt wurde, ist ein kapitalistisches System, das den Zweck verfolgt, Jugoslawien „immer mehr mit der Wirtschaft und Politik des Westens zu integrieren“. Durch die Gewährung von Krediten an Jugoslawien in Form von Waren werfen die kapitalistischen Länder des Westens solche Waren auf den Markt, für die sie keine Käufer finden und machen auf diese Weise der jugoslawischen Industrie, die sich ohnehin in schwerer Notlage befindet, Konkurrenz.

Auf diese Weise hat die „gesellschaftliche Selbstverwaltung“ im politischen und wirtschaftlichen Leben Jugoslawiens solche Erscheinungen gezeitigt, die für die kapitalistische Wirtschaft typisch sind, wie Überproduk-

tion, Konkurrenzkampf, Erhöhung der Arbeitslosigkeit und der Lebenshaltungskosten, ein großes wirtschaftliches Mißverhältnis und soziale Gegensätze zwischen den Klassen. Infolge der Politik der „offenen Tür“ steigt die Einfuhr, und das ausländische Kapital macht immer größere Investitionen; dadurch wird die jugoslawische Wirtschaft immer mehr von den imperialistischen Monopolen abhängig.

Aber der „jugoslawische Sozialismus“ enthüllt sein wahres Gesicht, wenn man ihn durch das Prisma der Ereignisse auf dem Dorf betrachtet. Denn hier sieht man noch klarer, daß er mit dem Sozialismus nichts gemein hat. Die Lage der Landwirtschaft widerspiegelt das Scheitern der wirtschaftlichen Linie der jugoslawischen Revisionisten, ihre Rückständigkeit und Rückkehr zu den Stellungen des Kapitalismus. Die revisionistische Tito-Clique hat schon lange den Leninschen Weg zur Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft verlassen, die meisten nach der Befreiung errichteten LPG aufgelöst und den Kulaken und den anderen kapitalistischen Elementen freie Hand gelassen. Indem man die Aufgabe stellte, die „Landwirtschaft von den Faktoren der amtlichen Verwaltung zu befreien“, verzichtete der Staat auf die „Leitung der Landwirtschaft“, förderte die Entfaltung der individuellen Wirtschaft der Kulaken und die freie Konkurrenz zwischen den verschiedenen Wirtschaftskräften. Engels unterstrich seinerzeit: „Es ist ja grade die durch den Einzelbesitz bedingte Einzelwirtschaft, die die Bauern dem Untergang zutreibt.“ (K. Marx — Fr. Engels, Ausg. Schriften B. II, S. 407) Ferner sagte W. I. Lenin, daß der individuelle Kleinbesitz in jeder Stunde und in jedem Augenblick unbedingt den Kapitalismus

gebiert. Und das geschieht jetzt in dem titoistischen Jugoslawien.

Im Art. 19 des Entwurfs für die Verfassung Jugoslawiens ist die „Möglichkeit“ der Errichtung von LPG vorgesehen. Aber schließlich ist die Bildung von Genossenschaften auch in einigen bürgerlichen Ländern gestattet. Es geht aber darum, was für Genossenschaften diese sein sollen. Der Entwurf für die Verfassung Jugoslawiens enthält keine einzige Bestimmung, in der das charakteristische Prinzip der sozialistischen Verfassungen, die Förderung, Fürsorge und allseitige Unterstützung der sozialistischen Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft seitens des Staates unterstrichen wird. Ferner ist hervorzuheben, daß der Entwurf nicht einmal das Prinzip „Der Boden gehört dem, der ihn bebaut“ erwähnt.

Welches ist nun das Ergebnis des „jugoslawischen Weges“ in der Landwirtschaft? Auf dem jugoslawischen Dorfe gehören heute 90% der gesamten Anbaufläche den individuellen Besitzern. Der Kauf und Verkauf des Bodens, seine Verpachtung und die Ausbeutung der Arbeiter gegen Tagelohn seitens der Kulaken sind erlaubt und werden in großem Maßstabe praktiziert. In den wichtigsten Getreidegebieten haben etwa 50% der Privatwirtschaften keine Arbeitstiere und Pflüge, deshalb sind sie gezwungen, den Boden zu verkaufen oder ihn den Kulaken in Pacht zu geben. Der Staatssekretär für Landwirtschaft, Slawko Komar, gestand vor einiger Zeit, daß auf dem jugoslawischen Dorfe die reichen Bauern „Organisatoren der Produktion geworden seien“. In den letzten Jahren ist in vielen landwirtschaftlichen Gebieten

jugoslawiens der „Handel mit Arbeitskräften“ aufgenommen.

### III

Die Frage des Staates ist eine der Hauptfragen, in der sich die diametral entgegengesetzten Stellungen des Marxismus-Leninismus einerseits und der bürgerlichen Ideologie und des modernen Revisionismus andererseits spiegeln. Der Marxismus-Leninismus hält den sozialistischen Staat, die Diktatur des Proletariats, für die wichtigste Waffe in den Händen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, um das Bürgertum zu enteignen, alle kapitalistischen Überreste in der Wirtschaft und im Bewußtsein der Menschen zu beseitigen, die antagonistischen Klassen und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen vollständig zu liquidieren, die sozialistische Gesellschaft vollständig aufzubauen und die Vorbedingungen für den vollständigen Aufbau des Kommunismus zu schaffen, worauf sich dann der sozialistische Staat auflöst. „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft“, sagt Marx, „liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als **die revolutionäre Diktatur des Proletariats.**“ (K. Marx — Fr. Engels, Ausg. Schriften B. II, S. 25)

In dieser Übergangsperiode ist der Staat durch seine wirtschaftliche, organisatorische, kulturelle und erzieherische Funktion der Haupthebel der Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei, um gründliche Umwand-

lungen auf dem Gebiet der Wirtschaft und Kultur durchzuführen. Diese Übergangsperiode ist eine ganze historische Periode, welche bis zur Schaffung der Vorbedingungen für die vollständige kommunistische Gleichheit zwischen den Menschen dauert. Was also die inneren Vorbedingungen betrifft, so „ist der vollständige Kommunismus notwendig, um den Staat vollständig aufzulösen“. (W. I. Lenin, Ausg. Werke, B. II, S. 209)

Im Widerspruch zu diesen Hauptthesen des Marxismus-Leninismus predigen die modernen Revisionisten, wie z. B. die jugoslawischen Revisionisten, offen die Notwendigkeit der Auflösung des sozialistischen Staates schon in der jetzigen Periode. Wenn sie jedoch das nicht offen zu sagen wagen, dann propagieren sie die Auflösung der Diktatur des Proletariats und ihre Umwandlung in einen „allgemeinen Volksstaat“.

Für die jugoslawischen Revisionisten ist der sozialistische Staat nicht der Staat eines neuen, höheren Typs und unterscheidet sich nicht wesentlich von dem bürgerlichen Staat. Nach ihnen ist der bürgerliche Staat durch jene Eigenheiten, die der sozialistische Staat in der Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus besitzt, gekennzeichnet. (Fragen der politischen Ökonomie des Sozialismus, Belgrad, 1958, S. 138) Unter den Bedingungen der „allmählichen und friedlichen Integration“ des Kapitalismus mit dem Sozialismus ist, ihrer Meinung nach, der „Staatskapitalismus“ zugleich die höchste Phase des Imperialismus und die erste Phase des Sozialismus. Deshalb ist es verständlich, weshalb der Entwurf für die Verfassung Jugoslawiens weder den Klassencharakter des jugoslawischen Staates noch die führende Rolle der Arbeiterklasse, die sich mit den allge-

meinen Begriffen der „Werkstätigen“ und des „Volkes“ verschmilzt, festlegt.

Nach den jugoslawischen Revisionisten sind „Sozialismus und Staat zwei entgegengesetzte unvereinbare Begriffe“, wie Sozialismus und Staatseigentum. Nach ihnen gibt es in einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft keinen Staat, infolgedessen auch kein Staatseigentum. Wenn der Staat die Produktionsbeziehungen regelt, ist, nach ihrer Meinung, der Aufbau der sogenannten wirtschaftlichen Demokratie, infolgedessen auch der politischen Demokratie nicht möglich. Da nun der Staatsapparat und der Bürokratismus im Grund genommen identische Begriffe sind, stellen die jugoslawischen Revisionisten, im Widerspruch zu dem Leninschen Prinzip des demokratischen Zentralismus, die These von der Dezentralisation der Staatsmacht auf, weil es angeblich ohne Dezentralisation und „Selbstverwaltung“ keine direkte Demokratie, infolgedessen auch keine sozialistische Demokratie gibt.

Im Entwurf für die Verfassung wird die Basis für das politische System Jugoslawiens entsprechend diesen revisionistischen Prinzipien aufgebaut. Obwohl als Basis dieses Systems die Kommunen verkündet werden, die durch die Versammlungen vertreten sind, so haben in Wirklichkeit die Versammlungen weder den Charakter von Vertretern im wahrsten Sinne des Wortes noch spielen sie überhaupt eine entscheidende Rolle beim Aufbau des staatlichen Lebens (wenn auch im Rahmen der Föderation und der Föderativen Republiken die Versammlungen als Vertreter gelten und formal die ständige und einzige Basis aller Systeme der Staatsorgane bilden). Außerdem verpflichtet der Entwurf nicht die Vertreter,

Rechenschaft vor ihren Wählern abzulegen, und anerkennt nicht das Recht der Wähler, ihre Vertreter abzuberufen. Aber das Recht der Wähler auf Abberufung ihrer Vertreter ist der direkte Ausdruck des Prinzips der Volkssouveränität, infolgedessen auch der Demokratisierung des Staatsapparates.

Im Widerspruch zu den Losungen über die „direkte Demokratie“ und „gesellschaftliche und politische Selbstverwaltung“ festigt der Entwurf tatsächlich und erweitert noch mehr die Machtbefugnisse der Exekutivorgane auf Kosten der gewählten Organe und konsolidiert auf diese Weise die Macht der herrschenden Clique. Diesem Zweck dient auch der im Art. 210 verkündete Grundsatz, daß das sogenannte „Rotationssystem“, welches die mehr als zweimalige Wahl hintereinander einer Person in eine bestimmte staatliche Funktion verbietet, keine Anwendung auf den ersten Präsidenten der Republik Josip Broz Tito findet. E. Kardelj rechtfertigt diese Verewigung der persönlichen Macht des Präsidenten Tito durch die Behauptung, daß die „Klausel der Verfassung, welche den Gen. Tito von jeder Wahlbegrenzung befreit, keine Ausnahme bildet, sondern ein grundsätzlicher verfassungsmäßiger Beschluß ist“(!). Aber solche „grundsätzliche verfassungsmäßige Beschlüsse“ kennt keine bürgerliche Verfassung der Vergangenheit, einschließlich der Verfassung der Karageorgewitschs, ausgenommen das „Grundstatut des Albanischen Königreiches“ vom Jahre 1928, welches Ahmet Zogu ausdrücklich als König nennt!!

Im Widerspruch zu der formalen Verkündung der Dezentralisation festigt und erweitert der Entwurf für die Verfassung Jugoslawiens tatsächlich so stark als

möglich die Machtbefugnisse der Föderation auf Kosten der Rechte der Föderativen Republiken und der autonomen Gebiete. Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten und die betonte Ungleichheit in der wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Republiken und Gebiete sind für das titoistische Jugoslawien charakteristisch. Der Entwurf sieht die Bildung eines besonderen Fonds der Föderation für die Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung der Republiken und der nicht entwickelten Gebiete vor. Ungeachtet dieses formalen Prinzips des Entwurfs enthüllt Tito selbst den Kern der Wirtschaftspolitik der Belgrader Revisionisten gegenüber den zurückgebliebenen Republiken und Gebieten. Er erklärte in Split, daß „es besser wäre, den nicht entwickelten Gebieten Mittel für andere Zwecke, für öffentliche Bauten und kulturelle Zwecke, anstatt für Fabriken, in die man immer wieder Geld hineinstecken muß, zur Verfügung zu stellen. . .“

Diese Konzentration der Staatsgewalt auf die föderativen Organe und die diskriminierende Politik gegenüber den nationalen Minderheiten haben die Jugoslawische Föderation zu einer Fiktion umgewandelt, hinter der sich ein strenger Zentralismus der Staatsgewalt und die Verneinung der Rechte der nationalen Minderheiten verbergen. Diese Realität maskiert der Entwurf für die Verfassung mit einer Reihe von „demokratischen Formulierungen“, aber trotzdem drücken auch diese Formulierungen die expansionistischen und chauvinistischen Tendenzen der revisionistischen Tito-Clique aus. „Die Föderative Sozialistische Republik Jugoslawiens — diese freie Völkervereinigung —, welche für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit allen

anderen Völkern und Staaten arbeitet“, heißt es im Entwurf, „ist der Meinung, daß diese Zusammenarbeit zur Schaffung neuer Formen der demokratischen Integration der Völker und Staaten, die den Interessen der Völker und der Notwendigkeit entsprechen, den gesellschaftlichen Fortschritt zu beschleunigen, beitragen muß. In dieser Richtung ist sie eine **offene Gemeinschaft**“ (von der Redaktion unterstrichen). Wollen etwa die jugoslawischen Revisionisten damit auf verfassungsmäßigem Wege die Möglichkeit der Verschluckung anderer Völker in Zukunft sanktionieren?

\* \* \*

Der ganze Inhalt des Entwurfs für die jugoslawische Verfassung zeigt klar und in unwiderlegbarer Weise die wichtige Tatsache, daß sie keine sozialistische Verfassung, sondern eine Verfassung vom bürgerlichen Typus im „sozialistischen“ Gewand ist. Sie ist also die Fortsetzung, Weiterentwicklung und weitere Vertiefung des antimarxistischen Programmes des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. Sie ist ein weiteres Dokument des Verrats der Tito-Clique.



## Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlages Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**



**Olga Benario**, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie

keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

**Herbert Baum**, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die anti-kommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisation einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

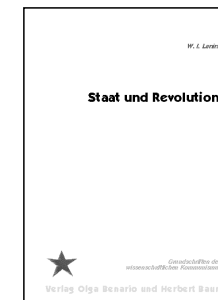
## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



**Band 1:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest der Kommunistischen Partei** (1848)  
Anhang:  
Statuten des Bundes der Kommunisten  
92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €  
ISBN 978-3-932636-00-4

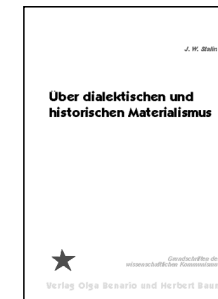
**Band 2:**  
Karl Marx  
**Kritik des Gothaer Programms** (1875)  
96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €  
ISBN 978-3-932636-01-1

**Band 3:**  
W. I. Lenin  
**Staat und Revolution** (1917)  
159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-02-8



**Band 4:**  
J. W. Stalin  
**Über die Grundlagen des Leninismus** (1924)  
137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-03-5

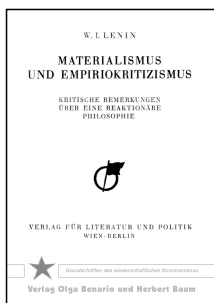
**Band 5:**  
W. I. Lenin  
**Was tun?** (1902)  
276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €  
ISBN 978-3-932636-04-2



**Band 6:**  
J. W. Stalin  
**Über dialektischen und historischen Materialismus** (1938)  
45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €  
ISBN 978-3-932636-05-9

**Band 7:**  
W. I. Lenin  
**Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus** (1916)  
W. I. Lenin  
**Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus** (1916)  
185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €  
ISBN 978-3-932636-36-3

## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



**Band 8:**  
W. I. Lenin  
**Ein Schritt vorwärts,  
zwei Schritte zurück** (1904)  
242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €  
ISBN 978-3-86589-042-9

**Band 9:**  
W. I. Lenin  
**Zwei Taktiken der Sozialdemokratie  
in der demokratischen Revolution**  
(1905)  
192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €  
ISBN 978-3-86589-043-6

**Band 10:**  
W. I. Lenin  
**Materialismus und  
Empirio-kritizismus** (1908)  
410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €  
ISBN 978-3-86589-050-4



Karl Marx/Friedrich Engels  
**Ausgewählte Werke in zwei Bänden**  
  
Diese Ausgabe entspricht in ihrer  
Zusammenstellung der 1950  
erschienenen Ausgabe des Moskauer  
Verlags für fremdsprachige Literatur.

**Band I: 1848–1874**  
650 Seiten, Offenbach 2004, 25 €  
ISBN 978-3-86589-001-6

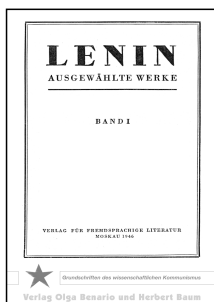
**Band II: 1875–1894**  
504 Seiten, Offenbach 2004, 25 €  
ISBN 978-3-86589-002-3

W. I. Lenin  
**Ausgewählte Werke in zwei Bänden**

Diese Ausgabe entspricht in ihrer  
Zusammenstellung der 1946/47  
erschienenen Ausgabe des Moskauer  
Verlags für fremdsprachige Literatur.

**Band I: 1884–1917**  
916 Seiten, Offenbach 2004, 30 €  
ISBN 978-3-932636-93-6

**Band II: 1917–1923**  
1037 Seiten, Offenbach 2004, 30 €  
ISBN 978-3-932636-94-3



## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest der Kommunistischen Partei** (1848)

**Türkisch:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Komünist Partisi Manifestosu**  
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 978-3-932636-06-6

**Englisch:**  
Karl Marx/Frederick Engels  
**Manifesto of the Communist Party**  
83 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 978-3-932636-07-3

**Französisch:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifeste du Parti Communiste**  
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 978-3-932636-08-0

**Spanisch:**  
Carlos Marx/Federico Engels  
**Manifesto del Partido Comunista**  
87 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 978-3-932636-09-7

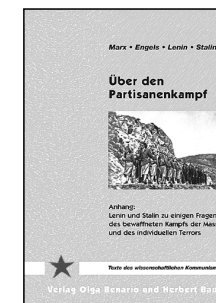
**Farsi:**  
کارل مارکس فریدریش انگلس  
مانیفست حزب کمونیست  
97 Seiten, Offenbach 1999, 4 € , ISBN 978-3-932636-10-3

**Russisch:**  
**К. Маркс и Ф. Энгельс  
Манифест Коммунистической Партии**  
80 Seiten, Offenbach 2004, 4 € , ISBN 978-3-932636-91-2

**Russisch / Deutsch:**  
150 Seiten, Offenbach 2004, 8 € , ISBN 978-3-932636-95-0

**Serbokroatisch:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest Komunističke Partije**  
168 Seiten, Offenbach 2004, 8 € , ISBN 978-3-86589-000-9

## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



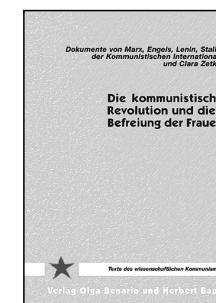
Marx, Engels, Lenin, Stalin  
**Über den Partisanenkampf**  
Anhang: Lenin und Stalin zu einigen  
Fragen des bewaffneten Kampfs der  
Massen und des individuellen Terrors

Die Textauszüge sind 1944 in der Sowjet-  
union zusammengestellt worden und  
behandeln die Grundlagen und Grund-  
fragen des Partisanenkampfs, sie sind  
Ausgangspunkt für eine umfassende  
Analyse der Partisanenkämpfe gegen  
den Nazifaschismus sowie eine Waffe  
im Kampf gegen den revisionistischen  
„friedlichen Weg zum Sozialismus“.  
188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-11-0

**Programm der  
Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919  
Programm der Kommunistischen Internationale – 1928**  
Anhang: Statut der KI, Lenin über das Programm der KPR(B) und  
Stalin über das Programm der KI

Das Programm der KPR(B) von 1919 war das Programm der ersten  
siegreichen proletarischen Revolution; das 1928 verabschiedete Pro-  
gramm der Kommunistischen Internationale (KI) bildete die program-  
matische Grundlage der international in allen Erdteilen anwachsenden  
kommunistischen Weltbewegung – die programmatische Arbeit der  
kommunistischen Kräfte international und in Deutschland wird immer  
wieder auf die gründliche Diskussion dieser beiden Dokumente zurück-  
kommen müssen.

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 € , ISBN 978-3-932636-19-6



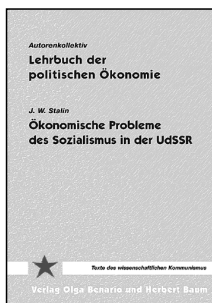
Dokumente von  
Marx, Engels, Lenin, Stalin,  
der Kommunistischen Internationale  
und Clara Zetkin  
**Die kommunistische Revolution und  
die Befreiung der Frauen**

Im Mittelpunkt dieser Zusammenstellung  
steht die Frauenfrage als Frage der pro-  
letarischen Revolution, als Frage des  
Kampfes für den Sozialismus und Kom-  
munismus. Es finden sich u.a. Texte über  
die Ursprünge der Unterdrückung der  
Frau, die Perspektive ihrer Befreiung so-  
wie über Probleme und Fragen der kom-  
munistischen Arbeit unter den werktätig-  
en Frauen.

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-18-9



## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv  
**Lehrbuch der politischen Ökonomie** (1954)  
 J. W. Stalin  
**Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR** (1952)

Im Kampf gegen die bürgerliche politische Ökonomie wird eine kurze Einführung in die kommunistische politische Ökonomie gegeben, der Wissenschaft, die die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeitet und damit den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat enthüllt.

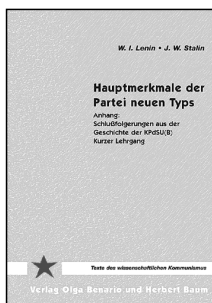
515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €  
 ISBN 978-3-932636-21-9

Autorenkollektiv  
**W. I. Lenin**

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens (1947)

Diese Lenin-Biographie überzeugt, weil sie auf der Verbindung einer Reihe von Merkmalen beruht, die in spannender und hoch informativer Form dargelegt werden: Sie macht vertraut mit den wichtigsten biographischen Daten über das Leben Lenins. Sie gibt einen ausgezeichneten Überblick über die wichtigsten Schriften Lenins und einen Einblick in seinen Arbeitsstil. Sie stellt die entscheidenden Entwicklungen der Kommunistischen Partei Rußlands sowie auch der internationalen kommunistischen Bewegung (II. und III. Internationale) dar und informiert über die revolutionäre Bewegung in Rußland und international zu Lebzeiten Lenins.

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 978-3-932636-35-6

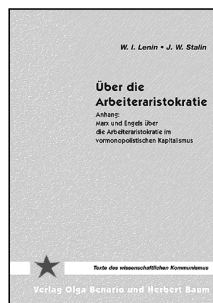


W. I. Lenin/J. W. Stalin  
**Hauptmerkmale der Partei neuen Typs**

In dieser Textzusammenstellung werden grundlegende Merkmale der Kommunistischen Partei gedrängt und sehr allgemein dargelegt. Es geht auch sehr detailliert vor allem um die so wichtige Frage, wie innerparteiliche Demokratie unter den Bedingungen der Illegalität, des strengsten Zentralismus in der Kommunistischen Partei maximal entwickelt und ausgedehnt werden kann.

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €  
 ISBN 978-3-932636-22-6

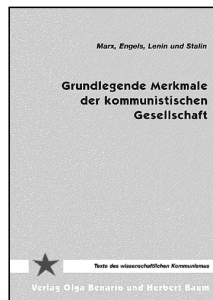
## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



W. I. Lenin/J. W. Stalin  
**Über die Arbeiteraristokratie**  
 Anhang: Marx und Engels über die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Eine besondere Schicht der Arbeiterklasse – die Arbeiteraristokratie – wird mittels der Extraprofiten, die die Imperialisten aus den Werktätigen anderer Länder herauspressen, bestochen. Die Texte behandeln u.a. die ökonomischen Wurzeln und die Rolle der Arbeiteraristokratie als soziale Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, als Schrittmacher von Reformismus, Rassismus und Chauvinismus.

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €  
 ISBN 978-3-932636-23-3



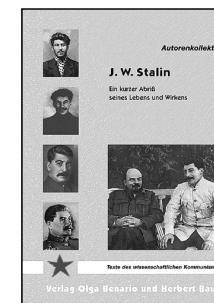
Marx, Engels, Lenin, Stalins  
**Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft**

Im ersten Teil des Buches werden anti-kommunistische Verleumdungen zurückgewiesen, die das Ziel des Kommunismus als bloße Utopie verleugnen, die nie zu erreichen ist. Es wird erklärt, daß Kommunismus für die Ausgebeuteten und Unterdrückten leicht zu begreifen, logisch und vernünftig ist, daß Zielklarheit über die kommunistische Gesellschaft heute unerlässlicher denn je ist, weil sie die nötige Kraft und Ausdauer für den Kampf gegen den Klassenfeind gibt. Denn der Feind ist noch stark und muss erst besiegt und niedergeworfen werden, denn der Kommunismus ist „das Einfache, das schwer zu machen ist“.

Der zweite Teil besteht aus kommentierten Auszügen aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin über grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft. Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei anzuregen und zu unterstützen – das ist ein Ziel dieses Buches.

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €  
 ISBN 978-3-932636-67-7

## Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



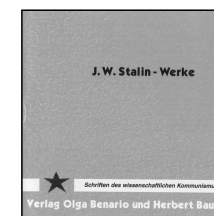
Autorenkollektiv  
**J. W. Stalin**  
 Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

Unbestreitbar trug die sozialistische Sowjetunion unter der Anleitung Stalins den Hauptteil dazu bei, dass das nazifaschistische Deutschland besiegt wurde. Stalin hat, bildlich gesprochen, Hitler das Genick gebrochen! Allein aus diesem Grund mußten alle demokratischen Kräfte, die den Nazifaschismus hassen, sich ernsthaft mit dem Leben und Werk Stalins beschäftigen.

Vor allem ist unbestreitbar, dass Stalin fast 30 Jahre an der Spitze der sozialistischen Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung gestanden und gewirkt hat. Gleichzeitig hat Stalin als Theoretiker eine Reihe grundlegender Werke und Schriften verfasst, die gerade angesichts enormer Rückschläge der kommunistischen Weltbewegung eine starke Waffe im Kampf für die Revolution sind und sein können.

Das Buch soll ein Beitrag sein, um mit den bürgerlichen und antikommunistischen Vorurteilen und Verleumdungen aufzuräumen und inhaltvolle Kenntnisse zu vermitteln, um ein vertiefendes Studium der Originalschriften Stalins zu erleichtern.

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €  
 ISBN 978-3-932636-65-3

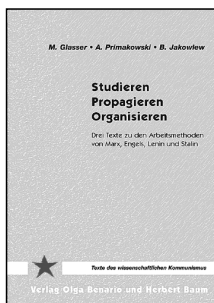


**Stalin Werke Band 1 bis 13**  
 sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952, inklusive der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“

**CD-ROM**, Offenbach 2003, 10 €  
 ISBN 978-3-932636-72-1

**Buch inklusive CD:** 22 €  
 ISBN 978-3-932636-73-8

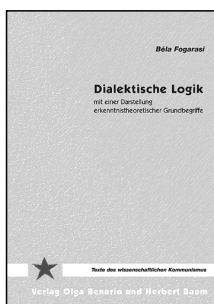
## Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



M. Glasser / A. Primakowski / B. Jakowlew  
**Studieren – Propagieren – Organisieren**  
Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin aus den Jahren 1948 und 1951

Kernpunkte der kommunistischen Arbeitsmethoden werden vor allem anhand ihrer Umsetzung in der Praxis des revolutionären Kampfes der Bolschewiki erläutert. Es wird eine sehr genaue Anleitung der kommunistischen Studienmethode gegeben, mit dem Ziel, daß die theoretische Arbeit wirklich der Praxis dient.

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €  
ISBN 978-3-932636-20-2

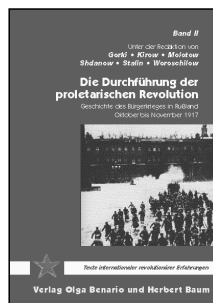


Béla Fogarasi  
**Dialektische Logik**  
mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

Béla Fogarasi arbeitet die wesentlichen objektiven Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlichen, richtigen Denkens heraus, entlarvt gleichzeitig die Betrügereien der Reaktion auf logischem Gebiet, die damit die Ausbeutung verschleiern und rechtfertigen, und schafft somit ein Instrument für die Unterdrückten im Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung.

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
ISBN 978-3-932636-12-7

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow  
**Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland**

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstandes in den wichtigsten städtischen Zentren, Petrograd und Moskau, der Verlauf der Revolution an der Front und die Organisation und Sicherung der Revolution nach dem siegreichen bewaffneten Oktoberaufstand 1917 – all das wird auf kommunistischer Grundlage analysiert und in lebendiger, detaillierter Art und Weise geschildert.

**Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution** (1937)  
Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917  
540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 978-3-932636-15-8

**Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution** (1949)  
Oktober 1917 bis November 1917  
750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 978-3-932636-16-5



Autorenkollektiv  
**Mao Tse-tung seine Verdienste – seine Fehler**

Bei diesem zweibändigen Werk handelt es sich um eine Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs anhand seiner Werke.

Im ersten Band wird die Zeitspanne von 1926 bis zum Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 behandelt. Es geht um Mao Tse-tungs Positionen zur antiimperialistisch-demokratischen Revolution, zum Volkskrieg in China und um seine Ansichten zur sozialistischen Revolution.

Im zweiten Band stehen die Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs in der Zeitspanne vom Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 bis zu seinem Tod 1976 im Mittelpunkt, vor allem seine Ansichten zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats. Dabei wird auch auf Fragen der proletarische Kulturrevolution eingegangen.

In beiden Bänden werden die Ansichten Mao Tse-tungs sowohl gegen die revisionistischen Fälscher als auch gegen seine falschen Freunde kritisch ausgewertet.

**Band 1: 1926 – 1949**  
400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 978-3-932636-14-1

**Band 2: 1950 – 1976**  
240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 978-3-86589-036-8

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Autorenkollektiv  
**Zur „Polemik“**  
Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Der „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, den die KP Chinas 1963 im Kampf gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) veröffentlichte, hat die wesentlichen, grundlegenden Fragen der programmatischen, strategischen und auch taktischen Arbeit der kommunistischen Bewegung in vielen Fällen treffend und glänzend behandelt. Aber diese Dokumente haben auch gravierende Mängel und Fehler. Die aufgeworfenen Fragen der inhaltlichen Bestimmung des Kommunismus, der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, Fragen der Zurückweisung der Verleumdungen Stalins, Fragen der Ablehnung der Theorie eines „friedlichen Weges“, Fragen des Kampfes gegen den europäischen Chauvinismus sind heute ebenso aktuell wie damals. Es geht darum, all den revisionistischen Verfälschungen klare programmatische Grundlagen, wirklich kommunistische Fundamente entgegenzustellen.

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €  
ISBN 978-3-932636-70-7



Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen:

**Dokumente zum des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966**

**Teil I: Dokumente aus den Jahren 1956 – 1963**  
346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

**Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)**  
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2  
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

**Teil III: Dokumente aus den Jahren 1963 – 1966**  
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2  
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

### Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten

Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der PKI von 1966/67

Die KP Indonesiens erlitt 1965 eine katastrophale Niederlage. Das im Oktober 1965 an die Macht gelangte faschistische Suharto-Regime schlichtete im Auftrag des Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklassen Hunderttausende Kommunistinnen und Kommunisten und andere fortschrittliche, antiimperialistische Menschen hin. Inmitten der blutigen Konterrevolution 1965/66 unterzog die PKI daraufhin ihre Linie einer tiefgehenden selbstkritischen Analyse. Die Linie der Vorbereitung auf angeblich mögliche „zwei Wege der Revolution“, auf den angeblich „friedlichen Weg“ und den nichtfriedlichen Weg, wurde dabei als Keim der Fehler der KP Indonesiens in den revolutionären Kämpfen von 1945 bis 1965 erkannt.

Die 1966 vom Politbüro des ZK der PKI vorgelegte Selbstkritik ist ein bis heute herausragendes Dokument des Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Denn es ist das historische Verdienst dieser Selbstkritik, den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten und das Konzept der „zwei Wege“ von Grund auf verworfen und die gewaltsame Revolution als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit verteidigt zu haben. Zugleich war die Selbstkritik der PKI eine nötige Kritik, wenn auch nicht namentlich, an grundlegenden Fehlern der berechtigten „Polemik“ der KP Chinas (1963) gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitag der KPdSU (1956). Im Zentrum der Selbstkritik der PKI steht die prinzipielle Haltung zur gewaltsamen Revolution und zum Staatsapparat der herrschenden Klassen. Darüber hinaus geht es um grundlegende Fragen der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in Indonesien wie die Frage des Volkskriegs, die Notwendigkeit einer tiefgehenden Agrarrevolution und die besondere Haltung zur „nationalen Bourgeoisie“.

148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 978-3-86589-037-5

Autorenkollektiv

### Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

Enver Hoxhas 1979 veröffentlichtes Buch „Imperialismus und Revolution“ ist das zentrale Werk, das die Abkehr der Partei der Arbeit Albanien vom wissenschaftlichen Kommunismus zeigt. Das Kernstück der vorliegenden Kritik ist der genaue Beweis, daß Hoxha bei seinen Angriffen auf Mao Tse-tungs Linie in der chinesischen volksdemokratischen Revolution die Linie Lenins und Stalins angreift und gleichzeitig oft wörtlich nur wiederholt, was korrupte revisionistische Professoren in der Sowjetunion Breschnevs gegen Mao an Lügen und Verfälschungen fabriziert haben. Vor allem aber ist diese Arbeit ein Teil der unbedingt nötigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung in der Zeitspanne vor 1989, vor Gorbatschow. Anhand von vier Themenkomplexen zeigt die Analyse von Hoxhas Buch, daß im Grunde der moderne Revisionismus, der nach wie vor die Hauptgefahr für eine sich neu formierende wirklich kommunistische Weltbewegung ist, der eigentliche Adressat der Kritik ist: Ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution • Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus • Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus • Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution.

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 978-3-86589-012-2

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv

### Der XX. Parteitag der KPdSU 1956

Ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)

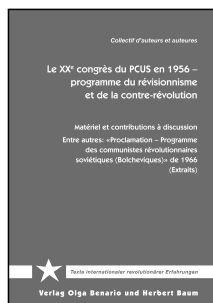


in russischer Sprache:

### 20-й съезд КПСС – программа ревизионизма и контрреволюции

материал и дискуссионные статьи в том числе с выдержками „Программное заявление Революционных коммунистов Советского Союза (большевиков)“ 1966 года

106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 978-3-932636-47-9



in französischer Sprache:

### Le XX<sup>e</sup> congrès du PCUS en 1956

Programme du révisionnisme et de la contre-révolution (matériel et contributions à discussion) et “Proclamation – Programme des Communistes Révolutionnaires Soviétiques (Bolcheviques)” de 1966 (extraits)

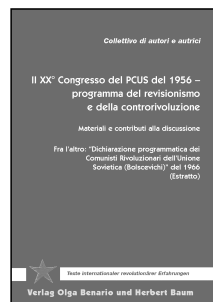
176 Seiten, Offenbach 2005, 8 € ISBN 978-3-86589-005-4

in türkischer Sprache:

### SBKP 1956'daki 20. Parti Kongresi Sovyetler Birliği Devrimci Komünistlerinin (Bolshevik) 1966 Tarihi Programatik açıklaması

Sovyetler Birliğinde kapitalizmin restorasyonu yönünde ve onun emperyalist karşı devrimine dönüsmesine tayin edici bir ideolojik dönüm noktasını teşkil etmektedir!

120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-2



in italienischer Sprache:

### Il XX<sup>e</sup> Congresso del PCUS del 1956

Programma del revisionismo e della controrivoluzione (materiali e contributi alla discussione) e “Dichiarazione programmatica dei Comunisti Rivoluzionari dell’Unione Sovietica (Bolscevichi)” del 1966 (estratto)

108 Seiten, Offenbach 2006, 8 € ISBN 978-3-86589-004-7

## Dokumente und Analysen



### Zur Geschichte Afghanistans

#### Ein Land im Würgegriff des Imperialismus

Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

Dieser Sammelband enthält Texte, die die Rolle Afghanistans im Expansionsstreben des Kolonialismus und Imperialismus beleuchten. Da sich der deutsche Imperialismus seit dem Oktober 2001 am imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan beteiligt, ist dieses Land für alle, die sich in Deutschland dieser imperialistischen Kriegspolitik entgegenstellen wollen, besonders wichtig geworden.

Autorenkollektiv: „Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Afghanistan“ (2001) • Friedrich Engels: „Afghanistan“ (1857) • Großen Sowjet-Enzyklopädie „Afghanistan“ (1950) • KP Afghanistans/ML (Aufbauorganisation): „Der Sozialfaschismus ist der Feind unseres Volkes“ (1978) • Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAFS): „Afghanistan – die Unterwerfung der Nation“ (1981)

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 978-3-932636-48-6



### Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

Eine wirkliche politische Einschätzung der Situation im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten ist ohne geschichtlichen Hintergrund unmöglich. Hierbei ist der entscheidende Knotenpunkt die Debatte über den 1947 unter Federführung der damals sozialistischen Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gründung zweier Staaten. Der Plan wurde auf-

gestellt, nachdem eine gemeinsame Staatsgründung als gescheitert angesehen werden mußte. Wesentliche Basis dieser Vorschläge waren vor allem die Erfahrungen des Befreiungskrieges gegen Nazideutschland und auch grundsätzliche Überlegungen über die Geschichte der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung.

Enthält u.a. die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 29.11.1947 über den UN-Teilungsplan für Palästina, die Rede des Delegierten der UdSSR vor der UNO am 14.5. und 26.11.1947 und die Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952).

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 978-3-932636-52-3

Zu diesem Titel ist ein ergänzender Materialien-Band erschienen:

### Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 978-3-932636-32-5  
Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 978-3-932636-59-2

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)



**Die Rote Fahne**  
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933  
Hardcover-Bände im Format DIN A3

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD in der Zeit von 1929 bis 1933 ist ohne Zweifel, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit

der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muß mit dem Ziel, die kleinbürgerlichen Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren. Im Bewußtsein dieser schwierigen Probleme muß man die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genau analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

**1/1929**, 1.080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-018-4  
**2/1929**, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-019-1  
**3/1929**, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-020-7  
**4/1929**, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-021-4

**1/1930**, 1206 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-022-1  
**2/1930**, 1140 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-023-8  
**3/1930**, 1144 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-024-5  
**4/1930**, 990 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-025-2

**1/1931**, 1064 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-026-9  
**2/1931**, 886 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-027-6  
**3/1931**, 604 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-028-3  
**4/1931**, 888 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-029-0

**1/1932**, 970 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-030-6  
**2/1932**, 1128 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-031-3  
**3/1932**, 580 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-032-0  
**4/1932**, 598 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-033-7

**1/1933**, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-034-4

**Gesamtausgabe (17 Bände)**, zusammen ca. 15.300 Seiten, Offenbach 2005, 1.480 €, ISBN 978-3-86589-048-1

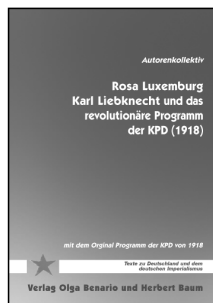
## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

### Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

In diesem Buch werden die Verbrechen des deutschen Imperialismus im imperialistischen Weltkrieg 1914 – 1918 zusammengestellt. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte – einschließlich der antimilitaristischen Bewegung in Deutschland – wird im Zusammenhang mit der internationalen Lage und der Situation aller imperialistischen Großmächte dargestellt. Ausführlich werden auch Parallelen mit der heutigen sich zuspitzenden internationalen Lage thematisiert.

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-92-9



Autorenkollektiv

### Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)

Mit dem Originalprogramm der KPD von 1918

Sich mit dem kommunistischen Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auseinanderzusetzen, das ist für uns keine Stubengelehrtheit, sonder die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus unter den heutigen Bedingungen fortzuführen: Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats, für einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus, für den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus.

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-932636-74-5

Georgi Dimitroff

### Gegen den Nazifaschismus

Die Herausarbeitung des Klassencharakters des Faschismus wird in den Reden von Dimitroff vor dem VII. Weltkongress der KI verknüpft mit einer Analyse von Besonderheiten des Nazifaschismus; es geht um die Aufgaben der antifaschistischen Einheits- und Volksfront, die Dimitroff im Zusammenhang mit einer Kritik an taktischen Fehlern der KPD im Kampf gegen die Nazis erläutert.

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 978-3-932636-25-7

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

### 1418 Tage

Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und der Völker der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.

220 Seiten, Offenbach 2006, 13 €, ISBN 978-3-86589-035-1

Autorenkollektiv

### Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum (1943)

Alfred Klahr

### Gegen den deutschen Chauvinismus (1944)

In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfaßt hat, steht die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus im Mittelpunkt, dessen Verpflichtung zur Wiedergutmachung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Chauvinismus.

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 978-3-932636-13-4

Autorenkollektiv

### Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die vorliegende Untersuchung gibt einen Überblick über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus und tritt dabei antikommunistischen Verleumdungen entgegen. Klargestellt wird, daß trotz aller wichtiger Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation jeder revolutionäre Widerstand, jeder revolutionäre Kampf vom Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Regimes lernen kann und muß.

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 978-3-932636-34-9

Gudrun Fischer

### „Unser Land spie uns aus“

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

Jüdische Frauen in Brasilien erzählen über ihre Flucht aus Nazi-deutschland. Ihre Erinnerungen sind bedrückend und schmerzlich, ermutigend und informativ. Jede verarbeitet die Flucht anders, und das zeigt sich in ihren Berichten: sie sind ironisch oder trocken, mal kurz, mal ausführlich. Daß Brasilien ihr „Wunschfluchtland“ gewesen ist, behauptet keine der in diesem Buch interviewten Frauen. Aber es war ihre einzige Chance.

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-2

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Freies Deutschland**  
Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration

erschienen in Mexiko von November 1941 bis Juni 1946

Der Reprint umfaßt sämtliche erschienenen Ausgaben der Zeitschrift. Die Neuherausgabe soll bei der gründlichen Diskussion der dort aufgeworfenen Fragen helfen. Auf über 1700 Seiten werden unter anderem von führenden Schriftstellerinnen und Schriftstellern der deutschsprachigen Emigration eigene politische und literarische Artikel, Vorabdrucke und Buchbesprechungen sowie Beiträge anderer Antifaschisten, die ins Deutsche übersetzt wurden, veröffentlicht.

Für die an der deutschen Exil-Literatur interessierten Leserinnen und Leser ist die faksimilierte Neuherausgabe eine große Fundgrube an hochinteressanten Texten. Von noch größerem Gewicht ist jedoch, dass diese Zeitschrift von führenden Kadern der KPD, vor allem ab 1942 von Paul Merker, aber auch von Alexander Abusch geleitet wurde. Beide waren Teilnehmer der „Berliner Konferenz“ 1939, des 14. Parteitags der KPD. Diese Zeitung bildet ein Zentrum der Westemigranten der KPD, die aus Europa weiter vor der Nazi-Expansion in Europa nach Nord- und Südamerika geflohen waren. Die Führung der KPD war in Moskau. Eine Reihe von mehr oder minder starken Gruppen der KPD operierte innerhalb Nazi-Deutschlands, viele davon in den KZs.

Herausragend für die Zeitschrift „Freies Deutschland“ sind die Fülle von Artikeln über die Nazi-Massaker in den besetzten Ländern und die große und eigentlich sehr klare Betonung der großen Schuld der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und auch der Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse an den Verbrechen der Nazi-Massenmörder, an den Verbrechen des deutschen Imperialismus.

Dabei spielt die Anklage gegen den nazifaschistischen Völkermord an den europäischen Juden eine hervorragende Rolle. Der Kampf gegen die Ideologie des Antisemitismus, für Entschädigungen an die Verfolgten des Nazi-Regimes, gerade auch an die jüdischen Verfolgten, führte auch zu Diskussionen, in denen insbesondere das Mitglied des ZK der KPD Paul Merker sehr offensiv und im Kern richtig für materielle Entschädigungen eintrat. Auch in dieser Hinsicht bieten die Seiten des „Freies Deutschland“ (Mexiko) viel an Diskussionsstoff. Manche bösen Entwicklungen in der SED wirken vor der entfalteten Argumentationskette Paul Merkers noch übler, die fehlende Gegenwehr kommunistischer Kader gegen nationalistische und antisemitische Töne in der Führung der SED der fünfziger Jahre schmerzt um so mehr.

**Band 1: 1941 / 1942**, 440 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-96-7  
**Band 2: 1942 / 1943**, 460 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-97-4  
**Band 3: 1943 / 1944**, 480 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-98-1  
**Band 4: 1944 – 1946**, 660 Seiten, 35 €, ISBN 978-3-932636-99-8

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Internationale Hefte der Widerstandsbewegung**  
Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

Diese vollständige Sammlung der von der FIR (Fédération Internationale des Résistants) herausgegebenen Zeitschrift „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“ (Nr. 1 – 10, November 1959 bis März 1963) mit knapp über 1000 Seiten hat hohen dokumentarischen Wert. Zudem enthält die am Schluss einiger Hefte veröffentlichte Bibliographie wertvolle Studienhinweise.

**Heft 1 und 2** eröffnen die Hefereihe mit Artikeln zur Fragestellung, ersten Überblicken und (in Heft 2) den Dokumenten einer Konferenz über die Rolle des antinazistischen Widerstandskampfes für die Erziehung der jungen Generation. Als Ziele der „Hefte“ wird angegeben, zu informieren und eine Diskussion zu eröffnen.

**Heft 3 und 4** haben den Widerstandskampf in den KZs und Vernichtungszentren sowie die internationalistische Beteiligung von Ausländern am nationalen Befreiungskampf in den einzelnen Ländern zum Schwerpunkt.

**Heft 5** analysiert die großen bewaffneten Aufstände in den Großstädten Europas, insbesondere in Prag, Paris, Neapel und auch in Warschau.

**Heft 6 und 7** beschäftigen sich mit den programmatischen Dokumenten der verschiedenen Organisationen in verschiedenen Ländern – mit dem Schwerpunkt auf Positionen der KPs und der von den KPs geführten Frontorganisationen.

**Heft 8 – 10** gibt als Dreifachnummer einen konzentrierten Überblick über die Widerstandskämpfe in den verschiedenen Ländern, wobei auch die besondere Problematik des jüdischen Widerstandskampfes durch Beiträge von Vertretern und Vertreterinnen des Widerstandes, die nun in Israel leben, verdeutlicht wird.

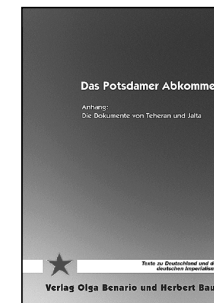
Die faktenreichen Artikel zum bewaffneten Kampf als Instrument des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und der vom deutschen Imperialismus national unterdrückten breiten Massen der Bevölkerung der besetzten Länder, die Hervorhebung auch der völkermörderischen Verbrechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung Europas, die Benennung der Positionen der KPs vieler Länder – all dies enthält wertvolle Materialien. Zu Recht wird mehrfach darauf hingewiesen, daß innerhalb des zweiten Weltkrieges, nicht einfach Staaten gegeneinander kämpften, sondern es sich um die allergrößte Teilnahme der Bevölkerung der verschiedensten Länder am Krieg handelt.

**Band 1:** Heft 1 – 4 (1959 – 1960), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-49-3

**Band 2:** Heft 5 – 10 (1961 – 1963), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-50-9

**Band 1 und 2 in einem Band (Hardcover):**  
Heft 1 – 10 (1959 – 1963), 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 € ISBN 978-3-932636-51-6

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Das Potsdamer Abkommen** (1945)  
Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist nach wie vor eine wesentliche Waffe im Kampf um die geschichtliche Wahrheit und unterstreicht die Aufgaben, die sich heute im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ergeben (z. B. die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedlung nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahme).

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 € ISBN 978-3-932636-24-0

**Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald** (1949)

Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen – all das wird in beeindruckender Weise, basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge, in diesem Dokument von 1949 genaustens geschildert; es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-4



**Autorenkollektiv**  
**Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)**

Die Analyse der Vorgeschichte und Gründung der SED nimmt als Ausgangspunkt die Verbrechen des Nazifaschismus und ihrer Bedeutung für die Linie der SED. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wird kritisch eingeschätzt und die Aufgabe der Entnazifizierung als Hauptkettenglied der Politik der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland nach 1945 herausgearbeitet. Im abschließenden Kapitel wird nachgewiesen, daß bei der Gründung der SED auf wesentliche Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus verzichtet wurde.

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 € ISBN 978-3-932636-38-7

Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen (Materialien zur Gründung der SED, Band 1 – 5), ausführliche Angaben zu den Bänden befinden sich im hinteren Teil des vorliegenden Programms.

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



10 Jahre „Deutsche Einheit“:  
**Nazi-Terror  
von Hoyerswerda bis Düsseldorf**  
Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation“ wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische

setzte Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch“ bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nazistischen Bewegung im inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach zehn Jahren „Einheit Deutschlands“ seine Rolle als imperialistische Großmacht vor allem durch die imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „linksfortschrittliche“ Kreise. Das Aufdecken des Zusammenhangs von staatlichem Abschiebeterror, Nazi-Terror, Inschutznahme der Nazis durch Polizei und Justiz, Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge, Roma usw. ist wichtig, um gegen die Gewöhnung an diese verfluchten deutschen Zustände in unverbrüchlicher Solidarität mit allen Opfern des Nazi-Terrors und der staatlichen Repression zu kämpfen.

Aus dem Inhalt:

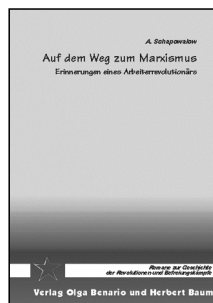
I. Tatsachen – Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde: Hoyerswerda: gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991), Mannheim-Schönau: gegen Asylsuchende (Mai / Juni 1992), Rostock: gegen Roma und Vietnamesinnen und Vietnamesen (August 1992), Mölln und Solingen: gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992 und Mai 1993), Magdeburg: gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994), Lübeck: gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996), Lübeck und Düsseldorf: gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995 und Juli 2000).

II. Nazis, Staat und Medien – von subtiler Hetze bis offenem Terror: Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand. Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Antisemitismus.

III. Aktionen gegen die Nazis – Widerstand der Opfer, Solidarität und Entlarvung.

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 978-3-932636-37-0

## Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe



A. Schapowalow  
**Auf dem Weg zum Marxismus**  
Erinnerungen eines  
Arbeiterrevolutionärs

A. S. Schapowalow (1871 – 1942) war einer der ersten Arbeiterrevolutionäre, die den Weg zum wissenschaftlichen Kommunismus fanden. Schapowalow schildert in diesem autobiographischen Roman seine Erfahrungen des revolutionären Kampfs im zaristischen Rußland, wie er über den Bruch mit der Religion und seiner vorübergehenden Sympathie für die „Volkstümler“, die die Taktik des individuellen Terrors eingeschlagen hatten, sich schließlich im Kampf gegen den aufkommenden Opportunismus der „Ökonomen“ 1901 den Bolschewiki unter Lenins Führung anschloß.

337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
ISBN 978-3-932636-29-5



S. Mstislawski  
**Die Krähe ist ein Frühlingsvogel**

Nikolai Baumann mit Decknamen Krähe, ein enger Mitkämpfer Lenins, reist 1902 illegal nach Rußland. Anhand der Schilderung seiner Parteilarbeit bekommt man ein Bild der damals anstehenden Aufgaben der kommunistischen Kräfte Rußlands sowie des ideologischen Kampfs der Bolschewiki gegen die Menschewiki bis zum Beginn der Revolution von 1905.

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
ISBN 978-3-932636-17-2



I. Popow  
**Als die Nacht verging**

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 herrscht in Rußland tiefste Reaktion. Der Roman handelt vom Kampf der Bolschewiki für die Reorganisierung der Kommunistischen Partei und um die Erneuerung der Verbindungen zur Arbeiterklasse, vom Kampf gegen Resignation und Defätismus, gegen die Menschewiki und Liquidatoren der Kommunistischen Partei.

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €  
ISBN 978-3-932636-30-1

## Materialien (Spiralbindung, DIN A4)

**Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht**  
Zusammengestellt aus den Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der KPD(SU(B)) und der Kommunistischen Internationale (1935)

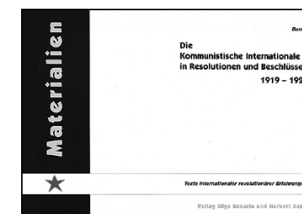
Was ist Leninismus? • Die Theorie der proletarischen Revolution • Die Diktatur des Proletariats • Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus • Die Agrar- und Bauernfrage • Die nationale und koloniale Frage • Strategie und Taktik der proletarischen Revolution  
500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 978-3-932636-90-5

**Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen**

Die Resolutionen und Beschlüsse der Kommunistischen Internationale lassen ein beeindruckendes Bild vom ideologischen, politischen und bewaffneten Kampf der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen entstehen.

**Band 1: 1919 – 1924**

416 Seiten, Offenbach 1998  
30 €, ISBN 978-3-932636-27-1  
Hardcover: Offenbach 1998  
55 €, ISBN 978-3-932636-60-8



**Band 2: 1925 – 1943**

452 Seiten, Offenbach 1998  
35 €, ISBN 978-3-932636-28-8  
Hardcover: Offenbach 1998  
60 €, ISBN 978-3-932636-61-5

**Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK**

**Teil 1: 1898 – 1917**

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-76-9  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-77-6

**Teil 2: 1917 – 1924**

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-82-0  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-83-7

**Teil 3: 1924 – 1927**

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-84-4  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-85-1

**Teil 4: 1927 – 1932**

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-86-8  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-87-5

**Teil 5: 1932 – 1953**

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-88-2  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-89-9

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Zur internationalen Lage 1919 – 1952

Dokumente der kommunistischen Weltbewegung  
Lenin - Stalin - Komintern - Kominform - KPdSU(B)

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 978-3-932636-71-4  
Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 978-3-932636-78-3

### Dokumente der Internationalen Roten Hilfe (IRH) und der Roten Hilfe Deutschlands (RHD)

„5 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1928) • „10 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1932) • „15 Jahre weißer Terror“ (1935) • „1. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1925) • „2. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1927)

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 978-3-932636-66-0  
Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 978-3-932636-81-3



### Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

Erklärungen und Artikel der kommunistischen Bewegung Palästinas • Dokumente und Artikel der Kommunistischen Internationale

Anhang:  
Programm der KP Israels (1952) • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €  
ISBN 978-3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €  
ISBN 978-3-932636-59-2

### Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

Resolutionen und Aufrufe des ZK der KP Spaniens • Artikel von José Diaz, Vorsitzender der KP Spaniens • Dokumente der Kommunistischen Internationale • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Geschichte Spaniens“, Berlin 1955 • ZK der KP Spaniens (Hrsg.): „Der Weg zum Sieg“, Madrid 1937 • MINKLOS (Internationales Agrarinstitut Moskau): „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit“, Moskau 1937

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 978-3-932636-31-8  
Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 978-3-932636-58-5

### Indien und die Revolution in Indien

Materialien und Dokumente der kommunistischen Weltbewegung vom Beginn der Kolonialisierung bis 1935:  
Marx - Engels - Lenin - Stalin - Komintern

288 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 978-3-86589-039-9  
Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 978-3-86589-040-5

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

#### Teil I: 1956 – 1963

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

#### Teil II:

#### Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-45-5  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-63-9

#### Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2  
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

### Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966

#### Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-68-4  
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-79-0

#### Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-69-1  
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-80-6



### Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 978-3-932636-41-7  
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-57-8

### Materialien zur Gründung der SED (1945/46):

#### Band 1: Berichte und Protokolle

Der 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946  
Der 40. Parteitag der SPD am 19. und 20. April 1946  
Der Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946  
Anhang: Der Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 978-3-932636-40-0  
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-53-0

#### Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage,  
herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 978-3-932636-39-4  
Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 978-3-932636-54-7

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei (Februar – April 1946) • Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus (April – Dezember 1946) • Anhang: Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik (1946)

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-42-4  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-55-4

### Band 4:

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)  
Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)  
Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)  
Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 978-3-932636-43-1  
Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 978-3-932636-56-1

### Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz: „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands“ • Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf den Resolutionsentwurf • Referat: „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“ • Anhang: Zunehmende Kompromisse mit den sogenannten „kleinen“ Nazis – Auszug aus: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)“

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-86589-003-0  
Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 978-3-86589-008-5

### Band 6: Wichtige Artikel aus der „Täglichen Rundschau“ und der „Deutschen Volkszeitung“ (1945/46)

ca. 40 Seiten, Offenbach 2006, ca. 5 €, ISBN 978-3-86589-054-2



**Rote Hefte** – zu historischen und aktuellen Fragen der kommunistischen Weltbewegung

20 – 52 Seiten pro Heft, ISBN 978-3-86589-038-2,  
Mindestbestellmenge: 10 Hefte – 10 €

